Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907 ...

Richard Charmatz

Nachdem sich die Herstellungspreise seit Gründung der Sammlung für Satz und Druck um 45%, Einband um 100%, Papier um 160% gesteigert haben, sehe ich mich genötigt, den Verkaufspreis der Bändchen

von M. 1.– geh., M. 1.25 geb., ab 1. Okt. 1916 auf M. 1.20 geh., M. 1.50 geb. zu erhöhen.

Nur ungern habe ich mich entschlossen, diese Preiserhöhung vorzunehmen, die ich bisher immer noch zu vermeiden gesucht. Ich mußte mich nunmehr dem Vorgehen der Verleger fast sämtlicher ähnlicher Sammlungen anschließen, um die Möglichkeit für einen weiteren dem bisher mit der Sammlung Geleisteten würdigen Ausbau zu schaffen.

Leipzig und Berlin B. G. Teubner

eisteswelt"

die Errungenschaften von
zugänglich machen und
rner liegenden Gebieten

Hauptwissensgebiete für
tigen methodischen An-
m Skizzen mit dem Cha-
nie entsprechen können,
schon voraussetzen.

cht werden können, sind
n, stereotypiert, sondern
werden – was freilich die Aufwendungen jetzt wesentlich erhöht – bei jeder Auflage durchaus neu bearbeitet und völlig neu gesetzt. So konnte der Sammlung auch der Erfolg nicht fehlen. Über 200 Bändchen liegen bereits in 2. bis 6. Auflage vor, insgesamt hat sie bis jetzt eine Verbreitung von über 3 Millionen Exemplaren gefunden.

In den Dienst dieser Aufgabe haben sich darum auch in dankenswerter Weise von Anfang an die besten Namen gestellt, gern die Gelegenheit benutzend, sich an weiteste Kreise zu wenden, der Gefahr der „Spezialisierung" unserer Kultur entgegenzuarbeiten an ihrem Teil bestrebt.

So vermag die Sammlung dem Leser ein Verständnis dafür zu vermitteln, wie die moderne Wissenschaft es erreicht hat, über wichtige Fragen von allgemeinem Interesse Licht zu verbreiten, und ihn dadurch zu einem selbständigen Urteil zu befähigen.

Alles in allem sind die schmucken, gehaltvollen Bände, denen von Professor Tiemann ein neues künstlerisches Gewand gegeben, durchaus geeignet, die Freude am Buche zu wecken und daran zu gewöhnen, einen kleinen Betrag, den man für Erfüllung körperlicher Bedürfnisse nicht anzusehen pflegt, auch für die Befriedigung geistiger anzuwenden. Durch den billigen Preis ermöglichen sie es tatsächlich jedem, auch dem wenig Begüterten, sich eine Bibliothek zu schaffen, die das für ihn Wertvollste „Aus Natur und Geisteswelt" vereinigt.

Jedes der meist reich illustrierten Bändchen
ist in sich abgeschlossen und einzeln käuflich

Jedes Bändchen geheftet Mark 1.–, in Leinwand gebunden Mark 1.25
Werke, die mehrere Bändchen umfassen, auch in einem Band gebunden

Leipzig, 1. November 1915 B. G. Teubner

Zur Volkswirtschaft

sind bisher erschienen:

Theorie der Volkswirtschaft

Das Geld und sein Gebrauch. Von G. Maier. (Bd. 398.)

Die Münze als historisches Denkmal sowie ihre Bedeutung im Rechts- und Wirtschaftsleben. Von Professor A. Luschin v. Ebengreuth. Mit 53 Abbildungen. (Bd. 91.)

Statistik. Von Professor Dr. S. Schott. (Bd. 442.)

Finanzwissenschaft. Von Professor Dr. S. P. Altmann. 2 Bde.
I. Bd.: Allgemeiner Teil. 2. Auflage. (Bd. 549.)
II. Bd.: Besonderer Teil. (Bd. 550.)

Bevölkerungslehre. Von Professor Dr. M. Haushofer. (Bd. 50.)

Wirtschaftsgeschichte

Antike Wirtschaftsgeschichte. Von Dr. O. Neurath. (Bd. 258.)

Soziale Kämpfe im alten Rom. Von Privatdozent Dr. L. Bloch. 3. Auflage. (Bd. 22.)

Geschichte des Welthandels. Von Professor Dr. M. G. Schmidt. 2. Auflage. (Bd. 118.)

Geschichte des deutschen Handels. Von Professor Dr. W. Langenbeck. (Bd. 237.)

Geschichte des deutschen Bauernstandes. Von Professor Dr. H. Gerdes. Mit 21 Abbildungen. (Bd. 320.)

Die deutsche Volkswirtschaft

Deutsches Wirtschaftsleben. Auf geographischer Grundlage geschildert. Von weil. Professor Dr. Chr. Gruber. 3. Auflage. Neubearbeitet von Dr. H. Reinlein. (Bd. 42.)

Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. Von Professor Dr. P. Arndt. 2. Auflage. (Bd. 142.)

Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert. Von Professor Dr. L. Pohle. 3. Auflage. (Bd. 57.)

Die deutsche Landwirtschaft. Von Dr. W. Claaßen. Mit 15 Abbildungen und 1 Karte. (Bd. 215.)

Das deutsche Handwerk. Von Geh. Schulrat Dr. E. Otto. 4. Auflage. Mit 33 Abbildungen auf 12 Tafeln. (Bd. 14.)

Die Wirtschaft des Auslandes

Aus dem amerikanischen Wirtschaftsleben. Von Professor J. L. Laughlin. Mit 9 graphischen Darstellungen. (Bd. 127.)

Die Japaner in der Weltwirtschaft. Von Prof. Dr. K. Rathgen. 2. Auflage. (Bd. 72.)

Aus Natur und Geisteswelt
Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen
243. Bändchen

Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907

II. Der Kampf der Nationen

Von
Richard Charmatz

Zweite Auflage



Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig 1912

Inhaltsverzeichnis.

I. Einleitung.

Die Geschichte Österreichs verlief von der Februarverfassung bis zum Sturze des zweiten Ministeriums Auersperg wohl nicht in einer geraden Linie, aber die Abweichungen waren nur vorübergehender Natur, so daß man die Hauptrichtung deutlich erkennen kann. Das deutsche Großbürgertum und der verfassungstreue Adel hatten sich zu gemeinsamem Wirken zusammengefunden und den Staat mit wechselndem Glücke regiert. Durch die Abstinenzpolitik der Tschechen fiel ihnen die Mehrheit im Abgeordnetenhause anheim, und das Herrenhaus, das manchen großen Tag erlebte, stimmte der eingeschlagenen Richtung freudig zu. Der Kreis der Wählermassen hatte einen geringen Umfang; eng und einsichtslos gestaltete sich auch die Politik, die, mit schönen Ansätzen beginnend, schließlich zu zwar begreifbaren, doch deshalb nicht verzeihlichen Oppositionsgewohnheiten führte.

Österreichs volkswirtschaftliche Entwicklung war in den Jahren des Kampfes um die Verfassung mächtig fortgeschritten. Das Eisenbahnnetz, das im Jahre 1863 eine Ausdehnung von 3516 km aufwies, langte 1880 bereits bei 11406 km an. Wie der Verkehr, so hatte sich auch die Industrie aufgeschwungen, obwohl dem „Krach" Zeiten der Beklemmung folgten. Im Jahre 1863 gab es in der Fabrikation 2325 Dampfmaschinen mit 36000 Pferdestärken; 1875 standen schon 6672 Maschinen mit Dampfbetrieb in Verwendung, die 120000 Pferdekräfte erzeugten. Mit den Fabriken wuchs die Zahl der Arbeiterschaft; das industrielle Proletariat begann ein wichtiger Faktor zu werden. Doch der Übergang von der Herrschaft der Großbourgeoisie zur Massenpolitik vollzog sich nicht mit einem Male, denn zwischen den mächtigen Besitzenden und den entrechteten Besitzlosen gab es eine Mittelschicht, die sich ihrer Stärke bewußt ward und gierig nach Macht verlangte. Der Siegeszug der Industrie hatte den Gewerbestand aufgeschreckt und zu einem planmäßigen agitatorischen Auftreten veranlaßt. Wer Lärm macht, wird gehört und erhört. Für den gewerblichen Mittelstand wurde es in

Österreich verhältnismäßig leicht, durch zwei Jahrzehnte zu dominieren, weil die Feudalen ihm in den Tagen der Eroberung ihren wirksamen Schutz angedeihen ließen, was freilich nicht bloß aus edler Menschenliebe geschah. Den reaktionären Herren in den stolzen Schlössern hatte die Regierung unter die Arme gegriffen und zu Mandaten verholfen. Aber nicht nur die Feudalen, auch die Klerikalen rückten in immer stärkeren Kolonnen in die Vertretungskörper ein, denn die Landbewohnerschaft schloß sich ihnen enger als früher an. So entstand jene sonderbare Dreieinigkeit der selbstbewußtesten Aristokratie, des durch wirtschaftliche Schläge bedrückten Mittelstandes und der Kirche, die der Ära Taaffe viele Jahre das Gepräge gab.

Nicht weniger schwerwiegend war die Veränderung, die in der nationalen Machtverteilung Platz griff. Die drei Faktoren, die in den Zeiten des Privilegienparlamentarismus vorhanden sein mußten, wenn eine Nation zur Herrschaft gelangen sollte, hießen: Adel, Großbürgertum und Mittelstand. Diese Gruppen fanden sich nun nicht allein bei den Deutschen, sondern ebenso bei anderen Völkern. Die Tschechen hatten eine Aristokratie, die zum Teile auf eine glanzvolle Vergangenheit zurückblickte und durch viele gesellschaftliche Fäden mit dem Hofe in Verbindung stand. Durch die Entfaltung der Städte wurde das städtische Bürgertum in seiner politischen Kraft gestärkt, und die tiefgehende nationale Bewegung sorgte dafür, daß diese Entwicklung der aufstrebenden Nation zugute kam. Das Fernbleiben der Tschechen vom Parlamente war im Sinne Talleyrands mehr als ein Verbrechen, ein Fehler gewesen, und als diese nun daran gingen, die alte Unterlassungssünde gut zu machen, kam man ihnen von seiten der Krone mit offenen Armen entgegen. Den Polen, die durch eifrige Polonisierungsarbeit gleichfalls dafür gesorgt hatten, daß ihnen ein politisch regsamer Mittelstand zuwachse, waren schon zur Zeit des deutsch-liberalen Regimes im Besitze großen Einflusses, weil sie für ihre den Regierungen erwiesenen Gefälligkeiten fürstlich entlohnt wurden. In den folgenden Jahren ward ihnen allerdings mehr als die Rolle des Mitläufers zuteil; sie selbst konnten sich als Herren ausleben.

Für die Deutschen brachen schmerzvolle Jahre an. Wohl gab es in der Regierung auch fürderhin deutsche Männer, aber es kamen bald nur national indifferenteste Elemente in Betracht: die Klerikalen, denen die glänzende politische Position der Kirche wertvoller war als die Machtstellung ihres Volkes. Im zweiten Viertel der acht-

ziger Jahre hatte sich die bedeutungsvolle Achsenverschiebung in der inneren Politik Österreichs schon vollständig vollzogen, obgleich man es einige Monate nicht über sich bringen konnte, die Umgestaltung des Bildes radikal vorzunehmen. Die Spuren des deutsch-liberalen Regimes wurden verwischt und das Schifflein des Grafen Taaffe fuhr mit vollem Dampf unbekannten Ufern zu. Überblicken wir jetzt sein Auslaufen und seine Reise!

II. Der Übergang.

Lange ließ die Krone auf ihre Entscheidung über das Demissionsgesuch warten, das Fürst Adolf Auersperg am 5. Juli 1878 im Namen der österreichischen Regierung überreicht hatte. Anfangs Oktober richtete der Regierungschef an den Kaiser die Frage, ob er das Budget für das Jahr 1879 vorbereiten solle, ohne jedoch eine bestimmte Antwort zu erhalten. Gleich nachher war der Monarch unerwartet auf seinem Gute in Gödöllö eingetroffen, aber schon vorher hatte er das Entlassungsgesuch der Regierung genehmigend unterfertigt und ihr den Auftrag erteilt, daß sie die Geschäfte bis zur Ernennung eines neuen Ministeriums fortführen möge. Nach seiner Rückkehr empfing der Kaiser die Abgeordneten Herbst, Rechbauer, Sueß und andere in Audienz, um ihre Meinung über die Umgestaltung des Kabinetts einzuholen. Vornehmlich dem Rate des Dr. Herbst folgend, betraute der Monarch den bisherigen Finanzminister de Pretis mit der schwierigen Mission, für das müde Ministerium Ersatz zu schaffen. Am 23. Oktober berief Pretis die Abgeordneten der Verfassungspartei und einige Dutzend Mitglieder des Herrenhauses zu einer Besprechung, um mit ihnen Fühlung zu nehmen und um ihnen sein Programm zu entwickeln. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina, die gefürchtet wurde, sollte ausgeschlossen bleiben, während die möglichste Beschränkung der durch die Okkupation erwachsenen Kosten versprochen ward. Aber selbst die Besetzung der durch den Berliner Vertrag zugewiesenen Gebiete hätte aufzuhören, sobald die Garantien für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung gegeben und die materiellen Erfordernisse der Okkupation gedeckt wären. Ferner verlangte der Vertrauensmann der Krone die glatte Annahme des Budgets und die Bewilligung der provisorischen Fortdauer des Wehrgesetzes für ein Jahr. Kurze Zeit hierauf gaben die verschiedenen Klubs ihre Meinung über den Versuch des Ministers Pretis bekannt. Der Abgeordnete Kopp lehnte

die Unterstützung im Auftrage der Fortschrittspartei rundweg ab. Auch der neue Fortschrittsklub verhielt sich trotz seines „vollen Vertrauens zu Pretis“ ablehnend. Nicht weniger schroff zeigte sich das linke Zentrum. Herbst hatte für seine Person schon bei der vorbereitenden Konferenz erklärt, daß er die Bildung des Kabinetts durch Pretis im Prinzipe unterstütze; sollte sich dieser jedoch mit der Politik des Grafen Andrassy identifizieren, dann würde er einem Ministerium Pretis seine Hilfe nicht angedeihen lassen. Das bedeutete nun nichts anderes als eine Ablehnung, denn der künftige österreichische Ministerpräsident konnte unmöglich als Vertrauensmann des Kaisers den Minister des Äußern im Stiche lassen, der im Einverständnisse mit der Krone vorgegangen war. Übrigens hatte der Kaiser kurz vorher in Budapest in einem Gespräche gesagt: „Sie reden immer von der Politik Andrassy, vergessen Sie nicht, das ist meine Politik.“ Doch die Verfassungspartei wollte in ihrer Mehrheit keine Konzessionen machen. Sie blieb starr, trotzdem es besser gewesen wäre, wenn sie sich schmiegsam gezeigt hätte. Die unangenehmen Erfahrungen verstimmten Pretis begreiflicherweise, und erstaunt fragte er die liberalen Politiker, ob sie kein Gewicht darauf legen, abermals ein verfassungstreues Ministerium zu erhalten. Das wohl, war die Antwort, allein, wenn es sich darum handle, Österreich zugrunde zu richten, müsse man anderen den Vortritt lassen. So blieb de Pretis keine Wahl; er mußte sein Mandat in die Hände des Kaisers zurücklegen. 1)

Der Reichsrat war mittlerweile am 22. Oktober 1878 zusammengetreten. Am Anfange des neuen Jahres fanden große Debatten statt, bei denen es an hitzigen Zusammenstößen nicht fehlte. Die Beratungen waren dem Berliner Vertrag gewidmet, und die Aufregung erwies sich als höchst unangebracht, weil man ja vor einem fait accompli stand. Allerdings wurde auch viel graue Theorie getrieben, denn der verfassungsmäßige Anspruch des Parlaments auf die Unterbreitung der Staatsverträge erfuhr auf den verschiedenen Seiten eine verschiedene Auslegung. Als Berichterstatter der Majorität des Ausschusses fungierte Professor Sueß, die Minderheit vertrat Dr. Herbst. Außerdem ergriffen fünfundzwanzig Redner das Wort, wobei die zwei Minister, die sich an der Debatte beteiligten, nicht mitgerechnet sind. Der liberale Abgeordnete Auspitz ließ sich von seiner Leidenschaft so weit fortreißen, daß er

1) Walter Rogge. Österreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust. II. Band.

dem im Saale nicht anwesenden Herbst zurief, er hätte kein Recht, den Berliner Vertrag zu bekämpfen und auf die schlechte Finanzlage des Staates hinzuweisen, denn niemand habe in den letzten fünf Jahren Österreichs Finanzen mehr geschädigt als Herbst mit seinen Reden und Anträgen zur Eisenbahnsanierung. Dieser persönliche Angriff war in der Zeit der guten Parlamentssitten — man könnte sagen: des politischen Stilgefühles — etwas Unerhörtes; die Gemüter vermochten sich lange nicht zu beruhigen. Am 18. Januar hielt der Sprechminister Dr. Unger eine großangelegte Rede, in der er alle Künste des gewandten Rhetorikers spielen ließ. Die unentwegten Gegner der Orientpolitik und ihrer Folgen machte er sich nicht zu Freunden, als er die Auffassung aussprach, daß der Berliner Vertrag der Zustimmung des Reichsrates nicht bedürfe und dagegen protestierte, daß man eine Frage der richtigen Auslegung der Verfassung mit der Verfassungstreue kombiniere und dadurch ein Privileg für die Verfassungsinterpretation zu schaffen suche. Am 27. Januar 1879 kam es endlich zur Abstimmung, die für die Regierung, die sich freilich „nach der Erlösung von den Ministerfauteuils" sehnte, eine leichte Niederlage brachte. Dunajewskis Anregung, den Vertrag einfach zur Kenntnis zu nehmen, wurde verworfen, obwohl dieser Antrag der Ansicht der Regierung entsprach. Doch auch Herbsts Wunsch, an die Genehmigung einen Tadel der Orientpolitik zu knüpfen, fand keine Erfüllung. 151 gegen 112 Abgeordnete erklärten sich für die bedingungslose Genehmigung der Berliner Abmachungen.

Eine nicht geringe Belastungsprobe für das Parlament bildete — neben den Geldforderungen der Regierung, die durch die Okkupationsauslagen bedingt wurden — die Verlängerung des Wehrgesetzes, die notwendig geworden war. Im Jahre 1877 hatte die Verfassungspartei die Verminderung des Kriegsstandes von 800 000 auf 600 000 Mann und die Festlegung eines Friedenspräsenzstandes gefordert. Im Dezember 1877 überreichte die Regierung dem Parlamente eine Vorlage, durch die das Militär für weitere zehn Jahre auf der bisherigen Höhe erhalten bleiben sollte. Diese Forderung wurde jedoch abgelehnt; der Landesverteidigungsminister Horst sah sich nun gezwungen, den Gesetzentwurf am 5. November 1878 zurückzuziehen und sich mit der Bitte um die Bewilligung des Kriegsstandes von 800 000 Mann für ein weiteres Jahr und um die Erlaubnis zur Aushebung von 55 000 Rekruten für das stehende Heer zufrieden zu geben. Dr. Sturm wollte die

Beratung über die neue Vorlage bis zur Ernennung einer definitiven Regierung aufgeschoben wissen, allein der Vertagungsantrag blieb in der Minorität. Der Kaiser hatte sich schon bei den Beratungen im Ausschuß für die Annahme eingesetzt, und dem Eingreifen der Krone ist es nicht zuletzt zu danken, daß die Annahme noch vor Torschluß — am 20. Dezember 1878 — erfolgte.

Die Bildung der neuen Regierung kam nur langsam in Fluß. Im Februar 1879 hatte Graf Taaffe in Wien geweilt und mit verschiedenen Politikern verhandelt, ohne jedoch zu einem Resultate zu kommen. Nach zehntägigen Verhandlungen mußte der Statthalter von Tirol die Erfolglosigkeit seines Unternehmens einsehen. Die Krone entschloß sich daher zu einer provisorischen Lösung der Kabinettsfrage. Am 15. Februar wurde Fürst Adolf Auersperg von seiner Würde befreit, und mit ihm schied auch Dr. Unger, der Minister ohne Portefeuille, aus. Der Minister für Kultus und Unterricht, Dr. von Stremayr, übernahm den Vorsitz im Ministerrate; Graf Taaffe erhielt die Würde eines Ministers des Innern. Ihm fiel die Aufgabe zu, die Neuwahlen für das Parlament zu leiten und die Grundlage für ein dauerndes Regime zu schaffen. Dr. von Stremayr war im Jahre 1823 als Beamtensohn in Graz zur Welt gekommen. Das Sturmjahr hatte ihn in das deutsche Nationalparlament nach Frankfurt am Main gebracht, aber als der kurze Traum zu Ende war, mußte er wegen seiner parlamentarischen Tätigkeit schwer leiden. Nur nach langem Warten konnte er ein Amt erlangen und dann mußte er vierzehn Jahre mit einem Gehalt von 2000 Kronen sein Auskommen finden. 1868 berief ihn Giskra als Ministerialrat nach Wien und von da ab vollzog sich sein Aufstieg rasch. Stremayr war ein Deutschliberaler älteren Schlags, allein sein Ministerium fand bei der Verfassungspartei keinen Anklang. Alle Versuche, zu ihr gute Beziehungen herzustellen, blieben erfolglos. Mehrmalige Unterredungen mit Dr. Herbst verschafften Stremayr bloß die Überzeugung, daß sich der einflußreiche Mann mehr aus persönlichen als aus sachlichen Gründen ablehnend verhalte.

Am 18. Februar stellte sich der neue Ministerpräsident dem Abgeordnetenhause vor. Ein eigentliches Programm hatte er nicht zu entwickeln, denn seine Aufgaben waren engbegrenzt, und wenige Worte genügten, um sie zu veranschaulichen. Drei Monate später versammelte sich das 1873 gewählte Abgeordnetenhaus zu seiner letzten Sitzung. Dr. Rechbauer, der mutige, demokratische Mesnerssohn aus Graz, hielt als Präsident die Abschiedsrede, die

manchen beherzigenswerten Wunsch enthielt und nur den einen Fehler hatte, daß an ihr der Stimmungswechsel der letzten Jahre spurlos vorübergegangen war. „Wir vermissen noch eine gesetzlich vollständige Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche bezüglich der Eheschließung, und es muß unseren Nachfolgern überlassen werden," meinte Dr. Rechbauer, „auch in dieser Richtung jene Gesetzgebung ins Leben zu rufen, die der vorgeschrittenen Bildung und den freiheitlichen Institutionen, sowie der verfassungsmäßig garantierten Gewissensfreiheit entspricht, um dem Zustande der Halbheit, der jetzt besteht und nur Heuchelei und Indifferentismus herbeiführt, ein Ende zu machen." Welche Illusion, welche Täuschung! Den Dank des Hauses drückte Herbst aus; der Mann, der sonst so gerne verneinte, gab seiner Rede gleichfalls eine optimistische Färbung. Ein Wiener Blatt erzählte nach der letzten Sitzung des Parlaments eine charakteristische Episode. Neugierig hatte ein Bäuerlein die vielen ehrwürdigen Männer aus dem Parlamentsgebäude, dem „Schmerlingtheater", kommen gesehen, und schüchtern fragte es einen Wachmann, was denn los sei. „Nichts!" erwiderte der Hüter des Gesetzes; das Bäuerlein aber trollte befriedigt von dannen. Hatte der Mann wahr gesprochen, bedeutete das erste direkt gewählte Parlament der Privilegien dem Volke wirklich so wenig?

Alle Parteien rüsteten sich mit voller Kraft für die beginnende Wahlbewegung. Die deutschen Verfassungstreuen gingen uneinig und verbittert in den Wahlkampf. Das Interesse der Politiker wandte sich vornehmlich der Großgrundbesitzerkurie zu, denn hier mußte die Entscheidung fallen. Graf Taaffe bot seinen ganzen Einfluß auf, um ein günstiges Resultat zu erwirken. In Böhmen suchte er die Feudalen, die bei den letzten Wahlen ein Kompromiß abgelehnt hatten, umzustimmen, und es gelang ihm auch, den verfassungstreuen Fürsten Carlos Auersperg, von dessen Anhang das Wahlergebnis abhing, zu einer Vereinbarung mit seinen feudalen Standesgenossen zu veranlassen. Zehn von den dreiundzwanzig Mandaten der böhmischen Großgrundbesitzerkurie sollten den Feudalen bedingungslos überlassen werden. Bei dem Abschlusse dieses Paktes hatte man die bürgerlichen Wähler dieser Kurie gar nicht gefragt, und sie hielten sich demnach grollend von der Wahl fern. Zwei Gründe haben den Fürsten Carlos Auersperg veranlaßt, das Kompromiß, das er später bedauerte — er sprach von einer „Irreführung" — abzuschließen. Einmal war es der Wunsch der Krone, auf den Graf Taaffe hinwies; dann aber fühlten sich

die Hocharistokraten verletzt, weil die deutschen Liberalen radikalerer Richtung, die Fortschrittler, auf ihren Parteitagen in St. Pölten und Graz unfreundlich über die Vorrechte der Großgrundbesitzer sprachen. Der mährische Großgrundbesitz vergab seine neun Sitze an Feudale, der niederösterreichische überließ zwei Plätze den Klerikalen. In Oberösterreich siegten die verfassungstreuen Kandidaten trotz der Geschäftigkeit des Statthalters Baron Pino; doch sie sollten ihres Erfolges nicht lange froh sein, denn das Abgeordnetenhaus annullierte diese Mandate bald. Nun betrieb Baron Pino die Durchsetzung der klerikalen Bewerber mit um so größerem Eifer. Nach dem Abschlusse des Reklamationsverfahrens nahm er noch zwölf Wähler in die Wählerliste auf, und so entfielen auf seine Schützlinge im November 1880 fünfundsiebzig Stimmen gegen fünfzig. Allerdings erklärte das Reichsgericht diese Wahl später für ungültig. Das Abgeordnetenhaus aber hatte sie schon vorher in einer stürmischen Nachsitzung bestätigt. Die Wahlen aus den Landgemeinden- und Städtekurien waren für die Regierungspolitik im allgemeinen von geringerer Bedeutung, weil es sich dabei meistens mehr um Verschiebungen innerhalb der deutschfreiheitlichen Gruppen, als um unmittelbare Übergänge von der einen Seite des Hauses auf die andere handelte. In Galizien kamen von den 63 Mandaten des Landes 57 in den Besitz der Krakauer Feudalen; die Ruthenen schnitten sehr schlecht ab. Die drei städtischen Mandate in Krain gelangten wieder in slowenische Hände, ebenso wie die Sitze der bäuerlichen Kurie. Nur die zwei Großgrundbesitzermandate konnten von den Deutschen festgehalten werden.

Ein ganz neues Gesicht erhielt das Parlament jedoch vornehmlich durch den Eintritt der tschechischen Volksabgeordneten in das hohe Haus. Lange Verhandlungen waren dieser wichtigen Tatsache vorausgegangen, und es bereitete keine geringe Mühe, die unfruchtbare Schmollwinkelpolitik zu brechen. Den böhmischen Landtag hatten die Tschechen schon am 24. September 1878 betreten; indes, das war ihr „Parlament", ihr historischer Landtag, um den sich romantische Phantasien schlangen. Solange die tschechischen Abgeordneten den Reichsrat mieden, klaffte im Abgeordnetenhause eine große Lücke, gab es nur ein Rumpfparlament. Darum bemühte man sich wiederholt, die böhmischen Tschechen von ihrem Starrsinne abzubringen, denn es fehlte nicht an dem richtigen Gefühle, daß deren Eintritt in das Abgeordnetenhaus von grundlegender Bedeutung wäre. Jetzt, da man merkte, daß sich große

Dinge vorbereiteten, wurden die Tschechen sowohl von der deutschen Verfassungspartei als von dem Grafen Taaffe umworben. Schon im September 1878 war ein Briefwechsel zwischen Rieger, dem einflußreichen Tschechen, und Fischhof, dem großen Idealisten des deutschen Volkes, bekannt geworden. Rieger hatte auf die Bedeutung hingewiesen, die die Okkupation für die Slawen haben müßte und der Meinung Ausdruck gegeben, daß nunmehr die Gedanken der Fischhofschen Schrift: „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" eine günstigere Aufnahme finden würden. Fischhof möge es versuchen, eine autonomistische Bewegung einzuleiten und eine allseitige friedliche Stimmung vorzubereiten. Dann würde die Krone wohl die Vermittelung übernehmen. Das war der Anlaß zu den Emmersdorfer Konferenzen vom 31. Oktober, bei denen Friedensvorschläge ausgearbeitet wurden, die ein verheißungsvolles Zusammengehen der Deutschen und Tschechen bewirkt hätten.[1]) Indes, Herbst und andere deutsche Politiker wiesen die Abmachungen zurück und verhinderten so eine Verständigung von Volk zu Volk, die in jenen Tagen vielleicht geglückt wäre. Seither strebt man sie vergeblich an. Im März 1879 verhandelte Graf Taaffe mit dem feudalen Grafen Clam Martinic und mit Rieger. Später trat er auch mit Sladkovsky in Fühlung. Der Minister des Innern wollte die böhmischen Tschechen bewegen, ohne Konzessionen in den Reichsrat einzutreten, gelangte aber vorerst zu keinem Zugeständnisse. Unter den Tschechen Böhmens gab es mehrere Anschauungen. Vom Jahre 1876 ab kämpfte Dr. Eduard Gregr, der die Polen um ihre Erfolge beneidete, gegen die Passivitätspolitik. Dabei wurde er von dem Gedanken des verdienstvollen tschechischen Publizisten J. Lukeš beeinflußt. Der Eduard Gregrschen Richtung stand eine Gruppe von Männern nahe, die die Abkehr vom Zentralparlamente gleichfalls mißbilligte; doch wollte sie den Eintritt in das Abgeordnetenhaus von nationalen Zugeständnissen abhängig machen. Aber noch unmittelbar vor der Auflösung des Reichsrates betrachtete die Mehrzahl der Alt- und Jungtschechen die bedingungslose Beschickung des Parlaments als das größere Übel. Es wurde nochmals eine Verständigung mit den Deutschen versucht. Man zeigte sich bereit, das staatsrechtliche Programm mit der Verfassung in Einklang zu bringen und verlangte dagegen die Durchführung der nationalen Gleichberechtigung in Schule und Amt und eine Wahlreform für den böh-

1) Richard Charmatz, Adolf Fischhof. Stuttgart 1910.

mischen Landtag. Darauf wollten die Deutschen jedoch nicht eingehen, obgleich für sie neue Bundesgenossen im Kampfe gegen die Reaktion erwünscht gewesen wären. Unter diesen Umständen beharrten die tschechischen Staatsrechtler in ihrem Wahlaufrufe vom 27. Mai 1879 bei der Abkehr vom Parlamente. Indes, Graf Taaffe erkannte die Situation richtig. Er bemühte sich mehr um die Feudalen, denn er wußte, daß die Alttschechen nicht zögern würden, dem Beispiele der Großen der Nation zu folgen. In der Tat nahmen die Verhandlungen des Ministers des Innern endlich auch einen für ihn erfreulichen Verlauf. Mitte September 1879 kam eine Vereinbarung zustande[1]), die den Aufmarsch der Feudalen und ihres völkischen Trosses im Parlamente bewirkte. Eduard Gregr hatte erreicht, was ihm so lange als Ziel vor Augen schwebte. Die Abgeordneten seines Volkes besannen sich, ihre Schwerter in die Wagschale zu werfen.

Durch den Eintritt der Tschechen nahm der Kampf um die Verfassung andere Formen an. Da nun alle Völker auf einem Boden standen und sich auf ihm auch einzurichten suchten, schwand die Notwendigkeit, ihn gegen widerspenstige Staatsangehörige zu verteidigen. Die deutsche Verfassungspartei hatte in ihrer beharrlichen Verfassungstreue gegenüber den Bekämpfern der staatlichen Februar-Dezembereinrichtungen moralisch gesiegt, aber es war ein Sieg, bei dem sie alles verlor: die Führung im Parlamente und die Herrschaft im Reiche. Saßen jetzt doch etwa 179 Feudale, Klerikale und slawische Nationale neben einer Minderheit von 174 Deutschliberalen und anderen Gegnern der Taaffeschen Politik...

III. Die Ära Taaffe bis zum böhmischen Ausgleiche.

A. Regierung und Parlament.

Gleich nach dem Abschlusse der Wahlen im Juli 1879 war das Ministerium Stremayr beim Kaiser um seine Entlassung eingekommen. Aber erst am 14. August veröffentlichte die „Wiener Zeitung" ein kaiserliches Handschreiben aus München, das die Regierung Taaffe einsetzte. Der neue Ministerpräsident und Minister des Innern, Graf Eduard Taaffe, war 46 Jahre alt; er gehörte einer aus Irland stammenden Familie an, und sein Vater hatte

1) Siehe auch: Zdenko Tobolka, Dějiny česke Politiky nove doby, Prag 1908.

bereits ein österreichisches Ministerportefeuille innegehabt. In seiner Knabenzeit war er dem Thronfolger Erzherzog Franz Josef als Unterrichts- und Spielkamerad nahegestanden. Doch die Beziehungen fanden später eine längere Unterbrechung, bis der Kaiser wieder dem zum Statthaltereirat gewordenen Jugendgenossen bei einem Besuche in Prag begegnete. Von da ab behielt der Monarch den Grafen Taaffe im Auge, was für diesen mit einer raschen Karriere gleichbedeutend war. Der Günstling des Herrschers zählte nicht zu den großen Staatsmännern mit weit ausgreifenden Plänen und hohem Gedankenfluge. Er begnügte sich von Tag zu Tag sein Auskommen zu suchen, und mit seinem Namen ist das System des Fortfrettens verknüpft. Graf Taaffe war kein hervorragender Redner, aber er verband Kaltblütigkeit mit Schneidigkeit, und viele geflügelte Worte erinnern an ihn. Seinen schlagfertigen Witz möge eine Anekdote illustrieren. Einst begegnete ihm der Glasfabrikant Lobmeyr, der wegen seiner liberalen Gesinnung bekannt war und sich dem Ministerpräsidenten mit der Bitte vorstellte, aus seinem Namen keinen Schluß auf seine Haltung zu ziehen. „Ich bitte Sie nur", meinte Graf Taaffe lächelnd, „die kaufmännische Devise zu beachten, die Sie auf alle ihre Kisten stellen: Nicht stürzen!" Graf Taaffe war findig und schlau im Verhandeln, und er vergaß nie, daß kleine Geschenke große Freundschaften erhalten. Seinen Mitarbeitern bewies er dauerndes Wohlwollen, und seine letzte Amtshandlung bestand darin, mehreren treuen Beamten Auszeichnungen zu verschaffen. Graf Taaffe hat sich selbst als „Kaiserminister"[1]) bezeichnet; dem Kaiser zu dienen war sein höchster Ehrgeiz. Der Staat und die Bevölkerung wurden erst in zweiter Reihe berücksichtigt. Dr. von Stremayr übernahm das Justizportefeuille und die Leitung des Kultus- und Unterrichtsministeriums. Horst behielt das Landesverteidigungsministerium. Von den neu berufenen Männern erwähnen wir vor allem den feudalen Grafen Julius Falkenhayn, der Ackerbauminister wurde. Er kam als Vertreter der Stadt Wels zum erstenmal in das Abgeordnetenhaus, hatte aber früher wiederholt dem oberösterreichischen Landtage angehört. Die Klerikalen zählten ihn zu den Ihren und besaßen an ihm einen eifrigen Streiter für ihre Sache. Als Husarenoffizier hatte Falkenhayn begonnen. 1857 verließ er den Dienst, um sich der Landwirt-

1) Heinrich Pollak, Dreißig Jahre aus dem Leben eines Journalisten, Wien 1898, dritter Band.

schaft zu widmen. Er war auch schriftstellerisch tätig, ehe er in die Regierung berufen wurde. Eine andere nennenswerte Persönlichkeit ist Dr. Alois Prazak gewesen, der als Minister ohne Portefeuille in die Regierung trat und anfangs 1881 Leiter des Justizministeriums ward. Dem Kabinette wurde er als Vertrauensmann der Tschechen zugezogen. Er stand auf Seite der Alttschechen und war den Klerikalen ein guter Freund. In nationaler Hinsicht galt Prazak als gemäßigt. Seine Redekunst überragte ebenso wenig wie sein Verstand das Mittelmaß. Mit seiner Glatze und seinem glänzenden Gesichte machte er mehr den Eindruck eines zufriedenen Spießbürgers als eines Ministers... Die Polen vertrat als Landsmannminister Dr. Florian Ziemialkowski.

Zur alten Garde der Deutschliberalen gehörten von den Mitgliedern der Regierung Taaffe außer Stremayr und Horst noch der Handelsminister Korb-Weidenheim und der Leiter des Finanzministeriums Freiherr von Chertek. Sie galten als Bürgen dafür, daß das Ministerium nicht gegen die Deutschen regieren werde; sie konnten auch als Garantie für ein wenngleich loses Festhalten an den Prinzipien des Liberalismus angesehen werden. Der jähe Rückfall in die Verirrungen des Ministeriums Hohenwart war ausgeschlossen, solange diese Männer, die auf ihr Ansehen etwas hielten, im Rate der Krone saßen. Allerdings sollte das Abspringen von der mittleren Linie nicht lange auf sich warten lassen. Unter dem Drucke der veränderten Verhältnisse im Parlamente mußte Graf Taaffe sich bequemen, ein Steinchen nach dem anderen aus dem Mosaikbilde seines Ministeriums herauszunehmen und eine Änderung der Richtung allmählich, aber ausgiebig vorzubereiten. Am 16. Februar 1880 wurde Dr. von Stremayr, der den Klerikalen im Wege stand, die Leitung des Kultus- und Unterrichtsministeriums und Freiherrn von Chertek die des Finanzministeriums entzogen. Die Klerikalen hätten es am liebsten gesehen, wenn jetzt Herr von Kriegsau an die Spitze des Erziehungswesens gestellt worden wäre, denn er war Blut von ihrem Blute. Allein die liberalen Minister sprachen sich gegen diese Berufung entschieden aus, und so wurde dem Manne das Finanzministerium zugewiesen. Der Sekretär der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, der unter Belcredi Sektionschef gewesen ist, hatte ein hübsches Avancement zurückgelegt und bewiesen, daß man durch Gönnerschaften rascher als durch Fähigkeiten vorwärts kommt. Conrad von Eybesfeld, der neue Unterrichtsminister, war weder Fleisch

noch Fisch. Die Liberalen wollten von ihm nichts wissen, und das klerikal-feudale „Vaterland" zeigte sich ebenfalls nicht erbaut.

Von großer Tragweite ist der Ministerwechsel gewesen, der sich Ende Juni 1880 vollzog. Das „Ministerium über den Parteien" wurde dadurch zur Parteiregierung, zum Ministerium der Rechten. Die letzten Erinnerungen an die gute alte Zeit wanderten über Bord; Stremayr, Horst und Korb-Weidenheim, die den neuen Kurs nicht mit ihrem Namen decken wollten, zogen sich zurück. Als markanteste Person schloß sich nun dem Grafen Taaffe der Pole Dr. Julian von Dunajewski an, der Finanzminister wurde und in der Regierung eine solche Bedeutung erlangte, daß man fürderhin von einem Ministerium Taaffe-Dunajewski sprach. Im Parlamente hatte sich der Finanzminister schon oft betätigt, denn Grocholski, der Führer des Polenklubs, war kein Redner, und so wurde Dunajewski mit den wichtigsten Kundgebungen betraut. Er sprach das Deutsche mit polnischem Akzent und galt als sicherer, schlagfertiger Debatter, der das Wort nicht auf die Goldwage legte und einen scharfen Angriff einer sanften Umschreibung vorzog. Dunajewski war eine starke Persönlichkeit mit festem Willen und einer der begabtesten Politiker unter den Schlauköpfen, die die polnischen Wähler nach Wien entsandten. Nur als Finanzminister darf man ihn — den Professor der Nationalökonomie und Statistik — nicht loben. Er hat zwar das Gleichgewicht des Budgets hergestellt, und das ist an sich nicht zu unterschätzen. Doch dies geschah auf so rücksichtslose, jedes Talentes bare Weise, daß daran durchaus nichts Rühmenswertes zu finden ist. Die Deutschen haben an Dunajewski keinen Freund besessen; es war ja sein Bestreben, sie für die Geschäfte des Regierens überflüssig zu machen... Gleichzeitig mit Dunajewski trat auch Graf Welsersheimb in die Regierung. Wir führen ihn an, weil er fortab der ruhende Pol in der Ministerien Flucht war.

Mitte Januar 1881 wurde Baron Pino Handelsminister. Er hatte bereits als Landespräsident der Bukowina der Regierung Hohenwart gute Dienste geleistet und war als Statthalter von Oberösterreich dem Grafen Taaffe gefällig gewesen. Dadurch schien sein Befähigungsnachweis erbracht, aber es zeigte sich, daß seine Wahl durchaus nicht glücklich genannt werden konnte. Nach fünf Jahren sah sich Pino moralisch gezwungen, aus dem Amte zu scheiden. Er blieb wegen einer Korruptionsgeschichte — bildlich genommen — auf der Strecke der Duxer Bahn liegen, obwohl ihm ein anderer

Vorwand den Abschied erleichterte. Nach einem kurzen Interregnum wurde Mitte Juni 1886 der Landespräsident von Schlesien, Olivier Marquis von Bacquehem, mit dem Handelsportefeuille bedacht. Schon früher mußte Conrad von Eybesfeld trotz seiner Zugeständnisse an den Geist der Taaffeschen Zeit dem Ansturme der slawisch-klerikalen Parlamentsmehrheit weichen, weil selbst ihm die wachsenden Forderungen unerfüllbar schienen. So zog denn am 5. November 1885 Freiherr Gautsch von Frankenthurn in das Ministerium am Minoritenplatze ein. Der erst 34 Jahre alte Mann war in politischer Hinsicht ein homo novus und seine Berufung überraschte sehr. Er hatte zuletzt als Direktor der Theresianischen Akademie gewirkt und machte nun den Sprung in die Politik, in der er noch eine große Rolle spielen sollte. Nicht geringes Erstaunen rief es bei den deutschen Liberalen hervor, als am 11. Oktober 1888 Graf Friedrich Schönborn als Justizminister das Erbe Prazaks antrat. Bereits in jungen Jahren war der Graf in den katholisch-politischen Kasinos tätig gewesen; im Jahre 1870 hatte er sich in seiner Broschüre „Böhmen und Österreich“ als Anhänger des böhmischen Staatsrechtes bekannt. Die Ernennung zum Statthalter von Mähren, die anfangs der achtziger Jahre erfolgte, gab dem Grafen Schönborn die erwünschte Möglichkeit, gegen die Deutsch-Liberalen erfolgreich anzukämpfen. Als Minister befleißigte er sich jedoch eines korrekten Vorgehens. Der feudale Drauflosgänger hatte sich abgeklärt.[1])

Will man das Ministerium Taaffe in seiner Wirksamkeit in den achtziger Jahren charakterisieren, so stößt man auf erhebliche Schwierigkeiten. In der Gedankenwelt der Reaktion, in die die leitenden Männer Österreichs geraten waren, erwuchsen nicht nur Taten von verderblicher Wirkung für den Staat, sondern aus dem eigentümlichen Zusammentreffen seltsamer Wünsche, Hoffnungen und mittelalterlich anmutender Sozialutopien gingen auch für Österreich rühmliche Werke hervor: wir meinen die sozialpolitische Gesetzgebung. Immerhin war der leitende Grundgedanke dieser Epoche Zacharias Werners Mahnung: „Das Feldgeschrei sei: Alte Zeit wird neu!“ Die freie politische Betätigung fand an der Regierung Taaffe keine Schützerin. Man schämte sich nicht bis zur Kleinlichkeit herabzusinken, wenn es galt, die Kundgebungen liberaler Parteien, liberaler Wahlaufrufe oder Zeitungen, die ein freies

---

1) Gustav Kolmer, Das Herrenhaus des österreichischen Reichsrates.

Wort nicht scheuten, mit Beschlag zu belegen. Im Jahre 1880 erfolgten 635 Beschlagnahmen von Journalen; im Jahre 1882 verfielen in Wien allein 184 Morgenblätter und 35 Abendblätter dem Staatsanwalte. Die jungtschechische „Narodni Listy", die in den 18 Jahren der deutschliberalen Ära 150 mal beschlagnahmt wurde, mußte diese Verfolgung in den ersten acht Jahren der Regierung Taaffe 311 mal erdulden. In diesem Tempo ging es weiter, bis Graf Schönborn an die Spitze des Justizministeriums trat und in seinem Preßerlasse vom 10. Mai 1889 zugestand, daß die gerichtlichen Funktionäre mitunter die Grenzen der statthaften freien Meinungsäußerung nicht richtig beurteilten. Gleichzeitig erfolgte die Aufforderung an die Staatsanwälte, etwas weitherziger zu verfahren. Im Jahre 1881 wurde in Wien sogar die Abhaltung eines Fackelzugs zur Krönung der in ganz Deutschösterreich festlich begangenen Lessingfeier verboten und ebenso die Absingung des Liedes: „Deutsche Worte hör' ich wieder" nicht gestattet. Die Wiener akademische Lesehalle, die diese Krähwinkelei nicht beachtete, ereilte sogleich die Auflösung. Dieser Verein, der wohl einen starken deutschnationalen Einschlag hatte, wies 863 Studenten als Mitglieder auf. Mit treffenden Worten veranschaulichte die „Deutsche Zeitung" die Kluft, die zwischen der feierlichen Betonung des innigen Bündnisses mit Deutschland und den ärgerlichen Drangsalierungen des deutschen Volksstammes gähnte. Nicht besser erging es dem „Verein deutscher Studenten", wie die Polizei ja überhaupt unablässig hinter den Gründungen der deutschnationalen Schönerianer einher war. Während sich Graf Taaffe nach seiner Art „fortwurstelte" — das Wort stammt von ihm selbst — wurde die Verwaltung von einer schwerfälligen und wenig einsichtsvollen Bureaukratie besorgt, die noch nicht bedenken wollte, daß der Bürger nicht ihr Werkzeug ist. Eduard Gregr sagte bei der Budgetdebatte im Jahre 1888 mit Recht, Österreich sei etwas Ärgeres als ein absolutistischer Staat, es sei „ein Staat der ministeriellen, bureaukratischen Willkür unter dem Deckmantel des Konstitutionalismus".

Die Aufnahme, die die Regierung Taaffe schon in den Flitterwochen ihres Bestehens bei den Deutschliberalen fand, war durch tiefes Mißtrauen charakterisiert. Herbst hatte sich bereits früher geäußert, daß die Taaffesche Wirtschaft nicht länger als vier Wochen dauern könne, und man glaubte allgemein, daß es sich bloß um ein Übergangsministerium handle. Dabei wurde aber vergessen, wie sehr der leitende Mann das Vertrauen des Kaisers genoß und welche

politische Lebenskraft von der Zuneigung der Krone ausgeht. Bei der Konferenz der neugewählten liberalen deutschen Abgeordneten in Linz an der Donau wurde am letzten Augusttag 1879 das Anathem über die Regierung Taaffe verkündet. „Es gibt keine Koalition zwischen der Verfassungspartei und dem Kabinette, in welchem Graf Falkenhayn und Dr. Prazak sitzen", donnerte Dr. Ruß. Diese Gegnerschaft gewann an Schärfe, als die Regierung und die Parteien unter einem Dache leben mußten.

Beide Häuser des Reichsrats traten am 7. Oktober 1879 zusammen. Schon die Thronrede verschnupfte die Deutschliberalen sehr. „Indem nun" — hieß es in ihr — „auch die Abgeordneten meines geliebten Königreiches Böhmen, meinem Rufe folgend, unbeschadet ihrer Rechtsüberzeugung und ungeachtet der Verschiedenheiten ihrer Anschauung vollzählig den Boden gemeinsamer Verhandlung betreten, ist ein wichtiger Schritt geschehen, um zu jener allgemeinen Versöhnung und Verständigung zu gelangen, die stets das Ziel meiner Wünsche war." Diese Verbeugung vor den staatsrechtlichen Liebhabereien der Tschechen lief direkt gegen die Abmachung, die der Ministerpräsident mit dem Fürsten Carlos Auersperg getroffen hatte und machte den Anschluß der verfassungstreuen Großgrundbesitzer an die Regierung unmöglich. Im Abgeordnetenhause dauerte es eine geraume Weile, bis Graf Taaffe eine feste, disziplinierte Regierungsmehrheit hinter sich versammeln konnte, und im Herrenhause mußte zum Notmittel der Peersschübe gegriffen werden. Das geschah freilich in so ausgiebiger Weise, daß die Struktur des Oberhauses bald eine andere Gestalt erhielt. In der Kammer der Lords gelang es dem Grafen Taaffe, zwischen der Rechten unter Führung des Fürsten Schwarzenberg und der Linken unter der Leitung Schmerlings eine Mittelpartei zu schaffen, die im Fürsten Richard Metternich ihr Haupt fand. „O über diese Mittelpartei" — ruft der überzeugungstreue Hasner aus — „ein Mittel in den Händen der Regierung wurde sie, sonst nichts. In Verfassungsfragen wollte sie mit uns gehen, aber der Tag, an dem sie hätte die Probe bestehen sollen, kam nicht. Sonst hat sie die Linke immer redlich niedergestimmt."[1])

Einer der denkwürdigsten Tage in der ersten Zeit der Regierung, die sich angeblich die Versöhnung und die Verständigung der Völker zum Ziele gesetzt hatte, wurde durch die mit Spannung verfolgte

---

1) Leopold von Hasner, Denkwürdigkeiten. Stuttgart 1892.

Debatte des Herrenhauses über die Adresse an die Krone ausgefüllt. Auf den Höflichkeitsakt, der in der Beantwortung der Thronrede durch eine Adresse bestand, wurde in den achtziger Jahren großes Gewicht gelegt. Im Herrenhause stand die Sache für die Regierung schlecht. Die Adresse, die von Hasner entworfen war, enthielt in ihrem dritten Absatze eine Spitze gegen das Ministerium, und der Gegenvorschlag der Minderheit hatte keine Aussicht auf Annahme. Auch dem Kompromißantrage des Freiherrn von Hübner fehlte es an günstigen Aussichten. Um den Anhang der Regierung zu stärken, wurden drei Mitglieder des Herrscherhauses ersucht, der Sitzung beizuwohnen. Atemlose Spannung herrschte im Saale, als die namentliche Abstimmung begann. Die Erzherzöge Karl Ludwig, Ludwig Viktor und Albrecht, die für den Antrag der feudalen Minderheit eingetreten waren, unterlagen gegenüber der verfassungstreuen Mehrheit. Mit 78 gegen 59 Stimmen drang Hasners Adreßentwurf durch. Es war eine seltene Szene, als dieselben Peers, die gegen die Regierung gestimmt hatten, aufstanden und sich von den abziehenden Erzherzögen durch tiefe Verbeugungen verabschiedeten. Männerstolz vor Königsthronen! Dieses Wort wurde nach der Sitzung vom 28. Oktober 1879 oft zitiert. Doch Graf Taaffe ließ sich durch die Niederlage im Herrenhause nicht beirren. Er legte nicht, wie man erwartet und gewünscht hatte, sein Amt nieder, sondern zog unverdrossen zu weiteren Turnieren aus.

Zu den dringenden Aufgaben, die der Ministerpräsident von der Krone zugewiesen erhielt, gehörte die Sicherung der Mannschaftsbedürfnisse für die Armee. Graf Taaffe ließ die Wehrvorlage als ersten Arbeitsgegenstand auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses setzen. Er wollte das Eisen schmieden, solange es heiß war und das Dankbarkeitsgefühl der neuen Günstlinge ausnützen, bevor es verrauchte. Der Gesetzentwurf verlangte die Festlegung des Kriegsstandes von 800 000 Mann und die Bewilligung zur Aushebung des entsprechenden Rekrutenkontingents für weitere zehn Jahre. Zur Annahme der letzteren Bestimmung war eine Zweidrittelmehrheit notwendig, die das Gefolge der Regierung allein nicht stellen konnte. Graf Taaffe mußte deshalb mit der früheren Herrschaftspartei, die jetzt das bittere Brot der Opposition aß, in Verbindung treten und sich bemühen, Überläufer zu gewinnen. Wieder wurde die Krone in Bewegung gesetzt. Der Landesverteidigungsminister überbrachte dem Wehrausschusse den Wunsch des Monarchen nach baldiger Erledigung, und als dies nicht

zündete, erhielt Dr. Weeber, der Obmann des Klubs der Liberalen, die Einladung, beim Kaiser zu erscheinen. Trotzdem unterlag die Regierung bei der ersten entscheidenden Abstimmung. In der Abendsitzung vom 5. Dezember 1879 wurde der §2 der Regierungsvorlage zurückgewiesen, der übrige Teil jedoch angenommen. Der §2 erforderte nämlich die Zweidrittelmehrheit, weil er die Verzichtleistung des Parlaments auf die jährliche Rekrutenbewilligung aussprach; der andere Teil des Gesetzentwurfs konnte mit einfacher Mehrheit angenommen werden. Es war also der Opposition gelungen, den Schlag gegen die Regierung zu führen, aber es fügte sich wie so oft, daß durch ihn auch die Krone getroffen wurde und dies konnte für die Beziehungen zwischen dem Monarchen und den Liberalen gewiß nicht förderlich sein. Das Herrenhaus, das sich nun mit dem Gegenstande zu beschäftigen hatte, fügte der Gesetzesvorlage wieder den ursprünglichen §2 ein, allein es wurde von der Verfassungspartei ausdrücklich bemerkt, daß die Zustimmung zur Wehrvorlage keiner Vertrauenskundgebung für die Regierung gleichkomme. Am 17. Dezember lag der Wehrgesetzentwurf dem Abgeordnetenhause in der vom Herrenhause angenommenen Fassung abermals vor. Der Einfluß der Krone ruhte nicht, aber bei der namentlichen Abstimmung wurde der §2 der Regierungsvorlage neuerdings abgelehnt. Im Herrenhause, das wieder zu Worte kam, wurde nun beschlossen, die Veranstaltung einer gemeinsamen Konferenz von je neun Mitgliedern beider Häuser zu veranlassen, und die Beratung fand bereits am 19. Dezember statt. In ihr kam der Beschluß zustande, beiden Häusern die Annahme des umstrittenen §2 nahezulegen. Während des wechselvollen Ganges der Beratungen war die Opposition immer mehr und mehr zusammengeschmolzen; in ihren Reihen hatte sich gegenseitiges Mißtrauen und gegenseitige Erbitterung eingenistet. Als Dr. Smolka am 20. Dezember das Abgeordnetenhaus von dem Beschlusse der gemeinsamen Konferenz unterrichtete, war aus dem Blocke der Gegner einer zehnjährigen Rekrutenbewilligung bereits ein sehr großes Stück herausgefallen. Zwar rief Dr. Kopp nochmals zum Kampfe wider die Regierungsvorlage auf, doch sein Appell verhallte wirkungslos. Mit 223 gegen 105 Stimmen wurde der Gesetzentwurf endlich angenommen, und noch vor Weihnachten erfolgte die Sanktion des Monarchen. Nach der lange ersehnten Willenskundgebung des Abgeordnetenhauses war Graf Taaffe voll freudiger Bewegung in die Hofburg geeilt, um dem Herrscher das Ereignis mitzuteilen. Als er in sein Bureau zurück-

kehrte, fand er bereits ein kaiserliches Handschreiben vor, das ihm in den wärmsten Ausdrücken Anerkennung zollte.

Am 6. April 1880 begann die Debatte über das Budget für das laufende Jahr, die länger als einen Monat währte. Die Reden waren als Symptome der Stimmung bezeichnend; aus ihnen klang die Ankündigung der kommenden Ereignisse heraus. Den staatsrechtlichen, nationalen und kulturellen Problemen wurde ein breiter Platz eingeräumt. Am interessantesten war die Abstimmung über den Dispositionsfonds, die der Regierung eine empfindliche Niederlage brachte. Zwischen den deutschliberalen Abgeordneten und den verfassungstreuen Herrenhausmitgliedern wurde vereinbart, dem Grafen Taaffe diese Post zu verweigern, und dennoch unterließen es die Mehrheitsgruppen, der Regierung den nötigen Anhang zur Verfügung zu stellen. Als der Dispositionsfonds im Abgeordnetenhause fiel — 154 Parlamentarier hatten sich dagegen, 152 dafür ausgesprochen — war daran vornehmlich die geringe Disziplin der klerikalen Rechtspartei schuld, denn viele ihrer Mitglieder glänzten durch Abwesenheit. Gleich darauf wurden die Klubstatuten verschärft. Graf Taaffe nahm den heftigen Stoß hin, ohne sich in seiner Ministerherrlichkeit stören zu lassen. Für ihn hatte die Verweigerung des Dispositionsfonds nur den einen Effekt, daß er zunächst die Verständigungsversuche mit der Linken fallen ließ und den persönlichen Verkehr mit ihr nahezu abbrach.[1])

Von größter Bedeutung war für das Parlament die Erweiterung seiner Grundlagen, die durch die Wahlreform des Jahres 1882 vorgenommen wurde. Die klerikal-feudale Mehrheit hatte in erster Linie das Interesse, den großbürgerlichen Anhang der Liberalen durch den Mittelstand zu majorisieren, denn es winkte ihr die Hoffnung, die für das politische Leben erst zu gewinnenden Bataillone unter ihre Fahnen zu bringen. Allerdings gingen die Anregungen zur Wahlreform von einer ganz anderen Gruppe aus, und das Ziel, das den ehrlichen Bekämpfern der zeitfremden Vorrechte vorschwebte, war die Demokratisierung des Staates, die Förderung jener Ideen, die das Jahr 1848 geboren hatte. Am 10. Dezember 1880 wurde dem Abgeordnetenhause von Schönerer, Fürnkranz, Kronawetter und Steudl ein Antrag unterbreitet, der das Stimmrecht für jeden mehr als 24 Jahre alten Staatsbürger verlangte. Der Antrag wies nicht die nötige Zahl der Unterschriften auf, und

1) Dr. Gustav Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich. Dritter und vierter Band. Wien 1905 und 1907. Wird wiederholt benützt.

erst bei der Unterstützungsfrage des Präsidenten wurde ihm mit harter Not die erforderliche Befürwortung zuteil. Ende Januar 1881 lehnte es das Abgeordnetenhaus ab, die Anregung auch nur an einen Ausschuß weiter zu geben. Unmittelbar nachher trat Kronawetter mit einem neuen Vorschlage hervor, indem er das Wahlrecht für jeden Steuerzahler forderte und die Abschaffung der indirekten Wahlen in den Landgemeinden verlangte. Zur gleichen Zeit mit Kronawetter hatte der Hofrat Lienbacher im Parlamente einen Antrag eingebracht, der das Wahlrecht allen Bürgern, „die entweder einschließlich aller landesfürstlichen Zuschläge mindestens fünf Gulden direkter Steuern zahlen oder nach der Gemeindewahlordnung auch bei einer noch geringeren Steuerleistung zur Wahl der Gemeindevertretung berechtigt sind", verliehen wissen wollte. Am 10. Mai trat auch Ottokar Zeithammer mit einem Vorschlage hervor, der berechnet war, den Einfluß des verfassungstreuen Adels in der Großgrundbesitzerkurie zu brechen und den feudalen Elementen feste Machtsitze zu verschaffen. Der fideikommissarische Großgrundbesitz in Böhmen sollte eine eigene Wählergruppe bilden, während die nichtfideikommissarischen Wähler in dieser bevorzugten Kurie nach fünf Wahlkreisen einzuteilen wären. Nach den Mitteilungen des Abgeordneten Herbst gab es in der Großgrundbesitzerkurie Böhmens im ganzen 546 Wähler, die 23 von den 92 Mandaten Böhmens zu besetzen hatten. Alle Anträge wurden an den Wahlreformausschuß geleitet, der sich mit der Beratung nicht sehr beeilte. Erst das Herannahen der Ergänzungswahlen für den böhmischen Großgrundbesitz rüttelte die säumigen Reformer auf. Graf Taaffe akzeptierte die Anregung Zeithammers, während er sich über die Vorschläge Lienbachers unbestimmt äußerte. Der Wahlreformausschuß nahm sich zuerst des Antrages Zeithammer an, doch ließ er sich im März 1882 auch bewegen, den Antrag Lienbacher aufzugreifen. Beide Anregungen wurden verquickt und zu einer Wahlrechtsnovelle verarbeitet, die am 17. März an das Abgeordnetenhaus gelangte. Die deutschliberale Opposition, die übrigens auch diesmal nicht geschlossen vorging, hatte schon im Ausschusse eine unglückliche Taktik befolgt, indem sie die Majorität zu überbieten versuchte. Von ihr wurde der Wunsch geäußert, den Zensus auf 2 Gulden herabzusetzen, was weder ernst gedacht war noch ernst genommen wurde. Der Mehrheit des Parlaments fiel es nicht schwer, die Liberalen wegen der verspätet erwachten Volksfreundlichkeit zu verspotten. Bei der Generaldebatte im Abgeordnetenhause gab es

viele Reden, obgleich das Schicksal des Gesetzentwurfes von vornherein entschieden war. Die Mehrheit stand hinter dem Elaborat. Am 23. März 1882, zur Abendzeit, nahm das Abgeordnetenhaus die Wahlreform in dritter Lesung endgültig an. Vor der Abstimmung hatte die Opposition darzulegen gesucht, daß eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei, aber der Präsident trat dieser Ansicht nicht bei. Das Herrenhaus schloß sich der Vorlage zwei Monate später an und am 4. Oktober 1882 erfloß die kaiserliche Sanktion. Eine neue Zeit begann. Der Fünfguldenzensus für die Städte- und für die Landgemeindekurie räumte den Kleinbürgern eine Ausnahmestellung im Staate ein, denn ihnen fiel in der Zukunft die Herrschaft zu, die früher dem Großbürgertum zueigen war.

Der Abgeordnete Hofrat Lienbacher, der dieser Wahlreform seinen Namen gab, war ein überzeugter Klerikaler, doch gehörte er zu den wenigen Anhängern dieser Richtung, denen ein stärkeres nationales Empfinden nicht mangelte. 1822 wurde er als 19. Kind verarmter Bauersleute im deutschen Kronlande Salzburg geboren, und er erhielt später den Spottnamen Herzog von Salzburg. 1859 rückte er zum Staatsanwalte vor. Lienbacher war von hagerem, asketischem Aussehen, ein scharfer Kopf und ein guter Redner. Starker Ehrgeiz lebte in diesem Manne, und die österreichische Geschichte muß von ihm auf mehr als einem Blatte Notiz nehmen. Lienbacher leistete sich einmal bei seinem Ansturme gegen das moderne Reichsvolksschulgesetz den derben Satz: „Wenn Sie sich überzeugen wollen, welche Wirkung die achtjährige Schulpflicht ausübt, dann gehen Sie vor die Linien Wiens zum allerhöchsten „Heurigen"." Am nächsten Tage bedachten die Studenten den eifernden Hofrat mit einer lebhaften Katzenmusik.[1])

Die Regierung Taaffe wußte außer der Wahlreform, die ihr trotz ihrer reservierten Haltung nicht unwillkommen sein konnte, noch andere Mittel, um die Zusammensetzung des Parlaments zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die Handels- und Gewerbekammern hatten das Recht, Abgeordnete zu wählen, und es lag daher nahe, in den umstrittenen Handelskammern die Anhänger der Regierung durch Inkorrektheiten zu fördern. In der Prager Handelskammer hatten die Deutschen bei der Ersatzwahl im Juli 1881 die Mehrheit behauptet, und sie beeilten sich vor der nächsten Er-

1) Deutscher Nekrolog, Herausgeber Anton Bettelheim. Berlin 1897. Siehe: Heinrich Friedjung über Lienbacher.

neuerung der Körperschaft, die Wahlordnung zu ihrem Vorteile umzugestalten, was am 12. September 1883 geschah. Die Tschechen erhoben dagegen Protest, und das Handelsministerium arbeitete schließlich selbst eine neue Wahlordnung aus, die im Verordnungswege oktroyiert wurde. Noch ehe die Handelskammer ein Gutachten abgeben konnte, war sie aufgelöst worden. In der Pilsener Handelskammer standen Anfang 1883 achtzehn deutsche Mitglieder achtzehn Tschechen gegenüber. Bei der Präsidentenwahl mußte das Los entscheiden, das den Tschechen Glück brachte. Diese kassierten nun ein bereits anerkanntes deutsches Mandat und beriefen einen tschechischen Ersatzmann ein. Auch in einem zweiten Fall wurde so verfahren und da die Regierung fünf gerade sein ließ, blieb die tschechische Mehrheit im Sattel. Die Budweiser Kammer fiel den Tschechen ebenfalls zu; vom Mai 1883 ab entsandte sie nur tschechische Abgeordnete in das Parlament.

Am 4. Dezember 1883 hatte das „Schmerlingtheater" seine Tore geschlossen, und die österreichische Reichsvertretung hielt ihren Einzug in den prunkvollen Palast, der von Theophil Hansen auf dem Wiener Franzensringe errichtet worden war. Der Bau verschlang elf Millionen Kronen. Merkwürdigerweise hatte man im Sitzungssaale wohl das Herzschild im Wappen des Kaiserhauses angebracht, aber nicht den Doppeladler, das Emblem des Kaiserstaates. Der Umzug von dem alten in das neue Haus vollzog sich sang- und klanglos, ja man vergaß sogar, den Erbauer des Gebäudes zur Eröffnungssitzung einzuladen. Es verdient bemerkt zu werden, daß die erste Vorlage, die auf den Tisch des Hauses niedergelegt wurde, der Unfallversicherung der Arbeiter galt.

Je länger die Taaffesche Periode währte, um so fester schloß sich der „eiserne Ring", die Regierungsmehrheit, zusammen. Mit dem Essen kam der Appetit, und die Ansprüche wuchsen bis zur Anmaßung. Die Feudalen, die Klerikalen und die eifrigen Vertreter der vorrückenden Nationen suchten möglichst viele Vorteile für sich herauszuschlagen, die Einzelinteressen erdrückten das Gesamtinteresse. Man war davon abgekommen, den Blick auf das Staatsganze zu lenken, ein politischer Egoismus ohnegleichen keimte auf... Allgemach rückten die Neuwahlen heran, denn die Legislaturperiode ging ihrem Ende entgegen. In der Budgetdebatte des Jahres 1885 wurden sowohl von der Opposition als von der Mehrheit Rückblicke veranstaltet. Dr. Herbst meinte am 3. März: „Was uns alte Österreicher ängstlich macht, ist die Frage, ob es möglich sein

werde, jene verheerenden Wirkungen vollständig zu beseitigen, die hervorgerufen wurden durch die immer schroffer hervortretenden und sich unversöhnlicher gestaltenden Gegensätze der Nationen, der Rassen, der Konfessionen und Berufsklassen der Gesellschaft. Wir fragen, ob es möglich sein werde, das Übel wieder zu beseitigen, welches daraus hervorgeht, daß sich die alten Traditionen in der österreichischen Bureaukratie immer mehr verflüchtigen, daß der Geist der Nationalität und der Parteigeist immer mehr in die Bureaukratie eindringt und dadurch das Vertrauen der Bevölkerung immer mehr schwächt. Endlich sehen wir, daß jene um sich greifende und nicht genug zu beklagende Blasiertheit unserer jungen Generation gegen den österreichischen einheitlichen Staatsgedanken gefördert wird, denn unsere jüngere Generation wächst heran unter dem alleinigen Eindruck des alle Ideen zurückdrängenden nationalen Kampfes." Ende April wurde der Reichsrat geschlossen; 324 Gesetzentwürfe waren von ihm verhandelt worden.

Die Neuwahlen vollzogen sich unter bisher fremden Verhältnissen, da sich die Parteien zum erstenmal an breitere Schichten wenden mußten. Von der Regierung wurden der Opposition alle möglichen Schwierigkeiten bereitet. In Wien fanden die Wahlen am 2. Juni 1885 statt. Hier verliefen sie für die Liberalen ungünstig, denn drei Demokraten und ein Antisemit drangen durch. Im ganzen und großen aber vermochte Graf Taaffe die Linke bloß um 15 Stimmen zu schwächen. „Eine Lokomotive ist über den Leib der Opposition dahingebraust" — schrieb die Neue Freie Presse — „und konnte ihr kaum die Haut ritzen." Allerdings verlor Herbst seinen langjährigen Wahlbezirk Schluckenau; er mußte sich nach einer zweiten Niederlage in Prachatitz in den ersten Wiener Bezirk flüchten. In der Zeit der überhandnehmenden Bezirksmeierei konnte ein Mann den Wählern nicht mehr gefallen, der ihnen sagte: „Ich betrachte die Stellung eines Abgeordneten nicht als die des Vertreters eines Bezirkes, sondern eines Abgeordneten von Österreich." Bei den Wahlen erhielten alle Mitglieder der Regierung bis auf Taaffe und Welsersheimb, der als Soldat nicht in Betracht kam, Mandate; einzelne Parlamentssitze wurden freilich unter recht sonderbaren Umständen erworben. So mußte der Unterrichtsminister Conrad, der sich als Slowene bekannt hatte, als Vertreter eines Bukowinaer Wahlbezirkes in das Parlament einziehen. Im Abgeordnetenhause gab es jetzt zwölf Parteiverbände. Zum engsten Anhang der Regierung gehörten 57 Mitglieder des Tschechenklubs, 56 Angehörige des Polenklubs, 34

Mitglieder der Hohenwartgruppe und 19 Mitglieder des Liechtensteinklubs. Im ganzen konnte der Ministerpräsident unter den 353 Abgeordneten auf etwa 190 Anhänger rechnen. Das neue Wahlrecht hatte also seine Schuldigkeit getan und der klerikal-feudal-slawischen Mehrheit zu einer Verstärkung ihrer Reihen verholfen. Mit diesem gefügigen Parlament ließ es sich eine Zeit ziemlich sorglos regieren. Die Opposition war überdies müde geworden und fühlte sich in ihrer Einflußlosigkeit gar nicht wohl. Der Löwe, der einst das Ministerium Taaffe zerfleischen wollte, bekam immer stumpfere Zähne und Krallen.

B. Die Parteien.

Des griechischen Denkers Ausspruch: „Alles fließt!" kommt einem in den Sinn, wenn man die Schicksale der österreichischen Parteien erzählen soll. Ein unausgesetzter Umschichtungsprozeß fand statt, Namen tauchten auf und vergingen, ohne daß im Wesen allzu große Veränderungen Platz griffen. Wir können hier bloß die Linien der bedeutendsten Entwickelungen berücksichtigen; die kleinen Umwandlungen haben ohnedies die Geschichte wenig beeinflußt. In den achtziger Jahren kamen die Parteien der Rechten in den Vordergrund, und ihnen muß sich unser Blick zuerst zuwenden. Der Polenklub stellte eine feste Organisation der polnischen Abgeordneten dar, die von Grocholski kraftvoll geführt wurde. Fast könnte man von einem Kommando reden. Die Parteischattierungen innerhalb des polnischen Volkes hatten geringen Belang, denn die Gruppe der Krakauer Feudalen verfügte über einen richtunggebenden Einfluß; sie machte die Wahlen, sie setzte eigentlich die Abgeordneten ein.

Die tschechischen Parlamentarier vereinigten sich im Tschechenklub, dem Rieger vorstand. Der Flügel der Feudalen wurde innerhalb dieser Vereinigung vom Grafen Clam-Martinic geleitet. Im Laufe der Zeit erweiterte sich jedoch der Riß zusehends, der das Bürgertum in Alt- und Jungtschechen trennte; die Gegensätze zwischen den konservativen, den Klerikalen Zugeständnisse machenden Abgeordneten der älteren Richtung und den freiheitlich-demokratischen Vertretern der jüngeren Gruppe kamen mit wachsender Schärfe zum Ausdrucke. Im Mai 1887 wurde den fünf Jungtschechen der Anschluß an den einheitlichen Tschechenklub im Abgeordnetenhause des Reichsrates verweigert. Als ihr Führer Dr. Eduard Gregr nach diesem Ereignisse die Hauptstadt Böhmens aufsuchte, bereitete ihm die Studentenschaft stürmische Ovationen, während vor Riegers Woh-

nung lärmende Kundgebungen stattfanden. Am 19. Juni wurde am Fuße des Berges Rzip ein jungtschechisches Massenmeeting abgehalten, an dem 20000 Menschen teilnahmen. Gregr erntete stürmischen Beifall, als er das feudal-klerikale Bündnis das größte Unglück für die Tschechen nannte. Eines nicht weniger herzlichen Empfanges konnte sich der jungtschechische Abgeordnete Graf Wenzel Kaunitz rühmen. Die Menge feierte ihn als „die einzige treue aristokratische Seele".

Graf Hohenwart war eine der bedeutendsten Stützen der Regierung Taaffe. Er stellte die Fühlung zwischen der Regierung und den nationalen und klerikalen Gruppen her. Ihm gelang es, ein Gefolge um sich zu scharen, das recht buntscheckig war und dem Ministerium vortreffliche Dienste leistete. Die deutsch-klerikalen Abgeordneten aus Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg, die Slowenen aus Krain und dem Küstenlande, die Kroaten aus Dalmatien und die Rumänen aus der Bukowina saßen um einen Tisch. Indes, die anschwellende nationale Bewegung zwang auch die Klerikalen deutscher Zunge zu Zugeständnissen. Sie schieden aus und bildeten unter der Führung der Prinzen Alfred und Alois Liechtenstein den Liechtensteinklub. Dem Hofrat Lienbacher war diese Gruppe dennoch zu wenig national und er versuchte gegen Ende der achtziger Jahre ohne Glück die Bildung einer nationalbewußten deutsch-klerikalen Partei.

Auf Anregung des Grafen Hohenwart wurde für die großen Gruppen der Rechten ein gemeinsames Organ geschaffen: das Exekutivkomitee, dem fünfzehn Abgeordnete angehörten. Dieses Exekutivkomitee verstand es, seine Macht so sehr auszudehnen, daß ihm eigentlich die Leitung des Parlaments und die Führung der Regierung zufiel. Nicht mit Unrecht sprach man von einem „Rat der Fünfzehn".

Wenden wir nun unsere Aufmerksamkeit der deutschliberalen Opposition zu. Nach wie vor fehlte es bei den Resten der Verfassungspartei an Einmütigkeit. Die Spaltung war nicht aufzuhalten, und als im November 1881 der Zusammenschluß der Liberalen versucht wurde, als die vereinigte Linke erstand, konnte damit nicht jene Übereinstimmung erzielt werden, die allein Stärke zu verleihen vermag. Aus den Wahlen in der Mitte der achtziger Jahre gingen zwei große Gruppen: der deutsch-österreichische Klub und der deutsche Klub hervor. Doch bald begann die unheilvolle Zersplitterung aufs neue, und der 1888 geschaffene Verband der Vereinigten deutschen

Linken war wieder bloß ein blutleeres und markloses Gebilde.[1]) Auf die Tendenz zur Atomisierung haben außer persönlichen Gründen vornehmlich zwei Erscheinungen des öffentlichen Lebens eingewirkt: das unter den Schlägen der Taaffeschen Herrschaft immer radikaler werdende stammesgenössische Bewußtsein der Deutschen und der aufkeimende Antisemitismus, der auf die Fünfguldenmänner ansehnliche Werbekraft ausübte. Zu denen, die immer mehr nach links oder — wenn man will — hinab drängten, gehörte in erster Linie Dr. Otto Steinwender.

Unter den Deutschliberalen war Ernst von Plener der unbestrittene geistige Führer geworden. Herbst hatte unter dem Wandel der Zeiten an Popularität stark eingebüßt, und auf der Suche nach einem jungen, unverbrauchten Nachfolger stieß man auf den Sohn des einstigen Finanz- und Handelsministers. Ernst von Plener wurde sechseinhalb Jahre vor der Revolution geboren.[2]) Er hatte sich der diplomatischen Laufbahn gewidmet, aber er mußte — den großen materiellen Anforderungen dieses Berufszweiges nicht gewachsen — im Jahre 1873 vom diplomatischen Dienste zurücktreten. Plener saß im Abgeordnetenhause als Abgeordneter der Egerer Handelskammer, und seine oft packende Beredsamkeit und sein ausgebreitetes und tiefes nationalökonomisches sowie politisches Wissen sicherten ihm die Aufmerksamkeit seiner Kollegen. Er wurde hoch gepriesen und stark gelästert; von der Parteien Haß und Gunst verzerrt, schwankt sein Charakterbild. Es ist auch nicht leicht, sich zur richtigen Beurteilung dieses Mannes als Politiker durchzuarbeiten. Plener war Führer zu einer Zeit, da das Liebäugeln mit der Masse zur Mode wurde, in der der Abgeordnete nicht mehr auf Kothurnen schreiten durfte. Nun ist Plener seinem innersten Wesen nach Aristokrat, und auf ihn paßt, wenn auf irgend jemanden, die Kennzeichnung Coriolans, die Shakespeare einem römischen Ratsdiener in den Mund legt: „Das ist ein wackerer Gesell, allein er ist verteufelt stolz und liebt das gemeine Volk nicht." Weder aus Hochmut noch aus schaler Unwissenheit! Plener hat als junger Diplomat in Frankreich und England die sozialpolitische Gesetzgebung studiert, er reihte sich den besten Kennern Lassalles und Marx' im Bürgertume an. Niemand kann aus seiner Haut heraus, und nur ein Heuchler sucht zu täuschen. Der steife, ernste Plener hat um zwei Jahrzehnte zu

1) Richard Charmatz, Deutsch-österreichische Politik. Leipzig 1907. Verlag von Duncker und Humblot.

2) Ernst Freiherr von Plener, Erinnerungen. I. Band.

spät gewirkt: das ist sein Verhängnis gewesen. Ein Mann wie er mußte einen lebhaften Drang nach Würden empfinden, was für einen Führer der Opposition stets Gefahr bringt. Außerdem konnte wohl der mittellose Mann den Gedanken an eine Versorgung nicht bannen, und seine Gegner, die schon gegen Ende der achtziger Jahre in ihm den künftigen Minister erkennen wollten[1]), griffen nicht zu sehr daneben. Vorerst jedoch bildete Taaffes persönliche Abneigung gegen Plener ein Hindernis.

Der deutsche Mittelstand, der im ersten Jahrzehnte des Taaffeschen Regimes sieghaft und gebietend auf der politischen Bildfläche erschien, hatte keine Neigung, den alten parlamentarischen Vertretern zu folgen. In ihm herrschte die Empfindung vor, daß die Männer, die sich in den vorhergegangenen Jahren um die Massen kaum gekümmert hatten, nun nicht berufen seien, seine Anwälte zu werden. Neue Bewegungen entstehen in der Regel durch die Ausnützung eines zugkräftigen Schlagwortes, das gleichsam aus den Verhältnissen herauswachsen muß. Für die Erhebung des deutschen Mittelstandes gegen die erbgesessenen Parteien gab der Antisemitismus die wirkungsvolle Losung. Er trat politisch in verschiedenem Gewande hervor: als nationaler Rassenantisemitismus und als wirtschaftlicher Kampfantisemitismus. Ihm war es gegönnt, im Laufe der Jahre weite Kreise zu ziehen, allein in seinen Anfängen kam er doch hauptsächlich als Pflanze des Wiener Bodens zur Geltung. Auch in der Donaustadt bemerken wir das gesonderte Auftreten der beiden Richtungen, obgleich die erbitterte Gegenwehr der um ihren Besitz besorgten Parteien ein engeres Zusammenrücken der Deutschnationalen und der Christlichsozialen bewirkte. Am 11. Oktober 1880 fand im Drehersaale im dritten Wiener Bezirke eine Versammlung von Gewerbetreibenden statt, an der Liberale und Demokraten teilnahmen. Dessenungeachtet wurde an diesem Abend eine antisemitische Note angeschlagen, die jedoch nur schwach erklang. Diese Versammlung führte zur Gründung eines „Vereines zum Schutze des Gewerbestandes", dem Anhänger der verschiedensten Parteien beitraten. Hier kehrte Josef Buschenhagen immer mehr seinen Antisemitismus hervor. Endlich entschloß er sich im Vereine mit Zerboni, dem Herausgeber des „Österreichischen Volksfreundes", im Jahre 1882 den „Reformverein" ins Leben zu rufen, der offen antisemitischen Grundsätzen huldigte. Im Laufe weniger Monate hatte

1) Paul Dehn, Deutschland nach Osten, Österreich-Ungarn in reichsdeutschem Licht. I.

diese Organisation tausend Mitglieder geworben. An der Spitze des „Reformvereins“ stand zuerst Dr. Pattai, den später der Mechaniker Ernst Schneider ablöste. Auch Georg von Schönerer gehörte zu den Mitgliedern dieses Vereines. Doch er und Pattai konnten dem „Reformverein“ nicht das gewünschte deutschnationale Gepräge geben, und so gründeten sie am 2. Juni 1882 den „Deutschnationalen Verein“. Als programmatische Grundlage diente das sogenannte „Linzer Programm“, das schon 1880 unter Mitwirkung von Heinrich Friedjung, Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer ausgearbeitet worden war. Es wollte Österreich durch die Sonderstellung beziehungsweise Loslösung Galiziens und Dalmatiens zu einem vorwiegend deutschen Staate machen und in enge geistige Verbindung mit Deutschland bringen. Nun wurde das „Linzer Programm“ durch die Anhängung eines Punktes, der die Beseitigung des jüdischen Einflusses verlangte, bereichert. An den Wahlen im Jahre 1885 beteiligten sich die Antisemiten lebhaft. Pattai wurde im sechsten Bezirke gewählt, während Schneider im zweiten Bezirke durchfiel. Allein Pattai lehnte es im Abgeordnetenhause ab, sich dem „Verbande der Deutschnationalen“ anzuschließen, den Schönerer, Türk und Fiegl geschaffen hatten. Die Gegnerschaft zwischen Schönerer und Pattai, die bereits früher zum Vorscheine gekommen war, gewann jetzt an Tiefe. Im Jahre 1886 brachte der Buchhändler Cornelius Vetter den „Österreichischen Reformer“ an sich, der das zweite antisemitische Organ Wiens wurde; er gründete im Vereine mit Pattai eine Reihe von antisemitischen Bezirksorganisationen. Aus ihnen kamen zum größten Teile die Männer, die im Jahre 1887 an die Gründung des „Christlichsozialen Vereines“ schritten. Von diesem Sammelpunkte ging dann später die stürmische, aber erfolgreiche Bewegung aus, die zur Eroberung Wiens durch die Antisemiten führte. Freilich mußte vorher dem Vereine eine Kraft zuwachsen, die in ihrer Persönlichkeit die Gewähr des Sieges bot. Dr. Karl Lueger war unterdessen zum Antisemitismus übergetreten, denn er glaubte mit dieser Losung am leichtesten gegen die Reste der liberalen und demokratischen Parteien anstürmen zu können. Die tastenden, eigentlich noch führerlosen Massen der Fünfguldenmänner sollten um die Fahne des christlichen Sozialismus geschart werden, der durch den Antisemitismus die Liberalen und durch das Zünftlertum die Demokraten aus dem Felde schlagen wollte. Im Frühjahre 1888 schlossen die verschiedenen antisemitischen Gruppen und Vereine ein Kompromiß; sie fanden sich in der Partei der vereinigten Christen zusam-

men, um bei den darauffolgenden Gemeinderatswahlen durch das einmütige Auftreten Siege zu erringen. Das Jahr 1889 brachte das Erscheinen einer antisemitischen Tageszeitung: Der Abgeordnete Vergani ließ in Wien das „Deutsche Volksblatt“ erstehen.[1])

Nationalismus und Antisemitismus, das waren die zwei Grundpfeiler für die deutschnationale Partei, die Georg von Schönerer gründete. Sie erlangte für das ganze Parteileben die größte Bedeutung, weil die unermüdliche und ungestüme Agitation der Radikalen auf die anderen Gruppen zurückwirkte. In der Furcht, von den Schneidigeren ausgestochen zu werden, traf man auf allen Seiten Veranstaltungen, um im Wettbewerbe um die wandelbare Gunst der Wähler nicht zurückzustehen. Georg von Schönerer kam im Jahre 1842 als Sohn eines Eisenbahnunternehmers in Wien zur Welt. Er besuchte landwirtschaftliche Lehranstalten und fand nachher auf den Gütern des Fürsten Schwarzenberg und des Erzherzogs Albrecht Anstellung. Später widmete er sich der Bewirtschaftung des väterlichen Gutes Schloß Rosenau bei Zwettl. Im Jahre 1873 war er ins Abgeordnetenhaus gekommen, wo er auf der äußersten Linken Platz nahm. Schönerer war eine knorrige Junkergestalt, Kampfeslust und Selbstgefühl bildeten den Grundzug seines Wesens. Um das deutsche Volk in Österreich hat sich „Ritter Georg“ unauslöschliche Verdienste erworben, denn er ist ein Wecker und Rufer in einer Zeit gewesen, in der die anderen schliefen. Allerdings fehlte ihm die wertvolle Gabe, sich zu beschränken; die Kugel, die er ins Rollen brachte, schleuderte er über das Ziel hinaus. Der Arbeiterklasse war er in den Tagen der Bedrängnis ein Fürsprecher im Parlamente; er, der Junker, trat als einer der ersten „Bourgeois“ für das allgemeine Wahlrecht ein. Die Leidenschaftlichkeit im Losschlagen zeigte sich auch, als Schönerer den Antisemitismus aufgriff und den Haß gegen die Juden in allen Gauen predigte. Im Mai 1887 übergab er dem Abgeordnetenhause 2206 Petitionen, die ein Gesetz gegen die Einwanderung der Juden nach Art der nordamerikanischen Antichinesen-Bill herbeiwünschten. 37000 Unterschriften waren aufgebracht worden. Ebenso maßlos ging er in der Bekämpfung der liberalen Presse vor, gegen die er in Dutzenden Versammlungen loszog. Am 24. Februar 1888 schloß er seine Hetzrede im Sofiensaale mit dem Rufe: „Die Schonzeit der jüdischen Zeitungsschreiber und ihrer

1) Karl Hron, Wiens antisemitische Bewegung. — Siehe auch mein Essay: Dr. Karl Lueger in der Monatsschrift „Deutschland“, Heft 25.

Genossen ist nun für alle Zeit vorüber."[1]) Wenige Tage nachher drang er mit einigen Anhängern in die Redaktion des Neuen Wiener Tagblattes ein. Diese Zeitung hatte in einer Extraausgabe vom 8. März den Tod Kaiser Wilhelms I. gemeldet, später jedoch in einer zweiten Ausgabe richtiggestellt, daß der Monarch noch am Leben sei. Schönerer glaubte ein Recht zu haben, die Redakteure persönlich zur Verantwortung zu ziehen und roh zu überfallen. Diese Anmaßung mußte er dann mit dem Verluste seines Adels und mit einer Kerkerstrafe büßen. Acht Tage nach der gerichtlichen Verurteilung wurden Schönerer große Ovationen bereitet, und unter den Gratulanten, die bei ihm vorsprachen, befand sich auch Dr. Karl Lueger. Vor dem Wohnhause in der Bellariastraße hatten sich tausende Menschen angesammelt, die donnernde Hochrufe ausbrachten. Die politische Tätigkeit bis zur Verurteilung bildete den freundlicheren Teil im Leben Schönerers. Was später folgte, waren fortgesetzte Fehlgriffe dieses mannhaften Mannes. Wenn man die letzten Phasen überdenkt, kann man nicht umhin, sich der Verirrungen des Engländers Burke zu erinnern, die seine bezwingenden Eigenschaften untergehen ließen.

Ein anderes Naturell als Schönerer besaß Dr. Karl Lueger, der Sohn eines Hausdieners an der Wiener Technik. Lueger erzählte, daß er bis zu seinem vierten Lebensjahre stumm geblieben sei, doch die Beredsamkeit seiner reifen Jahre holte die Versäumnisse reichlich nach. Der schöne, schmiegsame Mann, der die Herzen der Frauen eroberte, hatte wie Alexander Bach in seinen Adern Bauernblut. Auch sonst sind viele verwandte Züge vorhanden; indes, der eine suchte das Jahrhundert mit der Kirche und dem Adel, der andere mit dem Volke und der Kirche in die Schranken zu fordern. Im Jahre 1875 wurde der künftige Bürgermeister von Wien vom zweiten Wahlkörper des dritten Bezirkes bei einer Ersatzwahl in den Gemeinderat geschickt. Das Mandat lief nur ein Jahr, und man sprach deshalb scherzhaft von einem Einjährig-Freiwilligen.[2]) Lueger war anfänglich als Liberaler und dann als Demokrat aufgetreten. Seine ersten großen Erfolge errang er im Gerichtssaale, wo seine Anklagen gegen die Korruption in der Gemeindeverwaltung erhärtet wurden. Daß Lueger als freiheitlicher Volksvertreter nicht recht aufkommen konnte, ist nur mit einer Einschränkung richtig, denn er war schon Ende der

1) Georg Ritter von Schönerer, Rede über die Presse, Wien 1888. — F. F. Massaidek, Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung.
2) Franz Stauracz, Dr. Karl Lueger. (Christlichsoziale Parteischrift.)

siebziger Jahre nahe daran, Vizebürgermeister zu werden. Da er die Wahl ablehnte, fiel die Würde seinem engeren Parteikollegen Dr. Schrank zu. Später fand er allerdings in Prix einen starken Gegner, der auch bei der nächsten Vizebürgermeisterwahl über ihn siegte. Voll ausleben konnte sich Lueger erst in den achtziger Jahren, als der Strom des politischen Lebens breiter wurde und — trüber. Bei den Reichsratswahlen im Jahre 1885 vermochte sich der „schöne Karl" gegenüber dem wackeren Wiener Vizebürgermeister Steudel, der selbst ein volksfreundlicher Mann war, als demokratischer Kandidat durchzusetzen. Er hielt nun den ersehnten Einzug ins Parlament, wo er nach Herzenslust und mit großem Geschick zum Fenster hinaus sprechen durfte. In der Beherrschung der Massen war Lueger ein Meister; kein persönliches Opfer schien ihm zu groß, wenn es galt, dem kleinen Manne zu schmeicheln, niemand stand so tief, daß er sich nicht zu ihm herabgelassen hätte. Die markanten Eigenschaften des Wieners lebten in dem ehrgeizigen Politiker: die liebenswürdige Leichtfertigkeit ebenso wie der tändelnde Witz. In seinem Innern eine versöhnliche Natur, wurde er um des Zweckes willen ein lauter Hasser. Luegers starke Persönlichkeit wirkte auf alle Kreise der Bevölkerung, aber im gewerblichen Mittelstande fand er eine treue Garde, die mit ihm durch die Gassen zog und das „Nieder mit den Juden" bis zur Ermattung schrie. Nicht der nebelhafte, kaum verstandene christliche Sozialismus, sondern der Mann hat Triumphe gefeiert, nicht der Antisemitismus, der von Schönerer kaum weniger beharrlich verfochten und vertreten wurde, sondern Dr. Lueger hat die Liberalen zu Boden geworfen und eine Organisation geschaffen, aus der eine Reichspartei herauswachsen sollte. Als die Wogen der antisemitischen Strömung wild emporspritzten, gab der freisinnige Erzherzog Rainer in der Akademie der Wissenschaften seiner Abneigung durch die Worte Ausdruck: „Leider muß gesagt werden, daß der Kampf gegen Aufklärung und Fortschritt eröffnet wurde, aber wir wollen hoffen, daß diese trübe Erscheinung bald vorübergehen werde." Doch das Volk entschied anders. Ende der neunziger Jahre, als Lueger seine kühnsten Träume verwirklicht sah, kehrte er wieder sein nach allen Seiten hin liebenswürdiges Wesen hervor und gebot auch seinem Anhange eine ruhigere Sprache. Schönerer war ein Mann der Opposition, Lueger jedoch besaß einen starken Drang nach praktischer Arbeit. Durch die Kritik wurde er groß, doch die schöpferische Verwaltungsarbeit bildete sein Ziel. Der Führer der Christlichsozialen hat die vorhandene Anhänglichkeit an die

Dynastie auszunützen verstanden und die Kirche, die sich erst sträubte, zu seinem Bundesgenossen gemacht; Schönerer dagegen ließ diese Anknüpfungspunkte ungenützt und darin ist nicht zuletzt die Erklärung dafür zu finden, weshalb der eine so hoch hinaufstieg und der andere nicht vorwärtskam.

Das Wahlrecht der Fünfguldenmänner ließ noch immer einen großen Teil der Bevölkerung unberücksichtigt. Die industrielle Arbeiterschaft besaß auf die Gesetzgebung und die Verwaltung des Staates keinen anderen Einfluß als den, den sie von der Gasse auszuüben vermochte. Wohl hatte sie sich eine Organisation geschaffen, aber dieser standen in der Ära Taaffe schwere Krisen bevor. Die Angst vor der freien politischen Betätigung, die bei der Bureaukratie vorherrschte und die von der Regierung gefördert wurde, konnte für das Proletariat nicht ohne üble Folgen bleiben. In der Arbeiterschaft verstärkte sich ohnehin die Spaltung in eine anarchistische und in eine sozialistische Gruppe, ohne daß die Unterschiede geistig voll erfaßt wurden. Im Juli 1881 erschien die „Wahrheit", das Organ der Gemäßigten, das für ruhige organisatorische Arbeit eintrat. Dagegen ließ das Sprachrohr der Radikalen, die „Zukunft", erkennen, daß man in diesen Kreisen jedes Vertrauen zu den Machthabern verloren hatte und nur mehr auf die eigene Gewalt pochte. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht wurde abgelehnt, weil von den herrschenden Klassen keine Reform zu erwarten sei. Als Ziel der Tätigkeit setzte man „keine zweifelhafte Erleichterung der Arbeit", sondern verlangte ihre „gänzliche Befreiung". Dank der Borniertheit der Regierung erhielten die Radikalen bald die Oberhand. Im Jahre 1881 wurde einer der Ihren zu vier Jahren Kerker verurteilt, weil er das Londoner Anarchistenblatt die „Freiheit" eingeschmuggelt hatte, ein anderer bekam zwölf Jahre Kerker zudiktiert, weil er Flugschriften drucken lassen wollte, die das Gericht als hochverräterisch bezeichnete. Das ist nur der Anfang der Kette von drakonischen Urteilen. Durch sie kamen die Radikalen immer mehr ins anarchistische Fahrwasser. Zwei ihrer Anhänger hatten den Wiener Schuhfabrikanten Merstallinger überfallen und beraubt, und das gab der Polizei die Veranlassung, zweiunddreißig als Führer geltende Arbeiter zu verhaften. Im Dezember 1883 wurde ein Polizeikonzipist in Floridsdorf erschossen, als er von einer Arbeiterversammlung heimkehrte. Der Mörder, Anton Kammerer, war ein 22jähriger Revolutionär. Im Januar 1884 fiel der Wechselstubenbesitzer Eisert einem Raubmorde zum Opfer. Der Mord wurde dem Radikalen

Stellmacher zur Last gelegt, der trotz seines Leugnens hingerichtet ward. In den Straßen Wiens kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Sicherheitswachleuten, und als Anfang September 1883 riesige Holzlager in Wien aufloßten, glaubte man die Brandstifter in den Kreisen der Radikalen suchen zu müssen. Das sind bloß einige Daten. Ein vertraulicher Bericht der Regierung aus dem Jahre 1884 führt eine Unzahl von bedrohlichen Vorkommnissen an, ohne allerdings hinzuzufügen, inwieweit die allgemeinen Zustände an den betrübenden Erscheinungen schuld waren. Am 30. Januar 1884 erschien eine Verordnung des Gesamtministeriums, die über Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt den Ausnahmezustand verhängte. Eine zweite Verordnung verfügte die Einstellung der Geschworenengerichte für Wien und Korneuburg, die Ende des Jahres auch auf Wiener-Neustadt ausgedehnt wurde. Rechtzeitig war der Hauptführer der Radikalen, der Leiter der „Zukunft", Josef Peukert, geflohen, von dem man heute noch nicht weiß, ob er ein Spitzel der Polizei oder ein unruhiger Fanatiker gewesen ist. Die Ausnahmeverfügungen der Regierung, die alle Bevölkerungsschichten und vor allem die gemäßigte Arbeiterschaft in Mitleidenschaft zogen, stießen im Parlamente auf Widerstand, wurden aber schließlich genehmigt. Schönerer, der sich wacker für die Rechte der Arbeiter einsetzte, stellte den Antrag, dem Proletariate durch Altersversorgungs- und Rentenkassen entgegenzukommen. Daß diese Anregung nicht aufgegriffen ward, muß nicht erst betont werden. Während ein Teil der Regierungsmehrheit daran ging, eine vernünftige Sozialpolitik zu begründen, hatte die Arbeiterschaft furchtbar unter der Willkür und Verfolgungssucht der Behörden zu leiden. In der ersten Woche nach der Verhängung des Ausnahmezustandes wurden aus Wien und Floridsdorf 300 Personen ausgewiesen, und die Abgeordneten Pernerstorfer und Kronawetter erzählten bei der Budgetdebatte im März 1886 entsetzliche Einzelheiten. Viele Vereine lösten sich freiwillig auf, und auch die „Wahrheit" stellte ihr Erscheinen ein. Der vom Ministerium angekündigte Sozialistengesetzentwurf wurde dem Parlamente nach den Neuwahlen abermals vorgelegt. Das Abgeordnetenhaus nahm gewichtige Änderungen vor und schuf ein „Anarchistengesetz", das im Juni 1886 die kaiserliche Sanktion erhielt. Für strafbare Handlungen, denen anarchistische, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zugrunde liegen, wurden für das ganze Reichsgebiet die Geschworenengerichte außer Wirksamkeit gesetzt. Die Gültigkeit

des Gesetzes war mit zwei Jahren befristet.[1]) Im April 1888 wollte die Regierung das Gesetz auf weitere drei Jahre verlängern. Doch es zeigt sich eine starke Opposition, und der Parlamentsausschuß verstand sich bloß auf die Verlängerung auf weitere zwei Jahre. An das Plenum kam der Gesetzentwurf nicht, weil der Reichsrat vertagt wurde. Graf Taaffe und Graf Schönborn halfen sich durch eine Verordnung, für die nach dem Zusammentritte des Parlaments nur schwer die Genehmigung erwirkt werden konnte. Im Ausschusse für das Anarchistengesetz kämpfte Pernerstorfer gegen diese Ausnahmsregel und auch Herbst trat dagegen auf. Am 20. Juni 1891 nahm das Abgeordnetenhaus eine Resolution an, durch die die Beseitigung der Ausnahmebestimmungen für Niederösterreich verlangt wurde. Damit hatten diese ihr Ende erreicht. Auch das von der Regierung geforderte Anarchistengesetz kam nicht mehr zustande.

In der Leidenszeit tauchte der lebhafte Wunsch auf, die getrennt marschierenden Gruppen der Arbeiterschaft zu sammeln. Allein der Argwohn in beiden Lagern war groß und ließ sich schwer beseitigen. In der Weihnachtszeit des Jahres 1886 erschien die „Gleichheit", in der Dr. Viktor Adler vorsichtig, aber beharrlich auf die Verständigung hinarbeitete. Nun ging es etwas rascher vorwärts, und am 3. April 1887 konnte bereits eine Versammlung stattfinden, bei der Gemäßigte und Radikale referierten. Es wurde auch ein Fünfzehner-Komitee eingesetzt, in dem beide Gruppen vertreten waren. Die Behörde zeigte gute Lust, den fünfzehn Männern einen Geheimbundprozeß anzuhängen, allein sie kam von diesem Vorhaben ab. Zu Pfingsten 1887 gab ein in Brünn abgehaltenes Sängerfest deutschen und tschechischen Arbeitern Gelegenheit, einander näherzutreten, und um Weihnachten wurde in derselben Stadt ein Parteitag der tschechisch-slawischen Arbeiterpartei abgehalten, der die Angliederung an die deutschen Arbeiter bei der demnächst zu erwartenden Einigung beschloß. Unter vielen Mühen vollzogen sich die Vorarbeiten für den Einigungsparteitag, der nach Hainfeld[2]) verlegt wurde, weil hier ein vernünftiger Bezirkshauptmann — Graf Leopold Auersperg — waltete und weil dieser Ort von den Ausnahmebestimmungen nicht berührt war. Dank der Geschicklichkeit Dr. Viktor Adlers schloß der Parteitag vom 30. und 31. Dezember 1888 und 1. Januar 1889 mit

1) Julius Deutsch, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Wien 1908.

2) „Der Kampf" Wien, Jahrg. II, Heft 4; Viktor Adler, Der Weg nach Hainfeld.

einem vollen Erfolge ab. Die Einigung war geglückt, die sozialdemokratische Arbeiterschaft hatte wieder eine feste Organisation, die allmählich stark genug wurde, den Kampf gegen die Engherzigkeit der Regierung, gegen die soziale Einsichtslosigkeit der Bureaukratie und gegen die Fessel der Wahlprivilegien bevorrechteter Klassen aufzunehmen.

C. Die nationale Politik.

Zur Zeit der deutschen Vorherrschaft war die Lösung des Nationalitätenproblems vernachlässigt worden. Die Tschechen banden sich durch ihre verfehlte Abstinenzpolitik die Hände, und die anderen Völker waren mit Ausnahme der Polen zu schwach, um den Hebel der Gesetzgebung zu bewegen. In der Ära Taaffe entbrannte der Kampf der Nationen desto heißer; besonders die Tschechen setzten alles ein, um mit Riesenschritten vorwärtszukommen. Die Völker unterbreiteten der Regierung ihre nationalen Wünsche, und Graf Taaffe zögerte nicht, mit vollen Händen seine Gaben auszustreuen. Allein die Kosten dieses Aufwandes hatte nicht er zu bestreiten, sondern das deutsche Volk. Jedes Zugeständnis an die Slawen beinhaltete eine Einbuße der Deutschen, und man wird begreifen, daß diese sich nicht ruhig von einer für sie unwillkommenen Regierung Stück für Stück von dem reichen Erbe der Vergangenheit nehmen ließen. Gewiß, der Kampf der Nationen hatte in der Zeit des tonangebenden Einflusses des deutschen Volkes nicht geruht, aber nun stießen die Deutschen und Tschechen zum erstenmal im Parlamente heftig aneinander, und zwar so, daß die neuen Ankömmlinge den alten Wahrern des Verfassungsgutes überlegen waren, weil die Regierung ihnen ihren Schutz angedeihen ließ.

Vor der Reichsratseröffnung, im Oktober 1879, überreichten Rieger und Graf Clam-Martinic dem Kaiser ein Memorandum, dessen erster Teil die Überschrift „Gleichberechtigung der tschechischen Sprache bei den Behörden und Gerichten" trug und dessen zweiter Teil von der Gleichberechtigung der tschechischen Sprache an der Prager Universität handelte. Das dritte Kapitel befaßte sich mit der Durchführung der sprachlichen Gleichberechtigung an den Mittelschulen und der vierte Abschnitt endlich galt den gewerblichen Bildungsanstalten. Der Kaiser überwies das Memorandum einer besonderen Ministerialkommission, in der Dr. Prazak den Vorsitz führte. Die deutschen Landtags- und Reichstagsabgeordneten antworteten mit einer Gegenschrift. Sie legten gegen die Verwendung der tschechi-

schen Sprache für den inneren Gebrauch der Ämter und Gerichte Verwahrung ein und bekämpften die Anschauung, daß die Frage des Sprachengebrauches bei den Behörden im Wege einer Verordnung gelöst werden könne. Von der tschechischen Forderung, daß jedermann berechtigt sein solle, seine Eingaben in der einen oder anderen Landessprache zu überreichen, sagte das Memorandum, daß sie überflüssig sei, weil ihr ohnehin die Übung entspreche.

Den Eintritt in das Parlament hatten die Tschechen nicht vollzogen, ohne beiden Häusern des Reichsrates eine Deklaration vorzulegen, in der ausgesprochen wurde, daß der alte Rechtsstandpunkt nicht verlassen werde und die Ansprüche auf die „durch viele Staatsakte anerkannte und gewährleistete staatsrechtliche Stellung des Königreiches und der Krone Böhmens" aufrechterhalten bleiben. Man muß wirklich im Dunstkreis der tschechischen Romantik aufgewachsen sein, um für solche papierne Auflehnungen gegen die Geschichte Verständnis aufbringen zu können. Verfassungsfragen sind Machtfragen, das hat bereits Lassalle mit aller Schärfe dargelegt. Wer aber die Macht hat, alte Formen zu sprengen und neue zu schaffen, der braucht nicht zu Rechtsverwahrungen zu greifen, für den ist es überflüssig, sich auf solche zu berufen.

In der Budgetdebatte des Jahres 1880 hatten die Tschechen den Grafen Taaffe nachdrücklich an ihre Wünsche erinnert und die Erfüllung urgiert. Der Ministerpräsident fand sich auch bereit, mit der Zahlung zu beginnen, und am 19. April 1880 wurden von ihm und dem deutschen Justizminister Stremayr zwei Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren erlassen, die im Texte übereinstimmend die Doppelsprachigkeit im Verkehr der Gerichte und Ämter mit den Parteien und der Öffentlichkeit festsetzten. § 1 lautet: „Die politischen Gerichts- und staatsanwaltschaftlichen Behörden im Lande sind verpflichtet, die an die Parteien über deren mündliche Anbringung oder schriftliche Eingaben ergehenden Erledigungen in jener der beiden Landessprachen auszufertigen, in welcher das mündliche Anbringen vorgebracht wurde oder die Eingabe abgefaßt ist." § 4 sagt: „Die nicht über Einschreiten der Parteien erfolgenden behördlichen Ausfertigungen haben in jener der beiden Landessprachen zu erfolgen, die von der Person, an welche die Ausfertigung gerichtet werden soll, gesprochen wird." Durch die Taaffe-Stremayrschen Sprachenverordnungen wurden hauptsächlich die Behörden im geschlossenen deutschen Sprachgebiete Böhmens schwerer betroffen, weil sie nun zur Amtshandlung in tschechischer Sprache gezwungen waren,

und dies bedeutete zu einer Zeit, da die Deutschen die zweite Landessprache nicht zu erlernen beabsichtigten, so viel wie die Bevorzugung der slawischen Beamten und Richter. Stremayr hatte die Tragweite seiner Verordnung nicht richtig erkannt und nicht geahnt, welchen Sturm der Entrüstung sie entfesseln werde. Als er bald nachher aus dem Amte schied, war die deutsche Bevölkerung bereits von leidenschaftlicher Aufregung erfaßt, während die Tschechen dennoch Unzufriedenheit zur Schau trugen. Von den letzteren bemerkte Graf Taaffe einmal in richtiger Erkenntnis, daß sie stets die ganze Hand verlangen, wenn man ihnen den Finger reiche. Besonders über Stremayr zeigten sich die Tschechen erbittert, weil er im Budgetausschusse erklärt hatte, das Prinzip der sprachlichen Gleichberechtigung sei im inneren Amtsverkehr undurchführbar.

Am 28. April 1880 einigten sich mit Ausnahme der regierungstreuen Klerikalen alle deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses über eine Interpellation, in der die beiden Minister gefragt wurden, welche Gründe sie für die Erlassung ihrer Verordnungen anzuführen vermögen und in welcher Weise sie diese mit den Staatsgrundgesetzen in Einklang bringen können. Die Deutschen hielten dafür, daß die Bezeichnung „Landessprachen" eine willkürliche Verwechslung der vom zweiten Absatze des Artikels XIX des Grundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger gebrauchten Bezeichnung „landesübliche Sprachen" darstelle. Stremayrs Antwort befriedigte nicht. Am Schlusse seiner Ausführungen meinte er, die Verwaltung und die Justizpflege dürfe unter keinen Umständen „zur Dienerin nationaler Aspirationen und der Bestrebungen nach sprachlicher Entwickelung gemacht werden". Wie wenig Voraussicht bekundeten doch diese Worte!

Am 6. Mai 1880 verlangte Herbst im Abgeordnetenhause die Eröffnung einer Debatte über die Sprachenverordnung, doch er wurde von der Rechten niedergestimmt. Deshalb stellte er einen Resolutionsantrag, der die Einsetzung eines 24 gliedrigen Ausschusses zur Vorberatung und Beschlußfassung über die Interpellationsbeantwortung des Justizministers forderte. Vier Tage nachher brachte Graf Wurmbrand einen Sprachenantrag ein, durch den die Regierung veranlaßt werden sollte, einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der unter Festlegung des Deutschen als Staatssprache den Gebrauch der landesüblichen Sprachen im Amt, in der Schule und im öffentlichen Leben regeln möge. Erst im Dezember wurden die beiden Anregungen einem Ausschusse zugewiesen. Allein die

Kommission, deren Obmann Grocholski und deren Schriftführer Madeyski war, ließ sich lange Zeit. Sie hielt über den Antrag Wurmbrand überhaupt nur zwei Beratungen ab: eine im April 1881 und eine im Januar 1883. Von mehreren Ausschußmitgliedern wurde Graf Wurmbrand aufgefordert, den Begriff Staatssprache zu definieren. Dieser sagte jedoch, daß er zuerst den Ministerpräsidenten hören wolle. Graf Taaffe bestritt nun die Opportunität des Wurmbrandschen Antrages, die nur gegeben wäre, wenn die Verständigung der Nationen und Parteien vorausgegangen sein würde. Auch er stellte die Frage nach der Bedeutung des Wortes Staatssprache. Graf Wurmbrand bemerkte nicht mit Unrecht, die Beantwortung sei überflüssig, da die Regierung ja ohnehin das Bedürfnis für die gesetzliche Regelung der Staatssprache nicht anerkenne. Die Mehrheit des Ausschusses beschloß daraufhin, dem Abgeordnetenhause den Übergang zur Tagesordnung zu empfehlen. Am 24. Januar 1884 erfolgte endlich die zweite Lesung des Antrages Wurmbrand. Madeyski sprach als Mehrheitsberichterstatter. Er hat seine Rede nachher zu einer Broschüre erweitert und damit ein wichtiges Dokument für die Beurteilung der slawischen Gegner der deutschen Staatssprache geschaffen. Madeyski stellt dem „nationalen Freiheitsprinzip" das „nationale Staatsprinzip" gegenüber. Beide seien unversöhnlich. Das nationale Staatsprinzip schließe die nationale Gleichberechtigung und das Vorhandensein von mehreren Staatssprachen aus. Wäre Österreich der deutsche Charakter durch das Mittel der deutschen Landessprache von Staats wegen aufgeprägt, so würden dadurch sämtliche Staatsbürger in politischer Hinsicht zu einer Nation: zur unteilbaren, einheitlichen deutschen Nation, und Österreich hätte den Charakter eines deutschen Staates. In dem Österreich, das jedoch das nationale Freiheitsprinzip proklamiert hat, sei für die deutsche Staatssprache kein Platz.[1]) Die fünftägige Debatte, die im Abgeordnetenhause geführt wurde, fand unter außergewöhnlicher Spannung statt. Die Galerien waren dicht besetzt, und es bedurfte wiederholter Mahnungen des Präsidenten, um ihre Beifalls- oder Mißfallskundgebungen zum Schweigen zu bringen. Am 29. Januar, um vier Uhr, schritt man zur Abstimmung. Das Parkett war sehr stark besucht; nur ganz wenige Abgeordnete fehlten. Zum erstenmal entsendeten die elektrischen Beleuchtungskörper ihre Strahlen in den Saal. Es waren drei Anträge gestellt und alle drei wurden abge-

1) Stanislaus Ritter von Madeyski, Die deutsche Staatssprache oder Österreich ein deutscher Staat. Wien 1884.

lehnt, so daß die Wurmbrandsche Anregung in nichts zerfloß. Die Verhandlungen zeigten die meisten Redner auf der Höhe ihres Könnens. Als Plener seine große Schlußrede[1]) mit einer heftigen Anklage gegen die Regierung beendete und ausrief, daß der Sieg, der der Regierung bevorstehe, nicht zum erstenmal eine Niederlage des österreichischen Staates sein werde, hallte minutenlanger Beifall durch den marmorglänzenden Saal. Unter den tschechischen Rednern hat wohl Gregr den höchsten Triumph gefeiert. Seine Rede zeigte jene eigenartige Mischung von Nationalismus und warmherziger Volksfreundlichkeit, die den Jungtschechen auch bei vielen nationalen Gegnern Sympathien erwarb. Er hielt den deutschen Liberalen ein Sündenregister vor, indem er sie an das von ihnen geschaffene Wahlgesetz und Preßgesetz und an den Mangel jeglicher Vereins- und Versammlungsfreiheit erinnerte. „Es wird der Tag kommen und er muß kommen zum Heile der Völker Österreichs", beteuerte Gregr, „wo die leitende Rolle wieder an die liberale Partei gelangen wird, aber diese wird aus anderen Männern zusammengesetzt sein und sich nach anderen Prinzipien richten, als die jetzige liberale Gruppe. Sie wird bestehen aus Männern aller Nationalitäten, die auf ihr Schild die Devise: gleiches Recht für alle Völker schreiben werden, sie wird bestehen aus Männern, welche das Nationalitätenprinzip hochhalten werden, freilich ein Nationalitätenprinzip, das das Wohl eines Volkes anstrebt, ohne ein anderes ins Elend zu stürzen, und dieses Nationalitätenprinzip, das ist der wahre Staatsgedanke in Österreich." Die lange Diskussion über den Wurmbrandschen Antrag hatte die Öffentlichkeit ermüdet. Als am 31. Januar 1884 im Abgeordnetenhause über das vor vier Jahren gestellte Verlangen Herbsts verhandelt wurde, war das Interesse bereits stark erschöpft. Selbstredend lehnte die Mehrheit den Antrag des deutsch-böhmischen Abgeordneten ab... Auch das Herrenhaus hatte die Sprachenverordnungen nicht ruhig hingenommen. Am 24. Mai 1880 wurde die Budgetdebatte in eine Sprachenverordnungsdebatte umgewandelt. Männer wie Hasner und Schmerling boten ihre ganze Beredsamkeit auf, um dem neuen Kurs entgegenzutreten; allein die Würfel waren schon gefallen, und die glänzenden akademischen Erörterungen konnten daran nichts ändern.

Auf der Forderungsliste, die von den Tschechen der Regierung vorgelegt wurde, stand der Wunsch nach einer slawischen Univer-

---

1) Ernst Freiherr von Plener, Reden. Stuttgart 1911.

sität in Prag an erster Stelle. Nun setzten sie alle Hebel in Bewegung, um die Erfüllung zu beschleunigen. In der Zeit von 1864 bis 1880 waren an der altehrwürdigen, auf ein wechselvolles Schicksal zurückblickenden „Carolo-Ferdinandea" die tschechischen Lehrstühle von zwei auf zwanzig erhöht worden, und es fragte sich jetzt, ob man in der Utraquisierung fortfahren oder an die Teilung der bestehenden Universitäten schreiten solle. Bei den Deutschen waren die Meinungen geteilt; viele Männer wollten überhaupt nichts von weiteren Konzessionen wissen, trotzdem der Anspruch des tschechischen Volkes auf eine eigene Universität in der kulturellen Entwickelung der Nation wohlbegründet war. Leider hatten es die Deutschen versäumt, aus freiem Antriebe einen Schritt zu tun, der nun unter den veränderten Verhältnissen doch geschehen mußte und jetzt größere Opfer forderte.[1]) Im Februar 1881 kündigte der Unterrichtsminister Baron Conrad bereits die Errichtung einer tschechischen Universität in Prag an. Einen Monat später erschien eine kaiserliche Entschließung, die besagte, daß die Karl-Ferdinands-Universität derart umgewandelt werden solle, daß unter dem gemeinsamen Namen Carolo-Ferdinandea künftighin eine deutsche und tschechische Hochschule bestehe. Die Regierung wollte diese Angelegenheit als Sache der Exekutive aufgefaßt wissen, doch die Minderheit im Parlamente verlangte einen Gesetzentwurf und die Zustimmung des Reichsrates. Graf Taaffe entschloß sich, dieses Anliegen zu berücksichtigen; dem Abgeordnetenhause gingen zwei Vorlagen zu. In der Generaldebatte, die am 30. Mai 1881 im Parlamente stattfand, erklärte der Berichterstatter des Ausschusses, die Tschechen hätten ein Opfer gebracht, da sie auf die vollständige Trennung der beiden Hochschulen eingingen. Ihrer Auffassung nach sollte die Carolo-Ferdinandea von Rechts wegen eine tschechische Hochschule sein. Der Abgeordnete Granitsch wollte durch einen Zusatzantrag zum Gesetze die Gewähr schaffen, daß kein Studierender an der tschechischen Universität ohne vollständige Kenntnis der deutschen Sprache ins praktische Leben eintrete. Das Parlament ging über diese Anregung hinweg, weil schon die kaiserliche Entschließung vom 11. April einen diesbezüglichen Auftrag an die Regierung erteilt hatte. Im Abgeordnetenhause wurde die Annahme der Gesetzentwürfe rasch herbeigeführt, allein das Herrenhaus machte Schwierigkeiten. Anfangs 1882 beriet die Schulkommission der Pairskammer die Universitätsvorlagen. In ihr verfügte noch die Verfassungspartei über die Mehrheit, und Dr.

1) Philipp Knoll, Beiträge zur heimischen Zeitgeschichte. Prag 1900.

Unger fungierte als Referent. Am 9. Februar 1882 beschäftigte sich das Plenum des Herrenhauses mit den Gesetzentwürfen. Der Unterrichtsminister Baron Conrad sagte in der Debatte: „Die Regierung glaubt, daß die Deutschen in Böhmen und Österreich, die sich mit aller Kraft für Österreichs Größe und Ehre eingesetzt haben, in der Zukunft zu der Empfindung gelangen werden, daß die böhmische Ehre auch die österreichische Ehre ist." Das Herrenhaus war mittlerweile durch Neuberufungen in seiner Zusammensetzung umgewandelt worden, und es verwarf daher die Anträge der Schulkommission. Der Text wurde in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung angenommen; trotzdem hatte sich das Herrenhaus mit der Angelegenheit nochmals zu befassen, weil der Termin für die Wirksamkeit des Gesetzes eine Änderung erfahren mußte. Ein Teil der Deutschen verhielt sich noch immer ablehnend, und Carneri fragte: „Was will man mit der Zweiteilung der Universität? Die Vernichtung der deutschen Universität! Man wird es erreichen; hat man es doch einmal schon erlebt, daß Hus ausrufen konnte: „Gelobt sei der Allmächtige, daß wir die Deutschen ausgeschlossen haben." Zum Glücke hat dieser trübe Ausblick keine Berechtigung gehabt.

Die Kämpfe um Amt und Schule wurden nicht bloß im Abgeordnetenhause geführt; sie gingen von der Bevölkerung aus, die an den Ereignissen lebhaft Anteil nahm. Bei den Deutschen wuchsen der Unwille und die Verstimmung, und die Tschechen lernten nicht, sich zu bescheiden und mit den zunehmenden Errungenschaften versöhnlicher zu werden. Im Juni 1881 wurden deutsche Studenten, die in dem Prager Ausflugsorte Kuchelbad ein Fest feierten, von tschechischen Studenten überfallen. Es kam zu einer blutigen Keilerei, und die Gendarmerie mußte Ordnung schaffen. Die Tschechen veranstalteten nun lärmende Straßenkundgebungen, gegen die kaum eingeschritten wurde. Dagegen ließ die Regierung die Blätter einziehen, die das Entrüstungsmanifest der deutschen Abgeordneten brachten oder andere Proteste enthielten. Im Juli 1881 ging in Böhmen ein Statthalterwechsel vor sich; F.M.L. Freiherr von Kraus kam ans Ruder. Obwohl die Regierung versichert hatte, er stehe über den Parteien, war der neue Mann bemüht, die Deutschliberalen auf jede Weise zu bekämpfen. Für den Geist der Tschechen ist es übrigens bezeichnend, daß ihre Blätter im Jahre 1881 erklären konnten, die tschechischen Bewohner Prags würden die Aufstellung eines Schiller-Monuments nie und nimmer dulden, trotzdem die deutsche Lesehalle die Ehrung des großen Dichters beschlossen hatte. Tempora

mutantur! Als am 9. November 1859 Schillers hundertster Geburtstag von der ganzen Kulturwelt gefeiert wurde, drängten die tschechischen Studenten den Historiker Tomek zu einer Rede, die in ein Hoch auf den versöhnlichen Geist Schillers, auf die Idee der Eintracht unter den Nationen ausklang.

Wo einer Platz nimmt, muß der andere weichen. Der Vormarsch der Slawen in der Ära Taaffe war für die Deutschen notwendigerweise mit Verlusten an Stellen im Staatsdienste und mit der Erschütterung des noch immer vornehmlich deutschen Charakters der Behörden verbunden. Noch einmal machten sie einen freilich aussichtslosen Versuch, wenigstens die deutsche Staatssprache gesetzlich festzulegen. Am 8. Februar 1886 hatte Freiherr von Scharschmid dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf vorgelegt, der von 116 deutschen Abgeordneten unterzeichnet war. Nach diesem Elaborate sollte die deutsche Sprache von allen staatlichen Behörden im inneren Dienste und im Verkehre miteinander gebraucht werden; sie wurde als Geschäftssprache im Reichsrate, als Sprache der Reichsgesetze und der öffentlichen Bücher festgesetzt. Den Gebrauch der als landesüblich anerkannten Sprachen suchte der Scharschmidsche Entwurf gleichfalls zu regeln. In der ersten Hälfte März fand die erste Lesung statt. Die Polen ließen durch ihren Sprecher Fürsten Georg Czartoryski erklären, daß sie der Sprachendebatte nicht aus dem Wege gehen wollten, aber gegen den Inhalt und die Tendenz des Antrages Bedenken hätten und vor allem gegen die Kompetenz des Reichsrates Einwände erheben müßten. Rieger stellte sich im Namen der Tschechen auf den Standpunkt vollständiger Ablehnung. Der Slowene Hren sagte, daß seine Landsleute zwar für die Beratung des Scharschmidschen Gesetzentwurfes eintreten würden, daß sie sich aber gegen die Festlegung der deutschen Staatssprache wenden müßten, weil durch diese die Gleichberechtigung der Landessprachen gefährdet werde. Wohl gelangte der Sprachengesetzentwurf der Deutschen an einen Sprachenausschuß, doch hier wurde ihm ein stilles Begräbnis zuteil.

Mittlerweile war ein neuer Sprachenerlaß der Regierung erschienen, der die Tschechen auf der Bahn der Eroberung um ein gutes Stück weiter brachte. Am 23. September 1886 erging eine Verordnung des Ministers Prazak an das Oberlandesgericht in Prag — und einige Tage später auch an das Oberlandesgericht in Brünn —, die eine schon von Ferdinand III.[1]) eingeführte gesetzliche

1) Dr. Alfred Fischel, Das Österreichische Sprachenrecht.

Ordnung aufhob, indem sie bestimmte, daß in allen Fällen, in denen die Erledigung nur in einer Sprache hinauszugehen habe, diese schon in den Entwürfen und Referaten zur Anwendung kommen solle. Dadurch wurde auch für den inneren Dienst dieser Oberlandesgerichte die tschechische Sprache eingeführt. Im Abgeordnetenhause bestritt Dr. Prazak die Gesetzwidrigkeit seiner Ordonnanzen und bezeichnete es als ganz gerechtfertigt, daß die Übersetzungen gerichtlicher Erledigungen bei den zwei Oberlandesgerichten wegfallen oder beschränkt werden. Im Jahre 1885 seien infolge der im inneren Verkehre geltenden deutschen Dienstsprache beim betreffenden Prager Gerichte über 8600 tschechische Geschäftsstücke übersetzt worden, darunter über 7700 solche, die wieder in tschechischer Sprache hinausgegeben wurden. Eine Debatte über diese Erklärung des Ministers kam nicht zustande, weil sie die Mehrheit ablehnte. Die Verfassungspartei des Herrenhauses suchte, ihrer Vergangenheit getreu, den Prazakschen Erlässen entgegenzuwirken, und auf Antrag des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Ritter von Schmerling wurde eine Spezialkommission zur Überprüfung der Verordnungen eingesetzt, da die Ordonnanzen in staatsrechtlicher und politischer Beziehung zu ernsten Bedenken Anlaß gaben. Aber nach langen Debatten erklärte die Mehrheit des Herrenhauses im Mai 1887, es läge kein rechtlicher Grund vor, die Verordnungen zu beanstanden...

In den achtziger Jahren kamen die Landtage wenig zur Geltung. Die Regierung räumte ihnen für die Tagungen kurze Fristen ein, so daß bloß die notwendigsten Geschäfte erledigt werden konnten. Nur der böhmische Landtag vermochte es, die Blicke stärker auf sich zu lenken. Im Sommer 1883 fanden die Neuwahlen statt, und da die Großgrundbesitzerkurie von den Feudalen erobert wurde, ging die Herrschaft im Lande an die Tschechen über, die jetzt 167 Sitze innehatten, während die Deutschen nur über 75 Stimmen verfügten. Am 8. August 1883 richtete Dr. Rieger an Dr. Franz Schmeykal, den Führer der Deutschen, eine Einladung zu freien Besprechungen über eine Regelung der Nationalitätenfrage in Böhmen. Die Deutschen lehnten jedoch die Beschickung der Konferenz mit dem Hinweise ab, daß die Ordnung der sprachlichen Verhältnisse Sache der Reichsgesetzgebung und nicht der Landtage sei. Durch die nunmehrige Vorherrschaft der Tschechen in Böhmen und durch das Erwachen der deutschnationalen Bewegung [1]) wurde bei den Deutschen der Wunsch

1) Josef Turnwald, Die administrative Teilung Böhmens.

nach der Teilung des Königreichs in ein deutsches und tschechisches Verwaltungsgebiet rege, und am 16. September 1884 übergab Dr. Herbst dem Landtage einen diesbezüglichen formellen Antrag. Natürlich blieb die Verwirklichung aus, trotzdem Dr. Herbst schon vorher im Abgeordnetenhause ausgerufen hatte: „Die Deutschen werden von dieser Forderung nie mehr ablassen, es mag geschehen, was da will. Und es wird der Friede und die Ruhe nicht eher eintreten, bis nicht dieser Forderung wird entsprochen werden.“ Im Dezember 1886 wiederholte der Abgeordnete Plener im böhmischen Landtage seinen Antrag vom vorigen Jahre, der die Aufhebung der Sprachenverordnungen und die nationale Abgrenzung der Gerichts- und Verwaltungsbezirke forderte. Fürst Karl Schwarzenberg beantragte daraufhin den Übergang zur Tagesordnung, wofür sich auch die Mehrheit aussprach. Die deutschen Abgeordneten sahen sich dadurch veranlaßt, den böhmischen Landtag zu verlassen und ihn Jahre hindurch nicht wieder zu betreten.

Mit der Wucht der Schläge steigt die Kraft der Gegenwehr. Die Deutschen, die früher in nationaler Hinsicht gleichgültig waren, die auf den Kulturerrungenschaften der Vergangenheit schläfrig ruhten, wurden durch den Ansturm der Gegner in ihrer Mehrheit nicht eingeschüchtert, sondern angespornt. Nationale Schutzvereine erstanden allerorten, die sprachliche Grenzverteidigung begann. In den ersten zehn Jahren des Taaffeschen Regimes wurde an hunderten Plätzen Kleinarbeit geleistet, denn die vielen Ortsgruppen des Deutschen Schulvereins, des Böhmerwald-Bundes, des Nordmährer Bundes, der Südmark rasteten nicht. Es gab viel Vereinsmeierei, aber diese hatte damals einen höheren Sinn: sie war nationale Erweckung. Freilich, auch die Gegner schlummerten nicht. Die Tschechen betätigten sich nicht weniger eifrig, und die Klerikalen rührten alle Hände.

In Galizien ließen die Polen ihre Vorherrschaft immer deutlicher zutage treten, und die Ruthenen seufzten schwer unter dem Drucke. Die Polen spielten sich als Retter des Staates auf, indem sie vor der russophilen Strömung unter den Ruthenen bange machten. Im Februar 1882 glaubte man einer Verschwörung der ruthenischen Intelligenz zur Losreißung Ostgaliziens von Österreich auf der Spur zu sein. Pater Naumovicz wurde mit seinen Anhängern vor Gericht geschleppt, des Hochverrats angeklagt und — freigesprochen. Bei den galizischen Landtagswahlen im Jahre 1883 ließ die Schlachta die Ruthenen nicht aufkommen, und das Ergebnis war für

diese so schlecht, daß sie mit der Abstinenz drohten. Übrigens wies der neue Landtag kein einziges bäuerliches Mitglied auf. Die Slowenen waren in einer weit besseren Situation. Im April 1882 erfloß ein Erlaß Prazaks an das Grazer Oberlandesgericht, der der slowenischen Sprache in Krain, in Cilli und im slawischen Teile Kärntens Zugeständnisse machte. Ein Jahr später rissen die Slowenen die Mehrheit im Krainer Landtage an sich; nun waren sie die Herren im Herzogtum, und die Deutschen sollten das fühlen.

Italienische Exaltados spielten auch in den achtziger Jahren mit dem Irredentismus. Im Sommer 1880 gab es in Triest und Trient große Demonstrationen. Zwei Jahre nachher wurde die fünfhundertjährige Zugehörigkeit des Küstenlandes zu Österreich gefeiert, doch die Stimmung in Triest war sehr gedrückt, und die Polizei befürchtete irredentistische Anschläge. Wirklich wurde am 3. August 1882, als die Veteranen in Triest vor Erzherzog Karl Ludwig defilierten, ein Bombenattentat verübt, wobei drei Personen Verletzungen erlitten. Da der Kaiser im nächsten Monate eintreffen sollte, fahndete die Behörde nach Anarchisten und sie griff auch zwei Männer, Oberdank und Rossi, auf, die Bomben mit sich führten. Es wurde ihnen der Prozeß gemacht; beide bezahlten ihren nationalen Wahnwitz mit dem Tode. Die Irredenta jedoch hatte fortab zwei Märtyrer, und das Andenken an den verträumten und fanatischen Oberdank lebt noch heute.

D. Der Kampf der Klerikalen.

Knirschend hatten die Klerikalen die Herrschaft der deutschen Verfassungspartei erduldet und die liberale Gesetzgebung hingenommen. Voll Ungeduld warteten sie auf den Tag der Umkehr, und ihr heißestes Verlangen ging nach einer Reform des Volksschulwesens. Die „Neuschule", die freie, denkende Generationen erziehen wollte, war der römisch-katholischen Kirche ein Dorn im Auge, weil sie, solange noch liberale Ideen die Verwaltung erfüllten, im allgemeinen dem Einflusse der Klerikalen entrückt schien. Worauf die Verfechter der politischen Kirchenmacht abzielten, kann man aus den Fragen ersehen, die der Katholisch-politische Verein in Böhmen dem Klerus schon im Jahre 1879 vorlegte. Es wurde nachgeforscht, ob das Glaubensbekenntnis der Lehrer mit dem der Mehrzahl der Schüler übereinstimmt; ob die katholischen Schulgebete gehalten werden und ob die Zeichen christlicher Gesinnung in der Schule verblieben sind; ob die Lehr- und Lesebücher der katholischen Weltauffassung entspre-

chen und ob der Leiter der Schule oder die Lehrer kirchenfeindliche Gesinnung haben. Weiter wurde gefragt, ob die Religionsübungen der Schüler beeinträchtigt werden und ob den Kindern die Teilnahme an kirchlichen Genossenschaften außerhalb der Schule gestattet ist. [1]) Am 3. Februar 1880 richtete der böhmische Episkopat an das Unterrichtsministerium eine Eingabe, die für den Fall, daß eine nahe und gründliche Besserung der Schulverhältnisse im Sinne der herrschsüchtigen Kirche nicht zu erwarten wäre, die Verweigerung der Teilnahme an der Ausführung der Schulgesetze androhte. Zwei Tage später wurden dem Parlament bereits zwei klerikale Schulanträge überreicht. Prinz Alois Liechtenstein forderte die Regierung auf, das Reichsvolksschulgesetz zu revidieren und dahin zu wirken, daß die Auslagen für die Volksschulen vermindert werden, daß der Einfluß der Länder eine Ausdehnung erfahre und daß endlich den religiösen, sittlichen und nationalen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen werde. Hofrat Lienbacher formulierte seine Wünsche genauer. Statt vom sechsten bis zum vierzehnten Lebensjahre hätte die allgemeine Schulpflicht künftighin nur bis zum zwölften zu dauern. Einzelnen Ländern solle es vorbehalten bleiben, diese eventuell bis zum vierzehnten Lebensjahre auszudehnen. Als Dr. Max Menger gegen das Memorandum der Bischöfe Verwahrung einlegte, kündigte Graf Taaffe ganz unumwunden die Befriedigung der klerikal-föderalistischen Wünsche an. Prinz Alois Liechtenstein erklärte sich auch mit der Antwort des Ministerpräsidenten zufrieden. Am 20. Februar begann die erste Lesung des Antrages Lienbacher. Die Föderalisten und die Klerikalen fanden sich zusammen, und bald hatte sich der Schulausschuß mit dem Vorschlage zu beschäftigen. Als dieser daran ging, die sechsjährige Schulpflicht festzustellen, protestierte der Unterrichtsminister dagegen und stellte die Kabinettsfrage. Deshalb schloß der Ausschuß ein Kompromiß. Die achtjährige Schulpflicht sollte fortbestehen, doch wäre den Landtagen die Entscheidung zu überlassen, ob nach dem sechsten Jahre statt des Alltagsunterrichts ein Wiederholungs- oder Fortbildungsunterricht Platz greifen solle. Am 11. Februar 1881 befaßte sich das Plenum des Abgeordnetenhauses mit dem Vorschlage des Schulausschusses und genehmigte ihn. Die Opposition beteiligte sich von da ab nicht mehr an der Debatte. Der Klerikalen bemächtigte sich nach der Annahme der Schulnovelle durch das Abgeordnetenhaus helle Freude,

1) Dr. Friedrich Graf Schönborn, Wirkungen der Neuschule. Prag 1880.

und der streitbare Bischof von Linz, Rudigier, schrieb in seinem Hirtenbriefe: „Freuen wir uns, daß die konservativen Vertreter des Volkes im Abgeordnetenhause, welche jetzt glücklicherweise die Mehrheit dieses Hauses bilden, eifrig bestrebt sind, wie manche andere vom Liberalismus geschaffenen Gesetze, auch insbesondere das Schulgesetz der so nötigen Verbesserung zuzuführen." Doch der Jubel war zu früh ausgebrochen. Das Herrenhaus, auf das sich wieder die Blicke aller freisinnigen Männer in Österreich richteten, hatte zu sprechen. Es nahm an der Vorlage einschneidende Änderungen vor, und der Gesetzentwurf mußte an das Abgeordnetenhaus zurückgehen. Exminister Unger brandmarkte die schwankende Haltung des Unterrichtsministers Baron Conrad sehr scharf. Er meinte, daß Baron Conrad weder für die Majorität, noch für die Minderheit, ja nicht einmal für sich selbst gesprochen habe. Das Abgeordnetenhaus nahm an den Beschlüssen des Oberhauses wieder eine Korrektur vor, doch das Herrenhaus ließ sich nicht irre machen und bestand auf dem von ihm vorgeschlagenen Texte.

Durch die Unsicherheit über das Schicksal der Reform wurden die Klerikalen nervös, und die Bischöfe erhoben ihre Stimmen um so lebhafter. Die Regierung fühlte sich nun gedrängt, ihr Versprechen einzulösen und sie überreichte dem Herrenhause im Januar 1882 einen neuen Entwurf der Schulnovelle. An Stelle der durch das Reichsvolksschulgesetz aufgestellten Forderung nach einer „sittlich-religiösen" Erziehung verlangte der Regierungsentwurf eine „religiös-sittliche" Heranbildung. Die Schulleiter sollten in Zukunft jener Religionsgenossenschaft angehören, zu der die Mehrzahl der Schüler zählt. Den Gemeinden wurde es möglich gemacht, den regelmäßigen ganztägigen Unterricht für das siebente und achte Schuljahr aufzulassen und einen Fortbildungsunterricht einzuführen. Ein Lehrer solle bei halbtägiger Lehrzeit bis zu hundert Schüler unterrichten.[1]) Kardinal Schwarzenberg gab für den Episkopat die Erklärung ab, es würde eine weitergehende Reform notwendig sein. Um die Novelle jedoch nicht zu gefährden, werden die Bischöfe dafür stimmen. „Den Ansprüchen der Kirche und der christlichen Bevölkerung könne nur eine konfessionelle Volksschule genügen, die jetzige ist es nicht." Graf Leo Thun, der alte Gegner des liberalen Volksschulgesetzes und Graf Richard Belcredi — der $1^1/_2$ Stunden sprach — setzten sich für die Vorlage nachdrücklich ein, die auch vom Herren-

1) Gustav Strakosch-Graßmann, Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens. Wien 1905.

hause gutgeheißen wurde. Interessant ist die Tatsache, daß die Polen die Abhängigkeit des Schulleiters von der Konfession der Schüler für Galizien nicht anerkennen wollten, da sie den Israeliten und den griechisch-katholischen Ruthenen die Stellen mißgönnten. Die beiden gesetzgebenden Körperschaften hatten für solche Wünsche Verständnis und trugen ihnen für Galizien und Dalmatien Rechnung. Im Abgeordnetenhause erstattete jetzt Hofrat Lienbacher zum drittenmal über diesen Gegenstand einen Bericht; am 14. April 1883 setzte die Generaldebatte ein, die mit Leidenschaft geführt wurde. Als Generalredner gegen die Novelle fungierte Professor Eduard Sueß, der am 18. April 1883 eine der glänzendsten Reden hielt, die im österreichischen Abgeordnetenhause gehört wurden. Mit wundervoller Beredsamkeit schilderte er das Unglück, das der Klerikalismus in Österreich angerichtet hat. Er erinnerte an den 12. Juni 1621, an dem in Prag die Märtyrer für die Glaubensfreiheit fielen. Vor der Justifikation zeigte sich, ohne daß es geregnet hätte, ein Regenbogen am Himmel. Es war, als wollte sich die Sonne, ohne des Regens zu bedürfen, in den vielen Tränen spiegeln, die an diesem Tage vergossen wurden. Was habe es geholfen? Es kam das Entsagungsjahr und die Vereinsamung des Konkordat-Österreich im Jahre 1866. Was nützte der Heldenmut seiner Söhne auf dem Schlachtfelde? Die Muse der Geschichte schrieb: consummatum est. So vollziehe sich durch Jahrhunderte ein großes historisches Drama, und durch Jahrhunderte töne es: Lernet, die ihr gewarnt worden seid! Sueß schloß: „Wir Deutsche und an unserer Seite, wie wir mit Freude sehen, alle die Vertreter des italienischen Volksstammes, die in Österreich ihre Heimat haben, die eingedenk sind der Erinnerung an ihren Dante und von denen sich keiner hergeben würde, ihn hier zu verleugnen: sie und die Splitter des slawischen Stammes (die Ruthenen), die Sie durch Ihre eigene Unduldsamkeit zu uns herübergedrängt haben — wir sind überzeugt, daß **wir** für die Zukunft stimmen. Sie aber, meine Herren, stimmen für eine abgetane Vergangenheit.“[1]) Die ganze Vorlage wurde am 28. April 1883 mit knapper Mehrheit angenommen. An die Regierung erging noch die Aufforderung, eine Revision der ganzen Schulgesetzgebung vorzunehmen. Doch Graf Taaffe schwieg vorerst.

Die Schulreform des Jahres 1883 wurde nur als Anzahlung, nicht als Tilgung der Schuld hingenommen. Man wollte auf dem

---

1) Professor Eduard Sueß, Rede über Schulnovelle. Wien 1883.

einmal betretenen Wege nicht stehenbleiben, sondern vorwärtsmarschieren, und die Klerikalen scheuten keine Arbeit, um den für sie ohnedies ertr. gnisreichen Boden noch zu verbessern. Der Katholische Schulverein in Wien gründete emsig Ortsgruppen und entfaltete eine rege Werbetätigkeit. Von ihm wurde auch ein katholisches Lehrerseminar eröffnet, das zur Pflanzstätte für „verläßliche" Erzieher werden sollte. Am Beginne des Jahres 1888 regnete es im Abgeordnetenhause wieder Schulanträge. Prinz Alois Liechtenstein brachte Ende Januar einen Gesetzentwurf ein, der die Schulpflicht auf sechs Jahre bei fünf Unterrichtstagen in der Woche herabsetzen wollte. Die Lehrer sollten das Glaubensbekenntnis der Schüler teilen. Der Kirche wurde ein bedeutendes Mitaufsichtsrecht zugedacht. „Große Gegensätze können nicht hinwegeskamotiert, sie müssen ausgefochten werden", versicherte der Prinz im Februar 1889, „und der Friede wird in aufregenden politischen Kämpfen nur durch die politische Übermacht wieder hergestellt, wenn es ihr gelingt, dauernde und unwiderrufliche Tatsachen zu schaffen." Auch Lienbacher trat mit einem reaktionären Schulantrage hervor. Der Jungtscheche Dr. Herold wollte dagegen die achtjährige Schulpflicht aufrechterhalten, aber die Schulgesetzgebung den einzelnen Königreichen und Ländern überlassen wissen. Bei der Budgetdebatte des Jahres 1889 stand die Schulfrage im Mittelpunkte der Erörterungen. Allgemeines Aufsehen erregte ein Zusammenstoß zwischen dem kühlen Prinzen Liechtenstein und dem temperamentvollen Jungtschechen Eduard Gregr. „Der Name Liechtenstein ist verhängnisvoll, ein schrecklicher Name in der Geschichte des böhmischen Volkes ... Immer wieder kommt ein Liechtenstein, ein Enkel des Karl Liechtenstein, und gräbt dem Volke ein neues Grab, ein Grab der Unwissenheit. Ich würde ihm zurufen: Herr! Sie sind Fürst und Kavalier, was hat Ihnen das arme Volk getan, daß Sie es auf der Bahn seiner kulturellen Entwickelung stören wollen? Das, Fürst Liechtenstein, ist nicht nobel gehandelt und das ist nicht die Sühne, die Sie für die Verbrechen Ihrer Ahnen dem böhmischen Volke schuldig sind." So donnerte der jungtschechische Abgeordnete gegen einen Mann, mit dem die alttschechischen Vertreter in engster Gemeinschaft lebten. Der Abgeordnete Beer, der einer der Schöpfer des Reichsvolksschulgesetzes war, wies in seiner Rede gegen den Liechtensteinschen Schulantrag darauf hin, daß der weitaus größte Teil der österreichischen Volksschullehrer ohnehin katholisch sei. Es handle sich den Klerikalen aber nicht darum, sondern für sie drehe es sich vielmehr um die

Frage, ob der Kirche oder der Staatsverwaltung, dem Laienelement oder dem Klerus die Führung des Schulwesens zuzuweisen sei. Die Regierung hatte sich bereits mit den klerikalen Anregungen beschäftigt und den Entwurf einer neuen Schulgesetznovelle ausarbeiten lassen, den sie am 4. Mai 1889 dem Herrenhause unterbreitete. Die Vorlage enthielt Bestimmungen, durch die dem Religionsunterricht eine erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte; sie verschärfte die Disziplinarvorschriften und vermehrte die Erleichterungen für den Schulbesuch. Die Vorlage fand bei keiner Gruppe Gefallen. Den einen war sie wegen ihrer rückschrittlichen Tendenzen mißliebig, den Klerikalen bot sie zu wenig. Erst im Jahre 1890 schritt die Schulkommission der Pairskammer zur Beratung des Gesetzentwurfs. Allein der Kardinal Graf Schönborn gab eine Erklärung ab, in der er im Auftrage des Episkopates für die katholischen Kinder öffentliche katholische Schulen forderte. Bei Anstellung der Lehrer an den katholischen Schulen solle den kirchlichen Organen eine Art Kontrolle eingeräumt werden. Der katholischen Kirche sei es zu ermöglichen, den konfessionellen Charakter der katholischen Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten jederzeit zu prüfen. Durch die Haltung der Bischöfe war das Gesetz abgetan. Doch auch die Anregungen des Prinzen Liechtenstein blieben ohne Wirkung. Die ganze Aktion war in gesetzgeberischer Hinsicht ein Schlag ins Wasser, in politischer Hinsicht bedeutete sie mehr. Länger als zwei Jahre hatte sie die Öffentlichkeit in Atem gehalten.

Voll Entschiedenheit waren die deutschen Fortschrittsmänner für die segensreichste Schöpfung der liberalen Epoche, für die freie Schule eingetreten. Indes, ihre Bemühungen erweckten kein allzu großes Echo in den Bevölkerungskreisen, die für den parlamentarischen Betrieb in Betracht kamen. Es wurden zwar hunderte Petitionen an das Parlament gerichtet, in denen die Zurückweisung des reaktionären Schulantrages gefordert ward; unzählige Korporationen und Versammlungen riefen: Bis hierher und nicht weiter! Aber das waren meistens die alten Garden der verfallenden liberalen Partei. Die Massen der deutschen Wähler verhielten sich jedoch nicht ablehnend. Den Fünfguldenmännern fehlte die richtige Schätzung für das Ideal einer guten Jugenderziehung, sie waren bereits im Banne von Parteien und Politikern, die den Kurs nach rückwärts nahmen. Ganz anders lagen die Verhältnisse bei den Tschechen. Die alttschechische Partei hat sich zugrunde gerichtet, weil sie mit den Feudalen und Klerikalen in der Politik durch dick und dünn ging, und die Jung-

tschechen, die das Bündnis mit dem Klerikalismus verwarfen, eroberten nicht nur die Wähler, sondern auch die Herzen. Wenn zwei das gleiche tun, ist es nicht dasselbe: den Alttschechen und den Wiener Christlichsozialen, die an einem Strange zogen, wurden gar verschiedene Lose zuteil.

E. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Der gewerbliche Mittelstand unterschied sich vom Großbürgertum durch die stärkere politische Lebhaftigkeit und durch die Freude an der Kleinarbeit, an der Agitation und an Demonstrationen. Zwei Seelen wohnten in der Brust des „kleinen Mannes". Sein politisches Glaubensbekenntnis ließ sich in die Worte: Weg mit den Juden! zusammenfassen, und da die Liberalen die Gleichberechtigung aller Staatsbürger verfochten, so war das gleichbedeutend mit dem Wunsche: Weg mit dem Liberalismus! Aber nicht bloß politische Forderungen, auch wirtschaftliche Sorgen bedrückten den gewerblichen Mittelstand. Der Agrarstaat bildete sich zum Industriestaate um, eine Fabrik nach der anderen stieg aus dem Boden empor. Die kapitalistische Wirtschaftsform begann stärker fühlbar zu werden, und die Gewerbetreibenden, die sich nicht anzuschmiegen vermochten, hatten schwer zu kämpfen. Aus den dumpfen Werkstätten tönte ein Schmerzensschrei hervor, und geschäftige Agitatoren eilten herbei, um ihr Heilmittel anzupreisen. Sie riefen zum Kampfe gegen das „mobile Kapital" auf und nährten die Sehnsucht nach dem verlorenen Paradiese der Zunftverfassung. Auf unzähligen Gewerbetagen wurde auf die Not des Mittelstandes hingewiesen. Anfänglich vernahm man noch Anklänge an den Liberalismus und an die Demokratie, doch die Führerschaft ging schnell an reaktionäre Elemente über.

In der mittelständischen Bewegung trat eine Gruppe von Aristokraten hervor, die ein sozial-konservatives Reformprogramm entwickelte und in zwei gelehrten Männern: in Rudolf Meyer und Freiherrn von Vogelsang ihre geistigen Führer fand. Die feudalen Herren, die in der Wiederaufrichtung der kirchlichen Macht ihr Ideal erblickten, wollten die breiten Massen für ihren Zukunftsstaat gewinnen, der freilich nichts anderes als neubelebte Vergangenheit sein sollte. Ihnen kam das Verlangen nach Zunfteinrichtungen und nach der Beschränkung der Gewerbefreiheit sehr gelegen, und sie ließen sogleich ihren großen Einfluß in dem Parlament der achtziger Jahre spielen, um die Neuordnung des Gewerbewesens durchzusetzen. Graf Egbert Belcredi stand an der Spitze der sozial-

konservativen Gruppe. Im Rausche des Jahres 1848 hatte er im mährischen Landtage ausgerufen: „Jetzt müssen alle vergilbten Privilegien fallen, und aus dem Plunder morscher Sonderrechte darf nur eine Krone, die der konstitutionellen Gleichberechtigung, hervorgehen"[1]); allein dieser Erguß eines jungen Gemütes war von dem reifen Manne vergessen worden, den seine Wünsche weit hinter das tolle Jahr zurückdrängten.

Das Parlament hatte sich gleich nach den Wahlen im Jahre 1879 mit der Gewerbefrage zu beschäftigen. Die Regierung legte ihm einen Entwurf zur Reform der Gewerbeordnung vor, der jedoch nicht befriedigte und Mitte Dezember 1880 zurückgezogen wurde. An seine Stelle setzte sie eine neue Vorlage, die dem allgemeinen Wunsche nachgebend nicht mehr einige unwesentliche Änderungen zum Inhalte hatte, sondern eine Revision der gesamten Gewerbeordnung in Aussicht nahm.[2]) Der Gewerbeausschuß des Parlaments setzte seine Arbeiten munter fort und als im November 1881 Graf Egbert Belcredi zum Referenten und der klerikale Abgeordnete Zallinger zum Obmanne bestellt ward, wußte man, wohin die Fahrt gehen werde. Die Regierung verhielt sich passiv; der Handelsminister Pino sagte zuerst, daß sie „zuwarten" wolle, doch bald erkannte sie die „vollste Berechtigung" der gewerblichen Wünsche an. Am 24. Mai 1882 legte Graf Egbert Belcredi seinen Bericht über die Gewerbenovelle dem Abgeordnetenhause vor und empfahl deren rasche Annahme. Die Wahlrechtserweiterung, die unterdessen bewerkstelligt worden war, wirkte auf die Beschleunigung der Arbeiten ein, denn die Abgeordneten wollten sich die Gunst der Fünfguldenmänner erringen. Im Dezember 1882 wurden im Abgeordnetenhause ernste Kämpfe geführt; indes, die Anhänger der Gewerbefreiheit waren stark zusammengeschrumpft, da nicht einmal die Liberalen geschlossen gegen die Vorlage stimmten, die den verstärkten Zunftzwang und den Befähigungsnachweis zum Gegenstande hatte. Prinz Alois Liechtenstein fand allerdings, daß die Novelle zur Gewerbeordnung nicht weit genug gehe. Im Herrenhause setzte sich Ritter von Toggenburg, der Schöpfer des freien Gewerbes in Österreich, mutig für sein Werk ein, doch seine Meinung, „die Gewerbefreiheit sei kein Ideal, sondern mehr, sie sei eine Notwendigkeit", fand bei der Mehrheit keinen Anklang. Am 15. März 1883 wurde das Gesetz mit der Unterschrift des Kaisers versehen.

1) Walter Rogge, Österreich von Világos bis zur Gegenwart. III. Leipzig.
2) Heinrich Waentig, Gewerbliche Mittelstandspolitik. Leipzig 1898.

Auch der **Bauern** wurde nicht vergessen, auch ihnen suchte man den Boden durch oberflächliche Maßnahmen zu vergolden. Sie hatten gleichfalls Ursache zu klagen. Die günstigen Konjunkturen anfangs der siebziger Jahre bewirkten zwar ein Steigen der Getreidepreise, aber gleichzeitig schnellten die Löhne und die Bodenpreise in die Höhe. Durch die in der liberalen Ära erlangte Freiheit im Handeln wurden die Bauern zur Aufnahme von Schulden veranlaßt, die durch die schlechte Wirtschaftsgebarung noch vermehrt wurden. Als dann die Konjunktur umschlug und die Getreidepreise wieder unter das Niveau von 1870 sanken, während die Ernten ungünstig ausfielen, machten sich die Schuldenlasten täglich drückender fühlbar.[1]) Dazu kam noch die panikartige Furcht vor der amerikanischen Konkurrenz, die die Lage der kleinen Landwirte trostlos erscheinen ließ. Das riß die Bauern aus dem Schlummer. Sie traten mit wirtschaftlichen Forderungen an den Staat heran, und auch ihrer bemächtigten sich jene Politiker, die in der freiheitlichen Wirtschaftsgesetzgebung die Quelle aller Beschwernisse erblickten. Schon im Dezember 1880 hatte Graf Hohenwart an die Regierung eine Interpellation gerichtet, die das Agrarproblem auf die Tagesordnung brachte. Ende 1881 kündigte der Ackerbauminister Graf Falkenhayn die Einbringung eines Gesetzentwurfes an, der die im Jahre 1868 eingeführte Freiteilbarkeit von Grund und Boden einschränken sollte. Im Februar 1882 wurde auch vom Ackerbauministerium eine Denkschrift über die bäuerliche Erbfolge und das Höferecht veröffentlicht, die den Gegenstand einer eingehenden Diskussion in der Öffentlichkeit bildete. Unterdessen hielt die Agitation in den bäuerlichen Kreisen an, und im Februar 1884 erinnerten Prinz Alfred Liechtenstein und Lienbacher die Regierung an die seinerzeitige Forderung des Grafen Hohenwart nach Entlastung der Landwirtschaft. Drei Wochen nachher unterbreitete Graf Falkenhayn dem Parlamente einen Gesetzentwurf, der besondere Erbteilungsvorschriften für landwirtschaftliche Besitze mittlerer Größe vorschlug. Allein es vergingen fünf Jahre, ehe am 1. April 1889 ein Gesetz zustande kam, das ein Höferecht begründete, also die alte bäuerliche Erbfolge unter gewissen Voraussetzungen herstellte. Doch es handelte sich nur um ein Reichsrahmengesetz, das zu seiner Durchführung Landesgesetze zur Voraussetzung hatte. Wie wenig ernst die Angriffe gegen die Freiteilbarkeit begründet waren, geht daraus hervor, daß bis heute bloß in den

1) Alfred Skene jun., Ein Beitrag zur Beurteilung der österreichischen Agrarfrage. Wien 1885.

Ländern Tirol, Kärnten und Böhmen die landesgesetzliche Regelung des bäuerlichen Anerbenrechtes erfolgt ist.

In den achtziger Jahren beschäftigten das Abgeordnetenhaus wiederholt Eisenbahnfragen. Die Verstaatlichung von Privatbahnen machte bedeutende Fortschritte, große Linien, wie die Westbahn und die Franz-Josefsbahn gingen in den Staatsbesitz über. Am meisten hat jedoch die Öffentlichkeit die Verlängerung des Privilegiums für die Nordbahn-Gesellschaft in Anspruch genommen. Im März 1886 lief das Privilegium dieser wichtigen Verkehrsanstalt ab, und schon einige Jahre vorher wurde die Regierung bestürmt, an die Einlösung des Unternehmens zu schreiten. Aus allen Teilen des Reiches trafen im Abgeordnetenhause Petitionen ein, die sich für die Verstaatlichung aussprachen. Im Frühjahre 1884 wurde nun von der Regierung dem Parlamente ein Übereinkommen mit der Nordbahn-Gesellschaft vorgelegt, das die Konzession dieses Privatunternehmens für achtzig Jahre verlängern wollte. Nun erhob sich ein Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung. Überall wurden Versammlungen abgehalten. Ein leidenschaftlicher Kampf entbrannte, und alle jene, die sich der Verstaatlichungsaktion nicht anschlossen, wurden der Korruption bezichtigt. Schließlich lag es auch nahe, daß die Nordbahn-Gesellschaft nicht kargte und keinen Versuch unterließ, um die Verlängerung ihrer Existenz durchzusetzen. Am 21. April 1884 fand in der Volkshalle des Wiener Rathauses eine Riesenversammlung statt, in der Lueger und Schönerer sprachen. Graf Taaffe zog nun die erste Vereinbarung zurück und ein zweites Übereinkommen erblickte das Licht der Welt. Die Konzessionsdauer war darin auf weitere 55 Jahre beschränkt. Die Debatte über die neue Nordbahnvorlage löste im Parlament nicht weniger heftige Stürme aus als die Beratung des ersten Übereinkommens. Schönerer erneuerte seine Angriffe gegen die Rothschild-Gruppe und gegen das „jüdische Kapital". Dr. Herbst bestritt mit dem ganzen Aufgebote seines juristischen Scharfsinns die Anschauung der Regierung, daß die Nordbahn-Gesellschaft aus dem abgelaufenen Privilegium einen Anspruch auf die Erneuerung der Konzession ableiten könne und verlangte die Ablösung der Bahn und die Übernahme in den Staatsbetrieb. Im Eisenbahnausschusse suchte die Minderheit abermals das Verstaatlichungsprinzip durchzusetzen, ohne damit einen Erfolg zu haben. Es wurden an dem Übereinkommen nur einige Verbesserungen vorgenommen. Als Heimfallstermin blieb der 31. Dezember 1940 aufrecht, das Einlösungsrecht sollte am 1. Januar 1904 er-

wachsen. Die Generaldebatte begann im Abgeordnetenhause am 21. März 1885, mithin knapp vor den Neuwahlen. Im Parlament spielten sich dabei noch nie erlebte Szenen ab. Bis zum letzten Augenblicke wußte man nicht, wer siegen werde, der Staat oder die Nordbahn-Gesellschaft, auf deren Seite die Regierung stand. Der Ministerpräsident ließ das Gerücht verbreiten, der Kaiser wünsche die Annahme und die Regierung habe sich verpflichtet, das Gesetz ungesäumt zustande zu bringen. Den Eisenbahnausschuß vertrat Bilinski; er setzte sich für das Recht der Privatgesellschaft so sehr ein, daß ein Abgeordneter in jenen schwülen Tagen die Frage aufstellte: „Was will er (Bilinski) werden?" Der klerikale Prinz Alois Liechtenstein sagte unverblümt, daß die Antisemiten aus der Annahme des Übereinkommens Kapital schlagen und einen zugkräftigen Feldruf für die Neuwahlen ableiten würden. Der „eiserne Ring" war auf eine harte Probe gestellt, als am 24. März 1885 die entscheidende Abstimmung nahte. Für den Antrag auf Verstaatlichung der Nordbahn sprach sich bloß eine Minderheit von 136 Stimmen aus; die Vertagung, die der klerikale Zallinger verlangte, wurde ebenfalls abgelehnt. Dagegen stimmten 166 gegen 141 Abgeordnete für das Eingehen in die Spezialdebatte. Dem Grafen Taaffe war der Coronini-Klub beigesprungen, der zwischen der Minderheit und Mehrheit stand und bald nach links, bald nach rechts schwankte, trotzdem sein Führer Graf Coronini Jahr für Jahr bei der Budgetdebatte den sonst so stillen Mund öffnete, um temperamentlos mit Beschwerden gegen die Herrschaft des Grafen Taaffe anzukämpfen. Auch die Liberalen haben einzelne ihrer Kollegen für die Regierung stimmen gesehen. Die Galerien waren vollgepfropft, und die deutschnationale und die christlichsoziale Zuhörerschaft brachte stürmische Hochrufe auf Schönerer aus, während sie die „Nordbahnjuden" mit Pfuis bedachte.

Viel Staub wirbelte der Bau der galizischen Transversalbahn auf, weil er mit einer sehr schmutzigen Korruptionsgeschichte verknüpft war. Der Bauunternehmer Baron Schwarz wurde nämlich vom polnischen Abgeordneten Kaminski auf Zahlung einer Provision von 625 000 Gulden verklagt. Diese Summe forderte der Abgeordnete als Entgelt für seine parlamentarischen Bemühungen um das Zustandekommen der Eisenbahnlinie und um die Übertragung der Ausführung an die Firma Schwarz. Die Klage war vom Abgeordneten Dr. Wolski, dem Parteigenossen und Vertreter Kaminskis, abgefaßt worden. Im Februar 1883 mußten sich die zwei gewinn-

gierigen Abgeordneten ins wohlverdiente Privatleben zurückziehen, doch die Angelegenheit beschäftigte das Parlament noch lange, da die Länderbank in die Affäre verwickelt war und auch andere Personen von ihr berührt wurden. Wie sehr die Korruption unter der klerikal-feudalen Regierung blühte, zeigte nicht weniger deutlich ein zweiter Fall. Bei der Beratung des Abgeordnetenhauses über die Betriebsübernahme, beziehungsweise Einlösung der Prag-Duxer und Dux-Bodenbacher Bahn unternahm Dr. Steinwender im Februar 1886 heftige Angriffe auf den Handelsminister Baron Pino, den er mit schmutzigen Geschäften in Verbindung brachte. Der Minister wies die Anklagen zwar entrüstet zurück, indem er meinte, es seien nicht die schlechtesten Früchte, an denen die Wespen nagen. Aber der kurz darauf erfolgende Rücktritt bewies, daß in der Regierung Taaffe gar manches faul war.

Die feudal-klerikale Mehrheit hat in ihrer Gegnerschaft zur modernen Wirtschaftsentwicklung wenigstens das eine Gute geschaffen, daß sie die Arbeiterschutzgesetzgebung förderte, ohne sich um die starre Ablehnung von Seite der manchesterliberalen Egoisten zu kümmern. Allerdings schlug ihr Herz fast ausschließlich für das industrielle Proletariat. Die mächtigen Herren waren sehr ungehalten, wenn man sie daran erinnerte, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter gleichfalls nicht zu den beneidenswerten Menschen gehören und der sozialen Fürsorge sehr bedürftig seien. Als dem Grafen Taaffe vorgehalten wurde, daß seinen Arbeitern weit weniger als ein gräfliches Auskommen beschieden sei, veröffentlichte das Wiener „Vaterland" eine Zusammenstellung der auf den Taaffeschen Gütern üblichen Löhne. Doch die Ziffern brachten keine Widerlegung, sondern eine Bestätigung der traurigen Lage des ländlichen Proletariats. Dies hinderte aber den Reichsrat nicht, an dieser breiten Arbeiterschicht achtlos vorüberzugehen.

Im Jahre 1883 wurde unter Zallingers Vorsitz eine Enquete über die Arbeiterschutzgesetzgebung abgehalten, und der durch seine sozialpolitischen Bestrebungen verdienstvolle Freiherr von Vogelsang leitete nebenher Erhebungen über die Lohnverhältnisse der industriellen Arbeiterschaft ein. Als Folgeerscheinung kann die Reform des sechsten Abschnittes der Gewerbeordnung aufgefaßt werden, die eine Reihe segensreicher Einrichtungen schuf. Die Einführung eines Maximalarbeitstages, die Minderung und Fixierung der Arbeitszeit für Frauen und Kinder, sowie die Festlegung der Sonntagsruhe war unbedingt zu begrüßen. Dennoch verhielt sich die liberale Op-

position im allgemeinen ablehnend. Schon bei der Enquete hatte ein Arbeiter bemerkt, daß, wenn von den Herren auf der Linken etwas zu erwarten wäre, diese schon genug Gelegenheit gehabt hätten, etwas zu tun. Allerdings konnten die Liberalen niemals unter einen Hut gebracht werden und so fehlte es in ihrem Kreise nicht an Männern, die der Sozialreform sympathisch gegenüberstanden. Im Jahre 1883 wurden auch Gewerbeinspektoren bestellt; im Anfange gab es jedoch nur neun Aufsichtsbezirke. Der polnische Abgeordnete Chamiec, der das Referat führte, sagte bei der Beratung: „Dem Bedürfnisse, das menschliche Elend zu verringern, sind zwei Hauptarten von Sozialismus entsprungen: der revolutionäre, welcher alles Bestehende verdammend, von dem Grundsatze ausgeht, daß die Armen berechtigt sind, sich nötigenfalls mit Gewalt in den Besitz der von den Reichen erworbenen Güter zu setzen und dieselben unter sich zu teilen, und der christliche, der das Bestehende tunlichst schonend, auf dem Prinzipe fußt, daß die Reichen verpflichtet sind, den ihnen zur Verfügung stehenden Überfluß an weltlichen Gütern freiwillig den Armen zuzuwenden." Im März 1886 erstattete Prinz Alois Liechtenstein den Bericht über den Gesetzentwurf über die Unfallversicherung. Der Abgeordnete Prade legte dar, er hätte gewünscht, daß die sozialen Reformen mit der Beseitigung unzeitgemäßer Privilegien des Adels und Großgrundbesitzes begonnen und mit einer vernünftigen Steuergesetzgebung beendet worden wären. Gleichzeitig verlangte er von der Regierung, daß sie für die Invaliden-, Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter ernstlich sorge. Das Gesetz trat im Dezember 1887 in Kraft. Ein Vierteljahr später wurde noch das Krankenkassengesetz sanktioniert. In der Zeit der Bedrückungen für die Arbeiter kam auch die Errichtung von Arbeiterkammern zur Diskussion. Am 5. Oktober 1886 hatten die Liberalen Plener, Exner und Wrabetz dem Parlamente drei Gesetzentwürfe vorgelegt, die sich mit der Schaffung von 26 Arbeiterkammern befaßten. Diesen neuen Instituten sollte das Recht zustehen, in das Abgeordnetenhaus neun Vertreter zu entsenden. Der Wirkungskreis der Arbeiterkammern war sehr eng gezogen, und darauf speziell ist der Widerspruch der Arbeiter zurückzuführen, der sich erhob. Außerdem erregte die Bestimmung, daß die Stellen in den Arbeiterkammern unentgeltlich auszuüben seien, starke Gegnerschaft. Desgleichen wurde mit Recht gegen die Abfertigung der Arbeiterschaft in ganz Österreich mit neun Reichsratsmandaten Einspruch erhoben. In allen Gebieten des Reiches fanden Versammlungen der Arbeiter-

schaft statt, doch man nahm nicht überall die gleiche Stellung ein; fehlte es ja an einer einheitlichen Organisation. Der Gesetzentwurf wurde vom Abgeordnetenhause einem Ausschusse zugewiesen, der eine Enquete veranstaltete. Indes, das Projekt schlief ein. Die Berge hatten gekreißt, und es wurde nicht einmal eine Maus geboren. Bemerkt muß werden, daß die Arbeiterschaft im Prinzipe für die Errichtung von Arbeiterkammern war. Schon im Jahre 1872 hatte sie die Forderung danach erhoben.

F. Die Finanzpolitik.

Die Budgetdebatten in den achtziger Jahren waren politische Ereignisse, denn die Redner befaßten sich viel mehr mit den Tagesfragen als mit den Posten des Staatsvoranschlages. Bis zum Jahre 1886 hatten die Deutschliberalen beharrlich gegen das Budget gestimmt, von diesem Jahre ab wurde jedoch die Verweigerung des Budgets fallen gelassen. Die Minderheit war, soweit sie aus der ehemaligen Verfassungspartei bestand, müde geworden, und sie beschränkte sich darauf, an einzelnen Ziffern Kritik zu üben, was vor allem Ernst von Plener mit seinen Detailkenntnissen vortrefflich besorgte. Das Jahr 1879 fand ein Defizit von 78 Millionen Gulden vor, allein schon das nächste Jahr wies nur mehr einen Abgang von 25 Millionen Gulden auf. 1886 war das Defizit bereits auf 8 Millionen Gulden gesunken, um dann wieder zwei Jahre infolge der unvorhergesehenen Ausgaben für Kriegsrüstungen anzuwachsen. Im Jahre 1889 wurde endlich ein Überschuß von 2 Millionen Gulden erreicht, und diese Erscheinung löste allgemeinen Jubel aus. Der Finanzminister Dunajewski galt als genialer Schatzminister und sonnte sich in dem unverdient erworbenen Ruhm. Doch ist nichts unberechtigter als das Lob, das ihm gespendet wurde und noch zum Teil gespendet wird. Die Ausgabenverteilung der Budgets wies keinen großen Zug auf, die Hand eines weitblickenden, die Volksbedürfnisse erkennenden Staatsmannes war nirgends zu finden. Dagegen nahmen die Einnahmen des Staates mechanisch zu, da die vornehmlich von Ungarn geförderte Zollpolitik und die Erhöhung der indirekten Steuern erhebliche Mehreinnahmen bewirkten. Von 1882 bis 1890 stieg der Zollüberschuß von 14 auf 36 Millionen Gulden, während die Nettoeinnahmen aus den indirekten Abgaben mit Ausschluß der Zölle zwischen 1881 und 1890 von 200 auf 231 Millionen Gulden anwuchsen.[1]) Die wirklich lohnenden Aufgaben eines Finanz-

1) Österreichisches Staatswörterbuch, Wien I. Siehe den Artikel: „Abgaben."

ministers ließ Dunajewski unberücksichtigt. Er, der Gegner der Goldwährung, sagte, daß ein österreichischer Finanzminister an die Valutaregulierung nur bei Nacht denken könne, weil er bei Tag Besseres zu tun habe. Vergebens machte die Opposition auf die Nachteile des geltenden Währungssystems aufmerksam, vergebens bemühte sie sich auch, eine volksfreundlichere Steuerpolitik herbeizuführen. Im Jahre 1890 antwortete Dunajewski auf eine Interpellation Steinwenders zwar, daß der Entwurf einer progressiven Personaleinkommensteuer fertig sei, aber Dunajewskis Tage als Finanzminister waren bereits gezählt.

Die Darstellung der Erhöhung der indirekten Steuern ist in einem engen Rahmen wenn nicht unmöglich, so sehr schwierig, weil verwickelte Veränderungen der Besteuerungsgrundlagen in Betracht kommen, die für einen weiteren Kreis ohne Interesse sind. Wir wollen daher bloß die Hauptlinie festhalten. Die Mineralölsteuer sollte 1878 mit sieben Gulden per 100 kg Netto Petroleum bestimmt werden, doch das Parlament wies die Verbrauchsabgabe zurück und bewilligte bloß eine Erhöhung des Zolles. Eine im Jahre 1879 eingebrachte Regierungsvorlage, die gleichfalls eine Verbrauchsabgabe von sieben Gulden in Aussicht nahm, wurde vom Steuerausschusse des Abgeordnetenhauses so abgeändert, daß die Regierung den Entwurf zurückzog. [1]) Im Dezember 1881 verlangte das Ministerium vom Parlamente eine Verbrauchsabgabe für Petroleum von $6^1/_2$ Gulden für 100 kg und gleichzeitig eine Erhöhung des Zolles um das Dreifache. Die Belastung des Petroleums stieß im Steuerausschusse auf einen hartnäckigen Widerspruch der Linken, aber die Mehrheit erklärte sich mit der Vorlage vom Dezember 1881 einverstanden. Der Abgeordnete Sueß bekämpfte die „Steuer des Fleißes des armen Mannes", doch der „eiserne Ring" tat seine Schuldigkeit. Bezeichnenderweise sprach sich auch Hofrat Lienbacher gegen die Verteuerung dieses wichtigen Volksbedarfsartikels aus; er unterstützte besonders den Minoritätsantrag zum Zollsatze auf Petroleum. Allein der Antrag des Professors Sueß blieb in der Minderheit. „Die Majorität des Abgeordnetenhauses hat" — wie Hofrat Lienbacher schrieb — „zwar mit wenigen Stimmen gesiegt; allein weder das Recht noch die österreichischen Staatskassen oder die inländische Pro-

1) Bericht des Steuerausschusses, betreffend die Regierungsvorlage über die Erhöhung des Einfuhrzolles und Einführung einer Verbrauchssteuer von Mineralöl. Abgeordnetenhaus IX. Session Nr. 446 der Beilagen.

duktion dürfen sich des Sieges freuen."[1]) Zu scharfen Auseinandersetzungen und Krisen hat die Reform der Branntweinsteuer geführt. Der Steuersatz wurde von 11 Gulden (bez. von 9 und 5 Gulden pro Hektoliter absoluten Alkohols) auf 35 bez. 45 Gulden erhöht.[2]) Der polnische Landsmannminister Ziemialkowski erhob im Ministerium gegen die Erhöhung Einsprache, da in Galizien eine starke Agitation gegen die Reform betrieben wurde. Dunajewski aber hatte sich schon mit der ungarischen Regierung verständigt und blieb bei seinem Verlangen. Im Polenklub gab es eine Revolte und der schwerkranke Obmann Grocholski mußte aus Abbazia herbeieilen, um den Aufruhr niederzuschlagen. Schließlich gelang es, die Rechte einig ins Feld zu führen und so den Widerstand der Opposition zu brechen. Die im Oktober 1887 von der Regierung überreichte Zuckersteuervorlage gelangte im Januar 1888 zur Beratung. Der Steuersatz wurde mit 10 Gulden bemessen, also nicht erhöht; dagegen kam ein anderes Umlageverfahren, die Besteuerung des fertigen Produktes, zur Anwendung.[3]) Die Minderheit unter Führung der Abgeordneten Plener, Auspitz und Derschatta unterlag.

Die antisemitische Bewegung hatte sich im Kampfe gegen das mobile Kapital auch der Börse bemächtigt, und das Verlangen nach einer Besteuerung des Börsengeschäftes wurde von Zeit zu Zeit aufs neue in Erinnerung gebracht. Nach den Wahlen in der Mitte der achtziger Jahre drängten die Deutschnationalen mit aller Wucht nach der Einführung einer Börsensteuer, um den mühelosen Erwerb der reichen Leute einzuschränken. Der Abgeordnete Türk, der einen diesbezüglichen Antrag zu begründen hatte, meinte, daß der Einfluß der Juden gebrochen werden müsse und berechnete den Ertrag der Abgabe mit 8 Millionen Gulden für das Jahr. Erst 1888 wurde vom Börsenausschusse ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Besteuerung des Effektenumsatzes zum Gegenstande hatte. Der Verfasser war der Abgeordnete Ritter von Bilinski. Doch die Aktion verlief vorerst im Sande.

Wir können von der Finanzpolitik der achtziger Jahre nicht scheiden, ohne der besonderen Vorteile zu gedenken, die sie für Galizien mit sich brachte. Im März 1883 verlangte die Regierung vom Par-

1) (Lienbacher) Mahnrufe eines Deutschkonservativen.

2) Bericht des Branntweinsteuerausschusses, Abgeordnetenhaus X. Session, Beilage Nr. 631.

3) Franz Holzer, Historische Darstellung der indirekten Steuern. Wien 1888.

lamente die Ermächtigung, mit dem galizischen Landtag eine Vereinbarung über den Grundentlastungsfonds zu treffen. Danach sollten der staatliche Vorschuß von $9^1/_2$ Millionen Gulden und die unter Vorbehalt der Rückzahlung bis zum Jahre 1882 überwiesenen Beträge von $65^6/_{10}$ Millionen Gulden einfach abgeschrieben werden. Außerdem sollte vom Jahre 1882 bis 1897 an Stelle eines unverzinslichen Staatsvorschusses eine nicht rückzahlbare jährliche Subvention von 2 Millionen Gulden treten. Aber alle Bemühungen der Regierung Taaffe, die Mehrheit zur Annahme dieses Riesengeschenkes zu bewegen, blieben erfolglos, weil die Deutsch-Klerikalen von der Ablehnung nicht ablassen wollten. Die Polen drohten daraufhin mit dem Übergang zur Opposition, ohne indes vorläufig ihren Wunsch durchzusetzen. Erst im Jahre 1890 nahte die Stunde der Erfüllung. Es gab wieder harte Zusammenstöße, doch in einer langen Nachtsitzung wurde die Generaldebatte zum Abschlusse gebracht und am 16. Mai nahm die Mehrheit des Parlaments die Vorlage an. Mit der Linken gingen auch die klerikalen Abgeordneten Lienbacher, Oberndorfer und Zallinger. 75 Millionen Gulden waren Galizien in den Schoß gefallen, außerdem erhielt es noch über 16 Millionen an laufenden Subventionen. Die Anhänglichkeit der Polen an die Regierung hat sich sehr bezahlt gemacht; Graf Taaffe bewies sich den herrschenden Politikern in Galizien als Gönner.

G. Die Politik des Gesamtstaates.

In den ersten Tagen des Monats August 1879 hatte Graf Julius Andrassy, der Minister des Äußern, dem Kaiser sein Demissionsgesuch überreicht. Widerstände der Militärpartei und andere Gegnerschaften riefen in dem Staatsmanne den Wunsch nach Ruhe hervor, und in einer Unterredung, die er in der kritischen Zeit mit einem Redakteur des „Neuen Wiener Tageblattes" führte, sagte er klagend und anklagend: „Es kann nicht schaden, wenn man erfährt, daß es kein Vergnügen ist, in Österreich-Ungarn Minister zu sein." Doch der Kaiser nahm das Entlassungsgesuch nur im Prinzipe an; den Grafen Julius Andrassy sollte die schönste Krönung seines diplomatischen Lebenswerkes — der Abschluß des Bündnisses zwischen der Habsburger Monarchie und Deutschland — noch im Amte treffen. Am 8. Oktober 1879 schied der begabte Minister des Äußern aus dem Dienste und nach dem zweijährigen Regime des Freiherrn von Haymerle übernahm Graf Kalnoky am 20. November 1881 die Leitung des Ministeriums auf dem Wiener Ballplatze. Das siegreiche

Vordringen Frankreichs in Tunis brachte Italien Österreich-Ungarn und Deutschland näher, und im Laufe des Jahres 1882 entstand der Dreibund, der noch heute zum Wohle Europas fortbesteht, obgleich er mehr als einmal totgesagt wurde. In den achtziger Jahren gaben die Orientwirren viel zu schaffen. Der Krieg Bulgariens mit Serbien führte im November 1885 zur vollständigen Niederwerfung der serbischen Armee, und es bedurfte der Intervention des Habsburgerstaates, um das kleine Königreich vor der Vernichtung durch den sieghaft vordringenden bulgarischen Fürsten zu bewahren. Die Wirren, die in Bulgarien nach dem Rücktritte des Fürsten Alexander folgten, drohten für Europa verhängnisvoll zu werden. Da entschlossen sich Bismarck und Kalnoky anfangs 1888, den Wortlaut des Allianzvertrages zu veröffentlichen. Der Eindruck auf Rußland blieb nicht aus, und die Kriegsgefahr verflüchtigte sich allmählich. Österreich-Ungarn aber war nicht untätig geblieben, es hatte alle militärischen Vorkehrungen getroffen, die erforderlich schienen. Freilich mußten dazu im Februar 1887 52 Millionen Gulden für Rüstungen verlangt werden.

Das Jahr 1888 brachte wieder eine neue Wehrgesetzvorlage. Die Höhe des jährlichen Rekrutenkontingents für Heer und Marine war für beide Reichsteile mit 103100 Mann beziffert. Im Wehrausschusse gab der Landesverteidigungsminister Graf Welsersheimb vertrauliche Aufklärungen, aus denen die Unaufschiebbarkeit der Maßnahme hervorging. Das Abgeordnetenhaus machte sich mit großem Eifer an die Beratung und die Vorlage wurde ziemlich glatt angenommen. Die deutsche Linke stimmte für den Gesetzentwurf, obwohl dieser das Rekrutenkontingent erhöhte. Plener führte aus, daß die Aufgabe des Widerstandes gegen die Militärforderungen im Interesse der Armee und Machtstellung des Reiches erfolge und in den internationalen Verhältnissen begründet sei. Dr. von Derschatta schloß sich diesen Ausführungen an. Vor neun Jahren hatte Graf Taaffe gemeint: „Die Wehrfrage ist keine Parteifrage, sondern eine Reichsfrage“, ohne daß die Nörgler auf der Linken die Richtigkeit dieser Auffassung anerkannt hätten. Ihnen kam die Erleuchtung um fast ein Jahrzehnt zu spät. Die Wehrvorlage stieß diesmal in Ungarn auf größere Schwierigkeiten. Den Magyaren war es darum zu tun, ihre Nationalisierungsbestrebungen auch auf die Armee zu übertragen. Besonders heftigen Widerstand erregte der § 25, der die Einjährigen verpflichtete, die Offiziersprüfung in deutscher Sprache abzulegen. Nach längerem Sträuben gab die Krone in einigen Punk-

ten nach, und der Reichsrat schloß sich den neuen Abmachungen an. Nun war wieder für zehn Jahre Ruhe.

Gegen Ende der achtziger Jahre mußte der wirtschaftliche und finanzielle Ausgleich mit Ungarn erneuert werden. Schon im Sommer 1885 hatten die ersten Konferenzen zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung begonnen. Im ganzen und großen bereitete der Ausgleich jetzt weit geringere Verlegenheiten als in den Tagen des Ministeriums Adolf Auersperg. Es fehlte auch an grundlegenden Änderungen, und der Berichterstatter Freiherr von Sochor konnte sagen, daß es sich gewissermaßen nur um die Bestätigung der Fortdauer des Zoll- und Handelsbündnisses drehe. Ungarn hatte am Ende der siebziger Jahre namhafte Vorteile errungen und konnte sich daher mit der Erhaltung seiner vielfachen Begünstigungen zufrieden geben. Im Vereine mit Transleithanien schlug Österreich in der Handelspolitik des Gesamtstaates eine neue Richtung ein. In Deutschland war der erste Schuß gegen den Freihandel gefallen und nun pflanzte sich das Feuer von Staat zu Staat weiter. Der Zolltarif vom Jahre 1882 zeigte schon einen ausgesprochen schutzzöllnerischen Charakter und führte Getreidezölle ein. Allerdings kam die Erhöhung der Tarifsätze vornehmlich der ungarischen Landwirtschaft zugute, und auch die neuen drückenden Finanzzölle mußten in erster Linie auf das Geldbedürfnis der ungarischen Regierung zurückgeführt werden. Handelsminister Pino hatte den Tarifentwurf im Abgeordnetenhause zu vertreten; unter dem Beifall der Rechten meinte er, daß aus dem Kreise derer, die den Zolltarif am lebhaftesten angreifen, trotz der Finanzzölle und der Agrarzölle ein Schrei der Unzufriedenheit ertönen würde, wenn der Zolltarif nicht zur Wahrheit werden sollte. Plener, der als Generalredner der Minderheit gegen die stark bekämpfte Erhöhung des Kaffeezolles auf 40 Gulden zu sprechen hatte, bestritt, daß auf dem Wege der neuen Zollpolitik die finanzielle Ordnung des Staates gefunden werden könne. Er nannte die Entscheidung über die Finanzzölle eine politische Abstimmung. Trotzdem es im „eisernen Ring" manche Verstimmung gab, wurde der Zolltarifentwurf genehmigt. Die Zollpolitik Deutschlands und Frankreichs veranlaßte Österreich-Ungarn, den Zolltarif im Jahre 1887 zu revidieren, wobei der Schutz der österreichischen Industrie stärkere Berücksichtigung fand. Ungarn erhielt beim Petroleumzoll eine besondere Begünstigung für die Fiumaner Raffinerie[1]), die der galizischen Petroleumproduktion schwe-

1) Friedrich Gärtner, Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

ren Schaden bereitete und im Polenklub auf zähen Widerspruch stieß. Finanzminister von Dunajewski mußte mit der Demission drohen, um die Widerspenstigen zu Paaren zu treiben.

Eines schmerzlichen Verlustes müssen wir noch gedenken. Am 30. Januar 1889 verbreitete sich in Wien die Kunde, daß **Kronprinz Rudolf** gestorben sei. Die Tragödie von Mayerling hat auf alle Schichten tief eingewirkt; am lebhaftesten aber beklagten die Liberalen den Tod. Sie hatten auf den Thronfolger große Hoffnungen gesetzt, obwohl der verheißungsvolle Sproß der Habsburg-Lothringer politisch wenig hervorgetreten war.

IV. Vom böhmischen Ausgleiche bis zum Sturze Taaffes.

Als das erste Jahrzehnt der Ära Taaffe zur Neige ging, ermannten sich die Freunde und Gegner der Regierungspolitik zu rückschauenden Betrachtungen. An Lob hat es dem Grafen Taaffe nicht gefehlt, denn es gab ein Heer von Schreibern, das in seinen Diensten stand und sich dabei wohl fühlte. „Der Gunst des Zufalls“ — hieß es in einer Verteidigungsschrift — „hat der Ministerpräsident wenig oder nichts zu danken; am ersten Tage der Ministerpräsidentschaft war alles wohl erwogen und durchdacht, was er zur Ausführung zu bringen verstand.“[1]) Man sieht, welche Phantasiebilder urteilslose Schönfärber zeichnen können. In Wirklichkeit herrschte eine ziemlich gedrückte Stimmung. Die Mehrheitsparteien begannen unsicher zu werden, da sich über den Häuptern der Alttschechen dichte Gewitterwolken zusammenzogen. Unangenehm wurde auch die Kluft fühlbar, die zwischen dem freiheitlichen Teile des deutschen Volkes und den anderen Nationen gähnte. Seit dem Auszuge der deutschen Abgeordneten aus dem böhmischen Landtage mußte man sich sagen, daß die Politik der Brüskierung nicht weiter befolgt werden dürfe, denn es ging nicht an, über einen weiten Kreis der Einwohnerschaft Böhmens, der im Genusse der Wahlprivilegien stand, hinwegzuregieren. Fürst Georg Lobkowitz, der Landmarschall, suchte denn auch im November 1887 zwischen den Deutschen, den Feudalen und den Tschechen eine Verständigung anzubahnen. In dem Schreiben, das Fürst Lobkowitz an Schmeykal, den Führer der Deutschen Böhmens, richtete, waren einige Zugeständnisse aufgezählt, an die gedacht werden

1) Graf Taaffe, Eine innerpolitische Studie aus Österreich. Leipzig 1889.

könnte. Doch die deutschen Politiker machten jeden Schritt zur Auseinandersetzung von der vorherigen Aufhebung der Sprachenverordnungen und von der nationalen Abgrenzung der Bezirke abhängig, und da der Landmarschall diese Konzession nicht bieten konnte, lehnten sie den Verständigungsvorschlag ab. Im Frühjahre 1888 griff einer aus ihrem Volke den Faden auf. Fischhof erinnerte in einer Broschüre an das Wort Bismarcks: „Der Deutschösterreicher strebt mit Recht nach der politischen Führerschaft und soll die Interessen des Germanentums im Orient wahren, indem er als Bindeglied des Germanentums und Slawentums das Aneinanderplatzen derselben verhindert."[1] Am 2. Dezember, im vierzigsten Regierungsjahre des Kaisers, hätte eine parlamentarische Verständigungsaktion einzusetzen, und Fischhof bemühte sich darzutun, daß die Gegensätze zu beseitigen wären. Seinen Volksgenossen aber rief er zu: „Der Deutsche stelle sich somit unseren Volksstämmen nicht schroff entgegen, sondern wohlwollend voran, und er wird allezeit Führer sein." Allein die Anregungen fruchteten nichts, die zwei feindlichen Brüder kamen einander nicht näher.

Unterdessen vollzogen sich in Böhmen große Umwälzungen. Bei den Landtagswahlen im Jahre 1889 erlitten die Alttschechen eine beispiellose Niederlage. Die Jungtschechen, die früher nur wenige Mandate im Besitze hatten, zogen 37 Mann stark in den Prager Landtag ein. Bei den Nachwahlen war ihnen das Glück ebenfalls hold, und anfangs 1891 standen bereits 51 Jungtschechen 39 Alttschechen gegenüber.[2] Mit einer bis dahin noch nie gesehenen Rührigkeit und Rücksichtslosigkeit hatte die sieghafte Partei den Wahlkampf begonnen; mit Feuereifer wurde an das demokratische Gewissen des Volkes appelliert und die reaktionäre Politik der Regierungsmehrheit gegeißelt. Julius Gregr verspottete den alten Rieger wegen seiner kleinlichen Theorie des „Aufklaubens von Brosamen", und sein Bruder Eduard Gregr verschmähte es nicht, mit Leidenschaft das erprobte Agitationsmittel staatsrechtlicher Phrasen zu gebrauchen. Vor dreizehn Jahren hatte er das Staatsrecht verhöhnt, nun aber trat er, wie er selbst sagte, als Konvertit um so heißer für dieses ein, da er die Überzeugung erlangt hatte, es stünde nichts höher als das Staatsrecht. Lärmend errangen die Jungtschechen ihren Sieg, und der Kaiser nannte sie „eine ganz sonderbare Gesellschaft". Wer konnte

1) Dr. Adolph Fischhof, Der österreichische Sprachenzwist. Wien 1888. — Richard Charmatz, Adolf Fischhof. Stuttgart 1910.
2) Dr. Max Menger, Der böhmische Ausgleich. Stuttgart 1891.

damals denken, daß diese Radikalsten aller Radikalen in nicht ganz einem Jahrzehnt regierungsfromm sein würden? Nach den Wahlen im Oktober 1889 wurde Graf Franz Thun auf den Statthalterposten in Böhmen gestellt. Die Deutschen sahen ihn mit scheelen Blicken an, und auch die Jungtschechen waren ihm nicht grün. Dagegen begrüßten ihn die Alttschechen.

Der böhmische Landtag trat im Oktober 1889 zusammen. Die Tschechen waren unter sich, da die deutschbürgerlichen Abgeordneten von der Teilnahme an den Beratungen nichts wissen wollten. Von der Großgrundbesitzerkurie jedoch wurden nur Feudale entsendet. Der Landtag beeilte sich, einen Gesetzentwurf über die Gleichberechtigung beider Landessprachen bei den autonomen Behörden Böhmens gutzuheißen, der den Gemeindevertretungen wohl die Bestimmung der Geschäftssprache überließ, ihnen aber die Pflicht auferlegte, in der zweiten Landessprache abgefaßte Schriftstücke anzunehmen. Städte mit eigenem Statut sollten die Erledigung in der Sprache des Einlaufs vornehmen. Noch ausgiebiger war die Bevorzugung des Tschechischen bei den Bezirksvertretungen geplant. Der Gesetzentwurf wurde allerdings nicht zur Sanktion empfohlen.

Am 3. Dezember interpellierte Plener die Regierung im Abgeordnetenhause wegen der Beschlüsse des böhmischen Landtages. Er fragte den Grafen Taaffe, wie er sich zum böhmischen Staatsrechte verhalte und ob er sich nicht verpflichtet fühle, den Bestrebungen, die für die Grundlage des Staates gefährlich erscheinen, mit aller Schärfe entgegenzutreten. Zehn Tage nachher erwiderte der Ministerpräsident, daß er die Antwort später erteilen werde; doch erklärte er in einer schroff ablehnenden Weise nicht ohne persönliche Spitze gegen Plener, daß er sich durch nichts von der Bahn abbringen lassen wolle, die er bisher mit Unterstützung der Mehrheit eingeschlagen habe. Der Führer der Liberalen replizierte ebenso gereizt, und man hatte den Eindruck einer bedenklichen Verschärfung der Gegensätze. Am 17. Dezember trat aber ganz unerwartet ein politischer Wetterwechsel ein. Der Ministerpräsident betonte, daß eine ruhige Entwickelung auf der Grundlage der geltenden Verfassung im Interesse des Staates wünschenswert sei. Die Regierung könne daher Änderungen der Verfassung nicht zustimmen und ebenso dem Monarchen nicht empfehlen, sich zum Könige von Böhmen krönen zu lassen. Durch diese unzweideutige Ablehnung des böhmischen Staatsrechtes besserten sich die Verhältnisse ein wenig, wenngleich die fortgesetzte staatsrechtliche Agitation der Jungtschechen Beunruhigung einflößte. Baron Dum-

reicher, ein Vertreter der Alpenländer, veröffentlichte noch um die Weihnachtszeit einen vielbesprochenen Aufsatz unter dem Titel „Deutsche Gemeinbürgerschaft“, in dem er erwog, ob dem Austritte der Deutschen aus dem böhmischen Landtage nicht eine bedeutendere Tat: der Auszug der Deutschen aus dem Abgeordnetenhause folgen sollte und ob es nicht gut wäre, die Regierung in Wien und Prag mit ihrem Anhange allein zu lassen.

Nun fand es Graf Taaffe doch für ratsam, sich seiner Versöhnungsmission zu erinnern. Er brachte eine Verständigungskonferenz zur Anregung, und die Deutschliberalen, die bisher nein gesagt hatten, entschlossen sich endlich, das Jasagen zu versuchen. Zwischen dem 5. und 19. Januar 1890 fanden in Wien Ausgleichsverhandlungen statt, an denen die alttschechische Partei, die feudalen Großgrundbesitzer, die liberalen Deutschen und die verfassungstreuen Großgrundbesitzer durch Vertreter teilnahmen. Schmeykal und Rieger, Ernst von Plener und Ottokar Zeithammer saßen an einem Tisch. Es läßt sich denken, daß die politischen Kreise voll neugieriger Spannung nach dem Konferenzsaale im Gebäude des Ministerpräsidiums blickten. An Pessimisten fehlte es ebensowenig wie an Optimisten. Der Konferenz gelang es, eine Einigung herbeizuführen; es kam ein Ausgleichsprotokoll zustande, das für die schwebenden böhmischen Streitfragen annehmbare und in nationaler Hinsicht gerechte Lösungen enthielt. Die offiziöse Presse jubelte, denn ihrem Gönner war scheinbar gelungen, was kein österreichischer Ministerpräsident vorher durchzusetzen vermochte. Doch man kann mit dem Ausdrucke der Freude nicht lange genug zurückhalten. In der Politik lauern auf Schritt und Tritt Enttäuschungen, und je ferner man sie wähnt, desto näher sind sie.

Heben wir nun die wichtigsten Punkte der Vereinbarungen heraus. Der Landesschulrat für Böhmen sollte im Sinne der Konferenzbeschlüsse künftighin aus zwei gesonderten Sektionen bestehen. Die eine hätte sich mit den Angelegenheiten der deutschen Schulgebiete, die andere mit denen der tschechischen Bezirke zu befassen. Den Streit um die Minderheitsschulen suchte man endgültig zu beseitigen. Wenn in einem Gebiete mehr als vierzig schulpflichtige Kinder vorhanden und in der Schulgemeinde wenigstens fünf Jahre wohnhaft wären, so sollten sie den Unterricht in der Sprache ihrer Nationen begehren dürfen. Beim Vorhandensein von achtzig schulpflichtigen Kindern hätte eine dreijährige Ansässigkeit zu genügen. Bezüglich des Landeskulturrates wurde bestimmt, daß er in der Zukunft aus

einer deutschen Sektion, aus einer tschechischen Sektion und aus einem Präsidialkollegium zu bestehen habe. Der Landeskulturrat wurde 1880 an Stelle der früher aufgelösten „patriotisch-ökonomischen Gesellschaft“ begründet, und in ihm waren die Deutschen in der Minderheit. Durch den vierten Punkt der Abmachungen gestand man den Tschechen die Errichtung einer neuen Handels- und Gewerbekammer im Osten Böhmens zu. Ferner sollten die Sprengel der Bezirks- und Kreisgerichte so abgegrenzt werden, daß sie nur Gemeinden einer Nation umfassen. Von den 41 systemisierten Ratsstellen beim Oberlandesgerichte in Prag wären 26 für Bewerber zu reservieren, die beider Landessprachen mächtig erscheinen. Bei der Besetzung der restlichen fünfzehn Ratsstellen hätte das Erfordernis einer genügenden Kenntnis der tschechischen Sprache wegzufallen. Aus jeder der beiden Gruppen sollen Disziplinar- und Personalkommissionen gebildet werden. Die Kommission, die aus dem Kreise der deutschen Räte hervorgehen würde, sollte sich mit den Angelegenheiten bei den Gerichten in den deutschen Teilen Böhmens befassen. Sobald die nationale Abgrenzung der Gerichtssprengel erfolgt wäre, hätte eine Revision der Sprachenverordnung vom April 1880 Platz zu greifen. Über das Ziel der Revision wurde nichts vereinbart; beide Konferenzparteien wahrten sich „für die Haltung bei den diesbezüglichen Verhandlungen ihren grundsätzlichen Standpunkt“. Daß die Deutschen auf die Aufhebung der Sprachenverordnungen und auf die Erleichterung der nationalen Dienstverhältnisse Gewicht legten, ist begreiflich. Die „Bohemia“ berichtete im Jahre 1890, daß im böhmischen Oberlandesgerichtssprengel kaum ein Zehntel der Stellen sämtlicher Dienstkategorien von Deutschen besetzt wäre. Unter 46 staatsanwaltschaftlichen Beamten gäbe es bloß 2, unter 257 Auskultanten nur 31 Deutsche. Auch die Änderung der Landtagswahlordnung war in Aussicht gestellt worden. Allenfalls wäre im Landtage neben der Großgrundbesitzerkurie eine deutsche und tschechische Nationalkurie zu schaffen. Jede der drei Kurien sollte ein Vetorecht erhalten. Alle Vereinbarungen der Ausgleichskonferenz wurden als Ganzes bezeichnet. Die Regierung gab ihnen ihre Zustimmung und und erachtete sich als gebunden.[1])

Am 9. Februar 1890 ging es in Teplitz hoch her. Es wurde ein deutsch-böhmischer Parteitag abgehalten, an dem alle bedeutenden deutschen Parteimänner Böhmens teilnahmen. Die Versammlung

1) Das Ausgleichsprotokoll ist abgedruckt im Werke: „Parlament und Verfassung in Österreich“ von Gustav Kolmer, Band IV.

sprach ihre Befriedigung über die Wiener Abmachungen aus, da durch diese die Wünsche des deutschen Volkes in wesentlichen Punkten Anerkennung und Geltung gefunden hätten. Von den Versammelten wurde es als eine Ehrenpflicht erklärt, an dem Übereinkommen festzuhalten. Ja, man beschloß sogar in einer vorschnellen Anwandlung von Dankbarkeit, an der von den Tschechen vorbereiteten böhmischen Landesausstellung teilzunehmen, obgleich vor einiger Zeit ein gegenteiliger Beschluß gefaßt worden war. Alles wäre schön gewesen, wenn man nicht die Rechnung ohne den Wirt gemacht hätte. So aber zerstörten die Jungtschechen bald die eitlen Hoffnungen. Sie waren zu den Ausgleichkonferenzen nicht geladen worden und ließen nun alle Minen springen, um das Werk zu vernichten. Schon vor dem Zusammentritte der Friedensvermittler hatte die jungtschechische Partei vor dem Ausgleiche gewarnt und jetzt warf sie sich wie ein hungriger Wolf auf seine Beute, auf die Wiener Vereinbarungen, die sie höhnisch „Punktationen" nannte. Die Landtagswahlen in Mähren und Schlesien waren für die Jungtschechen gleichfalls erfolgreich gewesen; die Massen strömten ihnen zu und freuten sich der rücksichtslosen Bekämpfung der stolzen Herren, die, ohne das Vertrauen der Nation zu besitzen, nach Wien gegangen waren, um im Namen ihres Volkes zu sprechen.

Das Ministerium machte sich mittlerweile an die Durchführung der Vereinbarungen. Anfang Februar 1890 erging an das Prager Oberlandesgericht die Aufforderung, eine Kommission zur Abgrenzung der Kreis- und Bezirksgerichtssprengel einzusetzen und eine zweite Verordnung des Grafen Schönborn trug den Abmachungen über die Einrichtungen beim Prager Oberlandesgericht pünktlich Rechnung. Am 19. Mai versammelte sich endlich der böhmische Landtag, den jetzt auch die Deutschen aufsuchten. Die Regierung hatte eine ganze Serie von Gesetzentwürfen ausgearbeitet, die den Abmachungen der Ausgleichskonferenz Geltung verschaffen sollten. Unter dem Vorsitze des Fürsten Windischgrätz trat eine Ausgleichskommission zusammen, um das Material durchzuberaten. Zuerst wurde die Vorlage, die den Landesschulrat betraf, in Verhandlung genommen. Nachher kam der Gesetzentwurf betreffend die Zweiteilung des Landeskulturrates an die Reihe. Die Jungtschechen begannen die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, und sie setzten dieses Treiben ungestört fort, als der Landtag Ende Oktober zu einer Nachsession zusammentrat. Auch im Plenum nahmen die Verhandlungen keinen flotten Fortgang. Überdies kam es zu vehementen Zu-

sammenstößen zwischen den Jung- und Alttschechen. Bei der Debatte über den Gesetzentwurf zur Herbeiführung der nationalen Teilung des Landesschulrates sagte der Statthalter Graf Thun: „Die Parteien (die bei der Konferenz vertreten waren) haben ihr Wort gegeben, die Vorlagen zu akzeptieren und an seinem Wort hält jeder Ehrenmann fest.“ Diese gute Meinung sollte nicht lange dauern. Eduard Gregr hielt dem angefeindeten Rieger vor, er hätte einst gesagt, die Macht käme vom Volke, während er jetzt vom Volke nichts wissen wolle. Seine politische Tätigkeit sei eine Verkettung politischer Fehler. Rieger erwiderte, daß er sich vorkomme, wie Meister Hus, zu dessen Scheiterhaufen ein altes Weib ein Scheit Holz herbeischleppte. Er habe seiner Nation viele Opfer gebracht, doch das Opfer eines Wortbruches könne er nicht bringen. Am 3. Juni wurde der Gesetzentwurf über die nationale Teilung des Landesschulrates angenommen, am 26. Juni 1890 erhielt er die Sanktion des Kaisers. Die Jungtschechen verdoppelten nun ihre Tätigkeit; sie veranstalteten ein Kesseltreiben gegen die Alttschechen, deren Reihen zu wanken begannen. In dieser Zeit suchten viele ihr Heil als Überläufer, um nicht von der Volksströmung hinweggespült zu werden. Rieger befaßte sich mit dem Gedanken, vom politischen Kampfplatze abzutreten, und auch unter den Feudalen gab es Männer, die der jungtschechischen Hetze überdrüssig waren. Im November kam die zweite Lesung der Vorlage über den Landeskulturrat an die Reihe. Trotz der Gegenwehr der Deutschen wurde die Bestimmung aufgenommen, daß zum Präsidenten des Landeskulturrates bloß Personen ernannt werden dürfen, die beider Landessprachen mächtig sind. Das erregte auf Seite der Deutschen starke Mißstimmung, und wieder wurde die Parole ausgegeben, der bevorstehenden böhmischen Landesausstellung auszuweichen. Erst am 20. Januar 1891 konnte die Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf vorgenommen werden. 153 gegen 53 Abgeordnete sprachen sich für die Annahme aus. Selbstverständlich haben die stürmischen Vorgänge in Böhmen auch im Abgeordnetenhause ein Echo hervorgerufen, das jedoch vorläufig nicht allzustark erklang; immerhin stand der Reichsrat im Zeichen der Ausgleichsabmachungen, deren Durchführung in kurzer Zeit bei einem toten Punkte anlangen sollte. Sagte doch Dr. Lueger im Jahre 1893, daß für das Abgeordnetenhaus die Regel gelte: „Mit Böhmen fang an, mit Böhmen hör' auf, das ist der beste Lebenslauf.“

Am 20. Dezember 1890 wurde der Reichsrat vertagt. Die Legislaturperiode ging zur Neige, und die Neuwahlen sollten in der

nächsten Zeit stattfinden. Durch die Schwierigkeiten, auf die die Ausgleichsaktion stieß, und durch den Zerfall der alttschechischen Partei war das Ministerium Taaffe aus dem Gleise geworfen worden. In der Regierung traten zwei Strömungen zutage. Freiherr von Gautsch bemühte sich, die Deutschliberalen für die Mehrheit zu gewinnen, während Dunajewski zur Beibehaltung des bisherigen Regierungssystems riet.[1]) Die Politik des Finanzministers kam nicht zum Durchbruch, und nach dem Ministerrate vom 22. Januar 1891 überreichte er sein Demissionsgesuch. Zwei Wochen später wurde es vom Kaiser angenommen. In der Zwischenzeit brachte die Wiener Zeitung ein kaiserliches Patent zum Abdrucke, das die Auflösung des Abgeordnetenhauses aussprach und die Durchführung der Neuwahlen anordnete. Diese Maßnahme wurde im nichtamtlichen Teile des Blattes begründet und dabei bereits an alle „gemäßigten Patrioten" die Einladung zur künftigen Unterstützung der Regierung gerichtet.

Am 2. Februar 1891 erhielt Österreich einen neuen Finanzminister. Emil Steinbach war ein Wiener Kind und stammte aus dem Gewerbestande, in dem man die Not kannte. In seiner Beamtenlaufbahn hatte er es rasch vorwärts gebracht; an den wichtigsten sozialpolitischen Gesetzesarbeiten der achtziger Jahre war Steinbach beteiligt. Er gehörte zur Schule der Sozialpolitiker, und in ihm lebte ein ehrlicher Haß gegen die Engherzigkeit des Liberalismus und ein aufrichtiges Gefühl für die unteren Schichten der Bevölkerung. In seiner Befehdung des alten Liberalismus war er — der Sohn jüdischer Eltern — immer mehr und mehr nach rechts gerückt und den Klerikalen nahe gekommen. Steinbach ist ein feiner, geistreicher Kopf gewesen, der über große Bildung verfügte und der es verstand, über sein eigentliches Arbeitsfeld hinaus zu beeinflussen und zu wirken.

Die Regierung hatte sich von den Neuwahlen eine Stärkung der gemäßigten Elemente versprochen; das ging wenigstens aus den Artikeln der offiziösen Presse hervor. Vom 27. Februar bis zum 21. März dauerten die Wahlen. Unter den Deutschen trat auf der einen Seite der Kampf der nationalen und der völkischen Gruppen gegen die Liberalen in den Vordergrund, auf der anderen Seite marschierten die Klerikalen und die Christlichsozialen gegen die liberale Partei vor. Im tschechischen Volke rangen die Vertreter der jüngeren

1) Dr. Gustav Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich. Fünfter Band. Wien 1909. Wird mehrmals benützt.

und der älteren Richtung miteinander. Dem Anschein nach war durch die Wahlen keine bedeutende Verschiebung in den Stärkeverhältnissen der Rechten und Linken im Abgeordnetenhause eingetreten. Man zählte — um nur einige Gruppen zu nennen — 109 Deutschliberale, 29 Deutschklerikale, 14 Christlichsoziale, 17 Deutschvolkliche, 37 Jungtschechen, 12 Alttschechen, 18 Feudale und 58 Polen. Doch schon die nächsten Monate brachten teils durch Fahnenflucht, teils durch Mandatsverzichte beträchtliche Verschiebungen.

Graf Taaffe, der im Laufe der Jahre von seiner Elastizität viel eingebüßt hatte und den nun ein schweres Leiden quälte, mußte sich um eine neue Mehrheit umschauen. Dabei hinderten ihn aber die Gegensätze zwischen den Deutschliberalen und Klerikalen. Als das Abgeordnetenhaus am 9. April 1891 zusammentrat, fehlte der Regierung die Stütze einer festen Mehrheit. Doch die Deutschliberalen näherten sich dem Ministerium zusehends, obwohl sie bei den Parteifreunden des Grafen Hohenwart keine Gegenliebe fanden. Am 8. Juni kündigte Dr. Heilsberg im Budgetausschusse an, daß seine Gesinnungsgenossen für den geheimen Dispositionsfonds stimmen wollen. Damit war die Opposition aufgegeben und der Friede mit einer Regierung geschlossen, die man früher bis aufs Messer bekämpft hatte. Die Politik der Deutschliberalen wurde in den weiten Kreisen der Bevölkerung nicht verstanden, und die Deutschradikalen verfügten jetzt über eine bequeme Zielscheibe. Graf Taaffe quittierte in der Budgetdebatte die Schwenkung der Plenerianer mit einer freundlichen Anerkennung. „Mit besonderer Befriedigung" — führte er aus — „muß ich hervorheben, daß eine große Partei, die zahlreiche deutsche Wählerschaften vertritt und bisher abseits stand, dem Appell der Thronrede folgend, sich wieder aktiv an den parlamentarischen Arbeiten beteiligt." Die radikalen Abgeordneten verhöhnten natürlich die neue Stellung der deutschen Liberalen, und im Oktober 1891 rief Dr. Pacak — der eineinhalb Jahrzehnte später anders dachte — dem Abgeordneten Plener zu: „Sie befinden sich auf einer schiefen Ebene. Die volkstümlichen Wege haben Sie verlassen, das Lächeln des Hofes und das Winken einiger Ministerportefeuilles hat Sie bestrickt... und das Wort wird sich erfüllen: „Herr von Plener hat eine große Zukunft — aber hinter sich." Den ganzen Herbst hindurch setzte Graf Taaffe seine Verhandlungen mit den Parteien fort, doch die Abneigung der Polen und der Klerikalen gegen die Verbindung mit den Liberalen nahm nicht ab. Da ersann der Ministerpräsident ein neues Mittel, um die Linke zu ködern: Er berief im De-

zember 1891 einen ihrer Parteifreunde ins Ministerium. Pleners Ernennung zum Minister hätte zu viel Widerspruch erregt, und so fiel die Wahl auf den liberalen Abgeordneten der Stadt Linz Graf Kuenburg. Die Linke erklärte zwar, daß sie sich durch die Berufung des neuen Ministers in keiner Hinsicht gebunden fühle, allein diese leere Redensart verfing nicht. Jeder wußte die Tatsache richtig zu deuten. Graf Kuenburg war ein das Durchschnittsmaß nicht übersteigendes Mitglied der liberalen Partei, und er hatte bloß den einen Vorzug, der Graf zu sein.

In Böhmen schlug die Agitation der Jungtschechen immer wildere Wogen, die auch nach Mähren und Schlesien hinüberspritzten. Die Landesausstellung, die in Prag im Sommer 1891 abgehalten wurde, brachte Vertreter der verschiedensten slawischen Stämme nach der Hauptstadt Böhmens. Man empfing sie, gleich den französischen Turnern, mit stürmischem Jubel und feierte die Solidarität der Slawen. Zur Besichtigung der Ausstellung war auch Kaiser Franz Josef nach Prag gekommen, aber seine Anwesenheit wirkte nicht versöhnend. Einige Tage vor dem Eintreffen des Monarchen fand auf dem Ausstellungsplatze ein großartiges Fest statt, das an die Krönung Kaiser Leopolds II. zum Könige von Böhmen erinnern sollte und das im tschechischen Teile des Landes einen lebhaften Widerhall auslöste. In dieser Zeit bemühten sich die Alttschechen, die sich irgendwie rehabilitieren wollten, von der Regierung die Zusage zur Einführung der inneren tschechischen Amtssprache zu erhalten, und auch die Jungtschechen wirkten nach dieser Richtung. Allein Graf Taaffe erklärte am 27. Juni im Abgeordnetenhause, daß die Regierung an der deutschen inneren Amtssprache festhalten müsse, da nur so eine einheitliche Administration möglich sei.

Am 3. März 1892 trat der böhmische Landtag abermals zusammen. Graf Taaffe hatte den Deutschen die Einbringung neuer Ausgleichsvorlagen versprochen, und das ließ auf heftige Stürme schließen. In den Monaten der aufregungsvollen Kämpfe gegen die Durchführung der Ausgleichsabmachungen waren nicht bloß die Alttschechen wankend geworden; auch im Kreise der Feudalen gab es eine Gruppe unter der Führung des Prinzen Karl Schwarzenberg, die den Jungtschechen Konzessionen machte, indes die kleine Fraktion Windischgrätz weiter ihre gewohnten Wege ging. Im Landtage einigten sich nun die Feudalen und Alttschechen, die Vertagung der Verhandlungen über die Konferenzergebnisse vom Jahre 1890 zu verlangen. Deshalb war es nur eine leere Formalität, daß die Regie-

rung einige neue Gesetzentwürfe zu diesem Gegenstande überreichen ließ. Die Vorlagen wurden wohl der Ausgleichskommission zugewiesen, diese jedoch entschied sich am 1. April 1892 für die Vertagung der Beratungen. Damit war das Schicksal des Ausgleichs besiegelt.

Dem Drängen der Deutschen nachgebend, entschloß sich die Regierung, ohne das Gutachten des Landtages abzuwarten, an die Abgrenzung der Gerichtsbezirke zu schreiten. Durch eine Verordnung des Grafen Schönborn wurde am 22. April 1892 die Errichtung eines Bezirksgerichtes in Weckelsdorf veranlaßt. Die Jungtschechen fürchteten eine Durchkreuzung ihrer Pläne und stürzten sich gegen die Regierung. Ein Manifest verkündete, daß die Partei Gregrs niemals die Zustimmung zur Zerreißung Böhmens, zur Abgrenzung eines geschlossenen deutschen Sprachgebietes geben werde. Im Parlamente verlangte Dr. Pacak die Aufhebung des Justizministerialerlasses; der Abgeordnete Tilšer jedoch überreichte einen mit 41 Unterschriften versehenen Antrag der Jungtschechen, der die Erhebung der Anklage gegen den Grafen Schönborn forderte. Das Parlament aber ging über den Antrag Tilšer zur Tagesordnung über. Die Jungtschechen veranstalteten nun in allen ihnen zugänglichen Gemeinde- und Bezirksvertretungen Protestkundgebungen und Demonstrationen. Trotz des Verbots der Regierung waren die tschechischen Turnvereine im Juni zum großen Studententurnfest nach Nancy gezogen. Dort hielt der Tscheche Podlipny eine Rede an die Franzosen, in der er sagte: „Tief bewegt reichen wir Ihnen die Hände hier, nahe an jener Grenzscheide, welche durch die unglückliche Fügung einer brutalen Macht entstand. Unsere Feinde sind auch die eueren, euere Feinde auch die unseren. Keine Macht kann uns trennen. Es lebe Frankreich!“ ... Der tschechische Landsmannminister Dr. Prazak war seit der Schwenkung der Regierung Taaffe in eine mißliche Situation geraten, aus der er sich im August 1892 durch seinen Rücktritt von dem Amte befreite. Da seine Stelle nicht wieder besetzt wurde, fand man in Böhmen und Mähren willkommene Anlässe zu lärmenden Volkskundgebungen, die sich bis zu rohen, gewalttätigen Ausbrüchen steigerten. Die Tschechen versuchten es auch mit dem Besuche deutscher oder gemischtsprachiger Gemeinden und provozierten so Prügeleien, die das Einvernehmen zwischen den beiden Völkern nicht fördern konnten.

Auf dem Serpentinenweg, den die Regierung Taaffe nach abwärts schritt, kam jetzt wieder eine jähe Wendung. Am 23. November 1892 hatte Prinz Karl Schwarzenberg im Abgeordneten-

hause die Berufung eines deutschen Landsmannministers gerügt und die Besetzung des Postens eines tschechischen Landsmannministers verlangt. Graf Taaffe erwiderte sofort, daß die Neubesetzung der vakanten Ministerstelle schon durch die Einstellung des betreffenden Postens ins Budget angebahnt sei; hoffentlich gestalten sich die Verhältnisse in nicht zu ferner Zeit so, daß die Regierung dem Kaiser einen Nachfolger für Prazak vorschlagen könne. Auf die Deutschliberalen wirkte die Erklärung des Kabinettschefs wie eine kalte Dusche. Die Ernüchterung nahm noch zu, als man erfuhr, daß Graf Kuenburg von den Absichten des Ministerpräsidenten nichts gewußt hatte. Der Vertrauensmann der deutschen Linken konnte nach diesem Zwischenfalle nicht länger dem Rate der Krone angehören; er überreichte sein Demissionsgesuch, das am 8. Dezember angenommen wurde. Gerade um diese Zeit kam das Abgeordnetenhaus wieder zur Abstimmung über den Dispositionsfonds. Plener sprach am 1. Dezember von dem geänderten Verhältnisse zur Regierung und von der Notwendigkeit, die Stellung zum Ministerpräsidenten nochmals zu revidieren. Seine Partei könne für den Dispositionsfonds nicht stimmen. Die Post wurde auch mit 167 gegen 146 Stimmen abgelehnt, da mit der deutschen Linken die Deutschnationalen und die Jungtschechen gingen. Vom klerikalen Hohenwart-Klub und vom schwankenden Coronini-Klub fehlten viele Mitglieder. Die antisemitischen Abgeordneten Schneider und Pattai votierten den Dispositionsfonds; dies geschah nicht, um der Regierung das Vertrauen auszudrücken, sondern um die Gegnerschaft zur Linken nachdrücklich hervorzukehren.

Am Beginne des Jahres 1893 nahm Graf Taaffe seine Bemühungen, eine Koalition zustande zu bringen, neuerdings auf. Das Unternehmen, die liberalen Deutschen, die klerikal angehauchten Alttschechen, die Polen und den klerikal-feudalen Hohenwart-Klub an einen Karren zu spannen, war von vornherein mit bedeutenden Schwierigkeiten verbunden. Taaffes erste Besprechung mit den Parteiführern verlief auch resultatlos, aber der Ministerpräsident richtete an sie zwei Wochen später wieder eine Einladung und unterbreitete ihnen ein langes Programm, das in der Zukunft als leitende Richtschnur dienen sollte. Die Verfassung und ihre Grundprinzipien seien unverrückbar festzuhalten. Von der Regelung der Sprachenfrage unter voller Berücksichtigung der deutschen Sprache als allgemeines Verständigungsmittel könne man das Beste erwarten, und die Regierung werde darüber das Einvernehmen der Parteien herzustellen suchen. Die Zurückstellung der kirchenpolitischen

Fragen und der parlamentarischen Verhandlungen über Änderungen des Reichsvolksschulgesetzes sei erforderlich, doch wolle die Regierung bei der Anwendung des Reichsvolksschulgesetzes den religiösen Gefühlen der Bevölkerung Rechnung tragen. Den kirchlichen Behörden gedenke sie innerhalb der bestehenden Gesetze nach Tunlichkeit entgegenzukommen... Die verschiedenen Klubs beeilten sich, zum Programme der Regierung Stellung zu nehmen. Von der vereinigten deutschen Linken wurde nochmals einer Koalition „von staatserhaltenden, nicht durch große Gegensätze geschiedenen Parteien" das Wort geredet. Doch wollte man damals noch nicht mit solchen Abgeordneten zusammengehen, die bisher eine den Grundanschauungen nach gegensätzliche Haltung eingenommen hatten. Der Polenklub nahm das Programm zur Kenntnis und versprach, die Regierung weiter zu unterstützen. Die Mitglieder des Hohenwart-Klubs zeigten sich sehr zugeknöpft. Die Bereitwilligkeit zu neuen Bündnissen war gering. Dennoch kam ein Beschluß zustande, in dem gesagt wurde, daß ernste Bedenken gegen einzelne Punkte des Taaffeschen Programms vorhanden seien. Der Hohenwart-Klub wolle sich seine Freiheit für die Zukunft wahren, ohne jedoch eine Veranlassung zu finden, sein — bisher gutes — Verhältnis zur Regierung zu ändern. Der Ministerpräsident hatte also wieder in seinen Hoffnungen Schiffbruch erlitten, allein er fand in dem Vertrauen der Krone einen Rettungsanker. So suchte sich die Regierung weiter fortzufretten und mit Majoritäten, die sie von Fall zu Fall warb, zu wirtschaften.

Die ungeschickte rückgratlose Politik der Deutschliberalen, das Anbiedern an den Ministerpräsidenten hat es den radikaleren Parteien leicht gemacht, die mit Abneigung erfüllten Bevölkerungsschichten an sich zu ziehen und den Boden zu untergraben, auf dem die alte Partei stand. In den Alpenländern und im Sudetengebiet begann sich langsam eine deutschvölkische Gruppe herauszubilden, die, zwischen Liberalen und Schönerianern lavierend, in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre großen Anhang zu gewinnen vermochte. Bereits im Jahre 1893 nannte Dr. Steinwender die vereinigte deutsche Linke einen „politischen Kadaver", und dieses Urteil war nicht ganz unzutreffend. Wie sehr sich die Massen von den Liberalen abgewandt hatten, sah man im Juni 1892, als Dr. Eduard Herbst seine Augen schloß. Die breiten Schichten der Wiener Bevölkerung nahmen von diesem schmerzlichen Ereignisse keine Notiz. Wenn man sich daran erinnert, daß Wien einst eine Hochburg des Liberalismus war, daß hier die Liberalen Triumphe gefeiert hatten,

dann überkommt einen jene trübe Stimmung, die aus dem schönen Lenauschen Gedichte spricht, das dem Begräbnis einer Bettlerin gewidmet ist:

„Folgt keiner dir der Bursche nach,
die dort mit dir gesprungen?
Wo doch die muntre Fiedel brach,
die einst so hell geklungen.“

Im April 1893 nahm der böhmische Landtag seine Sitzungen auf. Die Mehrheit lehnte es ab, nochmals an die Einsetzung einer Ausgleichskommission zu schreiten. Man verwies jetzt die Vorschläge, die von der Abgrenzungskommission bezüglich der Kreisgerichte Trautenau und Schlan erstattet wurden, an den Gemeindeausschuß des Landtages, den die Jungtschechen hinzuhalten bemüht waren. Dem Grafen Taaffe war es gelungen, die Feudalen den Deutschen näherzubringen, und die Jungtschechen sahen, daß sie alle Kräfte aufbieten müßten, wenn sie nicht als Geschlagene aus dem Beratungssaale hinausgehen wollten. Darum holten sie zu einem kräftigen Schlage aus. Am 15. Mai kündigte der Landmarschall Fürst Lobkowitz an, er werde den Bericht über die Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautenau, den der Abgeordnete Funke zu erstatten hatte, auf die nächste Tagesordnung des Landtages setzen. Die Jungtschechen drohten nun mit der Obstruktion, was damals ein Ereignis war, weil die parlamentarischen Körperschaften Österreichs bis dahin ruhige, sachliche Arbeit verrichteten. Als am 17. Mai der deutschliberale Dr. Funke seinen Bericht erstatten wollte, erlebte der Prager Landtag seinen stürmischesten Tag. Das kroatische Vorbild für Landtagstumulte wurde getreulich nachgeahmt. Die Jungtschechen entfesselten einen tosenden Lärm; sie stießen die Stenographen vom Redner weg und zerrissen deren Notizblätter. Bücher wurden im Saale herumgeworfen, ebenso Tintenfässer. Als der Landmarschall die Sitzung unterbrach, blieben die Ruhestörer im Saale und setzten den Lärm ungeschwächt fort. Sie erhielten von der Straße her Aufmunterung, denn vor dem Landtagsgebäude war eine dichte Volksmenge angesammelt. So blieb nichts anderes übrig als die plötzliche Schließung der Session. Die Unruhen nahmen jetzt in Böhmen überhand. Mit allen Künsten der Demagogie wurde das tschechische Volk aufgestachelt. Am 18. Juni kam es vor dem deutschen Kasino in Prag zu tobenden Ausschreitungen. Am 5. Juli fand in der Hauptstadt Böhmens eine große Husfeier statt, bei der die Exzesse so stark waren, daß Militär ausrücken mußte. Damit war die Freude an Demonstratio-

nen nicht erschöpft. Die schwüle Sommerszeit wurde mit Krawallen ausgefüllt und verschiedene deutsche Firmentafeln und die Doppeladler verfielen der Angriffslust der Menge. Am Vorabend des kaiserlichen Geburtsfestes bemühte man sich, die in Prag umziehende Musikkapelle durch Lärm zu übertönen. Als die Regierung eine Erinnerungsfeier an das kaiserliche Reskript vom 12. September 1871 verbot, kam es zu wüsten Kundgebungen gegen die Behörden. Diesem Treiben wurde endlich am 13. September 1893 durch die Verhängung des Ausnahmezustandes über Prag und dessen Umgebung ein Ziel gesetzt, obwohl auch weiterhin kleine Ausschreitungen nicht ausblieben.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes war in erster Linie auf die Initiative des Statthalters Grafen Franz Thun zurückzuführen. Ihn trifft auch die Verantwortung für den „Omladinaprozeß", der damit im Zusammenhange stand. Die Polizei glaubte einer Verschwörung auf der Spur zu sein, und es wurden Verhaftungen auf Verhaftungen vorgenommen, die meist jugendliche Elemente betrafen. Allerdings kam bei der Gerichtsverhandlung heraus, daß der Rädelsführer Mrwa ein Agent der Polizei gewesen ist. Er wurde im November 1893 von zwei jugendlichen Arbeitern ermordet, die seiner Führung gefolgt waren. Der Prozeß gegen die „Omladina" währte vom Januar bis Mitte Februar 1894. Über 70 Personen standen vor Gericht. Die Verhandlungen verliefen sehr stürmisch und endeten mit der Verurteilung von 13 Personen zu je 8 Jahren schweren Kerkers; die Mehrzahl der anderen Angeklagten kam mit geringeren Strafen davon. Das Entstehen der omladinistischen Bewegung reichte bis in das Jahr 1889 zurück. Damals erschien die Zeitschrift „Der tschechische Student", die literarische Tendenzen verfolgte. Um sie sammelte sich ein Kreis von Hörern, der sich bemühte, Bildung und Wissen zu verbreiten. Es wurde eine tschechische Bibliothek herausgegeben, die Werke von Mill, Schäffle, Bebel, Tolstoi und Strindberg enthielt. Doch schon die erste Nummer mit der Kreutzersonate wurde von der Polizei beschlagnahmt, und dieses Vorgehen lenkte die Aufmerksamkeit auf die Politik. Auch sonst begann sich ein Teil der akademischen Jugend von der rein nationalen Betätigung abzuwenden und mit sozialen Problemen zu beschäftigen. Darin folgte man dem Beispiele einiger deutschen Universitäten. Hatte doch Professor Brentano in Leipzig den Studenten das Interesse für die Arbeiter empfohlen. Studierende und junge Arbeiter fanden sich also. Die letzteren hatten im Jahre 1891 ein kleines Blatt

gegründet, das „Omladina" hieß. Den jugendlichen Proletariern waren die Köpfe mit politischen Ideen voll und sie rissen ihre studentischen Freunde mit sich.[1]) Dies geschah zu einer Zeit, in der die Jungtschechen eine beispiellose Volksbewegung wachriefen, in der aber auch das Vorgehen der nervösen Behörden verbitternd wirkte. Für jugendliche Brauseköpfe waren das gefährliche Verhältnisse. Die Stimmung des Tages trieb zu Verirrungen, denn sie raubte den klaren Blick und das ungetrübte Urteil.

Die Wirrnisse waren aufs höchste gestiegen, als der Reichsrat am 10. Oktober 1893 in Aktion trat. Eine dumpfe Atmosphäre lagerte über Österreich. Seit Jahren hatten das Parlament Wahlreformanträge beschäftigt, die von den Deutschnationalen, Christlichsozialen, Jungtschechen und Demokraten herrührten. Von Pernerstorfer und dem Tschechen Tilšer — also von bürgerlichen Politikern — war im Jahre 1891 sogar die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes verlangt worden. Aber das schien vorläufig nur ein problematisches Bekenntnis zu sein. Viel wichtiger war die Entwickelung der österreichischen Sozialdemokratie. Diese hatte seit Hainfeld sehr an Kraft und an Klarheit des Wollens gewonnen. Im Jahre 1890 wurde zum erstenmal das Maifest gefeiert, das einen tiefen Eindruck zurückließ. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Förderung der Arbeiterschutzgesetzgebung und nicht zuletzt das Volksstimmrecht: das waren die Wünsche, die die Massen am ersten Maitag bewegten. Im März 1893 hatte der jungtschechische Abgeordnete Slavik das allgemeine Wahlrecht abermals gefordert und die Debatte, die sich daran knüpfte, wirkte als Ansporn auf die Stimmrechtsbewegung der Arbeiter. Anfangs April erkämpfte das belgische Proletariat das allgemeine Wahlrecht, und der Wahlsieg der reichsdeutschen Sozialdemokratie im Juni wurde in ganz Österreich gefeiert. Am 9. Juli standen mehr als 50000 Männer und Frauen vor dem Wiener Rathause und verlangten nach dem Mitbestimmungsrechte.[2]) Dem Finanzminister Steinbach war dieser Ruf sehr willkommen. Ihm gelang es, den Grafen Taaffe für eine Erweiterung des Wahlrechts zu gewinnen und am 10. Oktober 1893 wurde dem Abgeordnetenhause zur Verblüffung aller ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Privilegien für die Städte- und Land-

1) Wochenschrift „Die Zeit", Wien, Heft 7, 8, 9. Siehe den Artikel von Prof. Th. G. Masaryk.

2) Viktor Adler, Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und das Wahlunrecht in Österreich.

gemeindenkurien abschaffen wollte. Jeder mehr als 24jährige Staatsbürger, der des Lesens und Schreibens in einer der landesüblichen Sprachen mächtig war, der die Stellungspflicht erfüllt hatte und sechs Monate an einem Orte wohnte, sollte, sofern er eine direkte Steuer entrichtete oder eine ständige Beschäftigung ausübte, stimmberechtigt sein. Die Taaffe-Steinbachsche Wahlreform hätte zu ihrer Annahme nur einer einfachen Mehrheit bedurft, weil sie an dem Systeme der vier Kurien nicht rüttelte und sich darauf beschränkte, in zwei derselben einen demokratischen Geist hineinzutragen. Das Ministerium hatte von seinen Absichten niemand verständigt und der stolze Graf Hohenwart fühlte sich deshalb verletzt; gleich ihm auch Plener. Graf Kalnoky aber, der Minister des Äußern, erfuhr von der beabsichtigten Reform erst vom Könige von Griechenland, der ihm einen Besuch abstattete und das aus den Zeitungen entnommene Ereignis mitteilte. Die ganze Aristokratie war gegen den Grafen Taaffe aufgebracht; die Klerikalen der konservativen Richtung witterten Verrat; den Polen machte die Angst die Glieder steif, und auch die liberale Partei war leider in der Gesellschaft der erbitterten Gegner zu finden. Am 23. Oktober 1893 fing im Abgeordnetenhause die Wahlreformdebatte an. Taaffe verteidigte sein Werk; einige demokratisch denkende Abgeordnete sprachen für das allgemeine, gleiche Stimmrecht, doch die Mehrheit kämpfte mit dem Mute der Verzweiflung oder — wenn man will — mit dem Stumpfsinne der Todesangst gegen die Regierung, die jetzt, da sie sich endlich einmal zu einer großen Tat aufgerafft hatte, schmählich im Stiche gelassen ward. Am 28. Oktober 1893 wurde das Parlament vertagt; Graf Taaffe war bereits ein gefallener Mann. Am 11. November wurde die Enthebung der Regierung offiziell verlautbart. Krank und verdrossen schied Graf Taaffe von dem Posten, den er vierzehn Jahre innegehabt hatte. Schmerzlich berührte es ihn, daß die Gunst des Kaisers gewichen war, denn nie wieder wurde er vom Monarchen um Rat befragt. Er gehörte fortab nicht bloß zu den gestürzten Ministern, sondern auch zu den politisch abgetanen Menschen...

Das was zur Charakteristik des Taaffeschen Regimes in den achtziger Jahren gesagt wurde, trifft gleichfalls für die Zeit nach dem böhmischen Ausgleiche zu. Die Bureaukratie war allmächtig und sie konnte sich in die neuen Verhältnisse nicht hineinleben. Österreich bildete einen Polizeistaat, gegen dessen enge Mauern die Massen losstürmten, die durch die Industrialisierung und durch das Steigen der Kultur kampfestüchtig wurden. Allein in den Amtsstuben war von

sozialem Empfinden keine Spur, und die Arbeiterpresse mußte eine stehende Rubrik führen, die die Überschrift hatte: „Wie man uns behandelt.“ Als Hofrat Czapka sich herbeiließ, zuzugestehen, daß einige Verfügungen von Bezirkshauptmannschaften ungesetzlich gewesen seien, wurde das als ein denkwürdiges Ereignis betrachtet. Zum erstenmal hatte ein Regierungsvertreter den Unfehlbarkeitsdünkel der Beamten gebrochen und die Möglichkeit von gesetzwidrigen Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes der Arbeiter eingeräumt.[1]) Die Presse blieb nach wie vor bedrückt, und im Abgeordnetenhause wurde mancher Antrag zur Beseitigung der Härten gestellt. Doch kam nur ein Gesetz zustande, dessen wichtigste Neuerung die Aufhebung der Zeitungskautionen war. Für die offiziöse Presse hat Graf Taaffe auch weiterhin eine offene Hand gehabt, und das Geld, das zur Speisung des Reptilienfonds gebraucht wurde, lieferte der schwunghaft betriebene Handel mit Titeln und Orden. Die Würde des Parlaments erlitt anfangs der neunziger Jahre schwere Einbußen. Der Ministerpräsident hatte das Abgeordnetenhaus — wie Professor Masaryk nicht mit Unrecht meinte — in einen „Tandelmarkt“ verwandelt. Der Ton sank im „hohen Hause“ von Jahr zu Jahr auf ein tieferes Niveau herab.

Auch die Politik der Straße kam anfangs der neunziger Jahre stärker zur Geltung. Die nationale Leidenschaft, die in Böhmen entbrannte, wurde weit überholt durch die Heftigkeit des konfessionellen Hasses, der in Wien angefacht ward. Der Anhang Dr. Luegers machte in dieser Zeit seine politischen Flegeljahre durch. Im niederösterreichischen Landtage und im Wiener Gemeinderate waren rohe Szenen an der Tagesordnung; in den Versammlungen wurde in der unflätigsten Weise gesprochen. Selbst die Kirchenkanzel diente bisweilen den antisemitischen Hetzen, obwohl der Episkopat damals noch der christlichsozialen Bewegung schroff ablehnend gegenüberstand. Der Pfarrer von Weinhaus bei Wien, Josef Deckert, hat sogar das Ritualmordmärchen aufgetischt. Die Hetze gegen die Wissenschaft und vornehmlich gegen die medizinische Fakultät war im besten Gange. Dr. Lueger meinte im Jahre 1892, daß die alten Weiber gescheiter seien als die Doktoren. Die Erweiterung Wiens, von der die Liberalen eine Verstärkung ihrer Macht erhofften, brachte den Christlichsozialen, die gegen die Einbeziehung der Vororte gewettert hatten, eine starke Festigung ihrer Stellung im Gemeinderate. Nach

1) Rechtsstaat oder Polizeistaat? Wien 1893.

den ersten Wahlen, die in Großwien im Frühjahre 1891 stattfanden, besaßen die Liberalen 96, die Anhänger Luegers 42 Gemeinderatsmandate. Im Abgeordnetenhause wurde von den Christlichsozialen recht fleißig mit dem Antisemitismus operiert. Dr. Lueger bezichtigte im Mai 1892 bei der Debatte über die Valutareform selbst die Klerikalen, daß sie unter dem Scheine des Christentums die Geschäfte der Juden besorgten, weil sie die Goldwährung nicht zurückwiesen. Der Mechaniker Schneider benutzte die Verhandlung über den Ausnahmezustand in Prag, um die Juden als Urheber der Exzesse hinzustellen. Am 17. Oktober 1893 rückte er mit dem Antrage heraus, der Ausnahmezustand sei für die Christen deutscher und tschechischer Nation sofort aufzuheben, dagegen solle er für die Juden fortbestehen. Der Präsident, Freiherr von Chlumecky, überließ es allerdings den Abgeordneten, zu bestimmen, ob derartige Vorschläge mit der Würde des Hauses vereinbar seien. Das sind nur einige Beispiele. Sie genügen, um die Stimmung vergangener Tage zu vergegenwärtigen.

Im Jahre 1892 kam der langjährige Schulstreit in Tirol zum Abschlusse. Das Land besaß infolge des Widerstandes der Klerikalen bis dahin kein Gesetz über die Schulaufsicht. Der Unterrichtsminister Freiherr von Gautsch behob nun die trostlosen Verhältnisse, die entstanden waren, indem er dem Landtage einen Gesetzentwurf vorlegte, der im Jahre 1892 angenommen wurde. Das Gesetz begründete die Vorherrschaft des Klerus in den Schulräten und lieferte dadurch die Schulen der Kirche aus. Dennoch wurde das Zustandebringen dieser legislatorischen Maßnahme durch die Verleihung hoher Orden an den Unterrichtsminister und an den Statthalter von Tirol und durch die Auszeichnung des Landeshauptmanns besonders belohnt. Im übrigen unterließ es die Kirche in dieser Periode, die Gesetzgebung weiter in Anspruch zu nehmen. Sie gab sich mit den Vorteilen zufrieden, die ihr durch die Verwaltung ohne Lärm zugeschanzt wurden.

Was Dunajewski unterlassen hatte, suchte der neue Finanzminister Steinbach nachzuholen. Die Reformbedürftigkeit der österreichisch-ungarischen Valuta stand außer Frage und die Volkswirtschaft mußte unter der Entwertung des Silbers und unter der Papiergeldwirtschaft beträchtlich leiden. Die wissenschaftliche Diskussion über die Valutareform wurde seit Jahren mit Lebhaftigkeit geführt und eine ganze Flut von Broschüren und Schriften beweist das Interesse, das die Gelehrten und Politiker dem Probleme entgegen-

brachten. Allerdings ging nun von Ungarn ein starker Ansporn aus, denn die ungarischen Getreideexporteure wünschten und forderten die Verbesserung der Geldverhältnisse. Über die Gestaltung der neuen Valuta herrschten die verschiedensten Meinungen, und die Goldwährung hatte nicht weniger Feinde als Freunde. Am 8. März 1892 fanden in Wien und Budapest Valutaenqueten statt, und schon zwei Monate später legte Dr. Steinbach dem österreichischen Parlamente sechs Gesetzentwürfe vor, durch die die Kronenwährung begründet werden sollte. Der Finanzminister bezeichnete die baldige Stabilisierung der Valuta als eine der wichtigsten Aufgaben. Vorerst schlug er nur die Feststellung der Kronen- bzw. der Goldwährung vor. Die obligatorische Einführung und alle damit zusammenhängenden Maßnahmen bis zur Aufnahme der Barzahlungen sollten künftigen gesetzgeberischen Schritten vorbehalten bleiben. Dr. Steinbach setzte sich mit vielem Eifer für sein Werk ein, das er trotz der heftigen Opposition der verschiedensten Politiker in Sicherheit brachte. Schon im Juli 1892 waren die Vorlagen vom Reichsrate angenommen. Der Führer der Christlichsozialen, Dr. Lueger, hatte die Einführung der Goldwährung als ein Verbrechen und als eine Gewissenlosigkeit bezeichnet.

Im Februar 1892 wurde dem Abgeordnetenhause vom Finanzminister ein großangelegter Gesetzentwurf über die Reform der wichtigsten direkten Steuern unterbreitet, der jedoch erst in einem viel späteren Zeitpunkte zur Erledigung gelangte. Vorerst beschäftigte sich das Parlament mit einem anderen Steuerprojekte. Die so lange ersehnte und den Massen als ein Wundermittel angepriesene Besteuerung des Börsengeschäftes sollte endlich zustandekommen. Im April 1891 legte Dr. Bilinski im Sinne der seinerzeitigen Beratungen des Steuerausschusses ein Elaborat vor, das eine Effektenumsatzsteuer und die Besteuerung ausländischer Effekten vorschlug. Zur Zeit, da sich der Ausschuß des Parlaments mit der Börsensteuer beschäftigte, brach an der Wiener Börse eine Panik aus, die durch einen Bericht des „Wiener Tagblatt" vom 14. November 1891 hervorgerufen wurde. Die Mitteilung, daß der Kaiser dem polnischen Abgeordneten Jaworski die auswärtige Lage als außerordentlich ernst geschildert habe, hatte das plötzliche Fallen der Kurse zur Folge, und in wenigen Stunden waren Millionen verloren. Im November warnte der Finanzminister angesichts der Verhältnisse an den Börsen die Beratung der Börsensteuer zu beschleunigen, zumal man jetzt ohnehin schon die Illusionen von einst

fallen gelassen habe. Trotzdem ging das Abgeordnetenhaus im Februar 1892 an die Arbeit und nahm beide Börsenvorlagen an. Das Herrenhaus beschränkte sich auf einige kleine Änderungen.

Die mittelständische Bewegung war nicht zur Ruhe gekommen. Dank des Fünfguldenzensus und dank der agitatorischen Geschäftigkeit der radikalen Parteien vermochte sie vielmehr an Ausdehnung zu gewinnen. Am 28. April 1891 präsentierte Prinz Alois Liechtenstein einen Antrag zur Revision der Gewerbeordnung, der alle Wünsche des vierten Gewerbetages aufwärmte. Allein der Antrag Liechtenstein und einige ähnliche Anregungen verschwanden von der Bildfläche, weil die Regierung sich mit großen Plänen trug. Sie wollte die genossenschaftliche Organisation der Großindustrie bewerkstelligen und Arbeiterausschüsse und Einigungsämter ins Leben rufen. Daneben beschäftigte sie sich mit der Regelung des Ratenhandels und der Ausverkäufe und ließ diesbezügliche Gesetzentwürfe ausarbeiten. Auch schien sie sich mit der gesetzlichen Ordnung des Kleinhandels befreundet zu haben. Aber erst der Linzer Katholikentag schob die gewerbepolitische Aktion wieder in den Vordergrund. Der Gewerbeausschuß erklärte sich in Permanenz und berief eine Enquete ein, die vom Juni bis August 1893 tagte. Nicht weniger als 365 Experten wurden vernommen. Alle Kreise waren gleich vertreten, und es hätten vielleicht fruchtbare Anregungen gewonnen werden können, wenn die methodische Anlage und die Durchführung nicht schwere Mängel aufgewiesen hätten.[1]) Die Enquete kostete 300 000 Gulden.

Für die Bauern wurde ebenfalls ein Leckerbissen vorbereitet. Graf Falkenhayn legte am 10. Oktober 1893, also unmittelbar vor dem Zusammenbruche des Ministeriums Taaffe, einen Gesetzentwurf auf den Tisch des hohen Hauses, der die von den mittelständischen Agitatoren aller Zungen unaufhörlich begehrte Errichtung von Berufsgenossenschaften der Landwirte zum Gegenstande hatte. Allein die Speisen werden heißer gekocht als gegessen. Erst nach neun Jahren wurde ein Reichsrahmengesetz zustande gebracht, das obligatorische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften begründete. Freilich nur im Prinzipe![2]) Wie abstoßend sieht doch die Volks-

---

1) Heinrich Waentig, Gewerbliche Mittelstandspolitik.

2) Bericht betreffend die Reform des landwirtschaftlichen Realkredits. Von Dr. Grabmayr. Nr. 109 der Beilagen des stenogr. Herrenhausprotokolles. XVIII. Session.

retterei aus, sobald man sie im Lichte der Tatsachen betrachtet und die Schaumschlägerei der Tagesagitation unberücksichtigt läßt.

Mit einigen Worten sei noch der neuen Handelsvertragsabschlüsse gedacht. Schon Ende der achtziger Jahre war erkannt worden, daß die eingeschlagene Schutzzollpolitik kein Allheilmittel sei. Es begann sich eine Abkehr von dem geltenden Prinzipe zu vollziehen. Die Vertragszollpolitik wurde wieder Trumpf. Bei den Verhandlungen, die zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland im Dezember 1890 geführt wurden, zeigte es sich, daß der Hohenzollernstaat bereit sei, den Weizenzoll von 5 auf 3 ½ Mark zu ermäßigen. Damit war die Richtung gegeben. Im Mai 1891 kam ein neuer Zoll- und Handelsvertrag zustande, der neben agrarischen Begünstigungen Ermäßigungen der Industriezölle für Österreich brachte.[1]) Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in den Januartagen 1892 mit den neuen Handelsverträgen mit Deutschland, Italien, Belgien und der Schweiz. Als Referent des Ausschusses fungierte Dr. Hallwich, der meinte, daß die handelspolitischen Abmachungen den Zweck hätten, nach einer langen Periode der Kämpfe den ökonomischen Frieden anzubahnen. Der Jungtscheche Dr. Kramař sprach dagegen energisch gegen die Abmachungen, wohl in erster Linie deshalb, „weil sie die jetzige auswärtige Politik befestigten", die ihm weder erfolgreich noch gefahrlos erschien. Sachliche Beschwerden wurden hauptsächlich gegen die Weinklausel im Handelsvertrage mit Italien vorgebracht; die Weinhändler Österreichs hatten sich schon früher mit Petitionen an das Abgeordnetenhaus gewandt. Doch diese Bedenken standen weit hinter den allgemeinen Hoffnungen zurück; Ritter von Gomperz sprach sogar von einem segensreichen Ereignisse, das die neuen Handelsverträge seien.

V. Das Koalitionsministerium.

Die Taaffesche Wahlreform hatte sich an das Volk gewandt, und nun war sie zu Falle gebracht, weil drei Männer gegen sie zu Felde zogen, die für Massenpolitik kein Verständnis besaßen. Ernst von Plener vertrat einige Mitglieder der Handelskammer in Eger, Graf Hohenwart verdankte einigen Großgrundbesitzern sein Mandat, und dem Führer der Polen, Ritter von Jaworski, sprach am Wahltage eine kleine adelige Tischgesellschaft ihr Vertrauen aus. In der Be-

1) Ludwig Lang, Hundert Jahre Zollpolitik. Wien 1906.

stürzung hatten diese drei Parlamentarier die persönlichen Gegensätze vergessen, ebenso wie sie außer acht ließen, daß sie Verkünder verschiedener Weltanschauungen waren. Für sie gab es bloß einen brennenden Wunsch: die Erhaltung des Privilegienparlaments. Darin stimmte der hochgebildete Plener mit dem weniger gebildeten Jaworski überein, daraus entsprang der verbrüdernde Gedanke, der Liberale, Klerikale und Schlachzizen zusammenbrachte. Rasch wurde die Koalition der drei größten Parteien des Abgeordnetenhauses bewerkstelligt; der Führer der Liberalen griff freudig nach einem Portefeuille, der Führer der Polen ließ sich nicht lange bitten, und nur der schlaue Graf Hohenwart verlangte für sich keinen persönlichen Vorteil. Nach der Demission Taaffes hatte der Kaiser zum Grafen Hohenwart gesagt, daß er als Leiter der Fronde nach konstitutionellen Grundsätzen verpflichtet wäre, die Regierung zu übernehmen. Als der klerikale Politiker unter Hinweis auf sein Alter ablehnte, meinte der Monarch geärgert: „Zum Einstürzen waren Sie nicht zu alt, zum Aufbauen sind Sie's."[1]) Am 11. November 1893 wurde Fürst Alfred Windischgrätz zum Ministerpräsidenten ernannt. Der großgewachsene, feudale Aristokrat war ein kleiner Politiker und ein unbedeutender Mensch. Obgleich er der Enkel jenes Windischgrätz gewesen ist, der die Revolution niedergeschlagen hat, besaß der Kaiser für ihn keine Sympathie. Pleners unergründlicher Wille bewirkte jedoch die Berufung. Als Minister des Innern trat Marquis Bacquehem, der frühere Handelsminister, in die Regierung ein, Graf Schönborn behielt das Justizportefeuille und Graf Falkenhayn stand weiter dem Ackerbauministerium vor. Graf Wurmbrand übernahm das Handelsministerium; er hatte viel gelesen, war aber romantisch veranlagt und daher wenig geeignet, ein Ressort zu leiten, das nüchterne Überlegung erforderte. Das Unterrichtsministerium fiel dem Ritter von Madeyski zu. Diese Zierde des Polenklubs war zuerst ein kleiner Notar, dann Universitätsprofessor gewesen. Mit den Jahren hatte sich der gemäßigte Liberale zu einem konservativen Politiker umgewandelt; als Schwager Dunajewskis trug er den Marschallsstab im Tornister. Ritter von Jaworski wurde polnischer Landsmannminister. Doch die wichtigste Person war Ernst von Plener, der sich das Finanzministerium zugedacht hatte. Wie sehr dieser Mann durch den unklugen Aufstieg an Ansehen ein-

1) Josef Penizek, Aus bewegten Zeiten. Wien 1906.

büßte, lehrt ein Spottgedicht, das der schalkhaft ernste Wochensänger einer Revue einige Zeit nach dem Zusammenbruche der Koalitionspolitik schrieb. Anspielend auf die Tatsache, daß Plener von neunzehn Handelskammerräten gewählt worden war, rief der Satiriker aus:

„Wenn alle untreu werden,
so bleiben wir doch treu,
daß immer noch auf Erden
für euch ein Fähnlein sei.“ [1])

Während sich die Liberalen dem neuen Koalitionsgebote fügten und die Polen gehorsam folgten, gab es im Hohenwart-Klub eine kleine Meuterei. Hier fand sich noch ein gewisses Maß von Gesinnungstreue, und die Deutschklerikalen bäumten sich dagegen auf, Kompromisse zu schließen. Graf Hohenwart mußte mit dem Rücktritte aus dem politischen Leben drohen, um die Störrigen zur Nachgiebigkeit zu bewegen. In den ersten Tagen nach dem Inslebentreten der Regierung Windischgrätz fingen die oppositionellen Abgeordneten an, einander näher zu rücken; von den Jungtschechen ging sogar die Anregung aus, eine Koalition der Unzufriedenen zu schaffen.

Das Ministerium, dem der Führer der Liberalen angehörte, hat auf Österreich nicht weniger schwer gelastet, als die Regierung Taaffe in ihrer schlimmsten Zeit. Jede freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt; der Staatsbürger galt nichts, die Bureaukratie herrschte ganz nach der schlechten Überlieferung der letzten Jahrzehnte. Staatsanwälte beschlagnahmten die oppositionellen Blätter ohne jede Rücksicht, und die Abgeordneten Kronawetter und Pernerstorfer hatten viel zu tun, um die Streiche einer kurzsichtigen, zeitfremden Staatskunst im Parlamente zu brandmarken. In dieser traurigen Zeit verlor die Wiener „Arbeiterzeitung“ keineswegs ihren Humor. Nach jeder Beschlagnahme brachte sie die Fragmente der Glossen, die vom Rotstift freigelassen worden waren. Da ergaben sich oft die komischesten Bilder. In der Nummer vom 17. Mai 1895 lesen wir:

„Die Regierung hat — — konfisziert — — — die Niedertracht der Koalition.“

„Zwei Urteile die — — — konfisziert, konfisziert — — — sind Ausstrahlungen der Klassenjustiz.“

Doch man lächelte nur selten, sondern empörte sich aufrichtig. In den Kreisen der deutschen Intelligenz wandte man sich enttäuscht

1) Neue Revue. Wien 1895.

von einem Führer und von einer Partei ab, die so sehr auf Irrwege geraten konnten. Es entstanden Wochenschriften, die mit bissiger Schärfe das herrschende Regime verurteilten und von den geistig Wachen förmlich verschlungen wurden. Viele aber zogen sich angewidert zurück. Wozu der Kampf für Ideale, wozu das Ringen um ein modernes Österreich, wenn die, die Wegbahner sein sollten, selbst nur Verirrte sind? In den Massen büßte die altliberale Partei den letzten spärlichen Rest ihrer Mitgänger ein. Drei Jahrzehnte wurde von dieser Gruppe verkündet, daß der Klerikalismus der Feind sei. Und siehe da, jetzt gingen dieselben Männer, die das gesagt hatten, mit den Klerikalen gemeinsam vor, um das Volk an die Wand zu drücken. Diese Politik konnte der schlichte Bürger nicht verstehen, und er wandte sich nach rechts oder nach links jenen zu, die ihm verständlicher waren. Mit Neid blickte die freiheitlich gesinnte Intelligenz des deutschen Volkes auf das tschechische Volk, das eine Partei wie die jungtschechische Gruppe hatte. In nationaler Hinsicht war man durch eine Riesenkluft getrennt, die staatsrechtlichen Utopien wurden bedauert, doch die frische, fröhliche Kritik, die von den jungtschechischen Abgeordneten an den Zuständen in Österreich geübt ward, fand auch in deutschen Gauen lebhaften Widerhall ....

Am 23. November 1893 stellte sich die Regierung Windischgrätz dem neuen Parlamente vor. Die Programmrede gipfelte in den Worten: „Offenheit und Wahrheit im öffentlichen Leben, volle Anerkennung der Bedeutung parlamentarischer Institutionen, wirksame Förderung aller berechtigten wirtschaftlichen Interessen, eine tatkräftige auf der Höhe der Zeit stehende Verwaltung, entschiedene Abwehr aller den Frieden des Staates und die öffentliche Wohlfahrt störenden Elemente, dies sind die Gesichtspunkte, von denen sich die Regierung leiten lassen will." Von den schönen Versprechungen sollte freilich so viel wie nichts in Erfüllung gehen. Bei der Debatte, die sich über die Ministerrede entspann, hielt die Opposition mit ihrem berechtigten Mißtrauen keineswegs hinterm Berge.

Zu den für das Koalitionsministerium dringenden Arbeiten gehörte die Durchbringung eines neuen Landwehrgesetzes. An die Stelle der jährlichen achtwöchigen Abrichtung sollte eine zweijährige Dienstzeit treten. Kurz, man wollte die Landwehr auf die Höhe des gemeinsamen Heeres heben. Da speziell in den ländlichen Bezirken Widerspruch erhoben wurde und da die Liberalen früher gegen jede Militärforderung die größte Voreingenommenheit hatten, war der Versuch der neuen Mehrheit ein kleines Wagnis. Dieses ge-

lang jedoch vorzüglich; die Leistungen der Majorität klappten. Schon am 25. Dezember 1893 konnte das Landwehrgesetz in Kraft treten.

Die zweite Forderung, die an das Parlament gestellt wurde, galt der Vorsorge für den Staatshaushalt. Ein Budgetprovisorium mußte erwirkt werden, und auch das war Mitte Dezember schon geschehen. Nicht weniger glatt verlief die parlamentarische Debatte über den Ausnahmezustand in Prag. Der Reichsrat mußte eben noch die Ausnahmeverfügungen genehmigen, die vom Grafen Taaffe unterzeichnet waren. Die Opposition ließ sehr schöne und sehr eindrucksvolle Reden vom Stapel, aber die Mehrheit bestand nicht aus Gefühlsmenschen, sondern gab unbedenklich ihre Zustimmung.

Im Frühjahr 1894 beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus mit dem ordentlichen Staatsvoranschlage. Die Tschechen waren sehr ungehalten, weil der Ministerpräsident im Budgetausschusse gesagt hatte, er könne den Ausdruck „böhmische Frage" nicht akzeptieren. Dr. Pacak führte aus, daß die Koalition das Unrecht in Permanenz erhalten wolle, während die Tschechen die Abschaffung des Unrechts erstreben. Das tschechische Volk kämpfe für die nationale Gleichberechtigung aller Völker, es suche allen Völkern des Reiches das Selfgovernment zu erringen und das allgemeine Wahlrecht zu erwirken. Weil die Koalition das Gegenteil erstrebe, müssen sich die Jungtschechen mit voller Kraft und mit vollem Bewußtsein gegen die Regierung stellen. Der Abgeordnete Kramař ging weiter und drohte mit der Obstruktion. Dr. Eduard Gregr richtete seinen Pfeil wieder gegen Plener, dem er zu seinem Ministerportefeuille, das ihm wahrlich teuer genug zu stehen gekommen sei, spöttisch Glück wünschte. „Ist er doch durch die Gnade eines Hohenwart Minister geworden, er, der stolze Führer der Liberalen, durch die Gnade der Klerikalen und Feudalen. Mußte er doch den flatternden Helmbusch des Freiheitskämpfers ablegen und nach dem Kanossa einer Partei gehen, die er sein ganzes Leben lang so tapfer bekämpft hat." Die Christlichsozialen standen hinter den Jungtschechen nicht zurück. Dr. Lueger erhob gegen den Unterrichtsminister den Vorwurf der Korruption, da er den Mann einer Nichte unter außergewöhnlichen Umständen ins Unterrichtsministerium berufen hätte. Diese Anklage machte viel von sich reden, obwohl sie nicht ganz begründet war. Es handelte sich nur um einen Mann, der — der Fall ist etwas umständlich — die Nichte der Schwiegermutter der Tochter des Unterrichtsministers geheiratet hatte.

Das bedeutendste Problem, das der Koalitionsregierung gestellt war, bildete die Wahlreform. Die Geister, die Graf Taaffe gerufen, verschwanden nicht mehr. Der breiten Masse war das Mitbestimmungsrecht verheißen worden, und sie wollte es sich darum nicht vorenthalten lassen. Die Regierung mußte zu dieser wichtigen Frage nach längerem Zögern Stellung nehmen, da die Demonstrationen der Arbeiterschaft um sich griffen und die Mahnungen der volkstümlichen Parteien nicht mehr aufhörten. Im März 1894 unterbreitete Fürst Windischgrätz den Klubobmännern der koalierten Parteien die bereits in der Programmrede angekündigten Grundzüge für die Wahlreform. Es sollte eine neue Wählerklasse mit 43 Abgeordnetenmandaten geschaffen werden, für die alle jene, die eine Mittelschule absolviert oder das Einjährig-Freiwilligenrecht erlangt hatten, die bestimmten Krankenkassen mindestens zwei Jahre als versicherungspflichtige Mitglieder angehörten oder die zwei Jahre landesfürstliche direkte Steuern zahlten, und endlich diejenigen, die den Besuch einer gewerblichen Unterrichtsanstalt nachweisen konnten, in Betracht kämen. Gegen Ende März fand in Wien der vierte sozialdemokratische Parteitag statt, bei dem es stürmische Debatten gab. Die Arbeiter zeigten sich sehr ungeduldig, und die Radikaleren unter ihnen verlangten die Verkündigung des Generalstreiks zur Erlangung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts und des Achtstundentags. Der Parteitag wies den Entwurf der Regierung selbstverständlich mit Entrüstung zurück und in gleicher Weise hatten sich vorher schon die einsichtsvollen bürgerlichen Elemente ausgesprochen. Im April begann der Wahlreformausschuß seine Arbeiten. Diese wollten nicht vom Flecke kommen, weshalb im Abgeordnetenhause ein Dringlichkeitsantrag auf Beschleunigung der Wahlrechtserweiterung eingebracht wurde. Der Antrag erhielt nicht die notwendige Mehrheit, doch das hinderte den Abgeordneten Pernerstorfer nicht, am 17. Oktober neuerdings zu beantragen, daß dem Wahlreformausschusse eine vierwöchige Frist gestellt werde. Für den nächsten Tag hatten sich die Wiener Arbeiter auf dem Ring ein Rendezvous gegeben und das führte zu ernsten Zusammenstößen mit der Polizei. Pernerstorfer kam bei der Begründung seines Antrages auf dieses Geschehnis zu sprechen und meinte, daß in Österreich erst Ruhe eintreten werde, wenn den arbeitenden Klassen das Wahlrecht gegeben sein werde. Fürst Windischgrätz begriff die Situation natürlich nicht und sagte unter protzigen Drohungen, daß die Regierung der „Argumente von der Straße" nicht bedürfe. Der Wahlreformausschuß beeilte sich

nicht. Erst im November 1894 fing er an, sich ein wenig zu rühren, und der polnische Abgeordnete Rutowski debütierte mit einem Vorschlage, der gleichfalls eine fünfte Wählerkurie mit 53 Mandaten zum Ausgangspunkt nahm und nichts weiter als eine Verwässerung der Melange von Beschränktheit und Verlegenheit war, die Fürst Windischgrätz aufgetischt hatte. Der mit der Durchberatung der Stimmrechtsreform betraute Ausschuß wählte ein Subkomitee, das sich erst im Mai 1895 entschloß, einen Bericht zu erstatten. Diese geflissentliche Verschleppung einer so wichtigen Angelegenheit verbitterte die Opposition und verschärfte die Abneigung gegen die heuchlerische Koalitionsregierung. Aug' um Aug', Zahn um Zahn, das war der Grundsatz, zu dem sich die Minderheit in dieser Zeit notgedrungen bekannte. Die Regierung und ihr Anhang verzögerten eine Reform, die von der Minorität gewünscht wurde, und diese wieder entschädigte sich, indem sie die Beratung über einen Gesetzentwurf maßlos ausdehnte, an dem der Mehrheit gelegen war. Unter der Abneigung gegen die Wahlreform hatte die Vorlage über die Steuerreform zu büßen. Am 21. Mai 1895 präsentierten die Jungtschechen, die Christlichsozialen, die Südslawen, die Deutschnationalen und die demokratischen Abgeordneten abermals einen Dringlichkeitsantrag, der die unverzügliche Berichterstattung vom Wahlreformausschusse forderte. Erst anfangs Juni wurden die Vorschläge bekannt, die das Subkomitee in 25 Sitzungen zusammengebraut hatte. Es waren dreizehn Mandate für alle der Krankenversicherung angehörigen Arbeiter und 34 Mandate für alle jene Bürger, die überhaupt Steuer zahlten, vorgesehen worden; man dachte also an die Einführung zweier neuer Kurien. Allein bereits ehe der Wahlreformausschuß die Spezialdebatte über diese Anregungen anfing, wurde die Totenglocke für die Koalition geläutet.

Durch die parlamentarische Tätigkeit in der Ära Windischgrätz-Plener zog sich wie ein roter Faden die Beratung über die umfangreiche Steuerreform hin, die Dr. Steinbach in Fluß gebracht hatte. Mehr als dreißig Jahre waren seit dem Tage verstrichen, an dem Ignaz von Plener dem Abgeordnetenhause das erste umfassende Projekt zugehen ließ. Sechs weitere dasselbe Ziel anstrebende Regierungsvorlagen sind im Laufe der Jahre diesem Gesetzentwurfe gefolgt, und die Öffentlichkeit hatte daher Zeit genug gehabt, sich mit dem Gegenstande zu beschäftigen. Dennoch brauchte der permanente Steuerausschuß nicht weniger als drei Jahre zur Beratung und zur durchgreifenden Umarbeitung der Steinbachschen Vorlage und das

Plenum, das am 5. März 1895 die zweite Lesung begann, verwendete darauf drei Monate und 46 der längsten Sitzungen, die im Parlamente zu verzeichnen waren. Dann trat eine Pause ein; das Gesetz wurde erst erheblich später fertiggestellt.[1]) In seinem Exposé hatte Steinbach erklärt, das Ziel des Gesetzentwurfes über die direkten Personalsteuern sei die gerechte Ausgleichung der Steuerlast. Dies hätte durch Heranziehung jener steuerkräftigen Elemente, die bisher der Steuerpflicht nicht unterlagen, und durch eine bessere und erträglichere Verteilung der Leistungen zu geschehen. Die Reform der Steuer sollte dem Fiskus keinen Gewinn bringen, sondern zu Nachlässen bei verschiedenen Steuergattungen verwendet werden. An Stelle der bestehenden Erwerbssteuer und Einkommensteuer hätte eine allgemeine Personaleinkommensteuer mit einem Existenzminimum von 600 Gulden, eine Besoldungssteuer, eine Erwerbs- und Rentensteuer zu treten. Dr. von Plener machte sich den Steinbachschen Entwurf zu eigen, doch schlug er in der Hauptsache einen neuen Finanzplan vor. Gegen die Personalsteuern wurden von allem Anbeginne verschiedene Bedenken laut, und das Abgeordnetenhaus machte sich nur widerwillig an die Arbeit. Allein die Obstruktion die zum erstenmal bei der zweiten Lesung der Steuervorlagen versucht ward, ist doch mehr auf parteipolitische Rücksichten zurückzuführen. Die Opposition fand — wie schon erwähnt — in der Verschleppung der Beratungen ein Mittel der Gegenwehr, und sie wäre unklug gewesen, es nicht zu gebrauchen. Jungtschechen und Christlichsoziale gingen einmütig vor, und als Führer der Obstruktionisten bewährte sich Dr. Kaizl. Zwischen der Minderheit und dem Präsidenten Chlumecky kam es mehrmals zu Konflikten. Am 12. Juni 1895 stellte der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses gleichzeitig 24 Kapitel des Gesetzentwurfes auf einmal zur Debatte; er wollte nicht nur die Beratung, sondern auch die Abstimmung in einer Sitzung zu Ende bringen. Der jungtschechische Abgeordnete Dr. Dyk hielt damals die erste große Obstruktionsrede, die im Parlamente gehört wurde; um zwei Uhr nachts mußte Freiherr von Chlumecky sein Vorhaben aufgeben und die Sitzung schließen.

Die Koalition, die sich die Fähigkeit zutraute, über den Block des Volkswahlrechts hinwegzuspringen, sollte über ein Steinchen fallen. Von den Slowenen wurde die Errichtung von slowenischen Parallelklassen am deutschen Gymnasium in Cilli seit vielen

1) Dr. Richard Reisch, Die direkten Personalsteuern in Österreich. Wien 1898.

Jahren betrieben, und Graf Taaffe war auch bereit gewesen, auf das Anliegen einzugehen. Als Graf Hohenwart im Vereine mit Plener und Jaworski die Regierung Taaffe gestürzt hatte, erhoben seine slowenischen Parteifreunde heftige Beschwerden. Um die Koalition nicht zu gefährden, machte Fürst Windischgrätz die Zusage, den Wunsch der Slowenen zu erfüllen und in das zweitnächste Budget einen entsprechenden Betrag einzustellen. Der Deutschen bemächtigte sich darob große Aufregung, denn Cilli galt als bedrohter nationaler Posten, und man wollte den Slowenen, die freilich alle Rechte auf das Gymnasium zu besitzen glaubten[1]), keine weiteren Kraftquellen erschließen. Im Schuljahre 1893/94 befanden sich im Untergymnasium nach slowenischen Aufstellungen 78 deutsche und 132 slowenische Schüler und im Schuljahr 1894/95 saßen in den zwei Abteilungen der ersten Klasse 42 Deutsche und 60 Slowenen. Die Errichtung slowenischer Mittelschulklassen war also an sich nicht ungerechtfertigt, und die Deutschen wollten auch nur, daß für sie ein anderer Ort als Cilli gewählt werde. Für die Koalitionsregierung war es jedoch nicht möglich, sich aus der Schlinge zu ziehen, die sie selbst um sich gewunden hatte. Graf Hohenwart machte die Cillierfrage zum Angelpunkt der Politik, da er selbst der unnatürlichen Allianz mit den Liberalen überdrüssig war. Außerdem paßte es ihm zuletzt nicht, daß sein persönlicher Gegner Plener weich in der Wolle saß, während er als simpler Parteiführer dastand. Als Plener im Oktober 1894 den Staatsvoranschlag für das nächste Jahr unterbreitete und darin um 1500 Gulden für die slowenischen Parallelklassen am Gymnasium in Cilli ansprach, verstärkte sich die Agitation noch mehr. Die Deutschen lehnten sich dagegen immer lebhafter auf, während die Slowenen auf ihrem Scheine bestanden. Von der Linken wurde ganz offen eine Revolte angesagt: die Partei Pleners erklärte, gegen Plener zu stimmen. Im Budgetausschusse hatte man die Debatte bis zum 11. Juni verschoben; an diesem Tage mußte aber doch über die umstrittene Post abgestimmt werden. Mit 19 gegen 15 Stimmen wurde die Einrichtung von slowenischen Parallelklassen am Gymnasium in Cilli beschlossen. Die Deutschliberalen, die Deutschnationalen, die Christlichsozialen und die Italiener hatten die 1500 Gulden vergebens abgelehnt. Nun begann die Diskussion in der Presse noch leidenschaftlicher zu werden, und in deutschen Vereinen und Versammlungen häuften sich die Proteste. Die deutschliberale Partei, die

1) „Die Zeit", Wochenschrift. Wien 1895.

früher an dem Koalitionsministerium alles gut gefunden hatte, geriet aus dem Häuschen. Im Plenum des Abgeordnetenhauses fand die Abstimmung über die Post am 10. Juli statt. An diesem Tage waren die Gemüter der Abgeordneten sehr erregt, und es fehlte nicht an leidenschaftlichen Ausbrüchen. Als der deutschklerikale Abgeordnete Kaltenegger für die Forderung der Slowenen eintrat, rief dies bei den deutschfreiheitlichen Abgeordneten stürmische Mißfallsbezeigungen hervor. Der klerikale deutsche Freiherr von Dipauli berief sich auf sein „Österreichertum". Österreich sei kein deutscher Staat und müsse deshalb auch für die anderen Völker etwas tun. Der Berichterstatter der Minderheit, Dr. Haase, hielt sich darüber auf, daß die Slowenen denken: sic volo, sic jubeo. Doch als das Ergebnis der Debatte in Ziffern aufgestellt wurde, ergab es sich, daß die slawisch-klerikale Mehrheit das Feld behauptet hatte. Allein die Koalition war an diesem Tage nicht mehr vorhanden, die Regierung Windisch-grätz-Plener gehörte schon der Vergangenheit an. Drei Wochen vorher, am 19. Juni 1895, war die Entlassung des Koalitionsministeriums vollzogen worden. Am Tage der Demission des Fürsten Windischgrätz hatte der Kaiser zu Baron Chlumecky gesagt, die Linke hätte ihre Minister von Schmerling bis Wurmbrand gestürzt und dadurch am meisten von der Notwendigkeit einer nichtparlamentarischen Regierung überzeugt...

Den Platz der Koalitionsregierung nahm ein Beamtenministerium ein, das von vornherein als Lückenbüßer aufgefaßt war. An die Spitze trat der Statthalter von Niederösterreich, Graf Kielmansegg. Seine Amtszeit ging rasch vorüber und ließ keine tieferen Spuren zurück. Graf Kielmansegg verstand es als tüchtiger Beamter, sich ohne Schaden aus der Affäre zu ziehen. Viel besprochen wurde nur ein Erlaß, der den Beamten im August 1895 nahelegte, das Amtsgeheimnis strenge zu wahren und bei Ausübung der allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte ihrer Stellung eingedenk zu sein. Es sei unzulässig, wenn Beamte öffentliche Versammlungen veranstalten, um mit Umgehung der vorgesetzten Behörden Forderungen zur Kenntnis der Vertretungskörper zu bringen. Die politische Agitation könne nicht gestattet werden. Ein ähnlicher Erlaß wurde auch an die Professoren und Lehrer gerichtet...

Zur Zeit des Koalitionsministeriums haben die Landtage nicht stärker zu interessieren vermocht als in den achtziger Jahren. Der Ausnahmezustand in Prag trug zur Ernüchterung bei und lähmte die Agitation. Die Alttschechen begannen sich wieder etwas stärker

zu rühren, und Rieger hielt im Februar 1894 in der Prager Landesstube eine große Rede, in der er seinen Volksgenossen Ratschläge zu erteilen suchte. „Wir brauchen die Dynastie und die Dynastie braucht uns und wir werden uns wechselseitig immer finden; als alter Mann vor dem Grabe stehend" — sagte Rieger — „empfehle ich meiner Nation, ihr Schicksal nur rechtschaffenen Leuten anzuvertrauen, die mit dem Adel und Klerus gemeinsam den Frieden mit den Deutschen suchen." An Klagen über den Ausnahmezustand mangelte es nicht, doch nach den Stürmen, die man im böhmischen Landtage erlebt hatte, griffen die gewöhnlichen parlamentarischen Beschwerden die Nerven wenig an. Unangenehm bemerkbar machte sich hauptsächlich der niederösterreichische Landtag, in dem die Christlichsozialen wohl nur ein Viertel der Mandate besaßen, trotzdem aber der liberalen Mehrheit sehr unbequem zu werden vermochten. Die Verschärfung der Geschäftsordnung, die zu Beginn des Jahres 1895 geplant wurde, stieß bei den Antisemiten auf unerbittliche Abweisung, und Dr. Lueger drohte, keine Sitzung würde mehr stattfinden können, wenn es auch nur zu einem Versuche käme, die Rechte des Vorsitzenden zu erweitern. Die Angriffe gegen die Universität wiederholten sich und die Auseinandersetzungen der Minderheit mit der Mehrheit bewegten sich auf dem tiefsten Niveau der Wirtshausdebatten.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre gelangte die Eroberung Wiens durch die Christlichsozialen in ihr entscheidendes Stadium. Gegen Ende Februar 1894 starb der energische und deshalb unbeliebte liberale Bürgermeister Dr. Prix plötzlich. Sein Nachfolger war Dr. Grübl. Unter seiner Leitung vollzogen sich die Nachwahlen im Frühjahr 1895. Die Christlichsozialen und die Deutschnationalen hatten den Wahlkampf gemeinsam geführt und es so weit gebracht, den Liberalen an Stärke fast gleichzukommen. Im Gemeinderate gab es 64 Antisemiten, 6 Wilde und 68 Liberale. Am 14. Mai 1895 trat der Gemeinderat zusammen, um den ersten Vizebürgermeister zu wählen. Dr. Lueger erlangte zum erstenmal diese Würde, denn die Liberalen hatten leere Stimmzettel abgegeben. „Ich weiß," sagte er, „daß die Mehrheit des Gemeinderates mich nicht gewählt hat, doch ich glaube, der Wille des Volkes verlangt es, daß ich die auf mich gefallene Wahl annehme." Nun legte Dr. Grübl seine Würde als Bürgermeister nieder, und damit war die Führung der Gemeindegeschäfte an den ersten Vizebürgermeister, an Dr. Lueger, übergegangen. Die Wahl des ersten Bürgermeisters wurde schon für den 29. Mai angesetzt. Indes, erst im dritten Wahl-

gange konnte Lueger die erforderlichen 70 Stimmen auf sich vereinigen. Er lehnte die Wahl jedoch ab, weil er die Geschäfte nicht mit einer seinem Anhange ebenbürtigen Opposition führen wollte. Lueger bemühte sich, die Auflösung des Gemeinderates zu erzwingen, da er hoffte, die Neuwahlen würden eine weitere Schwächung der Liberalen mit sich bringen. Der Gemeinderat wurde auch am 30. Mai aufgelöst, und der Bezirkshauptmann Dr. von Friebeis zog als Regierungskommissär in das Rathaus ein. Alle diese Vorgänge hatten die Wiener Bevölkerung sehr intensiv beschäftigt. Die Kämpfe blieben nicht auf den Gemeinderatssaal beschränkt, sondern pflanzten sich auf die Straße und in die Versammlungslokale fort.

Zur Zeit, als das Koalitionsministerium im Amte saß, standen wichtige Fragen der Justizreform auf der Tagesordnung. Im Jahre 1891 hatte Graf Schönborn einen Strafgesetzentwurf eingebracht, der das Plenum des Abgeordnetenhauses vom 22. Oktober bis 13. Dezember 1894 in Atem hielt. Von der Vorlage war eigentlich niemand erbaut, und es wurden fast tausend Abänderungsvorschläge gemacht. Besonders feindlich stand die Arbeiterschaft dem Entwurfe gegenüber, der im liberalen Abgeordneten Kopp einen warmen Verteidiger fand. Die Gesetzesvorlage suchte das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten, wogegen sich auch die bürgerlichen Sozialpolitiker auf das entschiedenste aussprachen. Wittelshöfer erinnerte die Liberalen in einem beachtenswerten Artikel daran, daß sie immer auf zwei Reformen stolz gewesen wären: auf die Schule und auf das Koalitionsrecht und führte ihnen vor Augen, wie sehr sie von ihrer Tradition abzuweichen im Begriffe seien. Ein anderer von den einsichtigen bürgerlichen Kritikern prägte das Wort: „Maul- und Brotkorbgesetz". Als der Abgeordnete Pernerstorfer im Parlamente den Übergang zur Tagesordnung anregte, pflichteten ihm dennoch nur 26 Kollegen bei. Es wurde mit der Spezialdebatte begonnen, doch das Interesse verflackerte bald, und im Frühjahr 1895 hörten die Beratungen auf. Das Abgeordnetenhaus mußte sich mit politischen Angelegenheiten beschäftigen, und der Gesetzentwurf war damit abgetan.

Ein freundlicheres Geschick blühte den Vorlagen zur Reform des Zivilprozesses, die das raschere mündliche Verfahren statt der unleidlich gewordenen Vielschreiberei zur Anwendung bringen wollten. Das Herrenhaus erklärte seine juridische Kommission in Permanenz und im Abgeordnetenhause wurde eine außerordentliche Abkürzung des Beratungsverfahrens durchgesetzt. Die Gesetzentwürfe

sollten nur als Ganzes entweder angenommen oder abgelehnt werden können, denn die Vorlagen hatten 1500 Paragraphen, und es wäre gar nicht abzusehen gewesen, innerhalb welcher Frist die normale Beratung ihr Ende gefunden hätte. Allein es war trotzdem erst dem Grafen Kielmansegg gegönnt, die wichtigen Gesetze zur Sanktion zu empfehlen und dadurch in der Geschichte des österreichischen Justizverfahrens einen neuen Abschnitt zu eröffnen.

Nicht unerwähnt dürfen die romantischen Verstaatlichungspläne des Handelsministers Grafen Wurmbrand bleiben. Bereits im März 1894 kündigte der Leiter des Handelsressorts an, daß Verhandlungen über die Verstaatlichung der böhmischen Westbahn im Gange seien. In der nächsten Zeit sollten die südnorddeutsche Verbindungsbahn und die Nordwestbahn an die Reihe kommen. Graf Wurmbrand gab überdies der Hoffnung Ausdruck, bald ein umfangreiches Verstaatlichungsprogramm entwerfen zu können; auch die Südbahn und die Nordbahn müßten für den Staatsbetrieb gewonnen werden. Der Handelsminister der Koalition scheint von der preußischen Verstaatlichungsaktion nichts gelernt zu haben, denn sonst hätte er wissen müssen, daß eine so folgenschwere Tat nur zustande kommen könne, wenn man ans Werk schreitet, ohne viel zu reden. Die Geschwätzigkeit hatte an der Börse große Illusionen erweckt und zu starken Kursbewegungen geführt. Eisenbahnpapiere wurden ein beliebtes Spekulationsobjekt, und auch Privatleute beteiligten sich an dem Spiele, um von dem Goldregen wenigstens etwas in ihre Kassen zu lenken. Indes, schwere Verluste waren ihr Lohn. Die Opposition nützte die Ungeschicklichkeit des Handelsministers aus und übte an dem dilettantischen Gehaben des Grafen Wurmbrand berechtigte Kritik. Dr. Kaizl beantragte ein Mißtrauensvotum für die Regierung. Dieses wurde zwar abgelehnt, aber die Leute, die sich an dem vom Handelsminister angezündeten Strohfeuer die Hände verbrannt hatten, waren gewiß nicht erbaut.

Am 24. Dezember 1893 trat in Wien beim Schwender der erste österreichische Gewerkschaftskongreß zusammen, an dem sich 158 Delegierte beteiligten. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter wurde nun kräftig in Angriff genommen. Unter den Lohnkämpfen der Arbeiterschaft gewann der Bergarbeiterstreik im Falkenauer und Ostrauer Revier eine traurige Berühmtheit, weil er mit Blutopfern verbunden war. In Falkenau wurden am 4. Mai 1894 drei Bergarbeiter von den Gendarmen getötet und acht verwundet. Noch blutiger verlief das Einschreiten der Gendarmerie

in Polnisch-Ostrau, wo man vierzehn Tote und zwanzig Schwerverletzte zu beklagen hatte. Im Abgeordnetenhause mußte die Regierung von der Opposition heftige Vorwürfe hören, weil das Unglück nicht zuletzt durch die Kopflosigkeit der Behörden und durch den Übereifer der Gendarmerie verursacht worden war. Pernerstorfer forderte dringlich die Einsetzung eines Spezialausschusses und die Veranstaltung von Erhebungen an Ort und Stelle der traurigen Vorkommnisse. In der Debatte nahm der Minister Bacquehem die Gendarmerie in Schutz und lehnte den Antrag Pernerstorfer ab. Kaizl und Lueger standen auf Seite der Arbeiter. Der Führer der Christlichsozialen wandte sich sehr temperamentvoll gegen den liberalen Abgeordneten Siegmund, dessen Rede er als einen Ruf nach Militär charakterisierte. „Spielen Sie, meine Herren, gefälligst nicht mit dem Militär“, warnte Dr. Lueger. „Es besteht aus dem Volke und ist nicht zu dem Zwecke da, einige Kohlenbarone gegen ausgehungerte Arbeiter zu verteidigen, sondern das Militär ist vielleicht eher dazu da, ausgehungerte Arbeiter gegen die Kohlenbarone zu schützen.“ Vom Parlamente wurde nur der Gewerbeausschuß mit der Prüfung des Berichtes betraut, den die Regierung geliefert hatte. Daß dabei nicht viel herauskam, läßt sich denken. [1])

VI. Graf Badeni und die Sprachenverordnungen.

Seit Jahren wurde Graf Casimir Badeni, der Statthalter von Galizien, als „kommender Mann“ angesehen. Der Kaiser hatte ihn bei dem Besuche der Lemberger Ausstellung besonders ausgezeichnet und dadurch die Blicke auf den polnischen Aristokraten gelenkt. Als Graf Kielmansegg die Regierung übernahm, warf bereits das Ministerium Badeni seine Schatten voraus. Das provisorische Regime sollte nur so lange dauern, bis die Wahlen für den galizischen Landtag vor sich gegangen waren, denn die Leitung befand sich in bewährten Händen, wenn sie Casimir Badeni innehatte. Am 18. August 1895 wurde der Chef der galizischen Landesregierung in Ischl endlich in aller Form mit der Bildung einer neuen Regierung betraut, aber die Vorarbeiten zogen sich länger als einen Monat hin. Erst am 29. September erfolgte die Gutheißung der künftigen Ministerliste durch die Krone.[2])

1) Die Ereignisse von Falkenau und Ostrau im Parlament. Wien 1894.

2) Seit dem Erscheinen der ersten Auflage dieses Buches kamen von Gustav Kolmers „Parlament und Verfassung in Österreich“ noch die Bände VI und VII heraus, die von 1895—1900 reichen.

Graf Casimir Badeni entstammte einer alten, im 16. Jahrhundert nach Polen eingewanderten italienischen Familie. Am 11. Oktober 1888 hatte er das Amt eines galizischen Statthalters übernommen, und nun war er bestimmt, das ganze Reich zu regieren. Der mehr als mittelgroße, breitgebaute Mann entwickelte im persönlichen Verkehre die größte Liebenswürdigkeit, obwohl ihm eine gewisse Strammheit nicht fehlte. Energie und Naivetät waren in dem neuen Ministerpräsidenten sonderbar gemischt. Er unterschätzte die Schwierigkeiten der Aufgaben und griff sorglos lächelnd zu. Die staatsmännische Fähigkeit, die Tragweite der Handlungen richtig zu ermessen, schien ihm versagt zu sein, und das Vertrauen, das er den jeweiligen Beratern entgegenbrachte, führte ihn auf Irrwege. In Galizien, wo die Verhältnisse einfacher lagen, weil dort ein vom Reichsrate kaum berührter, durch den Landtag wenig beschränkter Absolutismus herrschte, konnte Badeni den Mann mit der eisernen Faust leicht spielen. In Wien, wo die Sitten und Gebräuche, die politischen Kräfte und Faktoren wesentlich anders waren, wurde er unbewußt zum Geführten, obwohl er mit der Geste des Herrschenden auftrat. Eine hervorragende Stellung hatte im Ministerium Leon Ritter von Bilinski inne, der das Finanzportefeuille übernahm. Mit lebhaftem Ehrgeize ausgestattet, von der Fähigkeit sich durchzusetzen gefördert, wurde er bald zur Seele der neuen Regierung. Paul Freiherr von Gautsch trat wieder an die Spitze des Unterrichtsministeriums, Graf Ledebur, ein böhmischer Feudaler, übernahm das Ackerbauministerium, während Graf Gleispach den Posten eines Justizministers bezog. Das Handelsministerium fiel an den Freiherrn Glanz von Eicha. Mitte Januar 1896 erfuhr die Regierung eine Verstärkung. Das neugebildete Eisenbahnministerium erhielt in dem Feldmarschall-Leutnant Emil von Guttenberg seinen ersten Chef. Polnischer Landsmannminister wurde Eduard Rittner, der gelehrte Doktor zweier Fakultäten; schon unter Kielmansegg hatte er das Unterrichtsministerium geleitet. Daß Graf Welsersheimb als Landesverteidigungsminister weiter im Amte blieb, muß nicht erst betont werden. Die Regierung Badeni wurde vielfach ein polnisches Ministerium genannt. Befanden sich doch das Ministerpräsidium und das Ministerium des Innern, das Finanzministerium und selbstverständlich auch das „galizische" Landsmannministerium in den Händen von Polen. Dazu kam noch, daß der Minister des Äußern, der im Juni 1895 mit diesem Amte betraute Graf Agenor Goluchowski ein Pole war.

Das erste Lebenszeichen, das die Regierung Badeni gab, machte einen guten Eindruck. Am 20. Oktober 1895 hörte der über Prag verhängte Ausnahmezustand auf. Er hatte zwei Jahre einen Monat und acht Tage gedauert. Sieben Zeitungen waren in dieser Frist eingestellt, 17 Vereine aufgelöst worden. 24 Blätter mußten die sogenannte dreistündige Zensur über sich ergehen lassen. Vor dem Ausnahmsgerichte standen 179 Angeklagte; insgesamt wurden Kerkerstrafen im Ausmaße von 278 Jahren verhängt. Am 5. November begnadigte der Kaiser elf von den beim Omladina-Prozesse verurteilten Jünglingen, und Mitte Februar 1896 schied auch Graf Franz Thun vom Posten des böhmischen Landeschefs. In der Ära Badeni wurde also gründlich mit den Erinnerungen an die Verfolgungen der Tschechen aufgeräumt.

Am 22. Oktober 1895 stellte sich die neue Regierung dem Abgeordnetenhause vor. Graf Badeni machte vor den Deutschen eine Verbeugung, indem er ihnen versicherte, daß „ihre langjährige, allen anderen Völkern Österreichs voranleuchtende Kultur stets die gebührende Achtung finden solle". Dem tschechischen Volke bringe die Regierung volles Vertrauen entgegen, sie hoffe, daß ihr die Tschechen und ihre Vertreter hilfreich die Hand bieten werden. Gegenüber den Parteien stehe die Regierung vollkommen frei da und gedenke auch weiter frei zu bleiben. Sie wolle führen und nicht geführt werden. Graf Badeni appellierte hauptsächlich an die Parteien, „die auf ethischer Grundlage gebildete ideale Ziele, wenn auch mit praktischer Unterlage" anzustreben befähigt seien. Schließlich betonte der Ministerpräsident noch, daß er sich seiner Pflicht bewußt sei, gegen jene Kreise anzukämpfen, die auf die Vernichtung oder Umwälzung der Gesellschaftsordnung hinarbeiten. Die Rede des Grafen Badeni gab Anlaß zu einer längeren Debatte im Abgeordnetenhause. Der erste Redner der Liberalen, Graf Kuenburg, tischte die üblichen Phrasen auf und meinte, seine Partei wolle erst Taten sehen, dann werde sie sich entscheiden. Der Jungtscheche Dr. Herold bestritt, daß die deutsche Kultur in Österreich älter sei als die tschechische. Er wisse nicht, welche Partei sich von der Regierung führen lassen wolle, die Jungtschechen werden das gewiß nicht tun. Graf Hohenwart begrüßte das Programm einer starken, zielbewußten Regierung; dieses werde jederzeit eine Mehrheit finden. Der Pole Zaleski kündigte die Unterstützung seiner Landsleute an. Die Christlichsozialen, meinte Dr. Pattai, sehen als vorläufig noch kleine Gruppe gerne eine Regierung, die sich von keiner Partei führen lasse. Sollte man

ihnen den Kampf aufzwingen, so würden sie ihn aufnehmen, sonst aber wären sie gerne bereit, mitzuarbeiten. Der Demokrat Dr. Kronawetter charakterisierte das Programm der Regierung als die Proklamierung des reinen Absolutismus. Romanczuk entpuppte sich als Prophet. Der Ruthene erinnerte daran, daß Graf Badeni die Statthalterschaft gleichfalls mit einer schönen Rede eingeleitet hätte, während die Folgen seines Regimes für Galizien alles eher denn erfreulich wären. „Möge ein gütiges Geschick", schloß Romanczuk, „das übrige Österreich vor den Wirkungen einer solchen Regierung bewahren."

Graf Badeni hatte sein Programm sehr geschickt abgefaßt. Die deutschliberale Presse fand eine Spitze gegen die Christlichsozialen und freute sich dieser Tatsache. Von den Organen der Deutschnationalen wurde die Schätzung der deutschen Kultur freundlich vermerkt und das feudal-klerikale „Vaterland" war mit dem führenden Ministerium recht zufrieden. Graf Badeni hatte kein parlamentarisches Kabinett gebildet, aber es schien trotzdem, als würde sich ihm das Parlament willig anvertrauen. Sogar die spröden Jungtschechen überlegten, ob die Einstellung ihrer müden Opposition nicht ratsam wäre. Ende September fand in Prag eine Versammlung der jungtschechischen Vertrauensmänner statt, in der den Abgeordneten die Erlaubnis zu etwaigen Verhandlungen mit der Regierung gegeben wurde, obwohl Kaizl sehr beredt verlangte, daß die Regierung Badeni rechts liegen gelassen werde.

Die Aussichten, unter denen das Ministerium die Amtsführung begann, waren also günstig. Gleich nach der Übernahme der Regierung hatte Graf Badeni jedoch mit der Wiener Frage viel zu schaffen. Die Wahlen für den Gemeinderat, die von dem Regierungskommissär Dr. von Friebeis eingeleitet wurden, brachten den Liberalen schwere Schläge. Der dritte Wahlkörper ging ganz an die Christlichsozialen verloren, und der zweite Wahlkörper wurde von der antisemitischen Flut zum größten Teile ergriffen. Selbst die erste Kurie, die von den begütertsten Leuten gebildet wird, verhalf den Christlichsozialen zu vierzehn Mandaten. Am 29. Oktober 1895 wurde Dr. Lueger abermals zum Bürgermeister von Wien gewählt. Diesmal sprachen sich von 138 Gemeinderäten 93 für ihn aus. Die Liberalen waren in größter Aufregung, denn die Christlichsozialen hatten ihren Kampf mit einem Terrorismus geführt, der zu ernsten Besorgnissen Anlaß gab. Wohin sollte es mit der Gemeinde kommen, dachten viele, wenn die wilde Parteihetze in die Verwaltung

überginge? Graf Badeni, dem das demagogische Gehaben der Antisemiten widerwärtig war, teilte die Befürchtungen, und deshalb versagte die Krone die Bestätigung der Wahl. Doch die Mehrheit des Gemeinderats blieb fest und wählte am 13. November Dr. Lueger neuerdings zum Oberhaupte der Stadt. Nun veranlaßte die Regierung die Auflösung des Gemeinderats und die Vorbereitung neuerlicher Wahlen. Die Nichtbestätigung Dr. Luegers wurde am 8. November im Parlamente zur Sprache gebracht. Graf Badeni und drei andere Minister suchten das Verhalten der Regierung zu rechtfertigen, aber die Christlichsozialen ließen kein Argument gelten. Dr. Lueger rief dem Ministerpräsidenten zu, daß er von Stadt zu Stadt, von Markt zu Markt ziehen werde, um das Volk über die erniedrigende Stellung aufzuklären, die „ungarische Juden" den Österreichern zugedacht hätten. Mit donnerndem Beifalle begrüßte die zweite Galerie diese Ankündigung. Auch die Auflösung des Gemeinderats beschäftigte das Abgeordnetenhaus. Aber die Dringlichkeit der Anträge von Pattai und Dipauli wurde nicht anerkannt. Die Vorgänge im Wiener Rathause führten zu einer Spaltung im Hohenwart-Klub, weil ein Teil der Deutschklerikalen die Christlichsozialen gegen den Willen des Grafen Hohenwart unterstützte. Anfangs März 1896 bezeugte die Mehrheit der Wiener Wähler abermals ihr Einverständnis mit der antisemitischen Partei; am 18. April war Dr. Lueger zum viertenmal zum Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt gewählt. In seiner Dankesrede sagte der Günstling des Volkes: „Die Wiener Bürgermeisterfrage ist ein Teil des großen Kampfes um die Befreiung des christlichen Volkes, um die Unabhängigkeit und Freiheit des Vaterlandes." Vor dem Rathause wartete eine große Menschenmenge auf das Ergebnis des Wahlganges, und als Dr. Lueger auf der Straße erschien, wurde er mit brausenden Hochrufen begrüßt. Die Verlegenheit der Regierung war immer größer geworden. Doch jetzt griff der Kaiser persönlich ein, indem er Dr. Lueger zu sich beschied und zum vorläufigen Verzichte auf die Bürgermeisterstelle bewog. So wurde anfangs Mai der christlichsoziale Josef Strobach mit der Bürgermeisterwürde bekleidet; Lueger begnügte sich mit der Rolle eines ersten Vizebürgermeisters, wozu er der Zustimmung der Krone nicht bedurfte.

Graf Badeni hatte in seiner Programmrede versprochen, eine Wahlreformvorlage ausarbeiten zu lassen. Als das Abgeordnetenhaus am 15. Februar 1896 nach den Weihnachtsferien zusammentrat, lag der Gesetzentwurf bereits auf den Pulten. Die Regie-

rung schlug die Errichtung einer fünften Kurie vor, für die 72 Mandate zur Verfügung stehen sollten. Das Wahlrecht wurde für alle mindestens 24jährigen Staatsbürger in Aussicht genommen, die sechs Monate in einem Wahlbezirke festsaßen. Ausgeschlossen sollte aber das Gesinde sein, soweit es mit dem Dienstherrn in Hausgenossenschaft lebt. Diese Einschränkung wurde später vom Wahlreformausschusse beseitigt. Die erste Lesung ging noch im Februar vor sich, und schon am 20. April 1896 konnte die zweite Lesung beginnen. Als Berichterstatter des Ausschusses verteidigte der Liberale Dr. Götz die Vorlage. Dreieinhalb Millionen Bürgern, die bisher vom Wahlrechte ausgeschlossen waren, werde nun das kostbare politische Recht der Stimmabgabe und damit eine parlamentarische Vertretung gewährt. Darin liege ein „unendlich großer, politisch aber auch wirtschaftlich und kulturell wichtiger Fortschritt", der anerkannt und begrüßt werden solle und müsse. Der Jungtscheche Slavik ließ zuerst eine ebenso lächerliche als sinnlose staatsrechtliche Verwahrung los, um dann darzulegen, daß „allen Staatsbürgern das gleiche Wahlrecht, das gleiche politische Recht gebühre". Solange es nicht eingeführt sei, werde sich das Parlament stets mit der Wahlrechtsfrage beschäftigen müssen. Unrecht verwandle sich nicht zum Rechte, wenn es bestehen bleibt und daneben ein Almosen abfällt. Das Unrecht müsse beseitigt werden. Der christlichsoziale Dr. Scheicher machte sich über die Zufriedenheit des liberalen Referenten lustig. Man bedürfe einer anderen, einer gründlicheren Wahlreform als der vorgeschlagenen. Kronawetter, der alte, erprobte Kämpfer für das allgemeine, gleiche Stimmrecht hatte am 21. April einen großen Tag. Er gedachte der Bemühungen um die Demokratisierung des Wahlrechts, die vorangegangen waren und legte schonungslos die Widersinnigkeit der Vereinigung zweier wesensverschiedener Prinzipien: der Interessenvertretung und des Volksstimmrechtes dar. Kronawetter erklärte, sich gegen den Gesetzentwurf wenden zu müssen, weil er glaube, daß die Bevölkerung durch diesen „zum Narren" gehalten werde. Der feudale Graf Falkenhayn gedachte seines schon bei der ersten Lesung entwickelten Idealbildes der Wahlen durch die Landtage und der berufsständischen Gruppierung der Volksmassen zum Zwecke der Stimmenabgabe. Im übrigen ließ er das Lied von den braven Feudalen hoch erklingen. Die Geschichte lehre, daß Österreich zur Zeit der Feudalen entstanden und mächtig und groß geworden sei. Was die weisen Epigonen dieser „bornierten Herren" für Österreich Gutes und Dauerhaftes geleistet haben — meinte Falkenhayn höhnisch — werde erst

die Geschichte der Zukunft zu zeigen haben. Am 23. April 1896 wurde im Parlament darüber abgestimmt, ob das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzuführen sei. Für diese umwälzende Neuerung waren nur 61 Abgeordnete. Das Parlament entschied sich für die Hinzufügung der fünften Kurie, und am 14 .Juni 1896 wurde das Gesetz sanktioniert.[1]) Außer den 72 Volksmandaten gab es nun noch die alten 129 Sitze der privilegierten Landgemeinden- und die 118 Sitze der Städtewähler. Die Handels- und Gewerbekammern waren durch 21, der Großgrundbesitz durch 85 Abgeordnete vertreten. Gegen Ende des Jahres 1896 wurde auch der Steuerzensus für die Landgemeinden- und Städtemandate von zehn Kronen auf acht Kronen herabgesetzt. Durch diese Umgestaltung erhielt das Abgeordnetenhaus eine neue Physiognomie. Die Sozialdemokratie hatte zwar auf ihrem Prager Parteitage im April 1896 eine scharfe Kundgebung gegen die Anflickung einer fünften Kurie veranstaltet, aber sie nahm schließlich mit dieser Abfertigung vorlieb. Im ganzen und großen herrschte das Empfinden vor, daß der Feudalstaat Österreich dem Volksstaate oder eigentlich dem Völkerstaate um eine ansehnliche Strecke näher gerückt sei.

Graf Badeni stand jetzt im Zenit seines Glückes. Das Abgeordnetenhaus entfaltete vor seiner Auflösung eine ungewohnte Geschäftigkeit. Gesetzentwürfe, die jahrelang herumgeschleppt wurden, kamen rasch unter Dach und Fach. Im Herbste des Jahres 1896 gab es nur unbedeutende Weiterungen. Am 1. Oktober überreichte Pergelt einen Dringlichkeitsantrag, der den ausgiebigeren Schutz der Deutschen Böhmens und die Verhinderung der tschechischen Eroberungszüge in das deutsche Sprachgebiet verlangte. Daraufhin brachte der Tscheche Herold freilich gleich einen Dringlichkeitsantrag ein, der für die tschechischen Minderheiten im deutschen Gebiete Schutz forderte. Graf Kuenburg interpellierte wegen der Begrüßung des Katholikentages durch den obersten Landeschef von Salzburg, da diese Versammlung für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes und für die Einrichtung konfessioneller Schulen eingetreten war. Die Antworten des Ministerpräsidenten befriedigten nicht, und es wurde im Schoße der deutschen Linken, die dem Ministerpräsidenten treue Gefolgschaft leistete, in Erwägung gezogen, ob man nicht gegen den Dispositionsfonds stimmen solle. Wirklich lösten sich etwa zwei Dutzend Abgeordnete von der Linken los, weil diese zu vorsichtig ope-

1) Gustav Strakosch-Graßmann, Das allgemeine Wahlrecht in Österreich seit 1848. Wien 1906.

rierte. Doch die plötzlich aufgetauchte Wolke zerteilte sich, ohne erheblichen Schaden zu stiften. Graf Badeni konnte auch den Staatsvoranschlag verhältnismäßig leicht durch die Klippen der parlamentarischen Beratung führen. Das Budget für das Jahr 1896 war rechtzeitig zustande gekommen, und am 19. Januar 1897 wurde das Budget für das laufende Jahr angenommen. In den ersten Januartagen des Jahres 1897 gab es eine kleine Sensation: Die Rechnungspost für die slowenischen Parallelklassen an dem Gymnasium in Cilli wurde abgelehnt, da es der leichtsinnige Ministerpräsident unterlassen hatte, die Freunde dieser Institution auf die Beine zu bringen. Aber der Zwischenfall berührte den Gang der Politik nicht weiter.

Vom 4. bis zum 24. März 1897 gingen die Parlamentswähler zur Urne. Die Wahlbewegung verlief lebhafter als sonst, da die fünfte Kurie die Arbeiterschaft in den Kreis der Wählenden einbezog. Das Abgeordnetenhaus setzte sich nun aus 49 Deutschfortschrittlichen, aus 26 verfassungstreuen Großgrundbesitzern, aus 39 Angehörigen der Deutschen Volkspartei, aus 41 Deutschklerikalen und aus 28 Christlichsozialen zusammen. Ferner gab es unter den wichtigen Parteien noch 62 Jungtschechen, 23 Feudale, 59 Anhänger des Polenklubs, 11 Ruthenen, 16 Slowenen, 11 Kroaten, 14 liberale Italiener und 5 Schönerianer. Die Sozialdemokratie, die mit großen Erwartungen in den Kampf eingetreten war, konnte nur 14 Mandate erringen. Bei den Wahlen in Galizien hatten sich schreckliche Szenen ereignet, die durch die Parteilichkeit der Beamtenschaft und durch die Rücksichtslosigkeit des polnischen Zentralwahlkomitees entstanden. Der Sozialdemokrat Daszynski hielt am 7. April 1897 im Parlamente eine wuchtige Anklagerede, in der er darauf hinwies, daß die Wahlen in dem einen Kronlande neun Tote und 29 Verwundete gefordert und zu 800 Verhaftungen geführt hätten. Am Tage vorher war der polnische Abgeordnete Gniewosz dem Grafen Dzieduszycki, dem Leiter des Zentralwahlkomitees, begegnet. Bei dieser Gelegenheit wies er die ihm vom Grafen dargebotene Hand mit den Worten zurück: „Wischen Sie sich erst das Blut ab, das durch Ihre Schuld bei den Wahlen vergossen wurde.“ So fürchtbar hatte die Schlachta bei der ersten Willenskundgebung des Volkes gewütet, um das Vordringen der demokratischen Parteien zu verhindern.

Der Eröffnung des frischgewählten Parlaments folgte gleich eine Ministerkrise. Die Regierung war ernstlich bemüht, sich eine feste Mehrheit zu schaffen, für die sie die Polen, die Feudalen, den

verfassungstreuen Großgrundbesitz und die Jungtschechen gewinnen wollte. Es stand eben der Abschluß des wirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn bevor, und Graf Badeni gedachte die parlamentarische Genehmigung seiner Abmachungen beizeiten sicherzustellen. Um die beabsichtigte Majorität zusammenzubringen, mußte er den Streit der beiden Völker Böhmens schlichten und die Jungtschechen, die noch immer als Oppositionspartei galten, irgendwie zu ködern suchen. Der Ministerpräsident war so naiv anzunehmen, daß der jahrzehntelange Kampf durch ein einseitiges Machtwort der Regierung beizulegen sei, und er lieh den Tschechen willig sein Ohr, die ihm zur Erlassung von Sprachenverordnungen rieten. Graf Badeni rückte mit seinen Ordonnanzen nicht plötzlich heraus, sondern verhandelte mit den deutschen Abgeordneten, ohne diese jedoch in die Einzelheiten seiner Entwürfe einzuweihen. Als der Tag herankam, an dem die Jungtschechen ihr Werbegeld ausbezahlt erhalten sollten, ward es einigen Ministern bange zumute. Gautsch, Gleispach und Glanz von Eicha sollen Gewissensbisse gehabt haben. Aber auch der verfassungstreue Großgrundbesitz wurde schwierig, und so reichte das Ministerium sein Entlassungsgesuch ein. Doch die Majoritätsbildung war nicht gescheitert, sondern sie wurde nur nach einer anderen Richtung hin betrieben. Die Klerikalen sprangen ein. Der Kaiser lehnte daraufhin das Demissionsgesuch mit Ausdrücken besonderen Vertrauens ab. Ein Handschreiben des Monarchen unterrichtete die Öffentlichkeit, daß die Krone wünsche, die Regierung möge „unbeirrt durch die von den Parteien bereiteten Schwierigkeiten sich in ihrer Tätigkeit lediglich von den allgemeinen Staatsinteressen leiten lassen".

Einen Tag später, am 5. April 1897, wurden die Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren erlassen. Um den Klerikalen einen Freundschaftsbeweis zu erbringen, schlug Graf Badeni auch den am 8. April zum fünftenmal zum Bürgermeister gewählten Dr. Lueger zur Bestätigung vor. Die Jungtschechen und die Klerikalen waren mithin belohnt worden, noch ehe sich der neue Bund bewährt hatte.

Badenis Sprachenverordnungen für Böhmen und für Mähren suchten beide Landessprachen in den zwei Kronländern sowohl im äußeren als im inneren Dienstverkehre der Zivilbehörden gleichzustellen. § 1 bestimmte, daß alle Ämter und Gerichte verpflichtet seien, mit den Parteien in der Sprache zu verkehren, in der sich diese an die Behörde gewandt haben. § 7 ordnete an, daß bei den Behörden die Sprache des mündlichen Anbringens oder der Eingabe einer Partei bei allen der Erledigung oder Entscheidung dieser Sache

dienenden Amtshandlungen anzuwenden sei; insbesondere habe bei den Gerichtshöfen die Antragstellung und Beratung im Senate in dieser Sprache zu erfolgen. Die Eintragung in die öffentlichen Bücher und Register hatte nach § 12 in der Sprache des mündlichen oder schriftlichen Ansuchens zu geschehen. Mit den Sprachenverordnungen erflossen auch für Böhmen und Mähren Verordnungen, die den sprachlichen Qualifikationen der Beamten galten. Alle Beamte, die vom 1. Juli 1901 ab angestellt würden, hätten die Kenntnis beider Landessprachen in Wort und Schrift nachzuweisen (§ 1). Unbeschadet dieser Bestimmungen wäre schon vom Tage der Erlassung an nach Tunlichkeit des Dienstes Vorsorge zu treffen, daß die Ämter und Gerichte mit beider Sprachen kundigen Beamten versehen werden (§ 3).

Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Die Deutschen, die am spätesten unter allen Völkern Österreichs zu einer vom nationalen Bewußtsein erfüllten Politik übergegangen waren, empfanden die Sprachenverordnungen wie Peitschenhiebe. Geringschätzig hatte sich die Regierung über ihr beharrliches Verlangen nach der Teilung Böhmens in ein deutsches und tschechisches Verwaltungsgebiet hinweggesetzt, denn das ganze Kronland sollte fortab nach einer Schablone behandelt werden. Was aber das Schmerzlichste war: den Söhnen der treuen deutschen Bevölkerung drohte eine Zurücksetzung ohnegleichen. Sie, die in rein deutschen Gegenden aufwuchsen, die an deutschen Universitäten studierten, sollten in Zukunft in ihrer Heimat keine Staatsanstellung finden können, sofern sie nicht der tschechischen Sprache mächtig waren oder diese in kurzer Zeit erlernen wollten. Dies ordnete nicht ein Gesetz an, das eine starke Majorität zustandegebracht hatte, sondern dies bestimmte die Laune eines mißbrauchten Ministerpräsidenten. Der ernste Ruf der Deutschen nach einem Sprachengesetze hatte nichts gegolten, der leichtfertige Rat der Tschechen, zu Verordnungen zu greifen, war berücksichtigt worden. Die Deutschen wurden so sehr brüskiert, daß sie sich erst allmählich des auf sie gehäuften Schimpfes bewußt werden konnten. Ihre Gegenwehr wuchs vom Einspruche zur offenen Kriegserklärung, vom Versammlungsproteste zur leidenschaftlichsten Auflehnung. Österreich wurde durch die Sprachenverordnungen in seinen Grundfesten erschüttert. Der ruhigste Deutsche wachte aus seinem Schlummer auf; bis in das entlegenste Dorf drang die Empörung. Zuletzt verschwanden die politischen Unterschiede und die Klassengegensätze. Studenten und Arbei-

ter, Bauern und Städter standen zusammen, und mit der Kraft des Sturmwindes hallte der Ruf durch alle deutschen Gaue: Weg mit dem Schandmal, weg mit dem Sprachenzwang! In Deutschland sahen die Stammesbrüder nicht ohne Kummer, was Unvernunft und Übermut im Reiche der Habsburger angerichtet hatten. Österreichs Deutsche aber blickten stärker denn je über die Grenzen, und einer der Ihren sang:

Wir schielen nicht, wir schauen,
wir schauen unverwandt,
wir schauen voll Vertrauen
ins deutsche Vaterland!

Dem Abgeordnetenhause lagen schon am 9. April 1897 drei Dringlichkeitsanträge vor. Die Schönerianer verlangten, daß die Sprachenverordnungen dem Hause unterbreitet werden mögen; die Liberalen forderten die ungesäumte Aufhebung, und die Deutsche Volkspartei wünschte die sofortige Beseitigung der Ordonnanzen und die Anbahnung einer Verständigung von Volk zu Volk. K. H. Wolf sprach in der Debatte von einer Germania irredenta und nannte die Sprachenverordnungen ein frivoles Attentat auf das Deutschtum. Die Haltung der Jungtschechen bezeichnete er als den ärgsten politischen Skandal, der jemals vorgekommen ist. Der liberale Bürgermeister von Leitmeritz, Alois Funke, versicherte, Graf Badeni sei von den deutschen Abgeordneten gewarnt worden; auf der Grundlage der Ordonnanzen könne niemals eine Verständigung mit den Tschechen stattfinden. Steinwender meinte: „Die Sprachenverordnung für Böhmen sei in ihrer Weise ein Unrecht, in ihrer Form eine Beleidigung und in ihrer Wirkung ein Hindernis für den Ausgleich. Darum weg mit ihr!" Graf Badeni bemühte sich, die Sprachenverordnungen mehr schlecht als recht zu verteidigen. Er bestritt, den Tschechen zuliebe gehandelt zu haben und betonte, die Interessen der Deutschen in Böhmen schützen zu wollen. Im Sinne des kaiserlichen Handschreibens lasse sich die Regierung nur vom allgemeinen Staatsinteresse leiten.

Bald nach den Osterferien begann der Sturmlauf der Deutschen aufs neue. Am 2. Mai 1897 fanden in Böhmen zwei große Parteitage statt. Die Liberalen kamen in Teplitz zusammen. Strache beantragte daselbst eine Resolution, in der dargelegt wurde, daß die Schädigung und Demütigung des deutschen Volkes in Böhmen nie und nimmer geduldet werden könne. An die deutschen Abgeordneten erging die Aufforderung, mit Anwendung aller ihnen zu Gebote

stehenden Mittel der schärfsten Opposition auf die Aufhebung der Sprachenverordnungen hinzuarbeiten. Die Deutsche Volkspartei hielt in Reichenberg eine Konferenz ab, bei der ebenfalls mit den entschiedensten Worten gegen die Tat Badenis losgezogen wurde. Als das Abgeordnetenhaus wieder zusammentrat, mußte es sich mit einem Antrage auf Erhebung der Anklage gegen die Minister, die ihren Namen unter die Sprachenverordnung gesetzt hatten, beschäftigen. Am 6. Mai begann die Beratung über diese Anregung, wobei sich die Deutschen darauf beriefen, daß die Ordnung der Sprachenangelegenheiten nur durch ein Gesetz erfolgen dürfe. Die Debatte brachte stürmische Auftritte, als Wolf meinte, daß sich die Deutschen von den „Tschechen, Slowenen und von anderen minderwertigen Nationalitäten" nicht alles bieten lassen würden. Menger klagte die Regierung an, weil sie in den weitesten Kreisen der Bevölkerung die Überzeugung hervorgerufen habe, daß es kein Recht der Deutschen gebe, das nicht gewaltsam zerrissen werden könne. Er klagte sie ferner an, weil sie die Annäherung der national gegnerischen Parteien verhinderte und eine Verwirrung wachrief, wie sie in keiner anderen Periode gleich stark war. Als der Justizminister Gleispach am 7. Mai die Äußerung wagte, die Deutschen hätten die Anklagen nicht ernst gemeint, wurde ihm mit einem Lärm und Toben geantwortet, das zu einer zweistündigen Unterbrechung der Sitzung führte. Auch nachher ging Gleispachs Rede ungehört unter. Er konnte sie nur, von Polen und Tschechen umringt, für die Stenographen halten. Als Generalredner der slawisch-klerikalen Mehrheit sprach Graf Falkenhayn, der mehrmals unterbrochen wurde. Der Tscheche Dr. Kaizl befürwortete den Übergang zur Tagesordnung, wofür auch 203 gegen 163 Abgeordnete stimmten.

Unterdessen waren immer weitere Kreise der Bevölkerung von der Erregung erfaßt worden. Siebzig deutsche Universitätsprofessoren verlangten vom Reichsrate die Beseitigung der Sprachenverordnungen, und im Herrenhause gab die Beratung der an die Krone zu richtenden Adresse den Rahmen für eine Auseinandersetzung über die Ordonnanzen. Inzwischen ging das Abgeordnetenhaus zur Obstruktion über. Ende Mai wollte man die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Gerichtsgebühren nicht zulassen. Am 23. Mai wurden 50 Petitionen vorgelegt, die der technischen Obstruktion ein dankbares Betätigungsfeld boten. Das Verhältnis zwischen dem Präsidium und den Abgeordneten wurde immer gespannter, der Lärm größer, die Gereiztheit stärker. Am 1. Juni schlossen sich die verfas-

sungstreuen Großgrundbesitzer an die Obstruktionisten an; bisher hatten sie sich abseits vom Kriegsschauplatze gehalten. An eine normale Arbeit des Parlaments war jetzt nicht mehr zu denken, und die Regierung sah sich schließlich gezwungen, die Session am 22. Juni zu schließen. Diese außergewöhnliche Maßregel wurde seit 28 Jahren zum erstenmal ergriffen. Gleichzeitig ließ sich die Regierung zur Versendung eines Geheimerlasses bestimmen, der ihre Organe anwies, bei radikalen nationalen Versammlungen nicht voreilig einzuschreiten, sondern die Redner aussprechen zu lassen, da sie nur dadurch in die Lage kämen, sich eines strafbaren Vergehens schuldig zu machen.

In der parlamentlosen Zeit ließ die Strömung gegen die Sprachenverordnungen nicht nach, sondern die Wogen schwollen noch mehr an. Eine Versammlung folgte trotz der sommerlichen Hitze der anderen, obwohl Graf Badeni täppisch dazwischenfuhr und durch Versammlungsverbote drangsalieren ließ. In Deutschböhmen nahm eine Bewegung überhand, die auf die Einstellung der von den Gemeinden für den Staat auszuführenden Geschäfte abzielte und dem Ministerium recht unangenehm wurde. Für den 13. Juni war nach Eger ein großer Volkstag einberufen worden, den ein polizeiliches Verbot traf. Sogleich bereitete man sich für eine neue Veranstaltung vor, die am 11. Juli in Eger stattfinden sollte. Abermals erfloß ein Verbot der Behörde, ohne jedoch eine Wirkung auszuüben. Aus ganz Böhmen waren an diesem Tage Deutsche nach Eger geströmt, die, von ihren Abgeordneten geführt, durch die festlich geschmückte Stadt zum Versammlungsorte zogen. Als die Menge hier mit Gewalt auseinandergetrieben wurde, eilte sie in das Gemeindehaus zurück, wo nun eine improvisierte Versammlung vor sich ging. In den Straßen kam es zu Reibereien mit der Gendarmerie, durch die der Groll über die Verfolgung durch die Behörden eine neuerliche Steigerung erfuhr. Die Protestkundgebungen blieben nicht auf Böhmen und Mähren beschränkt, sondern erstreckten sich fortab auch über die Alpenländer.

Angesichts der Erregung im deutschen Lager glaubten die Tschechen ihre Sache dadurch fördern zu müssen, daß sie sich als Verfolgte hinstellten. Ende Juli überreichten die Vertrauensmänner der jungtschechischen Partei dem Statthalter von Böhmen eine Beschwerde wegen der Bedrohung ihrer Landsleute im deutschen Sprachgebiete, und Anfang September fand in Prag ein tschechischer Parteitag statt, der die Ausdehnung der Sprachenverordnungen auf Schlesien ver-

langte. Einige Wochen später wurde daran erinnert, daß die Tschechen noch unerfüllte staatsrechtliche Wünsche in Bereitschaft hätten, für deren Berücksichtigung die Abgeordneten sorgen sollten. Diese hatten übrigens dem Grafen Badeni nach der Erlassung der Ordonnanzen eine Denkschrift unterbreitet, die nicht weniger als 35 neue Forderungen enthielt.[1]) Der arme Ministerpräsident wird wohl verwunderte Augen gemacht haben! Nur schlechte Politiker neigen zu Übertreibungen. Die tschechischen Volksvertreter ließen sich wieder wie so oft von den Feudalen als Sturmböcke mißbrauchen. Sie vergaßen wohl das sinnige Epigramm Havlíčeks:

„Wenzel, sollst mit großen Herrn
dich aufs Eis nicht wagen.
Jene werden stolpern, aber
du brichst dir den Kragen."

Graf Badeni scheint nun doch ein leises Grauen empfunden zu haben. Mitte August 1897 machte er einen Versuch zur Herbeiführung einer Verständigung. An die deutschen Vertrauensmänner erging die Einladung, am 26. August nach Wien zu einer Konferenz zu kommen. Aber die Deutschen sahen sich veranlaßt, abzulehnen, weil die Exzesse, die eben gegen ihre Volksgenossen von den Tschechen in Pilsen verübt wurden, der Friedensstimmung nicht förderlich waren. In gleicher Weise schlug die Anregung fehl, die der deutschklerikale Dipauli zwei Monate später im Parlamente gab. Durch einen Dringlichkeitsantrag wurde von ihm die Einsetzung eines Ausschusses verlangt, der mit Rücksicht auf die große Erregung „zum Zwecke der Aufhebung der Sprachenverordnungen" Gesetzesvorschläge zu unterbreiten hätte.

Für die Deutschen gab es kein Zurück. Sie waren auch in der glücklichen Lage, die Regierung in eine Sackgasse zu treiben, aus der sie nur der Rücktritt befreien konnte. Das Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn mußte unter allen Umständen erneuert werden, und Graf Badeni war an eine bestimmte Frist gebunden. Der Finanzminister Bilinski hatte zwar schon am 1. Oktober 1896 in seiner großen Etatrede voll Überhebung ausgerufen: „Wir haben den Ausgleich gemacht, wir können auf das Resultat dieser Ausgleichsverhandlungen mit Stolz blicken." Aber im Juni des nächsten Jahres mußte Graf Badeni einsehen, daß der Ausgleich nicht rechtzeitig fertigzustellen sei und an die Vorlage eines Ausgleichs-

1) Karl Kramař, Anmerkungen zur böhmischen Politik. Wien 1906.

provisoriums für ein Jahr schreiten. Anfang November 1897 erklärte nun Bilinski im Budgetausschusse, das Ausgleichsprovisorium würde mit dem § 14 erledigt werden, wenn das Abgeordnetenhaus die rechtzeitige parlamentarische Genehmigung vereiteln sollte. Doch schon zwei Tage später trat er den Rückzug an. Bilinski legte dar, daß er gemeint hätte, die Regierung würde mit dem § 14 bloß die Maßnahmen treffen, die notwendig wären, um eine gefährliche Krise im Verhältnisse beider Reichshälften hintanzuhalten. Der Entwurf eines Ausgleichsprovisoriums, der dem Abgeordnetenhause zuging, ließ an Dürftigkeit nichts zu wünschen übrig. Einen Motivenbericht hatte sich die Regierung geschenkt; ja sie brachte es fertig, eine Vorlage, die eine gleich wichtige als verwickelte Materie betraf, auf eineinhalb Seiten unterzubringen.[1]) Die deutschen Obstruktionisten boten alles auf, um diesen Gesetzentwurf, der bis zum 1. Dezember fertiggestellt sein mußte, nicht durchzulassen, und diese Bemühung führte dank der Rücksichtslosigkeit und Gewissenlosigkeit der Mehrheit zu Vorkommnissen, die in der Verfassungsgeschichte aller Völker einzig dastehen.

Am 13. Oktober begannen im Abgeordnetenhause die Verhandlungen über fünf Dringlichkeitsanträge, die die Erhebung einer Anklage teils gegen den Ministerpräsidenten, teils gegen die ganze Regierung zum Inhalte hatten. Sowohl die Sprachenverordnungen als der geheime Erlaß vom 2. Juni 1897, wie auch die Vorgänge in Eger waren die Veranlassung zu diesem Verlangen. Die Debatte wurde möglichst in die Länge gezogen und durch die Forderung nach namentlichen Abstimmungen und dergleichen Obstruktionstricks gewürzt. Da beging der Pole Abrahamowicz, der den Vorsitz führte, wissentlich den Fehler, über einige deutsche Abgeordnete, die zum Protokoll der letzten Sitzung reden wollten, hinwegzuspringen und dem Tschechen Herold das Wort zu erteilen. Mit elementarer Gewalt brach sich nun der Groll der deutschen Obstruktionisten Bahn. Ein Lärm brauste durch den Saal, wie er früher nie gehört worden war, und Deutsche und Tschechen wurden handgemein. Schließlich lehnte das hohe Haus die Dringlichkeitsanträge ab. Der deutschklerikale Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Kathrein wollte den Kampf gegen seine eigenen Volksgenossen, zu dem das Ministerium hindrängte, nicht auf sein Gewissen nehmen, und so legte er am 26. Oktober die Würde nieder, die ihm das Parlament verliehen

1) Nr. 177 der Beilagen zum Protokoll des Abgeordnetenhauses XIII. Session.

hatte. „Er nahm in seine Heimat nicht den Dank der Regierung mit" — sagte Dr. Lecher zwei Tage nachher —, „nicht die Anerkennung des Grafen Badeni, keine glitzernde Auszeichnung auf der Brust, dafür aber etwas in der Brust, was mehr wert ist als Ehrendiplome und Orden: ein reines Gewissen und das Bewußtsein der Hochachtung auch seiner Gegner." Kathrein zog sich nach Tirol zurück, und die Bürger seiner Aufenthaltsstadt Hall ehrten ihn durch einen Fackelzug.

Die Annahme des Ausgleichsprovisoriums wurde immer dringender. Als Retter in der Not wollte jetzt der Pole Jaworski der Regierung beispringen, und er beantragte, daß künftig außer den Tagessitzungen des Parlaments noch Abendsitzungen abgehalten werden mögen. Die Mehrheit nahm diesen Vorschlag an, und dabei blieb es. Als am 28. Oktober nach sieben Uhr abends die Beratung wieder aufgenommen wurde, legten wohl die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie durch je einen Sprecher Verwahrung ein, aber dies fruchtete nichts. Gleich darauf erhielt der junge liberale Abgeordnete Dr. Lecher das Wort, der sich nur mit Mühe Gehör verschaffen konnte, weil der Abgeordnete Wolf und andere die Abhaltung der Nachtsitzung unmöglich machen wollten. Eineinhalb Stunden bemühte er sich vergebens, an seine Darlegungen zu schreiten, denn erst allmählich trat Ruhe ein. Lecher sprach nun unausgesetzt dreizehn Stunden. Seine Rede machte nicht nur wegen der Ausdauer des Sprechers, sondern auch wegen ihres gediegenen Inhaltes und wegen ihrer strengen Sachlichkeit das größte Aufsehen. Lichtvoll behandelte er die schwierigen Probleme des Ausgleichs; er zeigte, wie sehr Österreich durch die Abmachungen Badenis und Bilinskis geschädigt wurde. Lecher nannte die Regierungsvorlage ein „Monstrum in einem Paragraphen", eine Mißgeburt. Um dieses „Kunststück" zustandezubringen, sei es nicht notwendig gewesen, die Sprachenverordnungen zu erlassen und das Reich in seinen Grundfesten zu erschüttern. Durch die große Obstruktionsrede war Lecher mit einem Schlage ein berühmter Mann geworden, der in ganz Deutschösterreich gefeiert wurde. Als er am 31. Oktober nach Brünn, dessen Abgeordneter er war, kam, empfing man ihn wie einen Feldherrn, der in einer schweren Schlacht Sieger gewesen. An 20000 Menschen hatten sich vor dem Bahnhofe versammelt. Lecher schloß die Ansprache, zu der er gezwungen war, mit dem Rufe: „Heil unserem großen, herrlichen und geeinten deutschen Volke!"

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses fand erst am 4. No-

vember statt. Dr. Lueger, der als Redner an die Reihe kam, wurde drei Stunden hindurch am Sprechen verhindert. Damals stand er als Bundesgenosse des Grafen Badeni wohl auf dem Tiefpunkte seiner Popularität, obwohl auch er das Ausgleichsprovisorium zurückwies. Zwischen den Christlichsozialen und den deutschen Abgeordneten kam es zu einem lebhaften Geplänkel, und als der Vizepräsident Dr. Kramař dem Abgeordneten Wolf zurief, daß er sich anständig benehmen möge, schrien die Deutschnationalen unausgesetzt: Hinaus mit dem Präsidium! Mit den Pultdeckeln wurde fortwährend gelärmt; das üblich gewordene Handgemenge blieb nicht aus. Endlich wurde doch der Schluß der Debatte bewerkstelligt, und am 5. November, um acht Uhr früh, war das Ausgleichsprovisorium in erster Lesung angenommen und an den Budgetausschuß geleitet.

Drei Tage später verhandelte das Parlament wieder über die Anregung zur Anklage der Minister wegen der Sprachenverordnungen. Der deutschliberale Funke hielt eine sechsstündige Rede, in der er darlegte, daß es sich um eine letzte Mahnung an die Regierung handle; das deutsche Volk werde nicht zurückweichen; es kämpfe für die Freiheit und den Fortschritt des Staates, für die Verfassung und Einheit des Reiches. Dr. Pacak meinte, die Regierung habe dem tschechischen Volke nur Gerechtigkeit angedeihen lassen und beantragte über die Ministeranklage zur Tagesordnung überzugehen. Mit sechs Stimmen Mehrheit wurde diesem Antrage Folge gegeben. Am 12. November ging die Wahl eines neuen Präsidenten vor sich. Sowohl die Klerikalen als die Tschechen hatten Bedenken, die unter den gegebenen Verhältnissen wenig verlockende Würde anzunehmen, aber die Polen waren von Skrupeln frei. David Ritter von Abrahamowicz, den drei Dutzend Großgrundbesitzer ins Parlament entsandten, ergriff die Zügel der Geschäftsführung.

Jetzt galt es, die zweite Lesung des Ausgleichsprovisoriums zu vereiteln. Für den 23. November war die Entscheidungsschlacht angekündigt. Bis zwei Uhr nachmittags dauerten die von Dr. Groß beantragten namentlichen Abstimmungen über die Richtigkeit des Protokolls der vorhergehenden Sitzung. Nun sollte die namentliche Abstimmung über jede von den Obstruktionisten überreichte Petition beginnen. Aber Dr. Dyk schlug die summarische Behandlung aller Petitionen vor. Unterdessen sammelten sich auf der Estrade die deutschen Abgeordneten an, und Funke, Kittel und Groß forderten stürmisch das Wort. Nachdem einige Redner gesprochen hatten, erklärte Abrahamowicz, keine weitere Debatte zuzulassen. Rufe, wie: Sie

sind eine Schande des Parlaments, ein Lakai des Badeni! flogen ihm zu. Zwischen Abrahamowicz und Schönerer kam es zu einem scharfen Wortwechsel. Schließlich stürzte Schönerer auf die Tribüne des Präsidenten und riß die Glocke an sich. Daraufhin verließen Abrahamowicz und Kramař den Saal, doch der Lärm dauerte in der Pause ungeschwächt fort. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung forderte Abrahamowicz die Ordner auf, die Präsidententribüne von den deutschen Abgeordneten zu befreien, wobei es zu einer regelrechten Keilerei kam. „Es war ein Tag der Beschämung für alle, der Genius der Freiheit verhüllte trauernd das Haupt", schrieb die Neue Freie Presse nach der Sitzung vom 23. November. Die Mehrheit bereitete jetzt einen Handstreich vor. Am 25. November verlas der deutschklerikale Graf Falkenhayn, ohne daß ihn im Lärm jemand außer den Stenographen verstehen konnte, einen Antrag. Danach sollte die Geschäftsordnung so umgeändert werden, daß der Präsident Abgeordnete auf die Dauer von drei Tagen ausschließen dürfe, während es dem Hause selbst zuzustehen hätte, Ausschließungen bis zu dreißig Tagen vorzunehmen. Weigere sich ein Abgeordneter, den Saal zu verlassen, so solle der Präsident berechtigt sein, ihn durch von der Regierung beizustellende Exekutivorgane aus dem Hause zu entfernen. Ohne daß es die Obstruktionisten bemerkt hätten, schritt Abrahamowicz zur Abstimmung und verkündete dann sofort, daß der Antrag Falkenhayn angenommen sei. Durch diese Überrumpelung war die Freiheit des Parlaments brutal vernichtet und die Polizei zu einem wichtigen Hilfsmittel des Präsidenten geworden. Die nationalbewußten Deutschen, die sich in der Abwehr eines Angriffes der Regierung auf alte Rechte so engagiert hatten, konnten diesen zweiten Schlag nicht ruhig hinnehmen. Sie erhielten übrigens einen entschlossenen Bundesgenossen, denn die Sozialdemokraten, die die Obstruktion gegen die Sprachenverordnungen den bürgerlichen Parteien überlassen hatten, ermannten sich nun, die Rechte des Parlaments zu schützen. Sie besetzten Freitag, den 26. November die Präsidententribüne, und als Abrahamowicz die Estrade von den Dienern und Ordnern freimachen lassen wollte, entbrannte ein förmlicher Kampf. Daraufhin verließ der Präsident seinen Platz und etwa sechzig Sicherheitswachleute traten mit den Pickelhauben auf den Köpfen in den Beratungssaal, um die Präsidententribüne von den Sozialdemokraten zu räumen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wuchs der Tumult noch mehr. Der Reihe nach wurden die Abgeordneten Wolf, Daszynski, Schönerer, Josef Steiner, Rieger,

Hybes, Resel, Cingr, Verkauf und Schrammel von den nächsten drei Sitzungen ausgeschlossen und mit Gewalt aus dem Saale geführt. Um zwei Uhr war das bewegte Schauspiel zu Ende.[1]) Am nächsten Tage fing das Treiben von vorne an, nur daß jetzt auch die Christlichsozialen zu den Obstruktionisten übergingen. Der Abgeordnete Wolf, der an diesem Tage ins Parlament zurückgekehrt war, wurde ins Landesgericht gebracht und wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit in Untersuchung gezogen; er hatte sich nämlich an dem heiligen Geist der Lex Falkenhayn versündigt, durch die der störrige Abgeordnete für drei Tage ausgeschlossen ward.

Die Vorgänge im Parlamente haben die Bevölkerung kräftig aufgerüttelt. Am 26. November fanden in Wien vor dem Reichsratsgebäude, vor dem Rathause und dem Ministerium des Innern große Demonstrationen statt, die von den Studenten und der Intelligenz veranstaltet wurden. Die Polizei nahm Verhaftungen vor, und die Stimmung war sehr erbittert. Auch in Graz kam es zu großartigen Kundgebungen. Am 27. November wiederholten sich die Demonstrationen in Wien und Graz, an denen sich jetzt auch die Arbeiter stärker beteiligten. Die Stimmung war auf das äußerste gereizt; etwas von revolutionärem Feuer loderte in der Menge. Die Polizei und das ausgerückte Militär taten alles, um die Leidenschaften anzufachen: bis acht Uhr abends zählte man in Wien 61 Verhaftungen. Der 28. November fiel auf einen Sonntag. Wien glich einer Stadt, in der jede Stunde ein Aufruhr auszubrechen droht. Die Ringstraße war von Menschen übersät, die zu dem Äußersten entschlossen schienen. Aus tausenden Kehlen erbrauste gewaltig der Ruf: Nieder mit Badeni! und — Badeni war bereits gefallen. Der Kaiser war Samstag unerwartet aus Wallsee zurückgekehrt und hatte den Grafen Badeni und den Grafen Goluchowski in Audienz empfangen. Das von dem Ministerpräsidenten unterbreitete Entlassungsgesuch wurde vom Monarchen angenommen, als der Bürgermeister Dr. Lueger erklärte, daß er für die Ruhe in der Hauptstadt nicht mehr einstehen könne. Um die Massen zu besänftigen, verteilte man noch Sonntag Extrablätter der „Wiener Zeitung", die die Vertagung des Reichsrates und die Enthebung des Ministerpräsidenten verkündeten.

Ein politischer Dilettant, der, nichts Böses ahnend, Unheil gestiftet hatte, war beseitigt. Noch bestanden die Sprachenverordnungen,

1) Das stenographische Protokoll der 31. Sitzung der XIII. Session hat bloß folgenden Inhalt: „Zeitweilige Ausschließung von Abgeordneten. (Seite 1819, 1820, 1821, 1822 und 1824.)"

aber ihr Schöpfer hatte seine hohe Stellung eingebüßt. Damit gab sich die in Bewegung geratene Masse für den Augenblick zufrieden. „Graf Badeni ist ein gebrochener Mann, politisch begraben ohne Möglichkeit der Auferstehung. Turmhoch wäre sein Denkmal, wenn die Steine aufeinander geschichtet würden, die ihm ein tiefverletztes Volk moralisch nachgeworfen hat. So tief zu stürzen, ist ein bitteres Los." Das war der Abschied des führenden Wiener Blattes vom Ministerpräsidenten. Nicht weniger als er wurden damals die Mitschuldigen an der Entweihung des Parlaments gehaßt. Abrahamowicz durfte sich in den Straßen Wiens nicht sehen lassen... Doch die Zeiten vergehen, und der Groll des Volkes verflackert ...

Unter den gesetzgeberischen Werken, die das Parlament vor seiner Auflösung anfangs 1897 schuf, ragt das neue Heimatgesetz hervor. Schon im Jahre 1894 hatte die Regierung dem Abgeordnetenhause eine Vorlage unterbreitet, die den unhaltbar gewordenen Verhältnissen entgegenzutreten suchte. In Wien gab es nicht weniger als 880000 Personen, die nicht heimatberechtigt waren, und in den anderen Großstädten gestalteten sich die Zustände nicht günstiger. Einem modernen Heimatrechte standen sowohl die Deutschliberalen, die Deutschnationalen als auch die Christlichsozialen gegnerisch gegenüber. Mitte Oktober 1896 wurde endlich an die zweite Lesung geschritten, aber die Unlust vieler Abgeordneter, in die Beratung dieses wichtigen Gesetzentwurfes einzugehen, trat deutlich hervor. Viele zweifelten bereits an dem Gelingen der Arbeit. „Man betrachtet diese Vorlage vom einseitigen, egoistischen und zum Teile sogar vom kleinlichen Interessenstandpunkt", schrieb die Neue Freie Presse. Zuletzt wichen jedoch die Schwierigkeiten, und das Abgeordnetenhaus konnte am 26. Oktober 1896 den Gesetzentwurf fertigstellen. Durch die neuen Bestimmungen wurde das Recht auf Ersitzung der Zuständigkeit begründet. Die Willkür der Gemeinden war durch die Pflicht zur Aufnahme in den Gemeindeverband gebrochen.

Nach vielen Fährlichkeiten wurde auch die von Steinbach eingeleitete Reform der direkten Personalsteuern zu Ende gebracht. Das Gesetz vom 25. Oktober 1896 schuf eine neue Grundlage für diese Steuerkategorien.

Nicht vergessen darf das Gesetz über die Gewerbegerichte vom November 1896 werden, das der Anregung des Abgeordneten Baernreither seine Entstehung verdankt. Den Gewerbegerichten wird die

Gerichtsbarkeit bei Streitigkeiten zugewiesen, die aus dem gewerblichen Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisse entspringen. Die Sozialdemokratie entfaltete im Jahre 1898 in allen Industriestädten eine rege Versammlungstätigkeit, um die Arbeiterschaft über die Bedeutung der neuen Institution aufzuklären und die Vermehrung der Gewerbegerichte zu beschleunigen.

Die Regierung Badeni hat dem Verlangen der kleingewerblichen Kreise insofern Rechnung getragen, als sie schon wenige Monate nach ihrem Amtsantritte dem Parlamente einen Gesetzentwurf überreichte, der sich die Revision der gesamten Gewerbeordnung zum Ziele setzte. Im Sinne des Motivenberichtes sollten die zum Schutze des Kleingewerbes erlassenen gesetzlichen Bestimmungen nach Maßgabe der gewonnenen Erfahrungen ausgebaut werden; ebenso wurde beabsichtigt, die Vorschriften für den Arbeiterschutz entsprechend auszugestalten. Die Vorlage brachte den Zünftlern zu wenig, weil sie der Forderung nach Einführung der Meisterprüfung nicht nachkam und weil sie der Großindustrie und dem Handelsgewerbe nicht an den Leib rückte. Das Arbeiterrecht wies zahlreiche Verbesserungen auf; anderseits machte sich wieder das Bestreben, die Bewegungsfreiheit der Arbeiter einzuengen, unzweideutig bemerkbar. Von den Anregungen der Gewerbenovelle des Ministeriums Badeni gingen nur ganz wenige Punkte in das geltende Recht über. Knapp vor Torschluß wurde, um den „geehrten Wählern" etwas zu bieten, das Lehrlings- und Genossenschaftswesen neu geregelt. Um grundsätzliche Änderungen handelte es sich dabei nicht.[1])

In den neunziger Jahren war die Arbeiterbewegung ungemein erstarkt; nicht nur die politischen, auch die gewerkschaftlichen Organisationen hatten einen gewaltigen Aufschwung genommen. Neben vielen geringfügigeren Behelligungen weist die Ära Badeni auch einen wuchtigen Schlag gegen die Arbeiterorganisationen auf, der freilich ebenso wirkungslos als brutal war. Mitte März 1897 wurde die gewerkschaftliche Organisation der Eisenbahner aufgelöst. Im Abgeordnetenhause verteidigte sich Graf Badeni durch den Hinweis, daß der Eisenbahnbediensteten-, Fach- und Unterstützungsverein den in Wien abgehaltenen Eisenbahnerkongreß beschickt und daß sich diese Vereinigung an die Gewerkschaftsorganisation angeschlossen habe. Selbstverständlich wurde sofort eine neue Organisation der Eisenbahner geschaffen, die schon im Jahre 1898 nahe-

1) Heinrich Waentig, Gewerbliche Mittelstandspolitik. Leipzig 1898.

zu 14 000 Mitglieder zählte. Man ist in Österreich erst sehr spät zur Erkenntnis gekommen, daß große Volks- oder Klassenbewegungen durch Akte der Willkür nicht gehemmt, sondern gefördert werden. Zur Zeit Badenis war man von dieser Einsicht noch meilenweit entfernt. Welch geringes Verständnis der Ministerpräsident für den Ernst und für die Bedeutung tiefer Volksströmungen besaß, konnte man eigentlich erst nach dem Zusammenbruche seines Regimes voll ermessen. Im Abgeordnetenhause erzählte nämlich ein Jungtscheche, daß der aus Galizien herbeigeholte Ministerpräsident beabsichtigt hatte, ganz Deutschböhmen durch die Verhängung des Ausnahmezustandes „zur Räson" zu bringen. Wer kann die Folgen ermessen, die diese Maßregel hervorgerufen hätte? Es ist wahrlich ein Glück, daß Graf Badeni diesen letzten Trumpf nicht ausgespielt hat.

VII. Die nationalen Wirren und die Obstruktion.

A. Das Ministerium Gautsch.

Am 28. November 1897 war Paul Gautsch Freiherr von Frankenthurn mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden. Zwei Tage später stand die Liste seiner Mitarbeiter bereits fest. Das Finanzministerium übernahm Prof. Böhm von Bawerk, Dr. von Körber trat als Handelsminister in die Regierung, Ritter von Wittek, der unter Kielmansegg Leiter des Handelsministeriums war, wurde Eisenbahnminister. Das Justizportefeuille ging an Dr. von Ruber über. An die Spitze des Unterrichtswesens kam Graf Latour. Neben dem unvermeidlichen Landesverteidigungsminister Grafen Welsersheimb trat noch Bylandt-Rheidt als Ackerbauminister in die Regierung. Freiherr von Gautsch hat somit ein Beamtenministerium gebildet, dem fünf Sektionschefs angehörten. Niemals vielleicht ist eine Regierung gleich frostig empfangen worden wie diese. Der Ministerpräsident neigte der Schule jener Staatsmänner zu, auf die das Wort korrekt in jeder Hinsicht zutrifft. Kühl bis ans Herz hinan ging er seiner Wege, so wie es ihm seine Beamtenpflicht gebot und so gut er es vermochte. Freiherr von Gautsch ist seinem Wesen nach konservativ; jähe Übergänge widerstreben ihm. Lieber etwas eine Woche zu spät tun, als eine Stunde zu früh: das mag seine Devise sein. Er ist ein Mann von moderner Bildung, ohne jedoch das Übermenschentum der einen oder das Ästhetentum der anderen hervorzukehren. Man kann ihn

also nicht nur eine korrekte, sondern auch eine gesunde Persönlichkeit nennen.

Die erste Tat des neuen Ministerpräsidenten war die Befreiung der Novemberopfer aus der Haft. Dadurch wurde in Wien die Ruhe wieder hergestellt, aber das Feuer brach sogleich an einer anderen Stelle aus. Für die Tschechen war die Entfernung Badenis ein harter Schicksalsschlag, denn noch kein Ministerpräsident hatte sich ihnen so sorglos ausgeliefert wie der nun abgetane Staatsmann. Gleich Marc Anton an der Bahre Cäsars konnten die Führer der Tschechen ausrufen: „Da fielet ihr und wir, wir alle fielen." Es ist ein großer Fehler, trügerische Hoffnungen zu erwecken, weil sie übermütig machen und weil die Ernüchterung dann furchtbare Folgen haben kann. Badeni schien den Tschechen der richtige Ministerpräsident zu sein, um ihnen ein nationales Himmelreich auf Erden aufzurichten. Nun, da er förmlich aus dem Amte gejagt worden war, bäumten sich die Tschechen in blinder Wut auf. Am 30. November bereits wandte sich die jungtschechische Partei mit einer Kundgebung an das Volk, in der es hieß, man müßte jetzt den festen Willen beweisen, das Recht niemals durch Gewalt, die Gerechtigkeit niemals durch Unrecht verdrängen zu lassen. Man zwinge die Tschechen zum Kampfe, aber sie werden nicht innehalten, bis der Sieg errungen sei. Auch die Alttschechen richteten einen Appell an die Nation, in der schweren Zeit einig zu sein. In Prag kam es sogleich zu schändlichen Exzessen, die in regelrechte Plünderungen ausarteten. Zuerst wurde das Aehrenthalsche Palais arg mitgenommen; dann ging's über den Wenzelsplatz zum deutschen Theater und so fort. „Nieder mit den Deutschen, nieder mit den Juden!" lautete der Schlachtruf der Exzedenten. In den Vororten Prags fanden Kämpfe mit dem Militär statt; nach den Zeitungsberichten wurden am 1. Dezember drei Personen getötet und 38 schwer verwundet. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hielt sich den Tumulten ferne. „Wir haben damit nichts gemein und kein Interesse, uns an den Kämpfen der bürgerlichen Parteien zu beteiligen", besagte eine Proklamation der Partei. Nachdem mehr als 40 Geschäftsläden geplündert und viele Gebäude der Deutschen verwüstet worden waren, verhängte die Regierung am 2. Dezember 1897 das Standrecht über Prag und dessen Umgebung.

In Wien begann Freiherr von Gautsch nun mit den Parteiführern zu verhandeln. Die Deutschfortschrittlichen, die Freie deutsche Vereinigung, die verfassungstreuen Großgrundbesitzer, die

Deutsche Volkspartei und die Christlichsozialen — nur die deutschen Klerikalen schalteten sich aus — hatten sich schon Ende November zu einer Gemeinbürgschaft zusammengeschlossen, und von ihnen wurden jetzt die Vorschläge abgelehnt, die ihnen der Ministerpräsident unterbreitete. Am 12. Dezember fand im Sofiensaale in Wien ein deutscher Volkstag statt, der vom „Verein der Deutschnationalen" einberufen war. Über 6000 Personen hatten sich eingefunden; es herrschte freudige Kampfesbegeisterung. Der Abgeordnete Wolf beantragte eine Resolution, die in dem Verlangen nach der Zurückziehung der Sprachenverordnungen, nach der Nichtigkeitserklärung der Lex Falkenhayn und nach dem sofortigen Rücktritte des Parlamentspräsidiums gipfelte. Auch die Tschechen ließen nicht locker. Am 19. Dezember forderten die jungtschechischen Vertrauensmänner in Prag, daß kein Pünktchen an den Sprachenverordnungen geändert werde, wenn man es nicht auf den Widerstand des aufs äußerste erbitterten tschechischen Volkes ankommen lassen wolle. So dauerte das Ringen der beiden Völker weiter.

Unterdessen rückte das Ende des Jahres heran, und die „Wiener Zeitung" brachte eine stattliche Zahl von § 14-Verordnungen. Am 29. Dezember wurde die „Quote" um ein Jahr verlängert und eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Gerichtsgebühren vorgenommen. Der 31. Dezember brachte drei § 14-Verordnungen: ein Budgetprovisorium für ein halbes Jahr, die provisorische Aufrechterhaltung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn für ein Jahr und die Zusicherung der bedingten Straflosigkeit für Zinsverheimlichungen bei der Fatierung der Personaleinkommensteuer.

In der ersten Hälfte Januar 1898 nahmen die Landtage wieder ihre Arbeit auf. Von größter Bedeutung war selbstverständlich das Bild des böhmischen Landtages. Freiherr von Gautsch suchte sich durch die rasche Aufhebung des Standrechtes gut einzuführen. Die deutschen Abgeordneten schwankten eine Zeit hindurch, ob sie das Landesparlament aufsuchen sollten; allein sie faßten schließlich den Entschluß, den Beratungssaal auf dem Prager Fünfkirchenplatze zu betreten. Im böhmischen Landtage wurde von den Feudalen ein Antrag auf Einsetzung eines Sprachenausschusses gestellt, während die Deutschen durch den Abgeordneten Schlesinger die Aufhebung der Sprachenverordnungen fordern ließen. Doch die Anregung des Grafen Karl Buquoy war erledigt, als Schücker erklärte, daß die Deutschen nicht in den Sprachenausschuß gehen werden. Der Abgeordnete

Prade meinte, die Deutschen würden nicht aufhören „Die Wacht am Rhein“ zu singen. Am 17. Januar legte K. H. Wolf dar, keine Regierung dürfe hoffen, mit den Deutschen fertig zu werden, solange sie ihnen nicht ihr Recht zuteil werden lasse. Die Sprachenverordnungen müßten aufgehoben und der Statthalter Graf Coudenhove entlassen werden, da er gegen die Prager Exzedenten zu wenig energisch vorgegangen sei. Am 20. Januar wurde die Debatte über den Antrag des Grafen Buquoy abgeschlossen. Die Mehrheit des Landtages ging auf die Anregung ein, aber der Ausschuß war selbstverständlich eine Totgeburt.

Vorher noch hatte sich ein ernster Zwischenfall abgespielt. Am 18. Januar brachte Wolf die Botschaft in den Landtagssaal, daß ein deutscher Couleur-Student auf dem Prager Graben überfallen und blutig geschlagen worden sei. Erregt drangen die deutschen Abgeordneten auf den Statthalter ein, der das Recht der deutschen Studenten auf das Tragen der Farben anerkannte. Der Prager Bürgermeister Podlipny fand es jedoch angezeigt, Öl ins Feuer zu gießen, indem er gegen den Bummel der Studenten sprach und den Statthalter aufforderte, Ordnung zu schaffen. Ihm sekundierte der Tscheche Herold nach besten Kräften. Die zum Fenster hinaus gehaltenen Reden verfehlten nicht ihren Zweck. Am 19. Januar mußten 100 Polizisten, ein halbes Bataillon Infanterie und eine Eskadron Dragoner aufgeboten werden, um die bummelnden deutschen Studenten vor den Angriffen der Tschechen zu schützen. Daraufhin wurde den deutschen Universitätshörern das Tragen der studentischen Abzeichen verboten. Diese Maßnahme wirkte erbitternd und verschärfte die Erregung, die noch wegen der Erlassung der Sprachenverordnungen vorhanden war. Der Senat der deutschen Universität in Prag trat zurück, da das Verbot einem alten Rechte widersprach. Die Vorlesungen wurden an der deutschen Universität und Technik eingestellt. Ende Januar fand in Leitmeritz ein deutscher Akademikertag statt, an dem etwa tausend Studenten und viele Professoren teilnahmen. Hier wurde für den Fall des Nichtaufhebens des Farbenverbots ein Universitätsstreik proklamiert, und die ganze deutsche Studentenschaft Österreichs war bald von der Bewegung ergriffen. An den Wiener Hochschulen wurden die Vorlesungen am 3. Februar sistiert, und gleich darauf erfolgte die Schließung der übrigen von den Deutschen besuchten Hochschulen.

Das Ministerium Gautsch sah die Voraussetzungen für eine Verständigung der beiden Völker Böhmens immer mehr und mehr

schwinden. In der Prager Landesstube war es am 26. Februar 1898 sogar zum Exodus der Deutschen gekommen, weil die Tschechen eine Adresse an die Krone durchzusetzen im Begriffe waren, die den Wünschen der Minderheit Hohn sprach. Julius Lippert sagte vor dem Auszuge der Deutschen: „Wir haben nicht geglaubt, daß ein Adreßentwurf, der alles verneint, was unserem Volke teuer ist, der alles fordert, was wir für unheilvoll halten, auf die Tagesordnung gesetzt würde." Die Landtagsverhandlungen in Böhmen hatten also die Deutschen und Tschechen einander nicht nur nicht näher gebracht, sondern dazu geführt, daß alle Verbindungsfäden abgerissen wurden. Diese Wahrnehmung konnte für den Ministerpräsidenten nicht ermunternd sein. Überdies stand ihm noch die wenig verlockende Aufgabe bevor, den wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn zur parlamentarischen Erledigung zu bringen und die Suppe auszulöffeln, die Badeni und Bilinski eingebrockt hatten. Da mochte es Freiherrn von Gautsch begehrenswerter erscheinen, den Platz des Ministerpräsidenten für einen anderen freizumachen. Aber er verließ das Staatsschiff nicht wie ein pflichtvergessener Kapitän, der sich selbst zuerst in Sicherheit bringt, sondern er sorgte dafür, daß seinem Nachfolger die Führung des Fahrzeuges erleichtert werde.

Am 3. März wurde das Verbot des Farbentragens für die deutschen Studenten Prags beseitigt, und am 5. März 1898 erschienen zwei Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren, die „vorbehaltlich gesetzlicher Regelung" provisorisch neue Bestimmungen für den Sprachengebrauch bei den Behörden der beiden Kronländer festsetzten. § 7 der Verordnung für Böhmen sagt: „Amts- und Dienstsprache der Behörden . . . ist jene Landessprache, zu welcher als Umgangssprache sich die anwesende Bevölkerung des Amtsbezirkes nach dem Ergebnisse der jeweiligen Volkszählung bekennt. In sprachlich gemischten Bezirken haben beide Landessprachen gleichmäßig Anwendung zu finden." § 17 lautet: „Hinsichtlich der sprachlichen Qualifikationen der Beamten sind die Behörden unter genauer Beachtung der grundsätzlichen Bestimmungen dieser Verordnung gehalten, die Besetzung lediglich nach Maßgabe der tatsächlichen Bedürfnisse vorzunehmen. Jeder Beamte wird somit das an Sprachenkenntnissen besitzen müssen, was der Dienst wirklich erfordert." Freiherr von Gautsch hat für Böhmen die Dreigliederung anerkannt. In bezug auf die innere Dienstsprache sollte es deutsche, tschechische und gemischtsprachige Bezirke geben. Die Deutschen waren nicht befriedigt, denn der Wunsch nach nationaler Abgrenzung

der Sprengel und nach Schaffung eines deutschen Verwaltungsgebiets blieb unberücksichtigt. Allein es war ein Schritt gemacht worden, der von den Badenischen Sprachenverordnungen weg- und dem früheren Zustande etwas näher führte. Von dem, was man den Tschechen mit vollen Händen gespendet hatte, nahm man nun etwas mit einigen Fingern zurück. Die Grundlage für den Frieden war nicht gegeben, aber der Übergang schien erleichtert. Und nun tat Freiherr von Gautsch den Curtiussprung: er suchte um seine Entlassung an.

B. Graf Thun.

Durch die Berufung des Grafen Badeni waren die einflußreichen feudalen Aristokraten Böhmens in ihren Erwartungen enttäuscht worden, denn sie hatten geglaubt, daß statt des polnischen Magnaten einer aus ihrem Kreise an das Steuerruder gestellt würde. Jetzt kam die Reihe an sie, obgleich der Augenblick ungünstig gewählt war. Am 7. März 1898 trat Graf Franz Thun die Regierung an. Ihm fiel das Präsidium im Ministerrate und das Ministerium des Innern zu. Er hatte eben das fünfzigste Jahr überschritten und fühlte sich durch die Vorsehung berufen, ein Retter Österreichs in schwerer Zeit zu sein. Trotzdem er die tschechische Sprache kaum beherrschte und erst als Statthalter von Böhmen Sprachunterricht nehmen mußte, hatte er die staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen schon in den achtziger Jahren unterstützt. Als Feudaler fand er kein richtiges Verhältnis zu den Forderungen der Zeit; auch war er nicht der Mannn, der für den offenen politischen Kampf taugt. Seine Begabung konnte sich besser in Intrigen und im Spiele hinter den Kulissen betätigen. Das Ministerium Thun wurde aus Beamten gebildet. Nur drei Parlamentarier sollten die Verbindung mit den Parteien herstellen. Dr. Baernreither übernahm das Handelsportefeuille. Er gehörte zur Gruppe der verfassungstreuen Großgrundbesitzer, die den Deutschliberalen nahe stand. Baernreither hatte in seiner Partei eine führende Rolle inne; im Parlamente war von ihm manche gute sozialpolitische Anregung gegeben worden. Durch einige ernste Schriften gelang es ihm, sich einen Platz in der wissenschaftlichen Literatur zu sichern. Das Koalitionsministerium begrüßte er einst mit einem sozialpolitischen Wunschzettel, indem er eine „soziale Verwaltung im größeren Stile ohne Furcht vor Ideen und ohne Schwäche" empfahl.[1]) Man erwartete nun mit

1) Dr. J. M. Baernreither, Die ſozialistische Aufgabe der neuen Regierung. Wien 1894.

Neugierde, wie er sich im Amte bewähren würde. Die Brücke zu den Jungtschechen sollte der Prager Universitätsprofessor Kaizl schlagen. Er war der Sohn eines Steuereinnehmers, dessen Frau aus deutschem Hause stammte. Der junge Kaizl erhielt den ersten Unterricht an einer deutschen Schule[1]), und er war vielleicht auch deshalb in nationaler Hinsicht einer der Gemäßigtesten in der jungtschechischen Partei. Ihm, dem Sohne kleiner Leute, war das Wohl der breiten Massen nahegegangen; die Arbeiterbewegung hatte die Sympathie des vielverheißenden Abgeordneten gefunden. Doch die Luft, die in den Palästen der Minister weht, macht die stärksten Charaktere schwach, und Josef Kaizl hat als Minister ganz andere Töne angeschlagen wie als Abgeordneter. Der Mann der Polen war der Abgeordnete Ritter von Jendrzejowicz, der als polnischer Landsmannminister figurierte.

Am 8. März fand in der Wohnung des Abgeordneten Dr. Groß eine Beratung der führenden Mitglieder der Deutschen Fortschrittspartei und der Deutschen Volkspartei statt. Die Sprachenverordnungen des Freiherrn von Gautsch wurden als unannehmbar bezeichnet; der Regierung sprach man das „vollste Mißtrauen und die entschiedenste Gegnerschaft" aus. Man fand es bedauerlich, daß sich ein Vertreter der verfassungstreuen Großgrundbesitzer herbeigelassen hatte, in das Ministerium einzutreten. Am 20. März wurde von der Deutschen Volkspartei der Beschluß gefaßt, bis zur Zurücknahme der Sprachenverordnungen zur Obstruktion zu greifen und die Deutsche Fortschrittspartei schloß sich dieser Taktik an. Um diese Zeit tagte in Reichenberg eine große Versammlung der deutschen Bauern. Schönerer hielt eine lange Rede, in der er sagte, der deutsche Bauer sei erwacht und werde zeigen, daß das deutsche Volk tonangebend sein und bleiben müsse in der ganzen Welt. Der Schlußsatz aber lautete: „Ohne Juden, ohne Rom wird erbaut Germanias Dom." Auch hier wurde, wie bei vielen anderen Zusammenkünften, zum Ausharren im Kampfe gemahnt. Obstruktion! war die allgemeine Losung.

Der Reichsrat versammelte sich am 21. März 1898, und das Abgeordnetenhaus wählte den Klerikalen Dr. von Fuchs zu seinem Präsidenten. Da er der dritte im Bunde des Novemberpräsidiums gewesen war, wurde er von Schönerer und Wolf mit einer Flut von Beschimpfungen empfangen. Bezüglich der Lex Falkenhayn erklärte Dr. von Fuchs, daß sie als hinfällig zu betrachten sei. Der

1) Josef Penizek, Aus bewegten Zeiten. Wien 1906.

Ministerpräsident entwickelte in einigen Sätzen ein „Programm der Kooperation". Die Regierung habe sich zwei Aufgaben gestellt: die Wiederherstellung geordneter parlamentarischer Verhältnisse und den Abschluß des wirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn. Sie wolle gegenüber allen Bewohnern und Volksstämmen des Staates Gerechtigkeit walten lassen und nützliche soziale Reformen anstreben. Freilich, mit dem ordentlichen Gange der Parlamentsmaschine sollte es sein Bewenden haben. Gleich am ersten Sitzungstage wurde ein viertel Dutzend Dringlichkeitsanträge überreicht. Bei der Debatte über die Ausführungen des Kabinettschefs setzten sich die deutschfreiheitlichen Abgeordneten mit aller Entschiedenheit für die Beseitigung der Sprachenverordnungen ein. Die Schönerianer kehrten immer mehr ihr Alldeutschtum heraus, und der Abgeordnete Türk meinte, die Deutschen müßten ihr Recht außerhalb Österreichs suchen und ihre letzte Hoffnung auf auswärtige Ereignisse setzen, wenn ihnen nicht in Österreich Gerechtigkeit zuteil würde. Ohne irgendwelche praktische Arbeit verrichtet zu haben, ging das Abgeordnetenhaus anfangs April auf Ferien. Als es am 21. April wieder zusammentrat, beschäftigte es sich zuerst mit dem Antrage auf Erhebung einer Anklage gegen den Grafen Badeni. Nach verhältnismäßig ruhigen Beratungen wurde die Zuweisung an einen Spezialausschuß mit 175 gegen 167 Stimmen beschlossen. Vorher sagte der frühere Vizepräsident Dr. Kramař, er wünsche, daß das gegenwärtige Parlament so ruhig dem Urteile der Geschichte entgegensehen könne wie er . . . Nun, die Geschichte führt genau Buch und darin ist die Vergewaltigung des Parlaments unauslöschbar verzeichnet. Abermals beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus, allerdings bei längerer Unterbrechung, von Ende April bis Anfang Juni mit Dringlichkeitsanträgen, die der Sprachenfrage galten. Graf Thun gab eine längere Rede zum besten. Der vielen Worte kurzer Sinn war: der Ministerpräsident halte an der gesetzlichen Regelung des Sprachengebrauches bei den Behörden fest. Doch es wäre ein Irrtum, die Sprachenfrage durch ein Gesetz regeln zu wollen, das, von einer starken Mehrheit einseitig diktiert, dem heftigsten Widerstande der Minderheit begegnen müßte. Ein parlamentarischer Ausschuß solle daher versuchen, eine geeignete Formel zu finden. „Alle Staaten", sagte Graf Thun am Schlusse seiner Darlegung, „schreiten vorwärts, wir aber bleiben im Stillstand. Unsere besten Kräfte sind gelähmt, raffen wir uns auf!" Als erster Redner aus dem Hause erhielt Prinz Alois Liechtenstein das Wort, der diesmal gut

deutsche Töne anschlug und einen starken Erfolg erzielte. Die Beratung wäre wahrscheinlich glatt abgelaufen, wenn es nicht einen unvorhergesehenen Zwischenfall gegeben hätte.

In Graz war den Novemberunruhen ein Arbeiter zum Opfer gefallen. An seinem Leichenbegängnisse nahm sozusagen die ganze Stadt demonstrativ teil. Auch die Hochschüler hatten sich dem Leichenzuge angeschlossen und man kann sich denken, daß den „Bosniaken" (den bosnischen Soldaten), die zur Ehre Badenis gegen die empörten Bürger losgezogen waren, kein Loblied gesungen wurde. Die Militärbehörde fühlte sich durch die Teilnahme der Studenten an der Leichenfeier gekränkt, und die Reserveleutnants unter den jungen Hörern wurden vor einen Militärehrenrat berufen. Dieser degradierte 36 Söhne aus den besten Grazer Familien. Durch dieses Vorkommnis wurden die Beziehungen zwischen dem Militär und der Zivilbevölkerung nicht gebessert. Die Grazer hatten gleich nach den Novemberereignissen darauf verzichtet, die Musikkapelle des bosnischen Regiments zu hören; als ihnen dennoch am 17. Mai 1898 zwei Konzerte aufgezwungen wurden, kam es zu stürmischen Demonstrationen der Studenten und Arbeiter. Um die Grazer noch lebhafter an die Zeit Badenis zu erinnern, ernannte die Regierung den Grafen Gleispach zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in der Hauptstadt der grünen Steiermark. Durch diese Geschehnisse sah sich der Grazer Gemeinderat am 25. Mai veranlaßt, eine sehr würdige Kundgebung zu beschließen. Doch daraufhin erfolgte dessen Auflösung. Im Abgeordnetenhause waren die Deutschen durch den unbegründeten Schritt der Regierung sehr aufgebracht. Am 7. Juni hätte Graf Thun Aufklärung geben sollen. Er war bereits zum Worte gemeldet, aber Schönerer, der 2183 Petitionen überreicht hatte, las einen Herkunftsort nach dem andern vor, bis ihm endlich das Wort entzogen wurde. Nun brach natürlich ein Höllenspektakel aus, und Graf Thun mußte seine Rede auf die nächste Sitzung verschieben. Diese kam jedoch nicht so schnell. Das Abgeordnetenhaus machte wegen des Fronleichnamsfestes eine kurze Pause und wurde noch vor der nächsten Zusammenkunft auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die nationale Bewegung kam nicht zur Ruhe. Das Verhältnis zwischen den Deutschen und Tschechen gestaltete sich immer unbefriedigender; das Mißbehagen wuchs unausgesetzt. Die Grundsteinlegung für das Denkmal Palackys rief im Juni 1898 Vertreter der verschiedenen slawischen Volksstämme nach Prag und der russische General Komarow erklärte bei dem Festmahle, daß die Deut-

schen der gemeinsame Feind aller Slawen seien. Wenn der Sieg über die Deutschen erst errungen sein wird, werden sich die Gegensätze und Verstimmungen unter den einzelnen slawischen Volksstämmen leichter ausgleichen lassen. Eine Woche später führte die Wiederkehr des hundertsten Geburtstages des großen polnischen Dichters Mickiewicz in Krakau zu einer Verbrüderung der Tschechen und Polen.

Eigentlich hätten die Polen etwas anderes zu tun gehabt, als Feste zu feiern, denn in Galizien waren im Juni als Frucht der antisemitischen Verhetzungen des Paters Stojalowski und als Folgen des furchtbaren sozialen Elends Bauernunruhen ausgebrochen. Zuerst war der Aufruhr auf den Bezirk Jaslo beschränkt, bald aber breitete er sich mit Blitzesschnelle über ganz Westgalizien aus. Die unwissenden Bauern behaupteten teils, daß der Kaiser, teils daß der in Amerika lebende Kronprinz die Judenmassakres gestattet habe; es bedurfte eines großen Militäraufgebots, um die armen, von gewissenlosen Agitatoren mißbrauchten Menschen zur Ruhe zu bringen. Am 28. Juni wurde das Standrecht über Neu-Sandec und Limanowa verhängt. Dreiunddreißig andere politische Bezirke wurden mit dem Ausnahmezustande bedacht. Doch die Verfolgungen der Juden und die Kämpfe der Bauern mit dem Militär dauerten noch eine Weile fort. Gegen die Juden ging der Sturm, allein die Schuldigen waren die Schlachzizen, die in den Schnapsverkäufern nur willige Werkzeuge sahen. Die Schlachta benützte den Ausnahmezustand zu einer kleinen Sozialistenverfolgung, obwohl die sozialdemokratische Partei mit den Unruhen nichts zu tun gehabt hatte. Am 22. November 1898 hielt denn auch der Abgeordnete Daszynski im Parlamente eine Abrechnung mit der herrschenden Clique in Galizien. Wie arme Sünder wurden die stolzen Herren auf die Anklagebank gezerrt, die sich zu Hause in ihrer Heimat denken mochten: der Himmel ist hoch und der Kaiser ist fern. Graf Thun bemühte sich, die Ehre der Regierung zu retten, trotzdem — wie er herausfordernd sagte — für ihn die Versuchung nahe lag, die Rede des Sozialdemokraten ganz zu ignorieren.

Zu dem nationalen Streite war mittlerweile der Kampf gegen den wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn hinzugetreten. Am 20. April hatte die Regierung dem Abgeordnetenhause 22 Gesetzentwürfe vorgelegt, die das Ergebnis der Ausgleichsverhandlungen waren. Nun endlich konnte man genau übersehen, was Badenis und Bilinskis Ungeschicklichkeit an Opfern kosten würde. Der Ausgleich

brachte Ungarn eine Reihe von Vorteilen, so z. B. die Ausdehnung des Steuerüberweisungsverfahrens auf Zucker, Bier und Petroleum und die Anerkennung des Prinzips der Parität bei der Verwaltung der Österreichisch-ungarischen Bank. Die ganz geringfügigen Zugeständnisse, die Österreich erreichte, waren mehr als überzahlt worden, und das alles geschah in dem leichtsinnigen Glauben, daß Transleithanien die Beitragsleistungen zum gemeinsamen Haushalte „namhaft" erhöhen werde. Erst später trat allerdings eine dreiprozentige Erhöhung der Quote ein ($34^{4}/_{10}$ statt $31^{4}/_{10}$ %) und diese entsprach kaum der gesteigerten Leistungsfähigkeit Ungarns, geschweige denn, daß sie eine nennenswerte Gegenleistung bedeutet hätte. „Das ist kein Ausgleich, sondern ein von Österreich zu zahlender Kaufpreis für die Erhaltung des Dualismus, der für Ungarn mindestens die gleiche Wichtigkeit hat wie für uns", schrieb die Neue Freie Presse. Aber die schwierigen banktechnischen, finanzpolitischen und wirtschaftlichen Details des Ausgleiches waren für die breite Masse unverständlich. Was begriffen wurde und gerechte Entrüstung hervorrief, war das Hinaufschrauben der Gebrauchsabgaben für Bier, Branntwein und Zucker um 47 Millionen Gulden pro Jahr. Die ohnehin stark belasteten unteren Bevölkerungsschichten bekamen die Staatskunst Badenis und Bilinskis schwer zu fühlen, und der Druck wurde dadurch nicht leichter, daß nunmehr die Verantwortung auf Thun und Kaizl lag.

Im Sommer hatte Graf Thun mit den verschiedenen Parteiführern Konferenzen, um das Abgeordnetenhaus flott zu machen, doch das Ergebnis war gleich Null. Trotzdem wurde der Reichsrat für den 26. September 1898 einberufen. In der ersten den eigentlichen Geschäften gewidmeten Sitzung suchte der Präsident Dr. von Fuchs die Dringlichkeitsanträge der Linken zurückzustellen und an die erste Lesung der Ausgleichsvorlagen zu schreiten. Der Regierung brannte das Feuer auf den Fingern, denn der ungarische Handelsminister Daniel drohte mit der Zolltrennung. Deshalb wollte das Exekutivkomitee der Regierungsparteien Macht vor Recht gehen lassen, aber die Linke durchkreuzte die Absicht. In der Sitzung vom 30. September wurde der Dringlichkeitsantrag der verfassungstreuen Großgrundbesitzer zur Verhandlung gestellt, der Aufklärung über geheime Abmachungen der österreichischen und ungarischen Regierung forderte. Graf Thun, der am Beginne der Debatte in einer Programmrede gesagt hatte, daß sich das Ministerium mit der „geehrten Majorität" geeinigt wisse, lehnte die Erteilung von Auskünf-

ten ab. Am 3. Oktober begann die erste Lesung der Ausgleichsvorlagen, die nach dreitägigen Beratungen abgeschlossen wurde und zur Überweisung der ganzen Materie an einen Ausschuß führte. Dr. Lecher verlegte sich diesmal auf das Zerpflücken der Ausführungen, die der Finanzminister Dr. Kaizl vom Stapel ließ. Dabei erinnerte er in sehr wirksamer Weise an die früheren Reden des Abgeordneten Kaizl, die dem armen Minister jetzt nicht sehr angenehm in die Ohren klangen. Im Abgeordnetenhause tauchte wieder das Gespenst Badenis auf, denn die Forderung nach der Erhebung der Anklage gegen diesen Staatsmann wurde immer aufs neue ausgesprochen. Vorher schon lag dem Parlamente ein Antrag auf Versetzung des Ministeriums Thun in den Anklagezustand vor; dieses habe mit der Anwendung des § 14 Mißbrauch getrieben. An eine fruchtbringende Arbeit des Abgeordnetenhauses war nicht zu denken, und so wurde der Reichsrat am 20. Dezember vertagt. Die ungarische Regierung hatte in der Zwischenzeit ihre Zustimmung zur nochmaligen provisorischen Verlängerung des Zoll- und Handelsbündnisses um ein Jahr gegeben, und der § 14 besorgte in Österreich das übrige.

Im Herbste war in der Leitung des Handelsministeriums eine Änderung eingetreten. Am 3. Oktober 1898 wurde Dr. Baernreithers Demissionsgesuch angenommen. Der Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes in der Regierung wollte sich den Befehlen des Exekutivkomitees der Rechten nicht unterordnen und da das Regierungsschifflein überdies immer mehr nach dem slawischen Lager hinfuhr, fühlte der deutsche Minister, daß für ihn an Bord kein Platz mehr sei. Seine Nachfolgerschaft trat der Tiroler Weingutsbesitzer Baron Dipauli an. Der Führer der Deutschklerikalen — ein Mann von ungewöhnlicher Liebenswürdigkeit — suchte sich in das ihm bisher fremde Amt, so gut es ging, einzuleben. Durch den Austritt Baernreithers verlor die Regierung jede Fühlung mit der deutschfreiheitlichen Opposition. Erst jetzt traten ihre Konturen scharf hervor; man wußte nun genau, mit wem man es zu tun hatte.

Das Parlament, das Mitte Januar 1899 zusammentrat, wurde nach vierzehn Tagen nach Hause geschickt, weil es für die Regierung unerquicklich war, die Obstruktion am Werke zu sehen. Am 3. Februar veröffentlichten die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Fortschrittspartei, der verfassungstreuen Großgrundbesitzer, der Freien deutschen Vereinigung und der Christlichsozialen eine gemeinsame Erklärung, in der gegen die Absicht protestiert

wurde, den Ausgleich mit Ungarn mittels des § 14 in Wirksamkeit zu setzen, weil dadurch eine folgenschwere Krise entstehen müßte. Die Deutschen in Österreich, hieß es weiter, sehen den künftigen Ereignissen mit fester Entschlossenheit entgegen. Ihre Abgeordneten aber seien erfüllt „von dem Gedanken, der sie zusammenführen muß: von dem Gedanken der Besonnenheit, Einigkeit und Unbeugsamkeit".

Auch während der parlamentlosen Zeit hörten die nationalpolitischen Kundgebungen nicht auf; die deutschen „Volkstage" mehrten sich in allen Gauen, die nationale Erregung ließ nicht nach. Am 19. Mai 1899 schufen die Parteien der deutschen Gemeinbürgschaft ein einheitliches nationales Programm, das allgemeine Bestimmungen und besondere Grundsätze für einzelne Kronländer aufstellte. Die deutsche Sprache ist gesetzlich als allgemeine „Vermittlungssprache" anzuerkennen, der § 14 zu beseitigen oder in seiner Wirksamkeit einzuschränken und die deutsche Armeesprache besser zu pflegen. Gegen die überseeische Konkurrenz soll ein kontinentaler Wirtschaftsbund geschaffen werden. An dem Bündnisse mit Deutschland ist festzuhalten, und die geistigen Beziehungen zu Deutschland sind besser zu pflegen. Die innere Amtssprache soll „in der Regel" die deutsche Sprache sein. Ausnahmen haben bezüglich des italienischen und polnischen Idioms zu gelten. „Inwieweit die tschechische Sprache in den zu bildenden tschechischen Kreisen Böhmens als innere Amtssprache der staatlichen Behörden zur Anwendung gelangen kann, wird festzustellen sein. Die äußere Amtssprache hat sich nach dem Charakter des Gebietes zu richten . . ." Am Pfingsttag war dieses Programm vereinbart worden, und sein Entstehen rief bei den gemäßigten Deutschen einen wahren Freudentaumel hervor. Die Zeit des Haders, der Spaltungen schien vorüber, und die Zukunft versprach das Beste. „Seid einig! einig!": diese Worte des alten Attinghausen hatte man früher vergebens in Erinnerung gebracht. Indes, die großen Hoffnungen, die auf das Pfingstprogramm gesetzt wurden, waren nicht begründet. Die gemeinsamen Wünsche zeigten sich bald wieder schwächer als die trennenden Interessen.

Für die Regierung war im Sommer 1899 die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn die wichtigste Angelegenheit. Vor einem Jahr hatten die österreichische und die ungarische Regierung in Ischl vereinbart, den Badenischen Ausgleich bis 1903, also für die Dauer der Handelsverträge, in Kraft zu setzen. Von da ab sollte der Ausgleich aber so lange fortbestehen, bis

9*

ihn der österreichische Reichsrat und der ungarische Reichstag ausdrücklich aufheben würden. In Ungarn hätte diese Ischler Formel durch ein Gesetz in Kraft treten sollen, während in Österreich der § 14 in Betracht gekommen wäre. Gegen diese Abmachungen lehnte sich die Opposition in Ungarn wild auf; doch auch die liberale Regierungspartei hielt mit ihrem Grolle nicht zurück. Das Ministerium Banffy wurde gestürzt, und der neue Ministerpräsident Koloman von Szell ersann einen anderen Ausweg. Wohl gestand Ungarn der österreichischen Regierung zu, daß sie den Ausgleich mit dem § 14 zur Geltung bringen dürfe, aber das Zoll- und Handelsbündnis sollte unter „der Voraussetzung der Wirksamkeit übereinstimmender Anordnungen in beiden Reichshälften (Reziprozität) nur bis Ende des Jahres 1907 aufrecht bleiben, sofern bis zum Jahre 1903 nicht ein neuer definitiver Ausgleich zustande kommt" (Artikel 1). Die Verhandlungen über die künftigen Abmachungen hatten spätestens im Jahre 1901 zu beginnen (Artikel 2). Im Sinne dieses Übereinkommens wurde im österreichischen Reichsgesetzblatte die kaiserliche Verordnung vom 21. September 1899 publiziert, die das Verhältnis zu den Ländern der ungarischen Krone, die Verlängerung des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank und einige währungspolitische Maßnahmen zum Gegenstand hat. In Ungarn waren die verfassungsrechtlichen Bedenken fallen gelassen worden; das gleißende Gold, das der neue Ausgleich versprach, ertötete das konstitutionelle Gewissen. Die österreichische Regierung ließ dagegen überhaupt keine Sorgen aufkommen; sie besaß die Macht und spottete derer, die vom Rechte sprachen. So traten Vereinbarungen in Wirksamkeit, die ein pflichtbewußtes Parlament nicht gutheißen durfte und die das österreichische Abgeordnetenhaus wegen der Obstruktion nicht bewilligen konnte.

Schon vor der Veröffentlichung des Ausgleichs im Reichsgesetzblatte war der gefügige § 14 zur Durchsetzung der Erhöhung der indirekten Steuern mißbraucht worden. Dieser Beutezug gegen die Taschen der Bevölkerung — vor allem die Verteuerung des Zuckers — setzte ganz Österreich in Bewegung, soweit es nicht ohnehin durch die Sprachenverordnungen Badenis aufgepeitscht war. Am 31. Juli 1899 fanden in Wien allein 16 sozialdemokratische Protestversammlungen statt, von denen vier aufgelöst wurden. Eine Woche später ertönten in 14 Versammlungen heftige Protestreden, und so ging es weiter. In den friedlichsten Gemeindestuben zog man nun gegen den § 14 zu Felde; von Pettau bis

Brünn, von Leoben bis Asch wurden Proteste erlassen. Auch der Wiener Gemeinderat trat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Indes, das Amtsblatt bildete eine undurchdringliche Mauer zwischen Regierung und Volk. In dem so friedlichen Salzburg kam es am 2. und 4. August zu großen Volksaufläufen mit heftigen Zusammenstößen zwischen den behördlichen Organen und den Massen. In Linz zeigte sich das gleiche Bild. Der Sturmlauf gegen die § 14-Verordnungen, die 47 Millionen Gulden an neuen Steuern auferlegten, wurde durch nationale Demonstrationen unterbrochen. In Cilli fanden am 9. und 10. August blutige Schlägereien statt. Die Slowenen hatten sich tschechische Hochschüler als Gäste verschrieben, denen von der deutschen Bevölkerung kein freundlicher Empfang bereitet wurde. „Es floß Blut, aber fast nur deutsches Blut", konstatierte die „Narodni Listy" mit einer gewissen Schadenfreude. Am leidenschaftlichsten aufgebracht zeigte sich die Bevölkerung in einigen deutsch-böhmischen Gemeinden, wo man es bei Protestrufen gegen die Regierung und gegen die § 14-Bescherung nicht bewenden ließ. In Graslitz gingen am 17. August lärmende Demonstrationen vor sich; am 19. August wurden alle Fenster im Gebäude der Bezirkshauptmannschaft eingeschlagen und am 20. schoß die Gendarmerie in die Menge. „Ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen", sagte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Verkauf beim Leichenbegängnisse der vier Menschenopfer; vor ihm hatte der deutschnationale Abgeordnete Hofer gesprochen. In Asch, in Eger, kurz in ganz Deutschböhmen folgten die Demonstrationen einander wie eine Schneeflocke der anderen. Österreich überbot sich selbst. In den Novembertagen des Jahres 1897 hatte man gemeint, daß die Verwirrung bis zum höchsten Punkte gestiegen sei, jetzt sah man eine viel ärgere Auflösung aller Ordnung, eine viel schärfere Zuspitzung der Gegensätze und ein sehr bedenkliches Nachlassen des Vertrauens zum Staate. Die Not war groß, und in ihr wollte der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. von Fuchs im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten als Helfer erscheinen. Er unternahm einen Versuch zur Verständigung der Parteien, doch die Zeit schien einem Friedensschlusse wenig günstig, sie eignete sich nicht einmal zu einem Waffenstillstande. Graf Franz Thun war nun mit seinem Latein zu Ende. Er hatte es verstanden, die Wogen aufzupeitschen, aber es gebrach ihm an Kraft, sie zu beruhigen. Die See raste und wollte ihr Opfer haben. Das bis zur Verzweiflung gebrachte Volk schrie nach Sühne. So mußte denn der stolze Aristokrat, der Führer der

Feudalen, seine heißgeliebte ministerielle Existenz preisgeben und mit sich die ganze Regierung in den Orkus ziehen. Am 2. Oktober 1899 wurde der Rücktritt vom Kaiser genehmigt. Graf Franz Thun erhielt für sein staatsmännisches Walten das Großkreuz des Stephansordens...[1])

In der Zeit der größten nationalen Verbitterung ging die über das ganze Reich verbreitete Sozialdemokratie daran, sich mit dem Nationalitätenprobleme auseinanderzusetzen. Sie war im Laufe der Jahre eine mächtige Partei geworden, die über einen politisch gut geschulten Anhang verfügte. Auf ihrem vierten Parteitage in Wien hatte sie sich im Jahre 1894 ein Organisationsstatut geschaffen, das eine Bezirks- und Kreiseinteilung, eine Gesamtparteileitung und einen Gesamtparteitag kannte. Später wurde die Partei nach nationalen Gruppen organisiert und dadurch jenen Wünschen Rechnung getragen, die in den ersten Lebensjahren zu Sezessionen der tschechischen Sozialisten geführt hatten und die auch nach der Vereinigung niemals verstummt waren. Auf dem Gesamtparteitage, der vom 24. bis zum 29. September 1899 in Brünn stattfand, faßte man eine Resolution, die besagte, Österreich könne nur ein demokratischer Nationalitätenstaat sein, der sich in autonome nationale Selbstverwaltungsgebiete gliedern müsse. Die Selbstverwaltungskörper jeder Nation haben zusammen je eine Einheit zu bilden, der die Regelung der sprachlichen und kulturellen Angelegenheiten überlassen bleibe. Das Recht der nationalen Minderheiten sei durch ein besonderes Gesetz festzulegen. In dem Antrage der Gesamtexekutive war von der deutschen „Verkehrssprache" als Notbehelf die Rede. Der Passus wurde jedoch dahin geändert, daß die Resolution, die zur Annahme kam, dem Reichsparlamente in sehr unklarer Weise die Entscheidung überließ, wie weit überhaupt eine „Vermittlungssprache" nötig sei.[2]) Der Brünner Parteitag hat hauptsächlich dadurch Bedeutung erlangt, daß er das Problem der nationalen Autonomie nach langer Zeit wieder stärker betonte und so wenigstens theoretisch eine Möglichkeit zeigte, dem österreichischen Völkerzwiste mit den Mitteln der Freiheit und Gerechtigkeit beizukommen. In den Tagen des Hasses und der Verzweiflung war dies ein starker Trost, eine erlösende Aufrichtung.

---

1) Im Jahre 1911 wurde er in den Fürstenstand erhoben.

2) Verhandlungen des Gesamtparteitages der Sozialdemokratie in Österreich. Wien 1899.

Eine Bewegung religiöser Natur hat in der Ära Thun viel Beachtung gefunden. Unter dem Rufe: „Los von Rom!" haben die Schönerianer den Massenübertritt von der katholischen zur protestantischen Konfession zu organisieren gesucht, um die Macht der katholischen Kirche zu erschüttern. Zuerst waren die Studenten auf dem Plane. Im Dezember 1897 sagte ein Hörer an der Wiener Hochschule unter brausendem Jubel, die deutschnationale Studentenschaft warte nur auf den geeigneten Augenblick, um ihrem Volke durch ein großes Beispiel zu zeigen, „wie es sich aus den Fesseln der römischen Todfeinde losmachen" solle. Doch diese Worte blieben ohne Wirkung. Erst später wurde die Los von Rom-Bewegung systematisch organisiert. Am 15. Januar 1899 beriet in Wien eine große Versammlung von deutsch nationalen Vertrauensmännern über die Werbetätigkeit für den Massenaustritt. Dr. Eisenkolb betonte, daß nicht bloß politische, sondern auch sittliche Motive maßgebend seien. Die Polizei, die unter dem Regime Thun ungemein geschäftig war und mit den flinken Staatsanwälten um die Wette für Österreichs Heil arbeitete, löste die Versammlung auf, wodurch der Eindruck nur vermehrt wurde. Die Deutschnationalen machten sich nun an die Arbeit, um im Norden und Süden des Reiches die Werbetrommel zu rühren. Bei den Klerikalen rief diese Regsamkeit mancherlei Besorgnisse hervor. Die Bischöfe setzten sich in ihren Hirtenbriefen zur Wehr und das Wiener „Vaterland" sprach sogar von einer „latenten Revolution". Den Versammlungen der Los von Rom-Stürmer wurde mit Versammlungen für Rom geantwortet. Der Erfolg der Los von Rom-Bewegung blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Am 4. Juli 1899 veröffentlichte Schönerer in seinem Blatte, in den „Unverfälschten deutschen Worten", einen Ausweis der Übertritte, die bis dahin die Zahl von 3252 erreicht hatten.

Zwei Maßnahmen der Regierung Thun wollen wir noch erwähnen. Den Tschechen wurde im Jahre 1898 die Errichtung einer zweiten technischen Hochschule in Brünn zugesagt. Die Regierung rief die Anstalt auch ins Leben, ohne das Parlament zu befragen. Als nach längeren Unterbrechungen der ordnungsmäßigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses das Budget für 1902 beraten wurde, bemühten sich die Deutschen, das Parlament zur Verwerfung der ungesetzlichen Neugründung zu bewegen. Allein das Erfordernis für diese Hochschule hatte die Mehrheit auf seiner Seite. 191 Abgeordnete stimmten dafür und nur 136 lehnten es ab.[1])

1) Gustav Strakosch-Graßmann, Geschichte des österr. Unterrichtswesens.

Die zweite Einrichtung ist mit der Wirksamkeit Baernreithers verknüpft und eine schöne Erinnerung an seine Tätigkeit. Am 25. September 1898 konstituierte sich unter dem Vorsitze Baernreithers der Arbeitsbeirat, der dem neugeschaffenen Arbeitsstatistischen Amte angegliedert wurde. Der Arbeitsbeirat hat sich seither aufs beste bewährt; er ist eine wichtige Stätte für die ernste und sachliche Aussprache über sozialpolitische Neuerungen geworden ... Doch wie traurig sieht es mit einem eineinhalbjährigen Regime aus, das nicht mehr des Erfreulichen und so viel des Beklagenswerten aufzuweisen hat!

C. Die Ministerien Clary und Wittek.

Als die Lebensuhr der Regierung Thun ablief, wandte sich die Krone dem Fürsten Alfred Liechtenstein zu. Nach den fehlgegangenen Versuchen mit den polnischen und tschechischen Aristokraten wollte man einen deutschklerikalen Fürsten auf der Bildfläche erscheinen lassen. Aber die Kabinettsbildung zerschlug sich, und so wurde nach dem Grafen Clary-Aldringen gegriffen, der als Statthalter der grünen Steiermark politisch wenig hervorgetreten war. Graf Clary bildete am 2. Oktober 1899 ein Geschäftsministerium, in dem die einzelnen Ressorts an Beamte vergeben wurden. Dr. von Körber wurde Minister des Innern.

Noch ehe die Regierung mit der Führung der Amtsgeschäfte begonnen hatte, war schon bekannt, daß sie die Sprachenverordnungen des Freiherrn von Gautsch aufheben werde, um den Stein des Anstoßes zu beseitigen und den richtigen Ausgangspunkt für neue Verhandlungen über die Regelung des Sprachengebrauches zu gewinnen. Wirklich erschienen am 14. Oktober zwei Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren, die tabula rasa machten. Im § 2 hieß es, daß „bis zur gesetzlichen Regelung, welche in Vorbereitung steht", jene Bestimmungen und Grundsätze bezüglich des Gebrauches der Landessprachen in Anwendung zu kommen haben, die bis zur Erlassung der Badenischen Sprachenverordnungen maßgebend waren.[1]) Die vom Grafen Clary so nahe gewähnte gesetzliche Ordnung des nationalen Rechtes sollte allerdings sehr lange auf sich warten lassen. Wir harren ihrer heute noch vergebens.

Der Aufhebung der Sprachenverordnungen des Freiherrn von Gautsch, die wieder mit den Badenischen Ordonnanzen aufgeräumt

1) Dr. Alfred Fischel, Das österreichische Sprachenrecht. Brünn 1901.

hatten, war ein Stimmungswechsel bei Hofe vorausgegangen, der in den übermütigen Bestrebungen der radikalen Tschechen, den nationalen Streit in die Armee zu tragen, seinen Ursprung hatte. Den tschechischen Soldaten wurde von den politischen Agitatoren eingebleut, statt des Meldungswortes „hier“ das tschechische Wort „zde“ zu gebrauchen. Aber dabei blieb man nicht stehen. Das Militär wurde in einer tschechischen Stadt Böhmens während der Kaisermanöver mit ironischen Aufschriften „zde“ begrüßt; um die Militärfeindlichkeit besonders zu bekunden, untersagte der Bürgermeister den Generälen, die im Rathause Aufenthalt nahmen, außerdem noch die schwarzgelbe Fahne zu hissen. Zur gleichen Zeit bewillkommneten die deutschen Städte das Heer trotz der Kränkungen, die dem deutschen Volksstamme zuteil geworden waren, auf das herzlichste. Bei Hofe berührte der Undank der Tschechen peinlich, und die ohnehin vorhandene Neigung zur Versöhnung mit den Prügelknaben Badenis erfuhr eine plötzliche Verstärkung.[1]) Der Kaiser aber, der den Tschechen so sehr seine Gunst bewiesen hatte, war um eine Enttäuschung reicher.

Mit einem Rucke hatte sich die Situation in Österreich geändert. Die deutschen Abgeordneten fühlten sich zur Regierung hingezogen und die tschechischen glaubten jetzt Stiefkinder des Staates zu sein. Am 18. Oktober versammelte sich der Reichsrat. Das Ministerium führte sich schlicht und anspruchslos ein. Die neutral zusammengesetzte Regierung bat um die Unterstützung aller Parteien, damit das Abgeordnetenhaus zur Arbeit zurückkehren könne und jene Beruhigung eintrete, die zur Ausgleichung der nationalen Gegensätze unerläßlich sei. Bei der Debatte verhielten sich die Deutschen allerdings ziemlich zurückhaltend, während die Tschechen tüchtig losfuhren. Kramař stellte die Aufhebung der Sprachenverordnungen als schwere Versündigung am tschechischen Volke, als Sanktionierung der gewalttätigen deutschen Obstruktion dar. Er meinte, die Tschechen würden den Kampf gegen den Systemwechsel zu Ende führen. Der feudale Graf Palffy warf der Regierung vor, daß sie den Boden der Neutralität verlassen habe. Am aufgeregtesten gebärdete sich der Jungtscheche Dr. Stransky, der den Grafen Clary mit schweren Vorwürfen und Anklagen überhäufte.

Von größerer Bedeutung waren die Verhandlungen der Dringlichkeitsanträge, die sich mit dem Notverordnungsparagra-

1) Karl Kramař, Anmerkungen zur böhmischen Politik. Wien 1906.

phen beschäftigten. Wäre das Parlament seiner Würde bewußt gewesen, hätte in den Abgeordneten Ernst und Pflichtbewußtsein gelebt, dann würde den Mißbräuchen mit dem §14 die letzte Stunde geschlagen haben. So aber schritten die meisten Parteien nur mit halbem Herzen an die Ausmerzung des Übels; da sie der Obstruktion nicht abzuschwören gedachten, war es ihnen vielleicht nicht einmal unangenehm, daß ein so einfaches Mittel bestand, den Staat vor den ärgsten Katastrophen zu bewahren. Dennoch sagte Kiesewetter in der Debatte vom 6. November 1899 mit Recht, der Kampf um den §14 sei ein Kampf zwischen Absolutismus und Konstitutionalismus, ja noch mehr: ein Kampf zwischen Absolutismus und Volksherrschaft. Der Antrag des Sozialdemokraten Verkauf, den §14 abzuschaffen, wurde abgelehnt; dagegen gelangte die Anregung der deutschen Parteien, die Anwendung des §14 nur auf die tatsächlich unaufschiebbare Abwehr unvorhergesehener Fälle oder Not des Staates zu beschränken, an einen Ausschuß, der eine vierzehntägige Erledigungsfrist gesetzt erhielt. Doch der §14 ist heute noch unverändert in Kraft.

In Mähren ging im Herbste 1899 ein Gewitter auf die Juden nieder. Der nationale Krieg im Frieden hatte die Deutschen und Tschechen zu feindlichen Nachbarn gemacht, die mißtrauisch über ihren Besitz wachten oder vorzudringen suchten. Da waren die Juden in einer schwierigen Stellung, weil sie bisher in den kleinen Gemeinden Mährens mehr zwischen den beiden Nationen als mit ihnen gelebt hatten. Immerhin standen sie in kultureller und nationaler Hinsicht auf Seite der Deutschen, und daher richtete sich der Grimm der Tschechen gegen sie. In einigen Orten kam es zu Angriffen, die sich bis zu Tätlichkeiten steigerten. Die Gendarmerie mußte einschreiten, und viele verlorene Menschenleben waren zu beklagen. Im Abgeordnetenhause wurde interpelliert und von den Sozialdemokraten ein Dringlichkeitsantrag unterbreitet, der verlangte, daß ein Ausschuß mit der Untersuchung der blutigen Vorkommnisse in Holleschau und Wsetin betraut werde. In der Debatte aber erfuhr der Antrag dahin eine Erweiterung, daß die Forderung nach Untersuchung auch auf die Geschehnisse in Graslitz ausgedehnt wurde. Als Generalredner contre sprach der Jungtscheche Dr. Sileny, der alle Schuld auf die Deutschen wälzte und den Juden vorwarf, daß sie germanisierend wirken. Wenn die Juden ihr Verhalten ändern wollten, dann würden sie von den Tschechen in Ruhe gelassen werden. Der liberale Generalredner für die Dringlichkeit, Dr. Menger, erzählte,

daß in Holleschau in den Wohnungen eingebrochen worden war, daß man geraubt, geplündert und Erpressungen verübt hatte. Nicht anders sei es in Wsetin gewesen. Nach der Debatte über die Ausschreitungen in Mähren und über das Verhalten der Regierung daselbst kamen wieder Anregungen zu Ministeranklagen an die Reihe. Diesmal galten sie dem Grafen Thun; allein die Anträge wurden am 22. November abgelehnt.

Obwohl der Kaiser die Führer verschiedener Parteien zu sich berief, um sie zur Herstellung der parlamentarischen Ordnung anzueifern, stockte doch die Tätigkeit im Abgeordnetenhause. Die Tschechen ließen von der Obstruktion nicht ab; nur mühsam gelang es, einige der wichtigsten Vorlagen bis an den Ausschuß zu leiten. Aber die Tschechen begannen auch hier mit ihren Verschleppungskünsten. Mitte Dezember erschienen die Minister im Budgetausschusse, und Graf Clary öffnete nochmals die Schleusen seiner Beredsamkeit, um wenigstens ein ordentliches Budgetprovisorium durchzusetzen. Die Tschechen ließen jedoch nicht locker; sie verlangten Revanche für den 14. Oktober, sie wollten die Regierung Clary zu Falle bringen und kannten keinen Pardon. Da der Ministerpräsident das Versprechen gegeben hatte, den §14 nicht mißbräuchlich anzuwenden, fand sich für ihn kein anderer Ausweg als der Rücktritt. Nach zweieinhalb Monaten schied er aus dem Amte . . .

Am 21. Dezember 1899 übernahm der bisherige Eisenbahnminister Ritter von Wittek den Vorsitz des neuen Ministeriums, das sich vor der Anwendung des §14 nicht scheute. Es war nur wenige Tage am Leben, denn es hatte bloß provisorischen Charakter. Seine Existenz ist lediglich mit einer Maßnahme von bleibendem Werte verknüpft: mit der Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels.

VIII. Die Ära Körber.

Das zerrüttete Parlament zur Ordnung zurückzuführen, das war die Aufgabe, die des neuen Ministerpräsidenten Dr. Ernst von Körber harrte. Er wurde im Jahre 1850 in Trient geboren und hatte von der Pike auf gedient. Unermüdlicher Fleiß lenkte frühzeitig die Aufmerksamkeit der Vorgesetzten auf den jungen Beamten, und die Gabe, sich rasch mit den Materien vertraut zu machen, ebnete ihm den Weg, der sonst nur für Protektionskinder leicht zurückzulegen ist. Dr. von Körber hatte schon den Ministerien Gautsch und Clary angehört, aber erst jetzt als Ministerpräsident und als sein

eigener Minister des Innern vermochte er seinem Wesen freien Lauf zu lassen und seine guten und schlechten Eigenschaften voll zur Geltung zu bringen. Der nunmehrige Ministerpräsident zählte zweifellos zu den interessantesten Persönlichkeiten, die jemals im Modena-Palaste zu Hause waren. Dr. von Körber ist ein durch und durch moderner Mensch, eine impulsive Natur, bei der die Hochachtung vor der alten Überlieferung nicht so weit geht, daß sie für die Fehler der überkommenen Einrichtungen und Gewohnheiten blind wäre. Der neue Ministerpräsident brach mit der Nüchternheit des üblichen Amtsstils; wie seine pointenreichen Reden, so waren auch die vielen Anregungen blendend, die von ihm ausgingen. Wenn Graf Stadion der Minister der Mittelklassen gewesen ist, so war Dr. von Körber der Minister des Volkes schlechtweg, der sich die Wünsche und Bedürfnisse, die aus den Zeitverhältnissen hervorquollen, zu eigen machte. Statt kühl die Achsel zu zucken, suchte er durch warme Worte des verständigen Gefühls die Verärgerten, die Bedrückten und Beladenen zu gewinnen. In seinem rastlosen Eifer, die ganze Verwaltung mit sozialem Geiste zu erfüllen und die Bureaukratie in ein modernes Instrument umzuwandeln, leistete er wie die großen absolutistischen Herrscher den Massen wertvolle Dienste, ohne dabei auf das blutig errungene Sprachrohr des Volkes, auf das Parlament, zu achten. Dr. von Körber hat vielmehr über das Parlament hinwegregiert und den Reichsrat zu einem Schattengebilde herabgedrückt. Nie ist das Abgeordnetenhaus bedeutungsloser gewesen als in der Ära Körber, niemals in der konstitutionellen Zeit hat eine Regierung schrankenloser geherrscht als die Dr. Körbers. So sehr die starke Persönlichkeit Österreich zu durchleuchten bemüht war, warf sie doch den Schatten des Absolutismus über den Staat. Das ist die Tragik in ihrer Wirksamkeit. Unter Dr. von Körber haben die Ressortminister verhältnismäßig wenig bedeutet, weil der bewegliche, gedankenreiche Ministerpräsident selbst die Geigen all seiner Orchestermitglieder stimmte und — spielte. Der Regierung, die am 18. Januar 1900 gebildet wurde, gehörte als Finanzminister Professor Böhm von Bawerk an. Justizminister wurde Freiherr von Spens Booden, das Unterrichtsportefeuille übernahm Professor von Hartel. Freiherr von Call zog ins Handelsministerium, Freiherr von Giovanelli ins Ackerbauministerium ein. Das Eisenbahnministerium bekam in Wittek seinen Chef und Landesverteidigungsminister blieb Graf Welsersheimb. Die Polen vertrat in dem neutralen Beamtenministerium Hofrat Pientak,

und die Tschechen erhielten in Professor Dr. Anton Rezek einen Gewährsmann im Rate der Krone. Schon Graf Clary hatte sich bemüht, den angesehenen Gelehrten an sein Ministerium zu binden, ohne indes Erfolg zu haben. Körber war im Werben glücklicher, aber der tschechische Landsmannminister brachte ihm nicht die Stimmen einer Partei, sondern nur seinen persönlichen Einfluß, seinen moralischen Kredit. Im Laufe der Jahre gab es im Ministerium manche Veränderung. Am 17. Oktober 1902 übernahm der Ministerpräsident an Stelle des zurückgetretenen Spens-Booden die Leitung des Justizministeriums; im Oktober 1904 wurde der Direktor der Postsparkasse Kosel Finanzminister und Graf Buquoy Ackerbauminister. Den seit dem Rücktritte Rezeks am 10. Juli 1903 verwaisten Posten eines tschechischen Landsmannministers übernahm Professor Randa.

Unter Dr. von Körbers Regierung wurden die Amtsstuben tüchtig gelüftet. Der Modergeruch verflog, und in der frischen Luft gewann auch der Schritt an Festigkeit und an Rüstigkeit. Die hohen Amtsmienen verschwanden, die Beamten wurden leutselig. Das Schreiben vieler Akten galt nicht mehr als Hauptsache, die schnelle Erledigung wurde höher gewertet. Im Januar 1902 sagte der Ministerpräsident, die Wahrnehmungen berechtigen zur Behauptung, „daß sich die alten, bewährten Traditionen der österreichischen Beamtenschaft verjüngen“, und das bildete keine Übertreibung. Es ist wirklich erstaunlich, wie rasch sich diese Neubelebung und Auffrischung vollzog. Aber nicht nur das Menschenmaterial sollte mit neuem Geiste erfüllt werden, auch die Organisation der Verwaltung wurde als veränderungsbedürftig erkannt. Erst wenn man bedenkt, wie selbstzufrieden Dr. von Körbers Vorgänger über die Verwaltung gesprochen hatten, kann man ermessen, was es heißt, daß die Regierung nun den „Zustand als nicht befriedigend“ erklärte und die Leistungen als „gegenüber billigen Anforderungen zurückgeblieben“ bezeichnete.[1]) Im Dezember 1904 legte der Ministerpräsident dem Abgeordnetenhause eine unter seinem Einflusse entstandene Studie vor, die schätzenswerte Verbesserungsvorschläge enthielt. Zu ihrer Verwertung ist es allerdings nicht gekommen, weil der Ministerpräsident kurz nachher aus dem Amte schied. Die Nichtvollendung war übrigens das Los fast aller Reformen, die Dr. von Körber in Angriff nahm.

1) Studien über die Reform der inneren Verwaltung (Regierungsvorlage).

Die Presse hat früher niemals die Hand des Staatsanwaltes so wenig gespürt wie in der Ära Körber. Das freie Wort wurde nicht gefürchtet; in den Versammlungen fehlten fortab die Regierungsvertreter, die ehemals mit großem Amtsernste erschienen waren, und die Beschlagnahme von Zeitungen hörte im allgemeinen ganz auf, ohne daß der Staat zusammengebrochen wäre. Im Jahre 1902 erschien der Entwurf eines neuen Preßgesetzes, in dessen Begründung offen eingestanden wurde, daß sich der Geist unserer Zeit gegen das alte Gesetz auflehne. Die Regierungsvorlage fand zwar keine ungeteilte Aufnahme, aber sie brach vielfach mit dem alten Polizeigeist, wenngleich sie die rostigen Ketten nur durch goldene Ketten ersetzte.[1] Auch die oft beklagte Rückständigkeit der Theaterzensur suchte Körber einigermaßen zu mildern, indem er im April 1903 die Einsetzung von Zensurbeiräten anordnete.

Als Dr. von Körber die Leitung des Justizministeriums übernahm, legte er den bei ihm erschienenen Beamten nahe: „Man soll sagen dürfen, daß in Österreich der Richter kein Sklave des Buchstabens ist, sondern frei nach dem Geiste des Gesetzes entscheidet, der niemals ein anderer sein kann als der Geist der Gerechtigkeit. Gedenken Sie aber auch dessen, was die Humanität im weitesten Sinne, die heutige Gliederung der Gesellschaft von uns fordert ... Wir wollen die Zeit, in der wir leben, verstehen und danach handeln." Körber ergriff die Initiative zur Revision des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, dessen Altehrwürdigkeit ihn nicht hinderte, an dem Bau zu rütteln. Mit den Vorarbeiten wurde ein Komitee betraut, dem Männer wie Unger und Klein zugezogen wurden.

Unter den unzähligen Anregungen, die es in der Ära Körber gab, fehlte es nicht an solchen, die den produzierenden Ständen zugute kommen sollten. Ein Gesetzentwurf, der dem Abgeordnetenhause im Jahre 1901 überreicht ward, befaßte sich mit Maßnahmen zur Förderung der heimischen Industrie. Für die Zeit bis Ende 1910 sollten neuzuerrichtenden Fabriksbetrieben besondere Begünstigungen zuteil werden können. Zwar war Ungarn mit seiner Industrieförderungspolitik damals schon beträchtlich vorausgeeilt, indes, das hindert nicht, daß Österreich noch heute einer solchen Aktion entbehrt.

Völlig neuartig gestaltete sich das Verhältnis der Regierung zur Arbeiterschaft. Im Mährisch-Ostrauer Revier war anfangs Januar 1900 ein Streik der Kohlenarbeiter ausgebrochen, obwohl

1) Wochenschrift „Die Zeit", Wien 1902.

die Führer der Sozialdemokraten abgeraten hatten. Der Ausstand dehnte sich bald über verschiedene böhmische und mährische Gebiete aus, und am 15. Februar gab es gleichzeitig 59000 Personen, die streikten.[1]) Mit wohltuender Elastizität bemühte sich die Regierung um die Herstellung des Friedens, und statt wie früher Militär, wurde nun der Justizminister Spens-Booden nach Mähren entsandt, während nach Böhmen ein Sektionschef des Ackerbauministeriums reiste. Die Regierung suchte die Einberufung von Einigungsämtern vorzubereiten, was allerdings nicht leicht war. Der Abschluß des Streiks verlief wenig erquicklich, und die Arbeiter, die an Löhnen 9 Millionen Kronen verloren hatten, konnten nur ganz unwesentliche Zugeständnisse durchsetzen. Dafür nahm sich ihrer das Abgeordnetenhaus an, das im Jahre 1901 die Schichtdauer von zwölf auf neun Stunden herabsetzte. Dr. von Körber hat auch den Wunsch der Arbeiter nach der Invaliditätsversicherung als berechtigt anerkannt und unmittelbar vor seinem Abgange ein „Programm für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung" veröffentlicht, das nicht bloß die bestehenden Versicherungseinrichtungen reorganisieren, sondern den gewerblichen und industriellen Arbeitern die Invaliditäts- und Altersversicherung verschaffen wollte. Freilich, die Beziehungen zwischen der Regierung und der Arbeiterschaft waren nicht immer vorzüglich, und es gab zeitweilig ernste Reibungen. Wir erinnern an den Triester Zwischenfall. Am 1. Februar 1902 waren 648 Seeleute des österreichischen Lloyd in Ausstand getreten. Zwar wurden Verhandlungen geführt, doch diese blieben ergebnislos. Mittlerweile hatte sich die Sympathie der übrigen Arbeiter den Streikenden zugewandt, und als bekannt ward, daß die Kriegsmarine dem Lloyd dreißig Heizer beistelle, und als auch sonst Streikbrecher zur Aufnahme kamen, brach in Triest ein Generalstreik aus. Am 14. Februar entwickelten sich Exzesse, und es kam zu einem Zusammenstoße zwischen dem Militär und den Arbeitern, wobei sieben Menschen getötet und fünfzehn schwer verwundet wurden. Die Verhängung des Ausnahmezustandes war die nächste Folge. Im Parlamente suchte Dr. von Körber das Vorgehen der Behörde zu rechtfertigen, aber er versicherte, daß die Exzesse nicht von Arbeitern veranstaltet wurden, sondern von ganz anderen Elementen. Blutig verlief auch im Juni 1902 der Maurerstreik in Lemberg. Allein trotz dieser traurigen Vorkommnisse hatte die

1) Julius Deutsch, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Arbeiterschaft das Gefühl, daß sie nunmehr bei der Regierung in ganz anderem Ansehen wie früher stand und daß die Knochen eines Arbeiters nicht mehr weniger galten als die eines anderen Menschen.

Doch kehren wir vom Reformator zum Staatsmanne Körber zurück. Die Achse, um die sich alles drehte, war nach wie vor die nationale Frage. Der Ministerpräsident hat mit dem alten Grundsatze der einseitigen Begünstigungen gebrochen. Er verfolgte in der Regel das Prinzip, weder den Deutschen noch den Tschechen Konzessionen zu machen, ohne beide Teile vorher ins Einvernehmen zu ziehen. Die Ära Körber brachte in den Verhältnissen der Nationen keine Verschiebungen, und die Deutschen konnten sich leidlich zufrieden geben. Freilich, gegen Ende der Regierungszeit wurden die Beziehungen ein wenig gespannt, weil der Ministerpräsident an dem deutschen Lehrerseminar in Teschen polnische und an dem in Troppau tschechische Parallelklassen errichten ließ. Die Alldeutschen nützten die Maßnahmen weidlich aus, indem sie für den 18. August 1904 — den Tag des kaiserlichen Geburtstages — einen deutschen Volkstag nach Troppau einberiefen und diesen zu einer wirksamen Kundgebung ausgestalteten. Gegen den deutschvölkischen Vertreter dieser Stadt im Abgeordnetenhause, der sich an der Demonstration nicht beteiligen wollte, wurde scharf gemacht; der Abgeordnete Hofmann sah sich schließlich genötigt, sein Mandat niederzulegen.

Die Tschechen standen mit Herrn von Körber während der ganzen Zeit seiner Amtswirksamkeit mehr oder minder auf dem Kriegsfuße. Sie haben im Parlamente zur Obstruktion ihre Zuflucht genommen, nicht etwa weil sie durch außerordentliche Vorkommnisse dazu gezwungen wurden, sondern weil sie den verfehlten Ehrgeiz hatten, zu zeigen, daß sie in der Vereitelung der Parlamentsarbeit nicht weniger gewandt seien als die Deutschen.

Durch die ganze Regierungszeit des Freiherrn von Körber laufen dennoch Versöhnungsversuche. Am 5. Februar 1900 fand die erste Verständigungskonferenz in Wien statt. Der Ministerpräsident hielt eine schwungvolle Anrede, in der er sagte: „Führen wir die nationale Frage mit männlicher Ruhe auf ihren Kern zurück; die Schwierigkeiten sind nicht so groß, daß sie nicht überwunden werden könnten. Trotz aller Kämpfe der letzten Jahre hat sich in einigen Punkten eine Annäherung der Anschauungen vollzogen. Wenn Sie in Ihren Beratungen die Differenzpunkte wohlwollend und in versöhnlicher Stimmung zu mildern trachten, dann werden Sie wenig-

stens eine Zeit der Erholung gewinnen, die gestattet, alle Umsicht und Energie den dringenden wirtschaftlichen Fragen zuzuwenden, und haben wir hier erst den Erfolg, so ist mir nicht bange, da der Wohlstand des Reiches dereinst das stärkste Argument für den dauernden inneren Frieden sein wird. Der Regierung schwebt als Ziel vor, die Machtfülle des Staates in den Dienst der Kultur und der Volkswirtschaft zu stellen. Auf Sie kommt es jetzt an, das Reich blickt auf Sie, geben Sie ihm sein Glück und seine innere Ruhe wieder!" Die Konferenz hätte vielleicht zu einem Ergebnisse geführt, wenn sich Herr von Körber stärker eingesetzt und nicht einen verkehrten Weg eingeschlagen hätte. Im Mai legte die Regierung trotz des mißlungenen Versöhnungsversuches drei Gesetzentwürfe vor, die der Regelung der sprachlichen Verhältnisse bei den Behörden in Böhmen und in Mähren und der Errichtung von Kreisregierungen gewidmet waren. Allein die Vorlagen wanderten bald in die Archive. Im November begannen neue Verhandlungen über die Annäherung der Deutschen und Tschechen, die jedoch ebenso ergebnislos waren, wie die Verständigungskonferenz, die am 14. Oktober 1902 in Wien abgehalten wurde. Dr. von Körber unterbreitete den erschienenen Parteiführern „Grundsätze", die für Böhmen die Dreiteilung in ein rein tschechisches, in ein rein deutsches und in ein gemischtsprachiges Gebiet in Aussicht nahmen. Einsprachige Behörden hätten im inneren Dienste ihre Amtssprache zu gebrauchen, während bei doppelsprachigen Ämtern und Gerichten die Sprache des Anbringens oder der Eingabe der Partei maßgebend sein sollte. Bei den Behörden im einsprachigen Gebiete wären Beamte anzustellen, welche der Amtssprache in Wort und Schrift in vollkommen tadelloser Weise mächtig sind. Die Grundsätze wurden als indiskutabel zurückgewiesen. Zwei Tage nach dem Beginne der Besprechung meinte der Ministerpräsident im Parlamente, daß eine Sprachenverordnung ein Blatt Papier, ein Gesetz dagegen eine eherne Tafel sei, und daß es von den Tschechen unklug erscheine, das Schicksal einer Nation an die Gunst einer vergänglichen Regierung knüpfen zu wollen. Deutsche und Tschechen blieben einander fremd, und das war um so bemerkenswerter, weil die Regierung ein Jahr vorher ihre beste Karte ausgespielt hatte, indem sie eine Reise des Kaisers nach Prag und Nordböhmen veranstaltete. Allerdings fand schon einige Tage später — Ende Juni 1901 — in Prag ein Sokolfest statt, bei dem namentlich die üblichen Verbrüderungsreden der Slawen nicht ausblieben. Der unermüdliche Ministerpräsident griff im Januar

1903 den Faden neuerdings auf, ohne jedoch weiter zu kommen als früher.

In der Ära Körber haben die Tschechen neben der Forderung nach der inneren tschechischen Amtssprache das Verlangen nach einer tschechischen Universität in Brünn in den Vordergrund geschoben. Am 17. November 1901 fanden gleichzeitig in Brünn, Olmütz und Innsbruck Protestversammlungen der Deutschen statt, und diese wiederholten sich in der Folge, so oft von dem Plane, Brünn mit einer tschechischen Universität zu versehen, lebhafter gesprochen wurde. Auch die Reibereien in einzelnen Orten hörten nicht auf. Der Kleinkrieg hatte wohl viel von seiner früheren Heftigkeit verloren, aber da und dort knatterten die Gewehre noch.

Die Polen leisteten Dr. von Körber nicht so freudig Gefolgschaft wie anderen Ministerien. Im Polenklub war es besonders der engere Anhang des Grafen Dzieduszycki, der bisweilen ungebärdig wurde. Um die Verbindung mit den Polen zu festigen, unternahm Dr. von Körber im Sommer des Jahres 1904 eine Fahrt nach Galizien, bei der er der herrschenden Clique in diesem Lande schmeichelte. Die Klagen der Ruthenen über Zurücksetzung und Bedrükkung verstummten auch am Anfang des neuen Jahrhunderts nicht. Nach den Reichsrats- und Landtagswahlen ertönten die oft vernommenen Schmerzensrufe wieder, denn an den Grenzen Galiziens hört der Einfluß der Wiener Zentralbehörde in den meisten Fällen auf.[1]) Im Winter 1901 fand sogar an der Lemberger Universität, die von den Polen im Laufe der Jahre fast ganz mit Beschlag belegt wurde, ein Exodus von 600 ruthenischen Studenten statt. Das Verhältnis der Polen und Ruthenen ist übrigens eine hübsche Illustration zur vielgerühmten slawischen Solidarität.

Die Italiener haben die Ära Körber in ihrer Geschichte nicht mit goldenen Lettern verzeichnet. Der Ministerpräsident hat wohl geglaubt, dem Volksstamme einen Gunstbeweis zu erbringen, als er eine italienische Rechtsfakultät in Wilten bei Innsbruck errichtete, um den Keilereien an der deutschen Innsbrucker Hochschule ein Ende zu bereiten. Aber die Deutschtiroler und Italiener waren mit der Wahl des Platzes begreiflicherweise nicht einverstanden. Die Italiener besonders hielten an der Forderung nach der Schaffung einer italienischen Universität in Triest fest. Als die deutsche und italienische Studentenschaft im Herbst 1904, unmittelbar nach der

1) Roman Sembratowycz, Polonia irredenta, Frankfurt a. M. 1903.

Eröffnung der Rechtsfakultät, so hart aneinander geriet, daß Militär einschreiten mußte und ein deutscher Student sein Leben ließ, war die Aufregung erst recht groß. Der Widerhall der Innsbrucker Vorgänge verpflanzte sich bis nach Italien, wo die österreichfeindlichen Politiker einen neuen Ansporn erhielten.

Den Ausgleich der Deutschen und Tschechen, die Versöhnung der Völker, hat Dr. von Körber nicht gebracht, aber dafür gelang ihm ein anderer Ausgleich: der mit Ungarn. Bewegt genug sind die Verhandlungen verlaufen, die im Sinne der Szellschen Formel zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung aufgenommen werden mußten. Ferdinand Kürnberger hat in seinen Siegelringen über das Verhältnis Österreichs zu Ungarn gesagt: „Wir henken einander, wir entthronen einander, aber wir brauchen einander", und diese Tatsache führt schließlich doch immer zur Überwindung der vielfachen Hindernisse für das Einvernehmen. Im Jahre 1902 rollten die Salonwagen sehr oft zwischen Wien und Budapest, denn Dr. von Körber hatte den Ehrgeiz, wenigstens einen Teil der Sünden seiner Vorgänger gut zu machen, und das war bei der Hartnäckigkeit und Klugheit des ungarischen Bruders und Gegners keine Kleinigkeit. In Ungarn wurde man im Mai nervös, und Koloman von Szell drohte im Budapester Abgeordnetenhause damit, daß er innerhalb dreier Wochen die vollständige Lostrennung von Österreich praktisch durchführen könne. Dr. von Körber antwortete im Herrenhause: „Wir wollen die Gemeinschaft und Freundschaft aufrechterhalten, wollen jedoch nicht die Hand zu einer Gemeinschaft bieten, die uns nicht zur Ruhe kommen läßt und wirklich fast keine Gemeinschaft ist." Ende Juni richtete die österreichische Regierung nach Budapest eine Note, die mitteilte, daß sie von dem in den Handelsverträgen vorgesehenen Kündigungsrechte Gebrauch machen werde, was einem Antrieb zur Eile gleichkam. Auch während des Sommers ruhten die Verhandlungen nicht, aber die Übereinstimmung konnte nicht hergestellt werden. Ende September schien endlich der Tag des Abschlusses gekommen zu sein, doch wieder war bloß der Wunsch der Vater des Gedankens. Je näher das Jahresende kam, desto aufgeregter wurde die Stimmung. Am 30. Dezember fand ein gemeinsamer Kronrat statt, ohne jedoch das ersehnte Ergebnis zu zeitigen. Der letzte Tag des Jahres 1902 war unausgesetzten Beratungen gewidmet, und beide Minister wurden zweimal vom Kaiser empfangen. Die abenteuerlichsten Gerüchte schwirrten auf und es wirkte wie eine Erlösung, als man am 1. Januar 1903 er-

fuhr, daß in der Silvesterstunde, gleichsam im allerletzten Augenblicke, die Einigung zustande kam. Am 16. Januar wurden einige Details der Abmachungen bekannt. Die Wiener „Zeit" schrieb: „Die fünf Jahre währenden Verhandlungen mit ihren Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens haben die Völker gelehrt, bescheiden zu werden. Man fragt kaum mehr nach den Opfern, die der Ausgleich kostet, man freut sich, daß er endlich zustande gekommen ist." Österreich hatte ein paar kleine Konzessionen durchsetzen können, so die Aufhebung der Donautransportsteuer, die Beibehaltung des Tiroler Getreideaufschlages und eine Erhöhung des Zollregiepauschales. Das hauptsächlichste Zugeständnis an Ungarn bestand in dem Verzichte auf die Besteuerung der ungarischen Staatspapiere durch Österreich. Gleichzeitig wurde auch der neue autonome Zolltarif vereinbart. Die Tendenz war durch die von Bülow im Deutschen Reiche eingeleitete Erhöhung der Getreidezölle gegeben. Österreich-Ungarn schraubte die Vieh- und Getreidezölle ebenfalls hinauf, während gleichzeitig der Schutz der Industrie vermehrt wurde. Der Körbersche Ausgleich konnte trotz der Obstruktion im Abgeordnetenhause in den Ausschuß gelotst werden, allein hier blieb er stecken.

In die Ära Kröber fiel die Rebellion des ungarischen Parlaments gegen die Krone. Verfassungskampf hat man diesen Vorgang genannt, der in Wirklichkeit nichts anderes war als ein Vorstoß der Unabhängigkeitspartei gegen das liberale Regime und gegen die Krone, die sich gegenüber den Anhängern Franz Kossuths ablehnend verhielt. Im Herbste des Jahres 1902 begann in Ungarn die Serie der feindseligen Äußerungen gegen die gemeinsame Armee; die Anhänger Kossuths hatten eben die einheitliche Wehrmacht als dankbares Angriffsobjekt gewählt. An verschiedenen Orten wurde von der Volksmenge gegen das Spielen der Kaiserhymne demonstriert. Besonders lebhaft waren die Kundgebungen bei der Mathias-Corvinus-Feier in Klausenburg, an denen sich der Abgeordnete Nessi, ein Reserveoffizier, eifrig beteiligte. Als gegen ihn ein gerichtliches Verfahren eingeleitet wurde, fanden im ungarischen Abgeordnetenhause, das eben sein neues, prunkvolles Heim bezogen hatte, die ersten polternden Angriffe gegen das Ministerium Szell, gegen die Krone, gegen die Armee und gegen die Gemeinsamkeit mit Österreich statt. In dieser Zeit legte man sowohl dem österreichischen als dem ungarischen Parlamente einen Gesetzentwurf vor, der die Bewilligung zur Aushebung der normalen Zahl von Rekruten für ein Jahr erbat, gleichzeitig aber durch Heranziehung der Ersatzreserve den

Stand der gemeinsamen Wehrmacht zu erhöhen suchte. § 3 des österreichischen Gesetzentwurfes lautete: „Soweit zur Ergänzung des Heeres die bewilligten Rekruten nicht ausreichen, sind die drei jüngsten Assentjahrgänge der Ersatzreserve zur aktiven Dienstleistung heranzuziehen. Doch wird die Höchstziffer der heranzuziehenden Reservisten für die Zeit vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1903 und für die gleiche Periode bis 1904 für Österreich mit je 11 450 für das Heer und mit 4500 Mann für die Landwehr berechnet." In Ungarn stürzte sich die Opposition sofort auf diese gleichsam auf Schleichwegen versuchte Verstärkung der aktiven Mannschaft. Die Vorlagen mußten in Österreich und in Ungarn zurückgezogen werden, und die Regierungen entschlossen sich offen vorzugehen, indem sie das Rekrutenkontingent für beide Reichshälften von 103 000 auf 125 000 Mann erhöhten und die Zahl der heranzuziehenden Ersatzreservisten auf 6000 beschränkten. Im ungarischen Abgeordnetenhause zog nun die Obstruktion ein. Die Kossuthpartei verweigerte die Bewilligung der Rekruten und stellte das Verlangen nach der magyarischen Kommandosprache auf, um die Nationalisierung des ungarischen Heeresteiles zu bewerkstelligen. Wir können hier nicht die einzelnen Phasen des Kampfes darstellen, der Ungarn in den Exlex-Zustand drängte, der zum Sturze der an den 1867 er Einrichtungen festhaltenden liberalen Partei und zur Vorherrschaft der Anhänger Kossuths führte. Es sei nur an den berühmten Armeebefehl von Chlopy erinnert, in dem der Kaiser am 16. September 1903 mit Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Heeres eintrat. „Mein Heer möge wissen, daß ich nie der Rechte und Befugnisse mich begebe, welche seinem obersten Kriegsherrn verbürgt sind. Gemeinsam und einheitlich wie es ist, soll mein Heer bleiben: die starke Macht zur Verteidigung der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen jeden Feind." Wie sehr die Vorstöße gegen die Wehrmacht und die damit zusammenhängenden Kreuzzüge gegen die Realunion auch auf Österreich zurückgewirkt haben, kann man aus den Worten ersehen, mit denen das offiziöse Wiener „Fremdenblatt" die Willenskundgebung des Kaisers begleitete. „In Österreich wird der Armeebefehl ein Gefühl der Erleichterung und Beruhigung erwecken", hieß es; „die nagende Angst um die Einheit des Reiches, um dessen Stellung und Zukunft wird jetzt weichen. Nunmehr ist es offenbar, weshalb die österreichische Regierung den Reichsrat erst jetzt einberuft."

Im österreichischen Abgeordnetenhause wurde die Re-

krutenvorlage bereits am 19. Februar 1903 in einer bis zwei Uhr früh dauernden Sitzung in dritter Lesung angenommen. Allerdings enthielt eine von Dr. Chiari angeregte Resolution die Einschränkung, daß die Durchführung des Gesetzes von der Annahme der Vorlage im ungarischen Parlamente abhängig zu machen sei. Deshalb mußte sich das Abgeordnetenhaus nochmals mit dem Gegenstande befassen. Wieder gab es ein heftiges Ringen mit den tschechischen Obstruktionisten, aber Ende September gelang es, das normale Rekrutenkontingent durchzusetzen. Selbstverständlich beschäftigten sich die beiden Häuser des Reichsrates wiederholt mit der durch die Ereignisse in Ungarn aufgerollten Armeefrage. In der Pairskammer befragte Fürst Alfred Windischgrätz am 11. Dezember 1903 die Regierung über ihre Stellung zum Heeresprobleme. Dr. von Körber betonte, daß die Änderung der Ausgleichsgesetze vom Jahre 1867 nur im Einverständnisse beider Reichshälften und im verfassungsmäßigen Wege vor sich gehen könne. Die Leitung und die innere Organisation der Armee stehe ausschließlich dem Monarchen zu, doch dürfe die Regierung erklären, daß die Grundlagen und Überlieferungen des Heeres nicht angegriffen würden. Dr. von Körber wies den Gedanken an die Trennung der Armee als Verbrechen gegen das Gesamtreich zurück. Viel besprochen wurde ein Antrag, den Dr. von Derschatta am 13. Januar 1904 im österreichischen Abgeordnetenhause stellte. Danach sollte feierlich ausgesprochen werden, daß einzig und allein der Monarch über die Leitung und innere Organisation der Armee zu entscheiden habe, ohne daß den Parlamenten ein Einfluß zustünde. Da man in Ungarn eben für die Anerkennung des entgegengesetzten Standpunktes eintrat, erregte der Antrag auch in Österreich auf vielen Seiten Widerspruch, und Dr. von Derschatta mußte die Obmannstelle in der Deutschen Volkspartei aufgeben.

Die Zeit der erbittertsten Kämpfe gegen die Armee ist mit einer Reihe von außerordentlichen Geldforderungen für die Wehrmacht verknüpft. Freilich hatten darüber nicht der Reichsrat und der Reichstag, sondern die Delegationen zu entscheiden, die sich damals noch als willige Werkzeuge in den Händen der Regierungen erwiesen. Im Jahre 1902 wurden 38, im Jahre 1903 15 Millionen Kronen für die Beschaffung neuer Geschütze bewilligt. Das Jahr 1904 aber brachte ein großes Anschaffungsprogramm für die Armee und für die Marine, das außerordentliche Ausgaben im Betrage von 391 Millionen Kronen beanspruchte. Im Budgetausschusse der

österreichischen Delegation, die in Budapest tagte, erschien der Finanzminister Böhm-Bawerk, um den famosen Plan der Refundierung zu entwickeln. Nach diesem würde sich die Heeresverwaltung verpflichten, durch 25 Jahre jährlich 27 Millionen Kronen aus den Budgets zu ziehen und zurückzuzahlen. Auf diese Weise sollte die Verzinsung und Amortisation der ganzen Summe ohne Belastung der Steuerträger bewerkstelligt werden. Über die wichtigste Frage schwieg sich der Finanzminister allerdings gründlich aus. Mit keinem Worte verriet er, ob die österreichische Regierung das erforderliche Geld mit dem §14 beschaffen wollte oder nicht. Das aber war die Kernfrage. Bisher wurde der §14 schon zur Bewilligung des Staatsvoranschlages, zur Genehmigung der Rekrutenaushebungen, kurz, zu allem, nur nicht zur Aufnahme neuer Schulden benützt, und es war wichtig, zu wissen, ob nun auch das letzte Feigenblatt, das der Absolutismus umbehielt, fallen würde. Gegen den Refundierungsplan kämpften die Tschechen mit größter Leidenschaft an. Dr. Kramař sagte, daß dieser nicht bloß erkünstelt, sondern eine Täuschung sei. Übrigens wurde die Voraussetzung für die Refundierung — die Verzichtleistung auf frische Ansprüche in den nächsten Jahren — bald hinfällig, da der Leiter der Marinesektion ganz unverblümt das Gegenteil von dem behauptete, was Böhm-Bawerk gesagt hatte. Darauf ist der im Oktober erfolgte Rücktritt des österreichischen Finanzministers zurückzuführen.

Die während der ungarischen Krise zutage getretene Abneigung gegen die 1867 begründete engere Verbindung mit Österreich hat auch in Cisleithanien den Glauben an die Lebensfähigkeit der dualistischen Verfassung arg erschüttert. Während in Österreich auf der einen Seite der Ruf nach der Personalunion stärker erschallte — Körber mahnte vergebens, das Wort „Los von Ungarn" nicht in den Mund zu nehmen —, erwachten auf der anderen Seite bereits großösterreichische Hoffnungen [1]), die in demselben Maße an Verbreitung gewannen, in dem die Wirren in Ungarn um sich griffen.

In der Ära Körber haben die L a n d t a g e ein für die große Politik bedeutungsloses Leben geführt, sofern man die Tatsache, daß die Obstruktion auch in den Landesstuben aufzutauchen begann, nicht als Ereignis verzeichnen will. So revanchierten sich die Deutschen im böhmischen Landtage für die Obstruktion der Tschechen im Parla-

1) Rudolf Springer (Dr. Karl Renner). Die Krise des Dualismus und das Ende der Déakistischen Episode in der Geschichte der Habsburgischen Monarchie. Wien 1904.

mente, und der Tiroler Landtag war zeitweilig beschlußunfähig, weil die verärgerten italienischen Abgeordneten durch ihre Abwesenheit glänzten. Man fand es eben nicht der Mühe wert, auf die alten, zum Teil berechtigten Forderungen nach einer Autonomie für das Trentino wohlwollend einzugehen. In einigen Landtagen wurden den vorhandenen Privilegienkurien Kurien des allgemeinen, gleichen Wahlrechts angehängt: 1902 in Kärnten, dann in Vorarlberg und 1904 in Steiermark. In Böhmen, Oberösterreich und Steiermark verschwanden die Wahlmänner; die Wahlberechtigten durften direkt wählen.

Das Parlament hat eine traurige Rolle gespielt, und es ist höchst unerquicklich, von der fünfjährigen durch die Obstruktion der Tschechen bedingten Tatenlosigkeit zu reden. Das Abgeordnetenhaus, das dem §14 die Alleinherrschaft überließ, verlor in der Bevölkerung jede Sympathie. Teilnahmslos sah man seinem Zusammentritt entgegen, gleichgültig vernahm man die Kunde von den vielen Vertagungen. Selbst die Sozialdemokratie, die doch an der Parlamentstribüne ein großes Interesse hat, wandte sich mit Widerwillen von dem siechen Körper ab. Am 2. Februar 1902 schrieb die „Arbeiter-Zeitung" beispielsweise: „Nun werden wir sie wiedersehen, die teueren Volksvertreter. Wenn die Abgeordneten empfindlich wären, der kalte Gleichmut, mit dem man ihre Abwesenheit ertrug, müßte sie tief verletzen. Das Parlament war eineinhalb Monate auf Ferien, aber kein Hahn hat nach ihm gekräht." Und im Leitartikel vom 18. Mai 1902 lesen wir: „Von dem noch immer sogenannten Parlament redet man nicht mehr. Das existiert nur, weil sich niemand mehr darum bekümmert." Mit den Jahren wurde das Urteil womöglich noch vernichtender. Das Bild des Jammers, das das Abgeordnetenhaus bot, löste natürlich den Wunsch nach einer Reform der Geschäftsordnung aus, denn die Zügellosigkeit der Arbeitsunwilligen war nicht zuletzt in den mangelnden Handhaben für eine strammere Geschäftsführung begründet. Im April 1903 erstattete der Geschäftsordnungsausschuß auch einen Bericht über die verschiedenen Anträge, die ihm vorlagen. In der Begründung der Reformvorschläge heißt es: „... Wir finden zunächst als auffällige Erscheinungsform eine grenzenlose Verwilderung der parlamentarischen Sitten. Nicht nur eine Vergröberung der Umgangsformen, nicht bloß einzelne Ausbrüche ungebändigter Leidenschaft haben wir zu beklagen, sondern wir sehen die Zügellosigkeit als Gewohnheit, die Roheit als alltägliche Erscheinung. Schmachvolle Szenen, wüste

Schimpforgien läßt das Haus apathisch über sich ergehen, unwürdig seine Würde gegen renitente Mitglieder wirksam zu wahren."[1]) Aber die Vorschläge, die der Berichterstatter des Ausschusses Dr. von Grabmayr machte, fielen nicht auf fruchtbaren Boden. Das an das Nichtstun gewöhnte Parlament konnte und wollte sich nicht aufraffen, die Zügel freiwillig fester zu spannen. „Obstruktion führt zur Destruktion", sagt der geistreiche Josef Unger in seinen Aphorismen.

Versuchen wir es jetzt, die wichtigsten Momente aus der Parlamentsgeschichte der Körberschen Zeit herauszugreifen. Ende Februar 1900 versammelte sich das Abgeordnetenhaus wieder. Dr. von Körber richtete einen warmen Appell an das „hohe Haus": „Die materiellen und die Kulturfragen pochen mit Gewalt an die Pforten des Reiches. Die Regierung darf sie nicht deshalb abweisen, weil die politischen und nationalen Fragen noch nicht gelöst sind. Darum bittet sie das Haus, den Streit wenigstens so weit einzudämmen, daß daneben ein Weg frei bleibe für die geistige und wirtschaftliche Entwickelung des Staates, denn der Staat muß leben, er ist der Hort seiner Bürger." Doch was nützte das? Wohl hatten die Jungtschechen das Rekrutengesetz für 1900 und die Wahlen für die Delegation freigegeben, aber im übrigen kam nichts vom Flecke. Ende Mai sagte der Kaiser, auf das Verhalten des Parlaments hinweisend, zum Abgeordneten Dr. Pacak: „Wir sind zum Gespött der ganzen Welt geworden, es ist eine Schande." Allein die Verweise, die in der ersten Zeit noch von oben und unten kamen, verhallten unbeachtet. Im Juni 1900 nahte die Entscheidung. Die Tschechen waren durch ihre Obstruktion ganz vereinsamt, und am 7. Juni löste sich die Majorität der Rechten auf, weil sich die besonneneren Elemente von den Störenfrieden lossagten. Am nächsten Tage wurde eine Arbeitsmehrheit gebildet, die nicht ohne Aussicht auf Erfolg gegen die Jungtschechen ankämpfte. Sie suchte auf durchaus geschäftsordnungsgemäße Weise die sachliche Beratung zu erzwingen, aber im entscheidenden Augenblicke erneuerten die Tschechen die Skandale, die zu einem Handgemenge führten. Dr. von Körber, der an diesem Tage schon einmal beim Kaiser in Schönbrunn war, fuhr nachts nochmals zum Monarchen, der aus dem Bette geholt werden mußte. Als der Minister ins Parlament zurückkehrte, brachte er die Ermächtigung zur Schließung der Session mit, von der er sofort Gebrauch machte.

1) Beilage zum Protokoll des Abgeordnetenhauses. XVII. Session. Nr. 1729.

Es war ein historischer Augenblick. Ein Staatsmann von großem Zuschnitte hätte sich in einer so ernsten Stunde über die tieferen Ursachen des kläglichen Verfalles der Volksvertretung klar werden müssen; für einen solchen lag die Versuchung nahe, zu einem Radikalheilmittel zu greifen, als das damals die Beseitigung der Privilegien, die Niederreißung der Kurienmauern gepriesen wurde. Dr. von Körber hat diesen letzten Schluß der Weisheit nicht gezogen. Er zauderte. Und gerade von ihm, dem modernen Menschen, hätte man eine kühne, befreiende Tat erwartet.

Im September 1900 wurde das Parlament aufgelöst. Bei den Neuwahlen zeigten sich die Spuren der großen nationalen Erregung, die durch die Sprachenverordnungen wachgerufen worden war. Die radikalen Nationalparteien gewannen an Anhang. Die Schönerianer, die bereits zu Alldeutschen geworden waren, hatten statt acht einundzwanzig Mandate errungen. Dieser Riesenerfolg war durch die starke Werbekraft, die von K. H. Wolf ausging, ermöglicht, und darum entbrannte bald in dem älteren Führer Schönerer Eifersucht gegen seinen jüngeren Rivalen. Die völlige Entzweiung ließ nicht lange auf sich warten. Nach einem Prozesse, der im Dezember 1902 in Brüx stattfand, war der Bruch zwischen Schönerer und Wolf unwiderruflich vollzogen; die starke Gruppe im Parlament löste sich in Alldeutsche und Ostdeutsche auf. Die Sozialdemokratie hatte diesmal nur 10 Sitze erlangen können; ihr Führer Dr. Adler konnte noch immer nicht ins Parlament einziehen. Der Deutschen Fortschrittspartei waren 31, der Deutschen Volkspartei 48, den Christlichsozialen 25, den deutschen Klerikalen 29 und den Jungtschechen 51 Mandate zugefallen. Die verfassungstreuen Großgrundbesitzer hatten 30 und die Feudalen 19 Sitze besetzt. Aus Böhmen waren 4 nationalsoziale Tschechen ins Abgeordnetenhaus gekommen. Die deutsche und tschechische Agrarpartei tauchte, wenn auch schwach vertreten, auf. Der Polenklub hatte 63 Mitglieder.[1])

Am 4. Februar 1901 wurde der Reichsrat mit einer ungewöhnlich langen Thronrede empfangen. Dem Abgeordnetenhause lagen am 12. Februar 58 auf Grund des § 14 erlassene kaiserliche Verordnungen zur Genehmigung vor, außerdem 193 Anträge und 84 Interpellationen. Im Anfange war somit das Chaos, und gegen Ende Februar schwanden bereits die Hoffnungen auf die Arbeitsfähigkeit des Parlaments. Am 26. April ging dem Abgeordnetenhause end-

1) Fritz Winter, Das österreichische Parlament. Wien 1902.

lich die bereits angekündigte Vorlage über den Bau neuer Wasserstraßen zu. Es sollten ein Donau-Oderkanal, ein Donau-Moldaukanal, eine Verbindung des Donau-Oderkanals mit der oberen Elbe und eine Verbindung der Oder mit der Weichsel hergestellt werden. Zwanzig Jahre waren für die Errichtung dieser wichtigen Verkehrsmittel in Aussicht genommen, deren Kosten auf 750 Millionen Kronen beziffert wurden. Außerdem lag dem Abgeordnetenhaus bereits seit Jahresfrist ein großes Eisenbahnbauprojekt vor, das mit 117 Millionen Kronen veranschlagt war; sollte doch die zweite Eisenbahnverbindung mit Triest hergestellt werden. Für die Erweiterung der vorhandenen Bahnen und für die Ergänzung des Wagenparks wurden weitere 110 Millionen Kronen gefordert, so daß ungefähr eine Milliarde für die großen Unternehmungen des Staates verwendet werden und dem Wirtschaftsleben zugute kommen sollte. Die Projekte der Regierung waren sehr oberflächlich gearbeitet; sie sprachen mehr Absichten aus, als daß sie feste Grundlagen boten. Trotzdem wurde das Parlament aus allen Kreisen bestürmt, sich aufzuraffen und den Goldstrom nicht aufzuhalten. Die Regierung zeigte sich sehr entgegenkommend. Als verlangt wurde, daß von den Riesenbeträgen ein Teil für Flußregulierungen verwendet werden möge, willigte sie sogleich ein. In Anbetracht der allgemeinen Stimmung mußten die Jungtschechen ihre Obstruktion für eine Weile einstellen, zumal die Slowenen, ihre engsten Verbündeten, den Bau der Alpenbahnen nicht länger hinausschieben lassen wollten. So wurde denn am 1. Juni 1901 die Eisenbahninvestitionsvorlage, das Wasserstraßengesetz und — nach vier Jahren zum erstenmal — das Budgetprovisorium vom Abgeordnetenhause angenommen. Aus dem Blätterwalde erklang heller Jubel, und es machte sich auch wirklich ein Gefühl der Erleichterung bemerkbar. Körber stand im Zenit seines Glückes. Er wurde als Bezwinger der Obstruktion, als ein neuer Ritter Georg vielfach gefeiert.

Aber im Winter ballte sich wieder über dem Abgeordnetenhause dichtes Gewölk zusammen. Die Obstruktion der Tschechen betätigte sich mit verstärkter Wucht, und alle Beschwörungsversuche des Ministerpräsidenten schlugen fehl. Im Dezember hielt er dem Abgeordnetenhause vor, daß es drei Mittel gäbe, aus dem Sumpfe herauszukommen: die Auflösung des Parlaments, die so lange fortzusetzen wäre, bis ein arbeitswilliges Haus zustande käme, den Föderalismus oder eine Radikalkur. Wenn die Regierung die Verfassung antasten wollte, dann würde sie von der Bevölkerung als Ret-

terin begrüßt werden. Dr. von Körber aber appellierte nochmals an die Abgeordneten, die Arbeiten zu beschleunigen und das Parlament nicht schuldig werden zu lassen. Allein, erst am 22. Mai 1902 wurde das ordentliche Budget vom Parlamente angenommen, und das gab für Dr. von Körber wieder ein Freudenfest. Die Tschechen hatten an dem Budget ein großes Interesse, weil es für Prag eine ansehnlichere Subvention brachte, und außerdem wollten sie jetzt ihre Kraft auf den Kampf gegen den Ausgleich konzentrieren. Während der Beratung des Budgets hat es mehrere kritische Momente gegeben. Am 27. Februar 1902 wurde die Abstimmung über den Dispositionsfonds mit großer Spannung erwartet, aber die Mehrheit, die sich der Regierung zur Verfügung stellte, war nicht gering. Die stürmischesten Auftritte gab es am 21. März. An diesem Tage sollte sich das Schicksal der Budgetposten für Troppau und Cilli entscheiden. Der Abgeordnete Dr. Pommer, der der Deutschen Volkspartei angehörte, forderte „im Namen des verletzten und beleidigten Deutschtums die Beseitigung der Slawisierungsanstalt, der Trutz- und Zwangsanstalt in Cilli". Indes, die Budgetpost wurde angenommen. Unter starker Erregung schritt man nun an die Abstimmung über die Resolution des Grafen Stürgkh, die die sukzessive Auflassung der vier slowenischen Parallelklassen am Gymnasium in Cilli verlangte und dagegen die Ausgestaltung der slowenischen Parallelklassen am Gymnasium in Marburg zu einem selbständigen slowenischen Untergymnasium beantragte. Diese Anregung wurde jedoch vom Parlamente zurückgewiesen, da sich die offenen und versteckten Gegner des Herrn von Körber zusammenfanden, um die Deutschen zu ärgern und niederzuringen. Sogar der polnische Landsmannminister Pientak trat gegen die Resolution auf. Einen heftigen Konflikt gab es noch bei der Abstimmung über eine Resolution, die die Errichtung einer tschechischen Gewerbeschule in der Nähe von Budweis und einer deutschen Gewerbeschule in Eger wünschte. Die Deutsche Volkspartei emanzipierte sich hierauf von der deutschen Obmännerkonferenz, der auch die Deutschklerikalen und Christlichsozialen angehörten; sie machte Miene, die Regierung im Stiche zu lassen.

Das Abgeordnetenhaus geriet immer tiefer in den Sumpf der Obstruktion hinein. Die Tschechen verbohrten sich in die Negationspolitik, und so vergingen die Jahre, ohne daß sich das beschämende Bild des Parlaments änderte. Dr. von Körber erlahmte nicht in seinen Aufmunterungsbemühungen, aber seine Reden verloren schließlich an Reiz, und so lebte man in stumpfer Resignation hin. Die gewöhn-

lichen Mittelchen versagten, und zu einem gewagten Mittel gebrach es an Mut. Doch ehe sich das fünfte Jahr der Regierungszeit des Ministerpräsidenten vollendete, vollzog sich der Sturz Dr. von Körbers. In den Kassen des Staates machte sich eine Ebbe bemerkbar, und die Regierung mußte sehen, sich Gelder zu beschaffen. Ende des Jahres 1904 glaubte sie einen Ausweg gefunden zu haben, indem sie mit einer Notstandsaktion eine Aufbesserung der Kassenbestände verband. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hatte sich daher mit einem Gesetzentwurfe zu beschäftigen, dessen erster Paragraph $15^1/_2$ Millionen Kronen für Notstandsaktionen forderte, während der sechste Paragraph die Regierung zur Ausgabe einer Refundierungsanleihe im Betrage von 69 Millionen Kronen ermächtigte. Der Überschuß sollte für Tilgungen verwendet werden. Die Mitglieder des Ausschusses lehnten es nun ab, auf diesen Plan einzugehen. Neunundzwanzig Abgeordnete stimmten den § 6 am 9. Dezember nieder, während sich nur vierzehn auf die Seite der Regierung stellten. Die Niederlage des Ministerpräsidenten war um so ärger, weil sich jetzt auch Politiker gegen ihn erhoben, die eigentlich in sein Gefolge gehört hätten. Deutlich kam die Mißstimmung zum Ausdrucke, die am Schlusse der Regierungszeit Dr. von Körbers Platz gegriffen hatte. Längst waren nicht allein die Tschechen des Ministerpräsidenten überdrüssig. Dr. von Körber, der in den letzten Monaten leidend und hochgradig nervös war, vertagte nach dem vernichtenden Votum des Budgetausschusses sogleich den Reichsrat, und man sprach damals schon ernstlich von seinem Rücktritte.

Doch der Staatsmann hatte seine Stellung liebgewonnen und er konnte sich nicht leichten Herzens von ihr trennen. Es bedurfte erst eines anderen Anstoßes. Während seiner Regierungszeit hat die „Los von Rom-Bewegung“ Fortschritte gemacht, und sehr hohe Kreise waren dafür, daß diese Agitation gewaltsam unterdrückt werde. Der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand übernahm im April 1901 das Protektorat des Katholischen Schulvereines, um dadurch seinen Unwillen über die Abfallsbewegung zu manifestieren, und auch andere einflußreiche Personen zögerten nicht, ihr Mißfallen deutlich zu zeigen. Dr. von Körber hatte jedoch einen viel zu scharfen Blick, um sich zu einer Maßregel herzugeben, die nur eine der Absicht entgegengesetzte Wirkung haben konnte. Im Juni 1901 betonte er in einer Rede im Abgeordnetenhause, daß die Furcht vor der „Los von Rom-Bewegung“ unbegründet sei. Ein Übermaß von Polizei sei unter allen Umständen bedenklich, gegen solche Bewegun-

gen aber unwirksam. Die katholische Kirche könne sich beruhigt auf ihre Kraft verlassen. Im Oktober desselben Jahres sagte er, die Regierung werde bezüglich der „Los von Rom-Bewegung" das Gesetz mit allem Nachdrucke handhaben, ohne jedoch eine Freiheit des Terrorismus gegen Andersgläubige oder eine ungesetzliche Propaganda zuzugeben. Weiter ließ sich der Ministerpräsident nicht ein, und das verschnupfte in gewissen Kreisen sehr. Es läßt sich nun nicht leugnen, daß die Alldeutschen die Preßfreiheit, die unter Körber herrschte, bis an die Grenze der Geschmacklosigkeit ausgenützt haben, und als im Jahre 1904 im „Alldeutschen Tagblatt" Angriffe gegen Einrichtungen der katholischen Kirche erschienen, war das ein weiterer Grund, die Stellung des Ministerpräsidenten gegenüber gewissen einflußreichen Kreisen zu erschweren. So überreichte denn Dr. von Körber am 30. Dezember 1904 dem Kaiser seine Demission, ohne die Ministerkollegen vorher verständigt zu haben. Er schied aus dem Amte und die Zustände, die er zurückließ, waren verworrener als zur Zeit, da er seine Regierung antrat. Dennoch haben weite Kreise Dr. von Körber nicht ohne aufrichtiges Bedauern scheiden gesehen, denn seine interessante Persönlichkeit hatte viele Freunde, besonders bei der Presse. Er war ein Anreger, der Dutzende Gedanken ausstreute, die noch in Jahrzehnten nur Wünsche sein werden. Er hat viele persönlich gefesselt, die er politisch nicht zu befriedigen vermochte. Als Chef der Administration eines großen Staates konnte er unauslöschliche Verdienste erwerben, als Staatsmann jedoch errang er keinen bleibenden Ruhm.

Es wäre verfehlt, Herrn von Körber als Märtyrer hinzustellen, der nur an den Wunden verblutete, die ihm die Klerikalen zugefügt hatten. Ebenso falsch würde es sein, den Ministerpräsidenten als einen schroffen Gegner des Klerikalismus aufzufassen, der bloß widerwillig jene Konzessionen machte, die in Österreich unumgänglich zu sein scheinen. Den Christlichsozialen bewilligte er beispielsweise schon am Beginne seines Regimes das neue Wiener Gemeindestatut, trotzdem dagegen aus den verschiedensten Kreisen Bedenken geltend gemacht wurden. Und am Ende seiner ministeriellen Laufbahn war Dr. von Körber mit den Freiheitlichen in Konflikt geraten, weil er den Geßmannschen Schulgesetzen keinen Widerstand entgegenbrachte. Vergebens hatten Universitätsprofessoren und die maßgebendsten industriellen und kommerziellen Korporationen Protest eingelegt, vergebens waren das antiklerikale Bürgertum und die Arbeiterschaft gegen die Reform zu Felde gezogen. Aber die Christlichsozialen wur-

den gefürchtet, und so viel Festigkeit besaß der Ministerpräsident nicht, ihren Zorn heraufzubeschwören. Er gab in diesem Falle lieber nach und das Kronland Nieder-Österreich hatte es zu büßen.

IX. Die Reichskrise und die Wahlreform.

A. Das Ministerium Gautsch.

Abermals tauchte aus der Versenkung der Vertrauensmann des Kaisers, Freiherr Gautsch von Frankenthurn, auf. Das Ministerium, das am 1. Januar 1905 in die Erscheinung trat, bestand zum größten Teile aus den Mitgliedern der früheren Regierung. Außer dem Ministerpräsidenten war der Minister des Innern Graf Arthur Bylandt-Rheydt ein neuer Mann; überdies erhielt noch das Justizministerium im Sektionschef Dr. Klein einen neuen Leiter. Das Kabinett Gautsch hat im Laufe der Monate einige Veränderungen erfahren. Graf Welsersheimb, der ein Vierteljahrhundert Landesverteidigungsminister gewesen war, trat im März 1905 von seiner Stelle zurück, um dem Feldzeugmeister Schönaich Platz zu machen. Anfang Mai vollzog sich im Eisenbahnministerium ein Wechsel. Beim Bau der zweiten Verbindungslinie mit Triest kamen außerordentliche Überschreitungen der seinerzeit von Dr. von Körber gelieferten Kostenaufstellung vor. Die Mehrausgaben bei den vom Staate hergestellten Alpenbahnen beliefen sich am Ende des Jahres 1904 bereits auf 61 Millionen Kronen, und da damit nicht alle unerwarteten Bedürfnisse erfüllt waren, mußte man mit einem Mehraufwande von 100 Millionen Kronen rechnen. Als Opfer dieser Kostenüberschreitungen fiel der Eisenbahnminister von Wittek, dem im Amte der Sektionschef Wrba als Leiter nachfolgte. Außerdem traten noch im September die Minister Hartel und Call zurück. Als Leiter des Unterrichtsministeriums wurde nun Freiherr von Bienerth, als Leiter des Handelsministeriums Graf Leopold Auersperg berufen. Während des Regimes des Freiherrn von Gautsch tauchte bei den verschiedensten Anlässen der Gedanke einer Parlamentarisierung des Ministeriums auf; zur Ausführung dieser Absicht ist es jedoch nicht gekommen.

Als das neue Ministerium seine Tätigkeit aufnahm, dachte wohl niemand, daß mit dessen Namen einst eine der wichtigsten Reformen, die die Verfassungsgeschichte Österreichs kennt, verknüpft sein würde. Nach dem impulsiven Dr. von Körber wirkte der nüchterne Freiherr von Gautsch etwas befremdend. Aber der Ministerpräsident war klug

genug, an der von seinem Vorgänger zur Geltung gebrachten freiern Auffassung der Bürgerrechte nicht zu rütteln und die Verwaltung im Geiste Körbers fortzuführen. Die Aufnahme der mit dem neuen Jahre geborenen Regierung konnte den Kabinettschef befriedigen. Den Tschechen war die Genugtuung verschafft worden, sich mit dem Skalp des früheren Ministerpräsidenten zu schmücken, und damit gaben sich die gemäßigteren Elemente zufrieden. Von den Deutschen wurden der Regierung Gautsch keine Schwierigkeiten bereitet.

Für das Parlament brach nun eine Periode der ruhigen Arbeit an. Am 24. Januar 1905 trat das Abgeordnetenhaus zusammen, und Freiherr von Gautsch legte sein Programm dar. Einiges Kopfschütteln erregte eigentlich bloß die Wendung in seiner Rede, daß er sich in bezug auf die deutsch-tschechische Frage „selbständige Entschließungen vorbehalte“. Allein das obstruktionsmüde Parlament wollte möglichst rasch zur positiven Arbeit übergehen und es sah deshalb von der Eröffnung einer Debatte über die Ausführungen des Ministerpräsidenten ab. Am 23. Februar war die Rekrutenvorlage schon zu Ende beraten. Als sie hierauf an das Herrenhaus geleitet wurde, kam es daselbst zu einer vielbeachteten Kundgebung gegen Ungarn, das die bisher einheitliche Wehrmacht zu teilen suchte. Überhaupt beschäftigten die Ereignisse in der östlichen Reichshälfte des Habsburgerstaates die politischen Kreise in Österreich lebhaft. Vom Abgeordneten Derschatta war im Parlamente beantragt worden, einen 48gliedrigen Ausschuß mit dem Studium des Verhältnisses zwischen Cis- und Transleithanien zu betrauen. Bei der Diskussion, die hierüber geführt wurde, konnte eine lange nicht bemerkte Einmütigkeit der Abgeordneten wahrgenommen werden; das Parlament schwang sich zu einer würdigen Vertretung der österreichischen Interessen auf. Man beschloß die Einsetzung des Ausschusses, ohne sich freilich einer Täuschung über die Bedeutung dieser Maßnahme hinzugeben. Aus den Beratungen des Derschatta-Ausschusses kam auch nichts heraus. Vor den Osterferien hatte das Parlament noch eine ganz erkleckliche Zahl von Gesetzentwürfen durchberaten und die erste Lesung des Budgets erledigt. Heller als in den vorhergegangenen Jahren erklangen deshalb die Osterglocken, und der Ministerpräsident konnte sich seiner Erfolge freuen. Den Bemühungen des Freiherrn von Gautsch war es auch gelungen, zwischen den Deutschen und Tschechen ein Kompromiß zustandezubringen, durch das die Einstellung der von den Deutschen im Prager Landtagssaale geübten Obstruktion bewirkt wurde.

Es schien, als würde sich das politische Leben ruhig abwickeln. Das Wüten der Obstruktion war behoben worden; was Dr. von Körber vergebens angestrebt, hatte sein Nachfolger mit glücklicher Hand zuwege gebracht. Wohl wurde nicht der Quell des Übels beseitigt, aber die Öffentlichkeit gab sich mit der Tatsache zufrieden, daß die Krankheitssymptome zurückgedrängt waren. Doch alles sollte anders kommen, als man annahm. Ungarn galt jetzt als Sorgenland der Monarchie. Der ungarische Ministerpräsident Graf Stefan Tisza bemühte sich ohne Erfolg, die Opposition im Budapester Abgeordnetenhause zu bändigen. Je rücksichtsloser die liberale Regierung gegen die Unabhängigkeitspartei ankämpfte, desto größer wurde deren Macht. Der Ruf nach dem magyarischen Kommando verhallte nicht, sondern ertönte lauter als früher. Am Beginne des Jahres 1905 führte Graf Tisza Neuwahlen des Abgeordnetenhauses durch, wobei er die in Ungarn üblichen Beeinflussungen und Bedrückungen der Wählerschaft auf ein Minimum verringerte. Daher konnte die rührige Opposition die Mehrheit der Wahlberechtigten für sich gewinnen und der bis dahin allmächtig gewesenen liberalen Partei eine empfindliche Niederlage zufügen. Aus der Majorität des ungarischen Abgeordnetenhauses war eine Minderheit geworden; die Unabhängigkeitspartei triumphierte. Im Juni wurde das Ministerium Fejervary eingesetzt, unter dem die parlamentarischen Kämpfe in der östlichen Reichshälfte ihren Höhepunkt erreichten. Das Land befand sich im Ex-Lex-Zustande: die Regierung hatte kein Budget und keine Rekruten bewilligt erhalten. Von Woche zu Woche stiegen die Verwirrungen, doch mit ihnen reifte in dem ungarischen Minister des Innern Kristoffy die Überzeugung, daß es sich für Ungarn nicht nur darum handle, eine Verständigung zwischen der Krone und der Unabhängigkeitspartei zu erzielen, sondern daß die dauernde Gesundung der Verhältnisse viel tiefergreifende Maßregeln zur Voraussetzung habe. Das engherzige Wahlrecht, das den magyarischen Chauvinisten die Herrschaft im Parlamente sichert, müßte beseitigt und den breiten Massen der Völker in der östlichen Reichshälfte das Mitbestimmungsrecht gewährt werden. Aus dem Junkerstaate Ungarn sollte ein Volksstaat werden: nicht mehr und nicht weniger suchte Kristoffy zu bewirken. Im Juli 1905 überraschte er die Welt mit dem Plane, das allgemeine Wahlrecht einzuführen, im September erörterte er diese Absicht aufs neue vor seinen Wählern. Nun wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Monarchen zu veranlassen, seinem ungestümen Minister das Handwerk zu legen. Am

10. September fand in Wien ein Kronrat statt, an dem auch Freiherr von Gautsch und Graf Goluchowski, der Minister des Äußern, teilnahmen. Zwei Tage nachher gab die Regierung Fejervary ihre Demission und die Gegner der Wahlreform in Ungarn jubelten wie nach einer gewonnenen Schlacht. Sie hatten sich zu früh gefreut. Am 23. September wurden die Vertrauensmänner der magyarischen Oppositionsparteien in der Wiener Hofburg empfangen, aber die Audienz dauerte nur fünf Minuten. Sie brachte statt der Versöhnung zwischen dem Monarchen und der Mehrheit des ungarischen Abgeordnetenhauses einen völligen Bruch. Mitte Oktober wurde die Regierung Fejervary wieder formell ins Amt eingesetzt; Kristoffy hatte für den Augenblick wenigstens gesiegt, der Herrscher stand ganz auf seiner Seite.

Die Erörterung des ungarischen Wahlrechtsproblems war für Österreich nicht ohne Folgen geblieben. Obwohl die Sozialdemokraten im österreichischen Abgeordnetenhause nicht einmal ein Dutzend Vertreter hatten, verstanden sie es dennoch, die günstige Situation auszunützen, um das Parlament auf eine neue Grundlage zu stellen. Als es bekannt geworden war, daß Freiherr von Gautsch bei dem Kronrate den ungarischen Wahlreformern entgegengewirkt hatte, schlug die sozialdemokratische Presse Lärm. Am 12. September nannte die „Arbeiterzeitung" den österreichischen Ministerpräsidenten einen Volksfeind, und diese Note wurde in der nächsten Zeit beibehalten. Zehn Tage später fand eine Reichskonferenz der österreichischen Sozialdemokratie statt. Diese beschloß einen Aufruf an die Bevölkerung, der in dem Rufe ausklang: „Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechte!" In ganz Österreich wurden Versammlungen in großer Zahl abgehalten, durch die in die Massen Bewegung kam.

Am 26. September nahm der Reichsrat seine Tätigkeit auf; im Abgeordnetenhause bereiteten die Sozialdemokraten dem Ministerpräsidenten einen recht unfreundlichen Empfang. Freiherr von Gautsch hielt trotzdem eine lange Rede, in der er ein Sprachengesetz, Eisenbahnverstaatlichungen und die Zuwendung einer Summe von 25 Millionen Kronen für die Hochschulen ankündigte. Am meisten Interesse erregten jedoch die Stellen seiner Ausführungen, die sich mit der Erweiterung des Wahlrechts befaßten. Freiherr von Gautsch erklärte, daß „der Heranziehung neuer Bevölkerungsschichten zur Bildung des Volkswillens grundsätzlich die Berechtigung nicht abgesprochen werden könne", aber er fügte hinzu, daß der Einführung des

allgemeinen Stimmrechtes in Österreich eine Ordnung der nationalen Verhältnisse vorangehen müßte. Über die Darlegungen des Ministerpräsidenten entspann sich eine lebhafte Debatte, die bis zum 4. Oktober dauerte. Sie wurde wenig verheißungsvoll von dem polternden Grafen Sternberg eingeleitet. Die Sozialdemokraten setzten sich für das gleiche Stimmrecht aller Bürger energisch ein; ihnen sprang der deutsch-liberale Abgeordnete Dr. Lecher bei, dessen Rede von seinen kleinlichen Parteigenossen sogleich als nur persönliche Meinungsäußerung hingestellt wurde. Am 5. Oktober hatte sich das Parlament mit den sechs Dringlichkeitsanträgen der Abgeordneten Pacak, Susteršic, Choc, Breiter, Romanczuk und Daszynski, die die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts verlangten, zu beschäftigen. Ein siebenter Dringlichkeitsantrag rührte von dem deutschklerikalen Abgeordneten Dr. Ebenhoch her; er forderte die Regierung auf, die Vorarbeiten für einen Gesetzentwurf über das „allgemeine, direkte, geheime Wahlrecht unter Berücksichtigung der nationalen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Verschiedenheiten in Österreich“ zu beginnen. Bei der Abstimmung über diese Anträge wurde wohl die für die Annahme von Dringlichkeitsanträgen erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht, allein es sprachen sich immerhin für das demokratische Wahlrecht 155 gegen 114 Abgeordnete aus. Unter den letzteren waren noch dazu 52 Großgrundbesitzer und sechs Vertreter der Handelskammern.

Durch die Debatten im Abgeordnetenhause wurde das Interesse für die Wahlreform in Österreich erheblich verstärkt. Die Sozialdemokratie berief sich in ihrer Agitation auf den Umstand, daß sich im Parlamente eine bedeutende Mehrheit für das Volksstimmrecht ergeben hatte und daß der Kaiser von Österreich als König von Ungarn der Demokratie Vorschub zu leisten bereit war. In den Landtagen, die sich im Oktober versammelten, kam die Reform des Stimmrechts ebenfalls zur Sprache, kurz, das Problem war wie mit einem Rucke in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Am 30. Oktober eröffnete die Sozialdemokratie im Wiener Arbeiterheim ihren Parteitag. Während der Abgeordnete Dr. Ellenbogen sein Referat über die „österreichische Krise und das Wahlrecht“ hielt, ward das Manifest des Zaren bekannt, durch das „alle jene Volksklassen, die bisher vom Wahlrechte vollständig ausgeschlossen waren, nun zur Teilnahme an der Duma“ berufen wurden. Die Botschaft des Sieges der russischen Revolution erfüllte den Parteitag

der Sozialdemokraten mit einem Freudentaumel und mit der Zuversicht, daß jetzt Österreich nicht zurückbleiben könne. Daszynski rief das Proletariat auf die Straße, und schon am Abend des 31. Oktober fand auf der Wiener Ringstraße eine improvisierte Demonstration der Arbeiter statt. Am 2. November schloß sich an eine große Versammlung im Sofiensaale ein Massenspaziergang auf dem Ringe an, den die Polizei zu verhindern suchte. Dabei kam es zu vielen Verwundungen, wodurch eine große Erbitterung entstand. Die sozialdemokratische Partei setzte sofort für den nächsten Sonntag, den 5. November, einen neuerlichen Demonstrationszug fest, der unter massenhafter Beteiligung der Arbeiterschaft vor sich ging. Die Polizei hatte an diesem Tage das Feld geräumt; infolgedessen blieben auch die befürchteten Zusammenstöße aus.

In der Zwischenzeit war eben ein Umschwung in der Auffassung der maßgebenden Persönlichkeiten eingetreten. Am 4. November brachte die „Wiener Abendpost" eine Mitteilung der Regierung, die die Geneigtheit des Freiherrn von Gautsch zur Durchführung der von den Volksmassen geforderten Wahlreform aussprach. Dies war kein schwächlicher Rückzug, sondern der Ausfluß weiser Erkenntnis. Es ist ja keine Schande, umzulernen, wenn man dadurch zu einer vernünftigen Auffassung gelangt. Freiherr von Gautsch hat sich durch die verständige Rücksichtnahme auf die Willenskundgebung der Bevölkerung ein bleibendes Denkmal gesetzt. Nach langer Zeit konnte man sich wieder der bedeutenden englischen Vorbilder erinnern, wenn man des österreichischen Ministerpräsidenten gedachte. Allerdings hatte sich auch eine andere Persönlichkeit mit bewundernswertem Eifer für die Sache des Volkes erklärt. Der greise Kaiser Franz Josef stellte sich an die Spitze der Wahlreformfreunde, und seiner zähen Beharrlichkeit, seiner nicht versagenden Bereitwilligkeit zur Aufmunterung ist es vor allem zu danken, wenn der Karren nicht im Sande stecken blieb, sondern ans Ziel kam. Freiherr von Gautsch hat sich also bloß als treuer Diener seines Herrn betätigt, doch der eine wie der andere gab ein leuchtendes Beispiel. Die Bekehrung des Monarchen und seines Ministerpräsidenten fällt um so schwerer in die Wagschale, weil in gewissen Kreisen des Großbürgertums und des Mittelstandes nicht dieselbe Geneigtheit bestand, der Forderung der Zeit zu gehorchen.

Am 28. November sollte sich das Abgeordnetenhaus abermals versammeln. Die Sozialdemokratie hatte in ganz Österreich gerüstet, um diesem Tag das besondere Gepräge eines Volksfeiertages zu ver-

leihen und nochmals darzutun, daß die breiten Schichten der Bevölkerung mit ernster Entschlossenheit das Verlangen nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrechte erheben. In Wien herrschte fast vollständige Arbeitsruhe und eine Viertelmillion Menschen zog in musterhaften Achterreihen mit würdevoller Ruhe an dem Reichsratsgebäude vorbei. Diese eindrucksvolle Kundgebung wurde durch keinen Mißton gestört. In Prag hatten ungefähr 100 000 Menschen feierlich demonstriert. Ebenso großartig verliefen die Aufzüge in den anderen Städten. Im Abgeordnetenhause jedoch erhob sich der Ministerpräsident, um in einer denkwürdigen Rede den Völkern anzuzeigen, daß ihnen das allgemeine, gleiche Wahlrecht schon in der nächsten Zeit zuteil werden solle. Allerdings sei nicht an eine mechanische Gleichheit des Stimmrechtes gedacht, sondern es werde bei der Aufteilung der Mandate auf die nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Mit der Reform des Wahlrechts solle unter einem eine zweckmäßige Umgestaltung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses vor sich gehen. „Entschlossen, eine Frage zu Ende zu bringen, die nicht mehr ohne Lösung gelassen werden kann", meinte Freiherr von Gautsch, „wird die Regierung alles aufbieten, um die Vorlagen spätestens im Monat Februar auf den Tisch des Hauses zu legen." Einige Tage nachher vertrat der Regierungschef den Gedanken der Wahlreform im Herrenhause, das wieder einmal eine sensationelle Sitzung hatte. Graf Franz Thun erging sich in heftigen Vorwürfen gegen die Regierung, die „vor den lauten Enunziationen, die doch zunächst auf der Gasse stattfinden, ihre Segel streicht". Auf denselben Ton waren die Ausführungen der anderen Redner gestimmt, selbst wenn die Pairs, wie Graf Friedrich Schönborn, die Notwendigkeit der Reform anerkannten. Freiherr von Gautsch verfocht mit rühmlicher Mannhaftigkeit seinen Plan. „Der Weg der Wahlrechtsänderung", rief er aus, „muß bis ans Ende gegangen werden, und dieses Ende kann nur der Erfolg oder der Sturz der Regierung sein."

Am 23. Februar 1906 legte der Ministerpräsident dem Abgeordnetenhause mehrere Gesetzentwürfe vor, die die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zum Ziele hatten, die den Schutz der Wahlfreiheit verbürgten, das Immunitätsrecht umgestalteten und die Abänderung der Geschäftsordnung bezweckten. Für das Abgeordnetenhaus waren 455 Mitglieder vorgesehen, von denen 205 der deutschen Nation angehören sollten. Im Privilegien-

parlamente befanden sich unter bloß 425 Volksvertretern ebenfalls 205 Deutsche. Freiherr von Gautsch sagte in seiner Erläuterungsrede, daß er von der Umgestaltung des Wahlrechts die Auferstehung des Parlaments erwarte. Darum ziehe er ruhigen Gewissens in den Kampf, dessen Gefahren ihm nicht unbekannt seien. „Personen gehen, Ideen bleiben, mein Sturz wird nicht der Sturz der Wahlreform sein", versicherte der Regierungschef in zukunftsfroher Selbstverleugnung. Die Rede hatte einen tiefen Eindruck gemacht, den die Alldeutschen vergebens durch Skandale zu verwischen suchten. Durch die Vorlagen des Ministeriums war eigentlich niemand voll befriedigt worden; keine Partei, kein Abgeordneter vermochte die Gesetzentwürfe rückhaltlos gutzuheißen. Indes, das bildete keinen Fehler, denn das Werk konnte nur durch Kompromisse gelingen. Diese herbeizuführen, war jetzt die vornehmste Aufgabe, der sich Freiherr von Gautsch mit lobenswertem Eifer hingab.

Als das Abgeordnetenhaus das Blutbad besprochen hatte, das von der polnischen Schlachta unter den ruthenischen Bauern in dem galizischen Dorfe Ladzkie angerichtet worden war, begann am 7. März 1906 die erste Lesung der Wahlreformvorlagen. 214 Redner standen auf der Liste der zum Worte Gemeldeten. Nach dem Minister des Innern sprach als erster Abgeordneter der Vertreter des Großgrundbesitzes Dr. von Grabmayr. „Die Gautschsche Wahlreform ist tot, es lebe die Wahlreform", sagte er als schlechter Prophet. Der Generalredner für die Regierungsvorlage — der deutschklerikale Dr. Ebenhoch — erinnerte am 22. März an das Dichterwort: „Was vergangen, kehrt nicht wieder, aber ging es strahlend nieder, leuchtet's lange noch zurück." Ihm trat als Kontraredner der verfassungstreue Großgrundbesitzer Graf Stürgkh entgegen. Dieser schloß mit einer Anfrage an den Minister des Äußern und den Minister des kaiserlichen Hauses Grafen Goluchowski: „Ist sich Seine Exzellenz der eminenten Gefahren für die Dynastie und für die Monarchie, die durch die Reform heraufbeschworen werden, bewußt? Wenn ja, was gedenkt sie zu tun, um die Gefahr abzuwenden?" Dieser Apell an eine höhere Macht nützte nichts. Das Parlament wies die Vorlagen den Ausschüssen zu, und am 27. März wurde die Wahl des 49gliedrigen Wahlreformausschusses vorgenommen.

Sorgenvolle Tage waren für Freiherrn von Gautsch angebrochen. Die heftigsten Einsprüche, die von vielen Seiten erhoben wurden, galten — von den prinzipiellen Einwänden abgesehen — vor allem

der Verteilung der Mandate an die einzelnen Nationen. Am widerspenstigsten gebärdeten sich die polnischen Feudalen, die dem Ministerpräsidenten seinen Anschauungswechsel nicht verzeihen wollten und alles aufboten, um entweder die Reform zu verhindern oder Freiherrn von Gautsch zu Falle zu bringen. Im Sinne der Regierungsvorlage waren für Galizien, statt wie im Privilegienparlamente 78, für die Zukunft 88 Mandate in Aussicht genommen. Die polnischen Feudalen und ihre Gefolge verlangten nun 118 Sitze und außerdem die Erweiterung der Autonomie für Galizien. Sie konnten für diese Forderung keine zureichende Begründung erbringen, aber ihnen handelte es sich ja hauptsächlich darum, der Regierung ein Bein zu stellen. Während der Wahlreformausschuß seine Generaldebatte abhielt, verhandelte Freiherr von Gautsch mit den Parteien; doch die Kompromißvorschläge scheiterten an dem starren Widerstande des Polenklubs. Der Kabinettschef sah nun sein Werk gefährdet, sofern er nicht das Hindernis, das in seiner Person lag, zu beseitigen bereit war. Er, der sich nie an das Amt geklammert hatte, warf seine Macht, seine Würde, ohne zu zaudern, den Gegnern als Siegespreis hin. Ende April überreichte Freiherr von Gautsch dem Kaiser sein Entlassungsgesuch. Mit dem stolzen Gefühle, sich die Achtung aller einsichtigen Bürger errungen zu haben, schied er aus dem Amte. Nicht ohne bewundernde Teilnahme sah man den Mann abtreten, der den Österreichern endlich wieder gezeigt hatte, wie ein vernünftiger Konservativer denkt.

Von den gesetzgeberischen Taten, die während der Regierungszeit des Freiherrn von Gautsch zu verzeichnen waren, wollen wir vor allem auf den deutsch-tschechischen Ausgleich hinweisen, der im mährischen Landtage zustande kam.[1]) Die Verständigung der beiden Volksstämme gelang im Herbste des Jahres 1905 wenigstens in Mähren. Von den deutschen Abgeordneten wurde ihre Scheinherrschaft im Landtage fallen gelassen, die vorhanden war, obgleich die Tschechen 71 Prozent der Bevölkerung in der Markgrafschaft repräsentierten. Mit der Angliederung einer allgemeinen Wählerklasse an die alten Kurien und der Neuverteilung der Mandate kam gleichzeitig das System der nationalen Kataster zur Anwendung. Auch wurde Vorsorge getroffen, daß der Landtag, in dem

1) Alfred Freiherr von Skene, Der nationale Ausgleich in Mähren 1905, Wien 1910. Die Bemühungen um die friedliche Herbeiführung eines Übereinkommens zwischen den Deutschen und Tschechen in Mähren reichten bis zum Jahre 1896 zurück.

künftig 75 Tschechen 46 Deutschen gegenüberstehen sollten, nicht in Versuchung gerate, die deutsche Minderheit zu bedrücken. Diese Aktion war ein Beweis vorausblickender Klugheit; die Deutschen Mährens haben ihren Vorteil besser erfaßt, als dies ihre Brüder in Böhmen vor 20 Jahren getan hatten. Die zwei Dezennien allerdings bildeten eine Zeit der harten Schulung.

Erwähnen wollen wir noch, daß in die Ära Gautsch der Abschluß und die parlamentarische Erledigung des Handels- und Zollvertrages mit dem Deutschen Reiche fiel. Am 11. Februar 1906 wurde nach bewegten Kämpfen auch der Handelsvertrag mit Italien vereinbart. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen erhielten demnach eine neue Grundlage; eine Zeit des erhöhten Zollschutzes — auch für Agrarprodukte — brach an. Der Zolltarif hatte schon im Frühjahre 1905 die Billigung des Abgeordnetenhauses gefunden.

B. Das Intermezzo Hohenlohe.

Am 3. Mai 1906 wurde Prinz Konrad zu Hohenlohe, der Statthalter von Triest, zum Ministerpräsidenten ernannt. Der 42-jährige Aristokrat führte den Beinamen „der rote Prinz“, wodurch seine Volkstümlichkeit und sein radikales, den Regungen des Volkes entgegenkommendes Denken charakterisiert werden sollte. Als Bezirkshauptmann in Böhmen hatte er sich die Gunst der Bürger und Arbeiter in gleichem Maße erworben, als oberster Regierungsbeamter in der Bukowina gewann er eine Beliebtheit, wie keiner vor ihm. Bei seinem Abschied vom Lande flossen Tränen wirklicher Rührung. Auf dem heißen Boden Triests war es Hohenlohe gelungen, Vertrauen zu erwecken, was immerhin etwas bedeutete. Die Berufung dieses vielversprechenden demokratischen Aristokraten bezeugte die feste Absicht des Monarchen, die Wahlreform zur Durchführung zu bringen, denn die schwierige Arbeit konnte in keine vertrauenswürdigeren Hände gelegt werden. Prinz Hohenlohe ließ die Minister und Leiter der Ministerien, die unter Gautsch gewirkt hatten, bis auf den Grafen Bylandt-Rheydt im Amte. Dieser jedoch mußte gehen, weil der neue Ministerpräsident sein eigener Minister des Innern sein wollte.

Am 4. Mai traf Prinz Hohenlohe in Wien ein und begann sogleich mit den Parteiführern zu verhandeln. Als sich das Parlament am 15. Mai versammelte, gab der Ministerpräsident eine kurze Erklärung ab. Auch meinte er, die Wahlreform werde nicht mehr von

der Tagesordnung verschwinden. Im Abgeordnetenhause zog sich die Debatte über das Programm des Ministerpräsidenten bis zum 25. Mai hin, doch die Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf den Wahlreformausschuß, der bereits beschlossen hatte, die Spezialdebatte zu beginnen. Am 25. Mai machte Hohenlohe diesem wichtigen Ausschusse einen neuen Kompromißvorschlag, durch den der Unterschied in der Stärke der sogenannten deutsch-romanischen und slawischen Blocks — zwei praktisch nicht in Betracht kommende Kombinationen — vermindert werden sollte. Die Zahl der Mandate wäre auf 495 zu erhöhen. Den Deutschen sollten 223, den Italienern 18 und den Rumänen 5 Sitze zufallen. Diesen 246 Abgeordneten würden 103 Tschechen, 77 Polen, 35 Ruthenen und 36 Südslawen gegenüberstehen. Hohenlohes Anregung löste keine begeisterte Zustimmung aus, ebenso wie dem Ministerpräsidenten die Parlamentarisierung seiner Regierung nicht glücken wollte.

Zudem boten sich dem Prinzen Hohenlohe noch Schwierigkeiten, die von Ungarn bereitet wurden. Dort war im April 1906 die Koalitionsregierung Wekerle ins Leben getreten. Der jahrelange „Verfassungskampf" wurde dadurch beendet, daß man der durch die Ankündigung des allgemeinen, gleichen Stimmrechtes aufgeschreckten und für ihre Existenz zitternden Unabhängigkeitspartei zwei Ministerportefeuilles überließ. Außer Franz Kossuth und dem Grafen Apponyi wurden noch Mitglieder der Verfassungspartei und der katholischen Volkspartei in das Kabinett aufgenommen. Um sich bei den magyarischen Wählern in Gunst zu bringen, schickte sich das Ministerium an, dem ungarischen Abgeordnetenhause den beiden Reichshälften gemeinsamen Zolltarif als selbständigen ungarischen Zolltarif vorzulegen, was in der Sache nichts, in der Form jedoch viel ausmachte. Der Schritt sollte zumindestens zeigen, daß die neuen magyarischen Herren mit Österreich umspringen könnten, wie es ihnen beliebe. Die Proteste des Prinzen Hohenlohe hatten keine Wirkung; auch blieb ein Kronrat, der am 27. Mai in Wien stattfand, ergebnislos. Für den österreichischen Ministerpräsidenten war nun die Gelegenheit günstig, sich seiner ministeriellen Bürde zu entledigen. Prinz Hohenlohe mochte ohnehin den Widerstand der hartnäckigen Gegner der Wahlreform überschätzen und an dem Gelingen seiner Mission zweifeln. Darum zog er es vor, den Konflikt mit Ungarn zu benützen, um auf seinen Triester Posten zurückzukehren. Noch war der erste Monat der ministeriellen Wirksamkeit nicht abgelaufen, als Prinz Hohenlohe schon seine Koffer packte. Er hatte

einen guten Abgang, weil er im Kampfe gegen das anmaßende magyarische Koalitionsregime fiel. Der ungarische Handelsminister Franz Kossuth behielt zwar die Oberhand, aber Prinz Hohenlohe zog doch nicht als Geschlagener ab. Ein kräftiger Protest gilt manchmal so viel, wie die Vereitelung einer Tat.

C. Das Ministerium Beck.

Der plötzliche Rücktritt des Prinzen Hohenlohe hatte viel Staub aufgewirbelt, und im Abgeordnetenhause fand sogar am 29. Mai eine nichtoffizielle Sitzung statt. Am nächsten Tage versammelte sich das Parlament wieder ordnungsgemäß, um einen in der Obmännerkonferenz vereinbarten Dringlichkeitsantrag anzunehmen, der einen Protest gegen das Vorgehen Ungarns enthielt. Die Überraschung war nicht gering, als der Sektionschef im Ackerbauministerium Freiherr von Beck mit der Bildung einer neuen Regierung betraut wurde. Der Beamte hatte vor kurzem das fünfzigste Lebensjahr überschritten; im parlamentarischen Leben war er niemals hervorgetreten. Allerdings wußte man, daß er sich der besonderen Gunst des Thronfolgers erfreue, doch dieser Umstand reichte zur Fällung eines Urteiles nicht aus. Freiherr von Beck — ein Mann von Wissen, Geist und gewinnendsten Umgangsformen — hat sich als äußerst geschickter Diplomat bewährt. Er verstand sich, wie keiner seiner Vorgänger, auf das Verhandeln mit den Parteien, die ihm dienstbar wurden. Im Laufe der Zeit ist diese Kunst freilich zum Handwerk geworden und das politische Leben hat darunter gelitten, daß das Zentrum der Politik aus dem Parlament in das Bureau des Ministerpräsidenten verlegt ward. Vorerst aber bildete die diplomatische Gewandtheit des Freiherrn von Beck ein wesentliches Förderungsmittel für die Wahlreform, denn dem Ministerpräsidenten gelang es, sein Kabinett durch Parlamentarier zu ergänzen und so die zaudernden Parteien dem großen Werke geneigter zu machen. Der deutschvölkische Abgeordnete Dr. von Derschatta übernahm das Eisenbahnministerium, während sein Parteigenosse Prade deutscher Landsmannminister wurde. Dem deutschliberalen Professor Marchet fiel das Unterrichtsministerium zu. Das Handelsministerium bekam in dem Jungtschechen Dr. Forscht seinen Chef; tschechischer Landsmannminister wurde der Abgeordnete Dr. Pacak. Der Polenklub entsandte den Grafen Dzieduszycki, der polnischer Landsmannminister ward; außerdem figurierte der Finanzminister Korytowski als Vertrauensmann der Polen.

Am 7. Juni stellte sich die Regierung Beck dem Abgeordnetenhause vor. Der Ministerpräsident charakterisierte sein Kabinett als „eine Konzentration von Kräften der Arbeit". Geschickt half er sich über die durch Ungarn hervorgerufenen Ereignisse hinweg. Er versicherte, daß die Regierung mit der östlichen Reichshälfte nur „über den ganzen Komplex der zusammenhängenden Fragen" verhandeln werde; eine einzelne Angelegenheit dürfe nicht herausgegriffen werden. Freiherr von Beck übernahm die „Erbschaft der Wahlreform ohne Vorbehalt". Das Leitwort der Regierung war: „Die Verständigung in der Wahlreform muß gefunden werden." Nicht dem Abgeordnetenhause, das fleißig arbeitete, galt das Interesse der Bevölkerung, sondern dem Wahlreformausschusse, dessen Tätigkeit zu stocken drohte. Freiherr von Beck ermahnte die Mitglieder dieser Kommission mehrmals eindringlich, nicht zu erlahmen und das große Werk nicht mit kleinlichen Bedenken zu hemmen. Unermüdlich wirkte er auf die einzelnen Parteien und Politiker ein, ohne jedoch anders als schrittweise vorwärts kommen zu können. Die Sozialdemokraten kündigten bereits einen dreitägigen Massenstreik an, als es dem Freiherrn von Beck endlich gelang, eine Einigung über die Verteilung der Mandate in Böhmen zu erzielen. Damit war ein großes Hindernis beseitigt, wenngleich das Ziel noch in ansehnlicher Ferne stand. Die Polen suchten nochmals die Reform durch den auf die Erweiterung der Landesautonomie gerichteten Antrag des Abgeordneten Starzynski zu durchkreuzen; auch das Pluralwahlrecht wurde herbeigezogen, um dem Ausschusse eine Falle zu legen. Zuletzt gab es noch Aufregungen wegen der von den Deutschen verlangten festen Verankerung der Wahlkreiseinteilung. Die Krone mußte wieder intervenieren, aber schließlich wurde der Wahlreformausschuß doch Ende Oktober mit seiner Arbeit fertig. 63 Sitzungen waren notwendig gewesen. Am 1. Dezember hatte das Plenum des Abgeordnetenhauses die Wahlreform erledigt; an die Reform der Geschäftsordnung dachte man im Augenblicke nicht mehr. Noch bedurfte es großer Anstrengungen der Regierung, um auch das Herrenhaus für die grundumwälzende Tat zu gewinnen. Unter Führung des Grafen Franz Thun war dort eine gefährliche Fronde entstanden. Knapp vor Jahresschluß nahmen die Pairs jedoch das allgemeine, gleiche und direkte Stimmrecht für das Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung an, da ihnen für das Herrenhaus der numerus clausus zugestanden ward. Am 26. Januar 1907 erhielten die Wahlreformgesetze die Sanktion des Kaisers. Damit war

die Zeit des Privilegienparlamentarismus zum Abschlusse gebracht. Das Alte, Morsche fiel trotz der Intrigen gegen das allgemeine, gleiche Stimmrecht, die von dem Bunde der Alldeutschen und tschechischen Feudalen, der verfassungstreuen Großgrundbesitzer und der Polen, sowie von einzelnen Liberalen und einzelnen Klerikalen unermüdlich angezettelt wurden. Eine neue Epoche fing für das Verfassungsleben an, und voll freudiger Hoffnungen sah man ihr entgegen. Die Zuversicht stand als gütige Fee an der Wiege des neuen Österreich . . .

Bevor noch die Wahlreformvorlage unter Dach gebracht worden war, hatte Graf Goluchowski, der dem verheißungsvollen Werke mancherlei Hindernisse zu bereiten verstand, das Palais auf dem Wiener Ballplatze verlassen. Er schied im Oktober 1906 von seinem Posten, den er über elf Jahre innegehabt hat. Das wichtigste Ereignis bildete während seiner Amtstätigkeit die Vereinbarung des Mürzsteger Reformprogrammes für Mazedonien, die im September 1903 erfolgte. Durch diese wichtige Auseinandersetzung Österreich-Ungarns und Rußlands über einen Teil des Orientproblems gelangte die von Goluchowski beharrlich betriebene Annäherung des Habsburgerstaates und des Zarenreiches in ein neues Stadium. Allerdings haben außergewöhnliche Verhältnisse mitgewirkt, um die beiden Rivalen im Osten Europas zu einem einverständlichen Vorgehen zu bewegen. Rußland wollte sich für seinen Kampf um die Vorherrschaft in Asien die Arme frei machen. Graf Goluchowski, der Ungarn wiederholt freundschaftliche Dienste geleistet hatte, fiel — welche Ironie des Schicksals — über das dehnbare und schlüpfrige ungarische Staatsrecht. Sein Nachfolger wurde Freiherr von Aehrenthal, der am 24. Oktober zum Minister des Äußern und des kaiserlichen Hauses ernannt ward.

Das Abgeordnetenhaus hat vor seiner Auflösung eine Fülle von wichtigen Gesetzen angenommen. Durch die Reform der Gewerbeordnung, die nach dem Wunsche der Zünftler erfolgte, sollte dem alten Mittelstande die Gunst bewiesen werden. Für den neuen Mittelstand war die Pensionsversicherung der Privatbeamten bestimmt. Hervorgehoben zu werden verdient auch die Verstaatlichung der Nordbahn, die vom Reichsrate beschlossen wurde. Mit einem duftigen Bukett von Liebesgaben zogen die bisherigen Abgeordneten in den Wahlkampf; am 14. Mai 1907 wurden nahezu alle mehr als 24jährigen österreichischen Staatsbürger zur Urne gerufen. Weisen auch die Wahlkreise eine verschiedene Ausdehnung

auf, so hat nun jeder Wähler — von den Eigentümlichkeiten bei den Wahlen in den galizischen Landgemeinden abgesehen — eine Stimme, das gleiche Recht ... Insgesamt sind jetzt für das Abgeordnetenhaus des Reichsrates 516 Mandate zu vergeben.

X. Rückblick und Ausblick.

Halten wir noch einmal eine Weile inne! Wir haben die Geschichte von fast sechs Jahrzehnten an uns vorüberziehen lassen. Eine Fülle von Ereignissen ist uns gegenwärtig geworden, aber wenn wir nach dem einheitlichen Prinzipe der Entwicklung fragen, nach einer geraden Richtlinie forschen, so werden wir unbefriedigt bleiben. Die Geschichte bewegte sich ohne System, ohne Logik, in verwirrenden Sprüngen, mit bedrückender Unruhe. Der Historiker aber kann nur erzählen, was war; die fehlende Folgerichtigkeit vermag er durch seine Darstellung nicht zu ersetzen. Gewiß: blinde Zufälle haben nicht gewirkt. Die Systemlosigkeit war vielmehr gewollt, wenn man will auch ein System. Der Krone mochte es scheinen, daß sie auf der geraden Straße nicht der auf sie einstürmenden Völker, Parteien und Persönlichkeiten Herr werden könne, deshalb suchte sie auf Zick-Zackwegen vorwärts zu kommen, indem sie niemanden dauernd an sich zog und dauernd abstieß, indem sie jedem abwechselnd ihre Gunst lieh. Österreich ist ein Staatswesen voll Komplikationen und man darf sich nicht wundern, daß auch die Geschichte kompliziert ist, daß sie in ihrem Laufe nicht einem in der Ebene künstlich nach dem Lineale gezogenen Kanale, sondern einem Wildbache gleicht, der zwischen Felsen und Geröll schäumend und brausend hinstürzt.

Wer nur gelegentlich auf das politische Getriebe in Österreich blickt, der könnte glauben, hier finde ein Kampf aller gegen alle statt, ein böses Schicksal habe den Staat verurteilt, an dem Brande zugrunde zu gehen, den seine eigenen Bürger anzündeten. Befaßt man sich jedoch eingehender mit der Staatsentwickelung, dann gewinnt man eine freundlichere Vorstellung. Österreich verfällt nicht, Österreich richtet sich auf! In den 60jährigen Verfassungskämpfen wurde es möglich, den Feudalstaat wenigstens in den Gesetzbüchern zu beseitigen und die Verfassungsprinzipien der Demokratie zum geltenden Rechte zu machen. Dieser Fortschritt in der Rechtsgestaltung ist wohl nur ein Teil dessen, was man den vollständigen Sieg der Volksherrschaft nennen könnte, denn noch muß eine weit schwierigere Aufgabe geleistet werden: die Erziehung der Massen zum richtigverstandenen

Genusse der ihnen verbürgten Freiheiten. Der andere bedeutungsvolle Grundgedanke, den die unruhevollen letzten sechs Dezennien der Verwirklichung näher gebracht haben, besteht darin, daß in Österreich nicht bloß die Demokratie aufgerichtet werden muß, sondern daß auch acht Nationen zur freien völkischen Betätigung und Selbsterziehung gelangen sollen. Aus dem Zusammenwirken dieser zwei Grundtendenzen entsprangen vornehmlich die verwickelten Krisen, an denen die neuere Geschichte Österreichs so reich ist. Aber die Zusammenstöße erfolgen auf einem Wege, der nicht in eine Wirrnis, sondern zur Klärung führt.

Und dann! Die Stürme im Parlamentssaale, die Keilereien, die da und dort entstehen, das sind nur äußere Erscheinungen. Man könnte sie den Hautinfektionen vergleichen, die einen gesunden Körper nicht ausschließen. Trotz des Haders, trotz der Konflikte entwickeln sich die Völker, indem sie ihre nationale Kultur vertiefen und sich wirtschaftlich zu stärken suchen. Gerade in den letzten sechzig Jahren wurde darin Großes geleistet. Glücklicherweise verzehren eben die politischen Tageskämpfe nicht alle Kräfte. Es bleibt genug Energie für die ruhige, nach außen hin kaum wahrnehmbare Kleinarbeit übrig, deren Leistungen aber ansehnliche Summen des Erfolges ergeben. Dessen möge man nicht vergessen, wenn traurige Berichte bedauerlicher Tagesereignisse an das Ohr dringen.

Es geht vorwärts! Während die Entwickelung jedoch den slawischen Völkern nur Vorteile bringt, ist sie für die Deutschen, die einst in den österreichischen Landen die ausschließlichen Herren waren, mit vielerlei Entsagungen verbunden. Dazu kommt noch, daß die großen Opfer, die dieser Nation auferlegt sind, bei den anderen Völkern nicht dankbare Anerkennung finden, sondern verlästert und verkleinert werden. Aber nur schwache Naturen lassen sich durch äußere Umstände in ihrer Mission schwankend machen! Die Sendung des deutschen Volkes in Österreich besteht darin, das Reich der Habsburger aus den einfachen Formen der absolutistischen Vergangenheit zu den komplizierten Formen einer Zukunft der Freiheit und Gleichheit aller hinüberzuleiten. Diese Erzieherrolle ist sehr kummervoll, allein es wird ihr einst die volle Würdigung nicht versagt werden.

Anmerkungen.

1. Der § 14, der vom Ende der neunziger Jahre ab eine so große Rolle im politischen Leben spielte, begründet ein Notverordnungsrecht für die Regierung, die die Möglichkeit erhalten soll, in besonders dringenden Fällen auch dann, wenn der Reichsrat nicht versammelt ist, unaufschiebbare Verfügungen treffen zu können, für die sonst die vorherige Zustimmung der Legislative erforderlich wäre. Der § 14 lautet: „Wenn sich die dringende Notwendigkeit solcher Anordnungen, zu welchen verfassungsmäßig die Zustimmung des Reichsrates erforderlich ist, zu einer Zeit herausstellt, wo dieser nicht versammelt ist, so können dieselben unter Verantwortung des Gesamtministeriums durch kaiserliche Verordnung erlassen werden, insofern dieselben keine Abänderung des Staatsgrundgesetzes bezwecken, keine dauernde Belastung des Staatsschatzes und keine Veräußerung von Staatsgut betreffen. Solche Verordnungen haben provisorische Gesetzeskraft, wenn sie von sämtlichen Ministern unterzeichnet sind und mit ausdrücklicher Beziehung auf diese Bestimmung des Staatsgrundgesetzes kundgemacht werden. Die Gesetzeskraft dieser Verordnungen erlischt, wenn die Regierung unterlassen hat, dieselben dem nächsten, nach deren Kundmachung zusammentretenden Reichsrate und zwar zuvörderst dem Hause der Abgeordneten binnen vier Wochen nach diesem Zusammentritte zur Genehmigung vorzulegen, oder wenn dieselben die Genehmigung eines der beiden Häuser des Reichsrates nicht erhalten . . . . ."

(Gesetz vom 21. Dezember 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung abgeändert wird.)

2. In den acht Jahren zwischen 1897 und 1904 wurden 76 Notverordnungen erlassen. Davon gingen aus:

Vom Kabinett Badeni 4
" " Gautsch 7
" " Thun 28
" " Clary —
" " Wittek 4
" " Körber 33.

Der Materie nach handelt es sich unter anderem um:

3	Notverordnungen	betreffend	Verträge mit auswärtigen Staaten,
5	"	"	das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn,
13	"	"	Budgetprovisorien,
9	"	"	Notstandskredite und Meliorationen,
3	"	"	Rekrutenbewilligungen,
15	"	"	die Justiz- und Verwaltungsgesetzgebung,
11	"	"	Privilegien, Steuerbefreiungen, Subventionen,
13	"	"	Angelegenheiten der Besteuerungen.

(Bericht des Verfassungsausschusses erstattet von Dr. von Grabmayr. Nr. 2668 der Beilagen des stenographischen Protokolles des Abgeordnetenhauses. XVII. Session 1906.)

Druck von B. G. Teubner in Leipzig.

Aus Natur und Geisteswelt

Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher
Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens

Jeder Band ist einzeln käuflich



Geheftet M. 1.20
Gebunden M. 1.50

Verlag B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Verzeichnis der bisher erschienenen Bände innerhalb der Wissenschaften alphabetisch geordnet
Werke, die mehrere Bände umfassen, auch in einem Band gebunden erhältlich

I. Religion und Philosophie.

Ästhetik. V. Prof. Dr. R. Hamann. (Bd. 345.)
Aufgaben u. Ziele d. Menschenlebens. Von Prof. Dr. J. Unold. 4. Aufl. (Bd. 12.)
Bergson, Henri, der Philosoph moderner Relig. Von Pfarrer Dr. E. Ott. (Bd. 480.)
Berkeley siehe Locke, Berkeley, Hume.
Buddhas Leben und Lehre. Von weil. Prof. Dr. R. Pischel. 2. Aufl. von Prof. Dr. H. Lüders. Mit 1 Taf. (Bd. 109.)
Calvin, Johann. Von Pfarrer Dr. G. Sodeur. Mit 1 Bildnis. (Bd. 247.)
Christentum. Aus der Werdezeit des Chr. V. Prof. Dr. J. Geffcken. 2. A. (Bd. 54.)
— Christentum und Weltgeschichte seit der Reformation. Von Prof. D. Dr. K. Sell. 2 Bde. (Bd. 297, 298.)
— siehe Jesus, Mystik im Christentum.
Einführung in die Philosophie, Theologie, Psychologie s. Philos., Theol., Psychol.
Ethik. Grundzüge der E. Von E. Wentscher. (Bd. 397.)
— siehe auch Aufgaben u. Ziele, sittl. Lebensanschauungen, Willensfreiheit.
Freimaurerei, Die. Anschauungswelt u. Geschichte. Von weil. Geh. Archivrat Dr. L. Keller. (Bd. 463.)
Griechische Religion siehe Religion.
Handschriftenbeurteilung, Die. Eine Einführung in die Psychol. d. Handschrift. Von Prof. Dr. G. Schneidemühl. Mit 51 Handschriftennachb.ld. (Bd. 514.)
Heidentum siehe Mystik.
Hellenistische Religion. s. Religion.
Hume siehe Locke, Berkeley, Hume.
Hypnotismus und Suggestion. Von Dr. E. Trömner. 2. Aufl. (Bd. 199.)
Jesuiten, Die. Eine histor. Skizze. Von Prof. D. H. Boehmer. 3. Aufl. (Bd. 49.)
Jesus u. s. Zeitgenossen. Geschichtl. u. Erbaul. V. Pastor C. Bonhoff. (Bd. 89.)
— Wahrheit und Dichtung im Leben Jesu. Von Pfarrer D. Dr. P. Mehlhorn. 2. Aufl. (Bd. 137.)
— Die Gleichnisse Jesu. Von Prof. D. Dr. H. Weinel. 3. Aufl. (Bd. 46.)
Islam siehe Religion.

Israelitische Religion siehe Religion.
Kant, Immanuel. Darstellung und Würdigung. Von weil. Prof. Dr. O. Külpe. 3. Aufl. Mit Bildn. (Bd. 146.)
Locke, Berkeley, Hume. Die großen engl. Philos. V. Dr. P. Thormeyer. (Bd. 481.)
Luther im Lichte der neueren Forschung. Ein krit. Bericht. Von Prof. D. H. Boehmer. 3. Aufl. Mit 2 Bildn. (Bd. 113.)
— Martin L. u. d. deutsche Reformation. Von Prof. Dr. W. Köhler. (Bd. 515.)
— s. auch von L. zu Bismarck Abt. IV.
Mechanik d. Geisteslebens. V. Prof. Dr. M. Verworn. 3. A. Mit 18 Fig. (Bd. 200.)
Mission, Die evangelische. Von Pastor S. Baudert. (Bd. 406.)
Mystik im Heidentum und Christentum. Von Prof. Dr. Ed. Lehmann. (Bd. 217.)
Mythologie, Germanische. Von Prof. Dr. J. von Negelein. 2. Aufl. (Bd. 95.)
Naturphilosophie, Die moderne. Von Dr. J. M. Verweyen. (Bd. 491.)
Palästina und seine Geschichte. Von Prof. Dr. H. Frh. v. Soden. 3. Aufl. Mit 2 Karten, 1 Plan u. 6 Ansichten. (Bd. 6.)
— P. u. s. Kultur in 5 Jahrtausenden. V. Dr. P. Thomsen. M. 36 Abb. (Bd. 260.)
Paulus, Der Apostel, u. sein Werk. Von Prof. Dr. E. Vischer. (Bd. 309.)
Philosophie, Die. Von Realschuldir. [...] Richert. 2. Aufl. (Bd. [...]
— Einführung in die Philosophie [...] Prof. Dr. R. Richter. 3. Auf[...] Dr. M. Brahn. [...]
— Führende Denker. Geschichtl. Ei[...] in die Philosophie. Von Prof[...] Cohn. 2. Aufl. Mit 6 Bildn[...]
— Religion und Ph. im alte[...] Prof. Dr. E. von Aste[...]
— Die Ph. d. Gegenw. [...] Eine Charakteristik i. [...] V. wl. Prof. Dr. O. Külpe[...]
— Philos. Wörterbuch. [...] Dr. P. Thormeye[...]
— s. a. Naturphilos., [...]

II. Pädagogik und Bildungswesen.

Leibesübungen siehe Abt. V.
Mädchenschule, Die höhere, in Deutschland. Von Oberlehrerin M. Martin.
Mittelschule s. Volks- u. Mittelsch. (Bd. 65.)
Pädagogik, Allgemeine. Von Prof. Dr. Th. Ziegler. 4. Aufl. (Bd. 33.)
— **Experimentelle P.** mit bes. Rücksicht auf die Erzieh. durch die Tat. Von Dr. W. A. Lay. 2. Aufl. Mit 2 Abb. (Bd. 224.)
— s. Erzieh., Großstadtpäd., Handschriftenbeurteilung; Psychologie, experimen., Psych. d. Kindes, Veranlagung und Vererbung Abt. I.
Pestalozzi. Leben und Ideen. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. P. Natorp. 2. Aufl. Mit Bildn. u. 1 Brieffaksimile. (Bd. 250.)
Rousseau. Von Prof. Dr. P. Hensel. 2. Aufl. Mit 1 Bildnis. (Bd. 180.)
Schule siehe Fortbildungs-, Hilfsschulwes., Hoch-, Mädchen-, Mittel-, Volksschule.
Schulhygiene. Von Prof. Dr. L. Burgerstein. 3. Aufl. Mit 33 Fig. (Bd. 96.)
Schulkämpfe der Gegenwart. Von J. Tews. 2. Aufl. (Bd. 111.)
— siehe Erziehung, Großstadtpäd.
Schulwesen. Geschichte des deutschen Sch. Von Geh. Studienrat Oberrealschuldir. Dr. K. Knabe. (Bd. 85.)
— s. auch Unterrichtswesen.
Stenographiesysteme. Die deutschen St., ihre Entwickl. u. i. Anwend. V. R. Weinmeister, Lektor f. St. (Bd. 536.)
Student, Der Leipziger, von 1409 bis 1909. Von Dr. W. Bruchmüller. Mit 25 Abb. (Bd. 273.)
Studententum, Geschichte des deutschen St. Von Dr. W. Bruchmüller. (Bd. 477.)
Technische Hochschulen in Nordamerika. Von Prof. S. Müller. Mit zahlr. Abbild., Karte und Lageplan. (Bd. 190.)
Turnen. Von Oberlehr. Fritz Eckardt. (Bd. 583.)
Universität. Über Universitäten u. Universitätsstud. V. Prof. Dr. Th. Ziegler. Mit 1 Bildn. Humboldts. (Bd. 411.)
— **Die amerikanische Univers.** Von Ph. D. E. D. Perry. Mit 22 Abb. (Bd. 206.)
Unterrichtswesen, Das deutsche, der Gegenwart. Von Geh. Studienrat Oberrealschuldir. Dr. K. Knabe. (Bd. 299.)
— s. auch Schulwesen.
Volksbildungswesen, Das moderne. Bücher- und Lesehallen, Volkshochschulen und verwandte Bildungseinrichtungen in den wicht. Kulturländern. V. Stadtbibl. Dr. G. Fritz. Mit 14 Abb. (Bd. 266.)
Volks- und Mittelschule, Die preußische. Entwicklung und Ziele. Von Geh. Reg.- u. Schulrat Dr. A. Sachse. (Bd. 432.)
Volksschule und Lehrerbildung der Vereinigten Staaten. Von Dir. Dr. F. Kuypers. M. 48 Abb. u. Titelb. (Bd. 150.)
Zeichenkunst. Der Weg zur Z. Von Dr. E. Weber. Mit 82 Abb. u. 1 Taf. (Bd. 430.)

III. Sprache, Literatur, Bildende Kunst und Musik.

Architektur siehe Baukunst und Renaissancearchitektur.
Ästhetik. Von Prof. Dr. R. Hamann.
— siehe auch Poetik. (Bd. 345.)
Baukunde siehe Abtlg. VI.
Baukunst. Deutsche B. im Mittelalter. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. A. Matthaei. 3. Aufl. Mit 29 Abb. (Bd. 8.)
— **Deutsche Baukunst seit dem Mittelalter bis z. Ausg. des 18. Jahrh.** Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. A. Matthaei. Mit 62 Abb. und 3 Tafeln. (Bd. 326.)
— **Deutsche Baukunst im 19. Jahrh.** Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. A. Matthaei. Mit 35 Abb. (Bd. 453.)
— siehe auch Renaissancearchitektur.
Beethoven siehe Haydn.
Bildenden Kunst, Bau und Leben der. Von Dir. Prof. Dr. Th. Volbehr. 2. Aufl. Mit 44 Abb. (Bd. 68.)
— siehe auch Baukunst, griech. Kunst, Maler, Malerei, Stile.
Björnson siehe Ibsen.
Buch. Wie ein Buch entsteht siehe VI.
Buchgewerbe. Das B. und die Kultur. IV.
Dekorative Kunst des Altertums. Von Dr. Fr. Poulsen. Mit 112 Abb. (Bd. 454.)
Drama, Das. Von Dr. B. Busse. Mit 3 Abb. 3 Bde. I: Von der Antike z. franz. Klassizismus. II: V. Versailles bis Weimar. III: V. d. Romantik z. Gegenwart. (Bd. 287/289.)
Drama, Das deutsche D. d. 19. Jahrh. In s. Entwickl. dargest. von Prof. Dr. G. Witkowski. 4. Aufl. Mit 1 Bildnis Hebbels. (Bd. 51.)
— siehe auch Grillparzer, Hauptmann, Hebbel, Ibsen, Lessing, Schiller, Shakespeare, Theater.
Dürer, Albrecht. Von Dr. R. Wustmann. Mit 33 Abb. (Bd. 97.)
Französische Roman, Der, und die Novelle. Von O. Flake. (Bd. 377.)
Frauendichtung. Geschichte der deutschen F. seit 1800. Mit 3 Bildnissen auf 1 Tafel. Von Dr. H. Spiero. (Bd. 390.)
Fremdwort und Lehnwort. Von Dr. Elise Richter. (Bd. 570.)
Gartenkunst siehe Abt. VI.
Griechische Komödie, Die. Von Prof. Dr. A. Körte. M. Titelb. u. 2 Taf. (Bd. 400.)
Griechische Kunst. Die Blütezeit der g. K. im Spiegel der Reliefsarkophage. Eine Einführ. i. d. griech. Plastik. V. Dr. H. Wachtler. M. 8 Taf. u. 32 Abb. (Bd. 272.)
— siehe auch Dekorative Kunst.
Griechische Tragödie, Die. Von Prof. Dr. J. Geffcken. (Bd. 566.)
Grillparzer, Franz. Der Mann u. d. Werk. V. Prof. Dr. A. Kleinberg. M. Bildn.
Harmonium s. Tasteninstrum. (Bd. 513.)
Hauptmann, Gerhart. V. Prof. Dr. E. Sulger-Gebing. 2. verb. u. vermehrte Aufl. Mit 1 Bildn. (Bd. 283.)

Haydn, Mozart, Beethoven. Von Prof. Dr. C. Krebs. 2. Aufl. Mit 4 Bildn. (Bd. 92.)
— siehe auch Oper.
Hebbel, Friedrich. Von Prof. Dr. O. Walzel. Mit 1 Bildnis. (Bd. 408.)
Heldensage, Die germanische. Von Dr. J. W. Bruinier. (Bd. 486.)
— siehe auch Volkssage.
Homerische Dichtung, Die. Von weil. Rektor Dr. G. Finsler. (Bd. 496.)
Ibsen, Björnson u. i. Zeitgenossen. V. weil. Prof. Dr. B. Kahle. 2. Aufl. v. Dr. G. Morgenstern. Mit 7 Bildn. (Bd. 193.)
Impressionismus. Die Maler des I. Von Prof. Dr. B. Lázár. Mit 32 Abb. u. 1 farb. Tafel. (Bd. 395.)
Klavier siehe Tasteninstrumente.
Komödie s. Griech. Komödie.
Kunst. Deutsche K. im tägl. Leben bis zum Schlusse d. 18. Jahrh. V. Prof. Dr. B. Haendcke. Mit 63 Abb. (Bd. 198.)
— s. a. Baukunst, Bildende, Dekorative, Griech., Ostasiat. K.; Gartenk. Abt. IV.
Kunstpflege in Haus und Heimat. Von Superint. R. Bürkner. 2. Aufl. Mit 29 Abb. (Bd. 77.)
— siehe auch Wohnungseinricht. Abt. VI.
Kunsttechnik siehe Holz Abt. VI.
Lehnwort siehe Fremdwort.
Lessing. Von Dr. Ch. Schrempf. Mit einem Bildnis. (Bd. 403.)
Lyrik. Geschichte d. deutsch. L. s. Claudius. V. Dr. H. Spiero. 2. Aufl. (Bd. 254.)
— siehe auch Minnesang, Frauendichtung, Volkslied.
Maler, Die altdeutschen, in Süddeutschland. Von H. Nemitz. Mit 1 Abb. i. Text und Bilderanhang. (Bd. 464.)
— siehe auch Dürer, Michelangelo, Impressionismus.
Malerei, Die deutsche, im 19. Jahrh. Von Prof. Dr. R. Hamann. 2 Bände Text, 2 Bände mit 57 ganzseitigen und 200 halbseitigen Abb., auch in 1 Halbpergamenbd. zu M. 6.—. (Bd. 448—451.)
— **Niederländische M. im 17. Jahrh.** Von Dr. H. Jantzen. Mit 37 Abb. (Bd. 373.)
— siehe auch Rembrandt.
Michelangelo. Von Prof. Dr. E. Hildebrandt. Mit 44 Abb. (Bd. 392.)
Minnesang. Von Dr. J. W. Bruinier. (Bd. 404.)
Mozart siehe Haydn.
Musik. Die Grundlagen d. Tonkunst. Versuch einer genetischen Darstellung der allgemeinen Musiklehre. Von Prof. Dr. H. Rietsch. (Bd. 178.)
— **Musik. Kompositionsformen.** V. S. G. Kallenberg. 2 Bde. Bd. I: Die elementaren Tonverbindungen als Grundlage der Harmonielehre. Bd. II: Kontrapunktik u. Formenl. (Bd. 412. 413.)
— s. a. Haydn, Mozart, Beethoven, Oper, Orchester, Tasteninstrumente, Wagner.
Musikal. Romantik. Die Blütezeit der m. R. in Deutschland. Von Dr. E. Istel. Mit 1 Silhouette. (Bd. 239.)

Musikgeschichte. Von Dr. A. Einstein. (Bd. 438.)
— **Beispiele zur älteren Musikgesch.** Von Dr. A. Einstein. (Bd. 439.)
Mythologie, Germanische. Von Prof. Dr. J. v. Negelein. 2. Aufl. (Bd. 95.)
— siehe auch Volkssage, Deutsche.
Novelle siehe Roman.
Oper, Die moderne. Vom Tode Wagners bis zum Weltkrieg (1883—1914). Von Dr. E. Istel. Mit 3 Bildn. (Bd. 495.)
— siehe auch Haydn, Wagner.
Orchester. D. Instrumente d. O. V. Prof. Dr. Fr. Volbach. M. 60 Abb. (Bd. 384.)
— **Das moderne Orchester in seiner Entwicklung.** Von Prof. Dr. Fr. Volbach. Mit Partiturbeisp. u. 3 Taf. (Bd. 308.)
Orgel siehe Tasteninstrumente.
Ostasiatische Kunst und ihr Einfluß auf Europa. Von Dir. Prof. Dr. R. Graul. Mit 49 Abb. (Bd. 87.)
Personennamen, Die deutschen. Von Dir. A. Bähnisch. 2. Aufl. (Bd. 296.)
Perspektive, Grundzüge der, nebst Anwendungen. V. Prof. Dr. K. Doehlemann. M. 91 Fig. u. 11 Abb. (Bd. 510.)
Photographie, Die künstlerische. Von Dr. W. Warstat. M. 12 Taf. (Bd. 410.)
— s. auch Photographie Abt. VI.
Plastik s. Griech. Kunst, Michelangelo.
Poetik. Von Dr. R. Müller-Freienfels. (Bd. 460.)
Pompeji. Eine hellenist. Stadt in Italien. Von Prof. Dr. Fr. v. Duhn. 2. Aufl. M. 62 Abb. (Bd. 272.)
Projektionslehre. Von Zeichenlehrer A. Schudeisky. M. Abb. (Bd. 564.)
Rembrandt. Von Prof. Dr. P. Schubring. Mit 50 Abb. (Bd. 158.)
Renaissancearchitektur in Italien. Von Dr. P. Frankl. 2 Bde. I. M. 12 Taf. u. 27 Textabb. II. M. Abb. (Bd. 381/382.)
Rhetorik. Von Dr. E. Geißler. 2 Bde. Bd. I. Richtlinien für die Kunst des Sprechens. 2. Aufl. Bd. II. Anweisungen zur Kunst der Rede. (Bd. 455/456.)
— s. auch Sprache; Stimme Abt. V.
Roman. Der französische Roman und die Novelle. Von O. Flake. (Bd. 377.)
Romantik, Deutsche. Eine Skizze. Von Prof. Dr. O. Walzel. 2. u. 3. umgearb. Aufl. (Bd. 232.)
— siehe auch Musikal. Romantik.
Sage siehe Heldensage, Volkssage, Mythol.
Schiller. Von Prof. Dr. Th. Ziegler. Mit 1 Bildn. 3. Aufl. 13.—18. T. (Bd. 74.)
Schillers Dramen. Von Progymnasialdirektor E. Heusermann. (Bd. 493.)
Shakespeare und seine Zeit. Von Prof. Dr. E. Sieper. M. 3 Abb. 2. Aufl. (Bd. 185.)
Sprache. Die Haupttypen des menschlichen Sprachbaus. Von weil. Prof. Dr. F. N. Finck. (Bd. 268.)
— **Die deutsche Sprache von heute.** Von Dr. W. Fischer. (Bd. 475.)

IV. Geschichte, Kulturgeschichte und Geographie.

Friedrich d. Gr. V. Prof. Dr. Th. Bitterauf. 2. A. M. 2 Bild. (Bd. 246.)
Gartenkunst. Geschichte d. G. V. Reg.-Baum. Chr. Ranck. Mit 41 Abb. (Bd. 274.)
Geographie s. Afrika, Alpen, Baltische Provinzen, Australien, Belgien, China, England, Island, Kartenkunde, Orient, Ostseegebiet, Polarforschung, Polen, Politische Geographie, Schweiz, Städte, Türkei, Wirtschaftl. Erdkunde.
Germanische Heldensage siehe Heldensage.
Germanische Kultur in der Urzeit. Von Prof. Dr. G. Steinhausen. 2. Aufl. Mit 13 Abb. (Bd. 75.)
Geschichte, Deutsche G. im 19. Jahrhundert bis zur Reichseinheit. Skizzen zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Einheit. Von Prof. Dr. R. Schwemer. 3 Bde. I: Restauration u. Revolution. 3. Aufl. (Bd. 37.) II: Die Reaktion u. die neue Ära. 2. Aufl. (Bd. 101.) III: V. Bund z. Reich. 2. Aufl. (Bd. 102.)
— s. auch Von Luther zu Bismarck, Brandenburg-preuß. Gesch., Krieg, der 30-jährige, Friedrich d. Gr., Von Jena bis z. Wiener Kongreß, Revolution 1848, Moltke, Bismarck, V. dtsch. Volk z. dtsch. Staat; Staat, d., d. Reich, d. d.
Geschichte der Römer s. Römer.
Griechentum. Das G. in seiner geschichtlichen Entwicklung. Von Prof. Dr. R. v. Scala. Mit 46 Abb. (Bd. 471.)
Griechische Städte. Kulturbilder aus gr. St. Von Oberlehrer Dr. E. Ziebarth. 2. A. M. 23 Abb. u. 2 Tafeln. (Bd. 131.)
Handel. Geschichte d. Welthandels. V. Prof. Dr. M. G. Schmidt. 2. Aufl. (Bd. 118.)
— **Geschichte des deutschen Handels.** Von Prof. Dr. W. Langenbeck. (Bd. 237.)
Handwerk, Das deutsche, in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung. Von Dir. Dr. E. Otto. 4. Aufl. Mit 27 Abb. (Bd. 14.)
— s. auch Dekorative Kunst Abt. III.
Haus. Kunstpflege in Haus u. Heimat. V. Superintendent R. Bürkner. 2. Aufl. Mit 29 Abb. (Bd. 77.)
— s. auch Bauernhaus, Dorf. Wohnungseinrichtung, Wohnhaus Abt. VI.
Heldensage, Die germanische. Von Dr. J. W. Bruinier. (Bd. 486.)
Holland siehe Städtebilder, Historische.
Jahresfeste, Deutsche, und Volksbräuche. Von Prof. Dr. E. Fehrle. (Bd. 518.)
Japaner, Die, i. d. Weltwirtschaft. V. Prof. Dr. K. Rathgen. 2. Aufl. (Bd. 72.)
Jesuiten, Die. Eine histor. Skizze. Von Prof. Dr. H. Boehmer. 3. Aufl. (Bd. 49.)
Internationale Leben, Das, d. Gegenw. Von A. H. Fried. M. 1 Taf. (Bd. 226.)
Islam, Der. Von Prof. Dr. Horovitz. (Bd. 506.)
Island, das Land und das Volk. Von Prof. Dr. P. Herrmann. Mit 9 Abb. (Bd. 461.)
Kaisertum und Papsttum. Von Prof. Dr. A. Hofmeister. (Bd. 576.)
Kalender siehe Abt. V.
Kartenkunde. Von Finanzrat Dr. A. Egerer. (Bd. 560.)
Kolonialgeschichte, Allgemeine. Von Prof. Dr. F. Keutgen. 2 Bde. (Bd. 545/546.)
Königstum, Französisches. Von Prof Dr. R. Schwemer. (Bd. 574.)
Krieg, Der, im Zeitalter des Verkehrs und der Technik. Von Major A. Meyer. M. 3 Abb. u. 2 Taf. (Bd. 271.)
— **Kulturgeschichte d. Krieges.** Von Geh. Hofrat Prof. Dr. E. Bethe, Prof. Dr. A. Doren, Prof. Dr. P. Herre, Professor Dr. B. Schmeidler, Professor Dr. K. Weule. (Bd. 561.)
— **Der Dreißigjährige Krieg.** Von Dr. Fritz Endres. (Bd. 577.)
— **Vom Kriegswesen im 19. Jahrhundert.** Von Major O. v. Sothen. Mit 9 Übersichtskarten. (Bd. 59.)
— **Krieg und Sieg.** Eine kurze Darstellung moderner Kriegskunst. Von Kais. Ottoman. Major a. D. F. C. Endres.
— siehe auch Seekrieg. (Bd. 519.)
Kultur s. Babylonische K., Bauernhaus, Germ. Kultur, Griech. Städte, Handwerk, Palästina, Krieg, Mittelalterliche Kulturideale, Mykenische K.; Völkerkunde.
Luther, Martin L. u. d. dtsche. Reformation. Von Prof. Dr. W. Köhler. (Bd. 515.)
— s. auch Von L. zu Bismarck; ferner Luther Abt. I. (Bd. 572.)
Marx. Von Prof. Dr. R. Wilbrandt.
Mensch u. Erde. Skizzen v. den Wechselbeziehungen zw. beiden. V. weil. Prof. Dr. A. Kirchhoff. 4. Aufl. (Bd. 31.)
— s. auch Eiszeit; Mensch Abt. V.
Mittelalterl. Kulturideale. Von Prof. Dr. V. Vedel. 2 Bde. I: Heldenleben. II: Ritterromantik. (Bd. 292, 293.)
Moltke. V. Kaiserl. Ottoman. Major a. D. F. C. Endres. Mit 1 Bildn. (Bd. 415.)
Münze, Die, als historisches Denkmal sowie ihre Bedeutung im Rechts- und Wirtschaftsleben. Von Prof. Dr. A. Luschin v. Ebengreuth. Mit 53 Abb.
— siehe auch Geld. Abt. VI. (Bd. 91.)
Mykenische Kultur, Die. Von Prof. Dr. F. C. Lehmann-Haupt. (Bd. 581.)
Mythologie s. I.
Napoleon I. Von Prof. Dr. Th. Bitterauf. 3. Aufl. Mit 1 Bildn. (Bd. 195.)
Nationalbewußtsein siehe Volk, vom dt. Volk z. dt. Staat.
Naturvölker, Die geistige Kultur der N. V. Prof. Dr. K. Th. Preuß. M. 9 Abb.
— s. a. Völkerkunde, allg. (Bd. 452.)
Orient, Der. Eine Länderkunde. Von E. Banse. 3 Bde.
Bd. I: Die Atlasländer. Marokko, Algerien, Tunesien. Mit 15 Abb., 10 Kartenskizzen, 3 Diagr. u. 1. Tafel. (Bd. 277.)

Völkerkunde, Allgemeine. 3 Bände.
Bd. I: Das Feuer, der Nahrungserwerb, Wohnung, Schmuck u. Kleidung. V. Dr. A. Heilborn. M. 54 Abb. (Bd. 487.)
Bd. II: Waffen und Werkzeuge, die Industrie, Handel und Geld, die Verkehrsmittel. Von Dr. A. Heilborn. Mit 51 Abb. (Bd. 488.)
Bd. III: Die geistige Kultur der Naturvölker. Von Prof. Dr. K. Th. Preuß. Mit 9 Abbildungen. (Bd. 452.)
Volksbräuche, deutsche, siehe Jahresfeste.
Volksstämme, Die deutschen, und Landschaften. Von Prof. Dr. O. Weise. 4. Aufl. Mit 29 Abb. (Bd. 16.)
Volkstrachten, Deutsche. Von Pfarrer C. Spieß. Mit 11 Abb. (Bd. 342.)
Vom Bund zum Reich siehe Geschichte.
Von Jena bis zum Wiener Kongreß. Von Prof. Dr. G. Roloff. (Bd 465.)
Von Luther zu Bismarck. 12 Charakterbild. a. deutscher Gesch. V. Prof. Dr. O. Weber. 2 Bde. 2. Aufl. (Bd. 123/124.)
Weltgeschichte s. Christentum.
Wirtschaftliche Erdkunde. Von weil. Prof. Dr. Chr. Gruber. 2. Aufl. Bearb. von Prof. Dr. K. Dove. (Bd. 122.)
Wirtschaftsleben, Deutsches. Auf geogr. Grundlage geschildert. Von weil. Prof. Dr. Chr. Gruber. 3. Aufl. Neubearb. von Dr. H. Reinlein. (Bd. 42.)
— **Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens** siehe Abt. VI.
Wirtschaftsgeschichte, Antike. Von Dr. O. Neurath. (Bd. 258.)

V. Mathematik, Naturwissenschaften und Medizin.

Aberglaube, Der, in der Medizin u. s. Gefahr f. Gesundh. u. Leben. V. Prof. Dr. D. v. Hansemann. 2. Aufl. (Bd. 83.)
Abstammungs- und Vererbungslehre, Experimentelle. Von Prof. Dr. E. Lehmann. Mit 26 Abb. (Bd. 379.)
Abstammungslehre u. Darwinismus V. Pr. Dr. R. Hesse. 4. A. M. 37 Fig. (Bd 39.)
Abwehrkräfte d. Körpers, Die. Einführ. i. d. Immunitätslehre M. 52 Abb. V. Prof. Dr med H. Kämmerer. (Bd. 479.)
Algebra siehe Arithmetik.
Alkoholismus, Der. Von Dr. G. B. Gruber. Mit 7 Abb. (Bd. 103.)
— Seine Wirkungen u. s. Bekämpf. Hrsg. v. Zentralverb. z. Bekämpf. d. Alkoholismus in Berlin. III. Teil. (Bd 145.) I. u. II. Teil s. Alkoholismus v. Gruber.
Anatomie d. Menschen, Die. V. Prof. Dr. K. v. Bardeleben. 6 Bde. (Bd. 418/423.) I. Zellen- und Gewebelehre. Entwicklungsgeschichte. Der Körper als Ganzes. Mit 70 Abb. 2. Aufl. II. Das Skelett Mit 53 Abbild. 2. Aufl. III. Das Muskel- u. Gefäßsystem. M. 68 Abb. 2. Aufl. IV. Die Eingeweide (Darm-, Atmungs-, Harn- u. Geschlechtsorgane). M. 39 Abb. 2. Aufl. V. Nervensystem und Sinnesorgane. Mit 50 Abb. VI. Statik u. Mechanik d. menschl. Körpers. M. 26 Abbild.
Anatomie siehe auch Wirbeltiere.
Aquarium, Das. Von E. W. Schmidt. Mit 15 Fig. (Bd 335.)
Arbeitsleistungen des Menschen, Die. Einführ. i. d. Arbeitsphysiologie. V. Prof. Dr. H. Boruttau. M. 14 Fig. (Bd. 539.)
— **Berufswahl, Begabung u. Arbeitsleistung in ihren gegenseit. Beziehungen.** Von W. J. Ruttmann. (Bd 522.)
Arithmetik und Algebra zum Selbstunterricht. Von Prof. P. Crantz. 2 Bde. I. Teil: Die Rechnungsarten. Gleichungen ersten Grades mit einer und mehreren Unbekannten. Gleichungen zweiten Grades. 4. Aufl. Mit Fig. (Bd. 120.) II. T.: Gleichungen. Arithm. u. geom. Reihen. Zinseszins u. Rentenrechn. Komplexe Zahlen. Binomischer Lehrsatz. 3. A. Mit 21 Fig. (Bd. 205.)
Arzneimittel und Genußmittel. Von Prof. Dr. O. Schmiedeberg. (Bd. 363.)
Arzt, Der. Seine Stellung und Aufgaben im Kulturleben der Gegenw. Von Dr. med. M. Fürst. (Bd. 265.)
Astronomie. Probleme der modernen Astr. Von Prof. Dr. S. Oppenheim. Mit 11 Fig. (Bd. 355.)
— **Astronomie in ihrer Bedeutung für das praktische Leben.** Von Prof. Dr. A. Marcuse. Mit 26 Abb. (Bd. 378.)
— **Wörterbuch der Astronomie und mathematischen Geographie einschl. der nautischen und aeronautischen Navigation.** Von Prof. Dr. A. Marcuse. (Bd. 425.)
— **siehe auch Weltall, Weltbild, Sonne, Mond, Planeten.**
Atome. Moleküle — A. — Weltäther. V. Prof. Dr. G. Mie. 3. Afl. 27 Fig. (Bd. 58.)
Auge des Menschen, Das, und seine Gesundheitspflege. Von Prof. Dr. G. Abelsdorff. Mit 15. Abb. (Bd. 149.)
Auge, Das, und die Brille. Von Dr. M. v. Rohr. Mit 84 Abb. und 1 Lichtdrucktafel. (Bd. 372.)
Bakterien, Die, im Kreislauf des Stoffes in der Natur und im Haushalt des Menschen. Von Prof. Dr. E. Gutzeit. 2. Aufl. Mit Abb. (Bd. 233.)
— **Die krankheiterregenden Bakterien.** Von Privatdozent Dr. M. Loehlein. Mit 33 Abb. (Bd. 307.)
— s. a. Abwehrkräfte, Desinfektion, Pilze, Schädlinge.
Bau und Tätigkeit des menschlichen Körpers. Von Prof. Dr. H. Sachs. 4. Aufl. 14.—20. T. Mit 34 Abb. (Bd. 32.)

Begabung s. Berufswahl.
Befruchtungsvorgang. Der, sein Wesen und s. Bedeutung V Dr. E Teichmann. 2 Aufl M. 9 Abb. u. 4 Doppeltaf Bd. 70.)
Berufswahl. Begabung u. Arbeitsleistung in ihren gegenseitigen Beziehungen. V. W. J Ruttmann. (Bd. 522.)
Bewegungslehre s. Mechanik. Aufgaben a. d. M I.
Biochemie. Einführung in die B. Von Prof. Dr. W Löb. Mit 12 Fig (Bd 352.)
Biologie, Allgemeine. Von Prof. Dr. H. Miehe 2 Aufl. Mit 52 Fig. (Bd 130.)
— **Experimentelle.** Von Dr. C. Thesing Mit Abb. 2 Bde I: Experim. Zellforschung. II: Regeneration, Transplantat. und verwandte Gebiete. (Bd 336. 337.)
— siehe a Abstammungslehre. Befruchtungsvorgang, Fortpflanzung, Lebewesen, Organismen, Mensch und Tier, Urtiere
Blumen. Unsere Bl. und Pflanzen im Garten. Von Prof. Dr. U. Dammer. Mit 69 Abb. (Bd 360.)
— Uns. Bl. u. Pflanzen i. Zimmer. V Prof. Dr. U. Dammer. 65 Abb. (Bd. 359.)
— siehe auch Garten.
Blut. Herz, Blutgefäße und Blut und ihre Erkrankungen. Von Prof. Dr. H. Rosin. Mit 18 Abb. (Bd. 312.)
Botanik des praktischen Lebens. Von Prof Dr. P. Gisevius. M. 24 Abb (Bd 173.)
— siehe Blumen, Kulturpflanzen, Lebewesen, Pflanzen, Pilze, Schädlinge, Wald; Kolonialbotanik, Tabak Abt VI.
Brille. Das Auge und die Br. Von Dr. M. v. Rohr. Mit 84 Abb. und 1 Lichtdrucktafel. (Bd 372.)
Chemie. Einführung in die chemische Wissenschaft. Von Prof. Dr. W. Löb. Mit 16 Fig. (Bd. 264.)
— **Einführung in die organ. Chemie:** Natürl. u. künstl. Pflanzen- u. Tierstoffe. Von Dr. B. Bavink. Mit 7 Fig (Bd. 187.)
— **Einführung i. d. analyt. Chemie.** V Dr F. Rüsberg. 2 Bde. (Bd 524. 525.)
— siehe a. Biochemie, Elektrochemie, Luft Photoch.; Technik Chem Agrikulturch., Chemie u Technol. der Sprengst. Abt VI
Chemie in Küche und Haus. Von Dr. J. Klein. 3. Aufl. (Bd 76.
Chirurgie. Die, unserer Zeit. Von Prof Dr. J. Feßler. Mit 52 Abb (Bd 339
Darwinismus. Abstammungslehre und D. Von Prof. Dr. R. Hesse. 4. Aufl Mit 37 Fig. (Bd 39.)
Desinfektion, Sterilisation und Konservierung. Von Reg.- u. Med.-Rat Dr O. Solbrig. M. 20 Abb i T. (Bd. 401.)
Differential- u. Integralrechnung. Von Dr M Lindow. (Bd. 387.)
Dynamik s. Mechanik.
Eiszeit, Die, und der vorgeschichtliche Mensch. Von Prof Dr G. Steinmann. 2. Aufl. Mit 24 Abb. (Bd. 302.)
Elektrochemie. Von Prof. Dr. K. Arndt. Mit 38 Abb. (Bd. 234.)
Elektrotechnik, Grundlagen der E. Von Dr. A Rotth Mit 72 Abb. (Bd. 391.)
Energie. Die Lehre von der E. Von Dr. A. Stein. 2. Aufl. M 13 Fig. (Bd. 257.)
Ernährung und Volksnahrungsmittel. Von weil. Prof. Dr. J. Frentzel. 2. Aufl. von Geh.-Rat Prof. Dr. N. Zuntz. Mit 7 Abb. u. 2 Taf. (Bd. 19.)
Festigkeitslehre s. Statik.
Fortpflanzung. F. u. Geschlechtsunterschiede d. Menschen. Eine Einführung in die Sexualbiologie. V. Prof Dr H. Boruttau M 39 Abb. (Bd. 540.)
Garten. Der Kleing. Von Redakteur Joh. Schneider. Mit 80 Abb. (Bd 498.)
— **Der Hausgarten.** Von Gartenarchitekt W Schubert. Mit Abb. (Bd 502.)
— siehe auch Blumen, Pflanzen; Gartenkunst, Gartenstadtbewegung Abt. VI.
Gebiß. Das menschliche, seine Erkrankung und Pflege Von Zahnarzt Fr. Jäger. Mit 24 Abb (Bd. 229.)
Geisteskrankheiten. Von Anstaltsoberarzt Dr. G. Ilberg. (Bd. 151.)
Genußmittel siehe Kaffee, Tee, Kakao, Tabak, Arzneimittel u. Genußmittel.
Geographie s. Kartenkunde u. Geogr. in Abt IV.
— Mathematische G. s. Astronomie.
Geologie, Allgemeine. Von Geh. Bergrat Prof Dr. Fr. Frech, 2. u. 3. Aufl. 6 Bände (Bd. 207 211 u. Bd 61.)
I: Vulkane einst und jetzt. M 80 Abb.
II: Gebirgsbau u. Erdbeben. M. 57 Abb.
III: Die Arbeit des fließenden Wassers. Mit 56 Abb.
IV: Die Arbeit des Ozeans und die chemische Tätigkeit des Wassers im allgemeinen. Mit 1 Titelbild und 51 Abb.
V: Kohlenbildung und Klima der Vorzeit. Mit 1 Titelbild und 49 Abb.
VI: Gletscher einst und jetzt. Mit 1 Titelbild und 65 Abb.
— s a. Kohlen, Salzlagerstätt. Abt. VI.
Geometrie. Darstellende G. Von Oberl. P B. Fischer. (Bd. 541.)
— **Analytische G. zum Selbstunterricht.** Von P Crantz Mit 55 Fig Bd 504.)
Geometrisches Zeichnen Von Zeichenlehrer A. Schudeisky. Bd 568.)
— s. a Planim., Stereom., Trigonom.
Geschlechtskrankheiten, ihr Wesen, ihre Verbreitg., Bekämpfg u. Verhütg V Generalarzt Prof. Dr. W. Schumburg. 3. Aufl. M. 4 Abb. u 1 Tafel (Bd. 251.)
Geschlechtsunterschiede s. [illegible]nzung.
Gesundheitslehre. Acht [illegible] der G. Von weil. Prof [illegible]r. 4. Aufl. v. Obermed[illegible]r M. v. Gruber. [illegible])

Naturphilosophie, Die mod. V. Privatdoz. Dr. J. M. Verweyen. (Bd. 491.)

Naturwissenschaften im Haushalt. Von Dr. J. Bongardt. 2 Bde. I. Wie sorgt die Hausfrau f. d. Gesundheit d. Familie? 31 Abb. II. Wie sorgt die Hausfrau f. gute Nahrung? 17 Abb. (Bd. 125/126.)

Naturwissenschaften und Mathematik im klassisch. Altertum. V. Prof. Dr. Joh. L. Heiberg. M. 2 Fig. (Bd. 370.)

Naturwissenschaft und Religion. N. und. R. in Kampf und Frieden. Von Dr. A. Pfannkuche. 2. Aufl. (Bd. 141.)

— **Naturwiss. und Technik. Am sausend. Webstuhl der Zeit.** Übersicht üb. Wirkung. d. Entwickl. der N. und T. auf d. gesamte Kulturleben. Von Prof. Dr. W. Launhardt. 3. Aufl. Mit 16 Abb. (Bd. 23.)

Nerven. Vom Nervensystem, sein. Bau u. sein. Bedeutung für Leib u. Seele in gesund. u. krank. Zustande. V. Prof. Dr. R. Zander. 2. Aufl. Mit 27 Fig. (Bd. 48.)

— siehe auch Anatomie.

Optik siehe Auge, Brille, Kinematographie, Licht und Farbe, Mikroskop, Spektroskopie, Stereoskop, Strahlen; optische Instrumente VI.

Organismen. D. Welt der O. In Entwickl. u. Zusammenhang dargest. V. Prof. Dr. K. Lampert. Mit 52 Abb. (Bd. 236.)

— siehe auch Lebewesen.

Paläozoologie, siehe Tiere der Vorwelt.

Perspektive, Grundzüge der P. nebst Anwendg. V. Prof. Dr. K. Doehlemann. M. 91 Fig. u. 11 Abb. (Bd. 510.)

Pflanzen. Vermehrung u. Sexualität bei den Pfl. Von Prof. Dr. E. Küster. Mit 38 Abb. (Bd. 112.)

— **Die fleischfressenden Pflanzen.** Von Dr. A. Wagner. Mit 82 Abb. (Bd. 344.)

— **Uns. Blumen u. Pfl. i. Garten.** V. Prof. Dr. U. Dammer. M. 69 Abb. (Bd. 360.)

— **Uns. Blumen u. Pfl. i. Zimmer.** V. Prof. Dr. U. Dammer. M. 65 Abb. (Bd. 359.)

— s. a. Botanik, Garten, Kulturpfl., Lebewesen, Pilze, Schädlinge.

Pflanzenphysiologie. Von Prof. Dr. H. Molisch. (Bd. 569.)

Pflanzenwelt des Mikroskops, Die. Von Lehr. E. Reukauf. 100 Abb. (Bd. 181.)

Photochemie. Von Prof. Dr. G. Kümmell. Mit 23 Abb. (Bd. 227.)

Physik. Werdegang der modernen Ph. Von Dr. H. Keller. Mit 13 Fig. (Bd. 343.)

— **Einleitg. i. d. Experimentalph.** V. Prof. Dr. R. Börnstein. M. 90 Abb. (Bd. 371.)

— **Physik in Küche und Haus.** Von Prof. H. Speitkamp. Mit 51 Abb. (Bd. 478.)

— s. auch Energie, Optik, Wärme; ebenso Elektrotechnik Abt. VI.

Physiker. Die großen Ph. und ihre Leistungen. Von Prof. Dr. F. A. Schulze. Mit 7 Abb. (Bd. 324.)

Physiologie s. Pflanzenphysiologie.

Physiologie des Menschen. Von Privatdoz. Dr. A. Lipschütz. 4 Bde. I: Allgem. Physiologie. II: Physiologie d. Stoffwechsels. III: Ph. d. Atmung, d. Kreislaufs u. d. Ausscheidung. IV: Ph. der Bewegungen und der Empfindungen. (Bd. 527—530.)

— s. auch Arbeitsleistungen d. Menschen.

Pilze, Die. Von Dr. A. Eichinger. Mit 54 Abb. (Bd. 334.)

— s. auch Bakterien.

Planeten, Die. Von Prof. Dr. B. Peter. Mit 18 Fig. (Bd. 240.)

Planimetrie z. Selbstunterricht. V. Prof. P. Crantz. Mit 99 Fig. (Bd. 340.)

Projektionslehre. Von Zeichenlehrer A. Schudeisky. M. Abb. (Bd. 564.)

Radium und Radioaktivität. Von Dr. M. Centnerszwer. Mit 33 Abb. (Bd. 405.)

Rechenmaschinen, Die, und das Maschinenrechnen. Von Reg.-Rat Dipl.-Ing. K. Lenz. Mit 43 Abb. (Bd. 490.)

Röntgenologie. Von Dr. med. G. Bucky. (Bd. 556.)

Säugling, Der, s. Ernährung u. s. Pflege. V. Dr. W. Kaupe. M. 17 Abb. (Bd. 154.)

Säuglingsfürsorge. V. Dr. Rott. (Bd. 509.)

Schachmeister, Die modernen. Von Dr. M. Lange. (Bd. 531.)

Schachspiel, Das, und seine strategischen Prinzipien. Von Dr. M. Lange. 2. Aufl. Mit 2 Bildn., 1 Schachbrettafel u. 43 Darst. v. Übungsbeispiel. (Bd. 281.)

Schädlinge. Tierische und pflanzliche Sch. und ihre Bekämpfung. Von Prof. Dr. K. Eckstein. 3. Aufl. M. Fig. (Bd. 18.)

Schulhygiene. Von Prof. Dr. L. Burgerstein. 3. Aufl. Mit 43 Fig. (Bd. 96.)

Sexualbiologie siehe Fortpflanzung.

Sinne d. Mensch., D. fünf. V. Prof. Dr. J. K. Kreibig. 2. A. M. 30 A. (Bd. 27.)

Sonne, Die. Von Dr. A. Krause. Mit 64 Abb. (Bd. 357.)

Spektroskopie. Von Dr. L. Grebe. Mit 62 Abb. (Bd. 284.)

Spiel, siehe mathem. Spiele, Schachspiel.

Statik. Mit Einschluß der Festigkeitslehre. Von Baugewerkdirektor Reg.-Baum. A. Schau. Mit 149 Fig. i. T. (Bd. 497.)

— s. auch Mechanik.

Stereometrie. Von Gymn.-Dir. Dr. R. Glaser... (Bd. 532.)

— s. a. Geometrie, Planim., Trigonom.

Stereoskop, Das, und seine Anwendungen. Von Prof. Th. Hartwig. Mit 40 Abb. und 19 Tafeln. (Bd. 135.)

Sterilisation siehe Desinfektion.

Stimme. Die menschliche St. und ihre Hygiene. Von Prof. Dr. P. H. Gerber. 2. Aufl. Mit 20 Abb. (Bd. 136.)

— s. auch Rhetorik; Sprache Abt. III.

Strahlen, Sichtbare u. unsichtb. V. Prof. Dr. R. Börnstein u. Prof. Dr. W. Marckwald. 2. A. M. 85 A... (Bd. 64.)

Suggestion. Hypnotismus un... ...estion. V. Dr. E. Trömner. 2... ...99.)

Süßwasser-Plankton, Das. V. Prof. Dr. O. Zacharias. 2. Afl. 57 Abb. (Bd. 156.)

Tiere. T. der Vorwelt. Von Prof. Dr. O. Abel. Mit 31 Abb. (Bd. 399.)

— **Fortpflanzung d. T.** V. Prof. Dr. R. Goldschmidt. M. 77 Abb. (Bd. 253.)

— s. auch Aquarium, Bakterien, Haustiere, Korallen, Krebs, Lebewesen, Schädlinge, Urtiere, Vogelleben, Vogelzug, Wirbeltiere; Tierzüchtung Abt. VI.

Tierkunde. Eine Einführung in die Zoologie. Von weil. Privatdozent Dr. K. Hennings. Mit 34 Abb. (Bd. 142.)

— **Lebensbedingungen und Verbreitung der Tiere.** V. weil. Prof. Dr. O. Maas. Mit 11 Karten und Abb. (Bd. 139.)

— **Zwiegestalt der Geschlechter in der Tierwelt (Dimorphismus).** Von Dr. Fr. Knauer. Mit 37 Fig. (Bd. 148.)

Trigonometrie, Ebene, z. Selbstunterr. V. Prof. P. Crantz. M. 50 Fig. (Bd. 431.)

— s. a. Geometrie, Planim., Stereom.

Tuberkulose, Die. Wesen, Verbreitung, Ursache, Verhütung und Heilung. Von Generalarzt Prof. Dr. W. Schumburg. 2. Aufl. M. 1 Taf. u. 8 Fig. (Bd. 47.)

Turnen. V. Oberl. F. Eckardt. (Bd. 583.)

Urtiere, Die. Einführung i. d. Wissenschaft v. Leben. V. Prof. Dr. R. Goldschmidt. 2. A. M. 44 Abb. (Bd. 160.)

Verbildungen, Körperliche, im Kindesalter u. ihre Verhütung. Von Dr. M. David. Mit 26 Abb. (Bd. 321.)

Vererbung. Experimentelle Abstammungs- und Vererbungslehre. Von Dr. E. Lehmann. Mit 26 Abb. (Bd. 379.)

— **Geistige Veranlagung u. V.** Von Dr. phil. et med. G. Sommer. (Bd. 512.)

Vogelleben, Deutsches. Von Prof. Dr. A. Voigt. (Bd. 221.)

Vogelzug und Vogelschutz. Von Dr. W. R. Eckardt. Mit 6 Abb. (Bd. 218.)

Volksnahrungsmittel siehe Ernährung u. V.

Wahrscheinlichkeitsrechnung. Einf. i. d. W. Von Prof. Dr. R. Suppantschitsch. (Bd. 580.)

Wald, Der dtsche. V. Prof. Dr. H. Hausrath. 2. Afl. M. Bilderanh. u. 2 Karten. (Bd. 153.)

— siehe auch Holz.

Wärme. Die Lehre v. d. W. V. Prof. Dr. R. Börnstein. M. 33 Abb. (Bd. 172.)

— siehe auch Luft; Wärmekraftmaschinen, Wärmelehre, technische in Abt. VI.

Weidwerk, Das deutsche. V. G. Frhr. v. Nordenflycht. (Bd. 436.)

Weltall. Der Bau des W. V. Prof. Dr. J. Scheiner. 4. A. M. 26 Fig. (Bd. 24.)

Weltäther siehe Moleküle.

Weltbild. Das astronomische W. im Wandel der Zeit. Von Prof. Dr. S. Oppenheim. 2. Aufl. Mit 24 Abb. (Bd. 110.)

— siehe auch Astronomie.

Weltentstehung. Entstehung d. W. u. d. Erde nach Sage u. Wissensch. V. Prof. Dr. M. B. Weinstein. 2. Aufl. (Bd. 223.)

Weltuntergang. Untergang der Welt und der Erde nach Sage und Wissenschaft. V. Prof. Dr. M. B. Weinstein. (Bd. 470.)

Wetter, Gut und schlecht. Von Dr. R. Hennig. Mit 46 Abb. (Bd. 349.)

Wind u. Wetter. V. Prof. Dr. L. Weber. 2. Afl. M. 28 Fig. u. 3. Taf. (Bd. 55.)

Wirbeltiere. Vergleichende Anatomie der Sinnesorgane der W. Von Prof. Dr. W. Lubosch. Mit 107 Abb. (Bd. 282.)

Zahnheilkunde siehe Gebiß.

Zeichnen, geometrisches, s. Geometrie.

Zellen- und Gewebelehre siehe Anatomie des Menschen, Biologie.

VI. Recht, Wirtschaft und Technik.

Agrikulturchemie. Von Dr. P. Krische. Mit 21 Abb. (Bd. 314.)

Alkoholismus, Der. Von Dr. G. B. Gruber. Mit 7 Abb. (Bd. 103.)

— Seine Wirkungen u. seine Bekämpfung. Hrsg. v. Zentralverband z. Bekämpfung d. A. in Berlin. III. Teil. (Bd. 145.) I. u. II. Teil s. Alkoholismus v. Gruber.)

Amerika. Aus dem amerik. Wirtschaftsleben. Von Prof. J. L. Laughlin. Mit 9 graphisch. Darstellung. (Bd. 127.)

Angestellte siehe Kaufmännische A.

Antike Wirtschaftsgeschichte. Von Dr. O. Neurath. (Bd. 258.)

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. Von Prof. O. v. Zwiedineck-Südenhorst. 2. Aufl. (Bd. 78.)

— siehe auch soziale Bewegung.

Arbeitsleistungen des Menschen, Die. Einführ. in d. Arbeitsphysiologie. V. Prof. Dr. H. Boruttau. M. 14 Fig. (Bd. 539.)

Arbeitsleistung, Berufswahl u. Begabung in ihren gegenseitigen Beziehungen. V. W. J. Ruttmann. (Bd. 522.)

Arzneimittel und Genußmittel. Von Prof. Dr. O. Schmiedeberg. (Bd. 363.)

Arzt, Der. Seine Stellung und Aufgaben im Kulturleben der Gegenw. Von Dr. med. M. Fürst. (Bd. 265.)

Automobil, Das. Eine Einführung in den Bau des heutigen Personen-Kraftwagens. Von Ober-Ingen. K. Blau. 3. überarb. Aufl. 11.—16. Tausend. Mit 98 Abb. u. 1 Titelbild. (Bd. 166.)

Baukunde. Der Eisenbetonbau. V. Dipl.-Ing. E. Haimovici. 81 Abb. (Bd. 275.)

— siehe auch Städtebau.

Baukunst siehe Abt. III.

Baustoffe, Die B. des Hauses, ihre Eigenschaften, Verwendung u. Erhaltung. Von Prof. M. Girndt. (Bd. 443.)

Beleuchtungswesen, Das moderne. Von Dr. H. Lux. Mit 54 Abb. (Bd. 433.)

Bergbau. V. Bergreferendar F. W. Wedding. (Bd. 467.)
Berufswahl, Begabung u. Arbeitsleistung in ihren gegenseitigen Beziehungen. V. W. J. Ruttmann. (Bd. 522.)
Bevölkerungslehre. Von Prof. Dr. M. Haushofer. (Bd. 50.)
Bewegungslehre s. Mechan., Aufg. a. d. M.
Bierbrauerei. Von Dr. A. Bau. Mit 47 Abb. (Bd. 333.)
Blumen. Unsere Bl. und Pflanzen im Garten. Von Prof. Dr. U. Dammer. Mit 69 Abb. (Bd. 360.)
— Uns. Bl. u. Pfl. i. Zimmer. V. Prof. Dr. U. Dammer. M. 65 Abb. (Bd. 359.)
— siehe auch Garten.
Brauerei. Die Bierbrauerei. Von Dr. A. Bau. Mit 47 Abb. (Bd. 333.)
Buch. Wie ein B. entsteht. V. Prof. A. W. Unger. 5. Afl. M. Taf. u. Abb. (Bd. 175.)
— siehe auch Buchgewerbe, Schrift- u. Buchwesen Abt. IV.
Buchhaltung und Bilanz, Kaufm., und ihre Beziehungen zur buchhalterischen Organisation, Kontrolle und Statistik. Von Dr. P. Gerstner. Mit 4 schematischen Darstellungen. (Bd. 507.)
Chemie. Ch. in Küche und Haus. Von Dr. J. Klein. 3. Aufl. (Bd. 76.)
Chemie und Technologie der Sprengstoffe. Von Prof. Dr. R. Biedermann. Mit 15 Fig. (Bd. 286.)
— s. auch Technik; ferner **Chemie** Abt. V.
Dampfmaschine, Die. Von Geh. Bergrat Prof. R. Vater. 2 Bde. I: Wirkungsweise des Dampfes in Kessel und Maschine. 3. Aufl. Mit 45 Abb. (Bd. 393.)
— II: Ihre Gestaltung und ihre Verwendung. Mit 95 Abb. u. 1 Taf. (Bd. 394.)
Desinfektion, Sterilisation und Konservierung. Von Reg.- und Med.-Rat Dr. O. Solbrig. Mit 20 Abb. (Bd. 401.)
Deutsch: Deutscher Handel s. Handel. — Deutsches Handwerk, s. Handwerk. — Deutsche Landwirtschaft siehe Landwirtschaft. — Deutsches Reich s. Reich — Deutsche Reichsversicherung s. Reichsversicherung. — Deutsche Schiffahrt s. Schiffahrt. — Deutsche Verfassung s. Verfassung. — Deutsches Weidwerk s. Weidwerk. — Deutsches Wirtschaftsleben s. W. — Deutsches Zivilprozeßrecht s. Z.
Drähte und Kabel, ihre Anfertigung und Anwend. i. d. Elektrotechnik. V. Telegr.-Insp. H. Brick. M. 43 Abb. (Bd. 285.)
Dynamik s. Mechanik, Aufg. a. d. M. II.
Eisenbahnwesen, Das. Von Eisenbahnbau- u. Betriebsinsp. a. D. Biedermann. 2. Aufl. Mit 56 Abb. (Bd. 144.)
— s. a. Klein- u. Straßenb., Verkehrsentw.
Eisenbetonbau. Von Dipl.-Ing. E. Haimovici. Mit 81 Abb. (Bd. 275.)
Eisenhüttenwesen. V. weil. Geh. Bergr. Prof. Dr. H. Wedding. 4. Afl. von Bergref. F. W. Wedding. M. 15 Fig. (Bd. 20.)
Elektrische Kraftübertragung. Von Ing. P. Köhn. Mit 137 Abb. (Bd. 424.)
Elektrochemie. Von Prof. Dr. K. Arndt. Mit 38 Abb. (Bd. 234.)
Elektrotechnik. Grundlagen der E. Von Dr. A. Rotth. Mit 72 Abb. (Bd. 391.)
— s. a. Drähte u. Kabel, Telegraphie.
Erbrecht. Testamentserrichtung und E. Von Prof. Dr. F. Leonhard. (Bd. 429.)
Ernähr. u. Volksnahrungsmittel Abt. V.
Fabrikorganisation u. d. Selbstkostenbestimmung. V. Prof. R. Rinkel. (Bd. 517.)
Farben u. Farbstoffe. I. Erzeug. u. Verwend. V. Dr. A. Zart. 31 Abb. (Bd. 483.)
— siehe auch Licht Abt. V.
Feuerungsanlagen, Industrielle, u. Dampfkessel. Von Ingenieur J. E. Mayer. Mit 88 Abb. (Bd. 348.)
Finanzwissenschaft. Von Prof. Dr. S. P. Altmann. 2 Bde. 2. Aufl. I. Allg. Teil II Besond. Teil. (Bd. 549—550.)
— **siehe auch Geld.**
Frauenarbeit. Ein Problem d. Kapitalism. V. Prof. Dr. R. Wilbrandt. (Bd. 106.)
— s. auch Frauenbewegung Abt. IV.
Funkentelegraphie, Die. Von Telegr.-Inspektor H. Thurn. Mit 51 Abb. 3. Aufl. 11.—16. Tausend. (Bd. 167.)
— s. auch Telegraphie.
Garten. Der Kleingarten. V. Redakt. Joh. Schneider. Mit 80 Abb. (Bd. 498.)
— **Der Hausgarten.** Von Gartenarchitekt W. Schubert. Mit Abb. (Bd. 502.)
— s. auch Blumen.
Gartenkunst. Gesch. der G. V. Reg.-Baum. Chr. Ranck. M. 41 Abb. (Bd. 274.)
Gartenstadtbewegung, Die. Von Generalsekretär H. Kampffmeyer. 2. Aufl. Mit 43 Abb. (Bd. 259.)
Geld, Das, und sein Gebrauch. Von G. Maier. (Bd. 398.)
— s. a. Finanzwissensch.; Münze Abt. IV.
Genußmittel siehe Kaffee, Tabak, Arzneimittel und Genußmittel.
Geschütze, Die. Von Generalmajor a. D. Karl Bahn. Mit Abb. (Bd. 365.)
Gesundheitspolitik und Gesundheitsgesetzgebung. V. Obermedizinalrat Prof. Dr. M. v. Gruber. (Bd. 534.)
Getreidegräser siehe Kulturpflanzen.
Gewerblicher Rechtsschutz i. Deutschland. V. Patentanw. B. Tolksdorf. (Bd. 138.)
— siehe auch Urheberrecht.
Graphische Darstellung, Die. V. Prof. Dr. F. Auerbach. Mit 100 Abb. (Bd. 437.)
Handel. Geschichte des Welth. V. Prof. Dr. M. G. Schmidt. 2. Aufl. (Bd. 118.)
— **Geschichte des deutschen Handels.** Von Prof. Dr. W. Langenbeck. (Bd. 237.)
Handfeuerwaffen, Die. Ihre Entwicklung und Technik. Von Hauptmann R. Weiß. Mit 69 Abb. (Bd. 364.)
Handwerk, D. deutsche, in s. kulturgeschichtl. Entwicklg. V. Geh. Schulr. Dr. E. [illegible] 4. Aufl. M. 33 Abb. [illegible]

Haushalt, s. Bakterien, Chemie, Desinfektion, Jurisprudenz, Naturwiss., Physik.
Häuserbau s. Baukunde, Baustoffe, Beleuchtungswesen, Heizung u. Lüftung, Wohnhausbau, Wohnungseinrichtung.
Hebezeuge. Das Heben fester, flüssiger und luftförmiger Körper. Von Geh. Bergrat Prof. R. Vater. Mit 67 Abb. (Bd. 196.)
Heizung und Lüftung. Von Ingenieur J. E. Mayer. Mit 40 Abb. (Bd. 241.)
Holz. Das H., seine Bearbeitung u. seine Verwendg. V. Insp. J. Großmann. Mit 39 Originalabb. i. T. (Bd. 473.)
— **Die Oberflächenbehandlung und die Kunsttechniken des Holzes.** Von Inspektor J. Großmann. (Bd. 474.)
Hotelwesen, Das. Von P. Damm-Etienne. Mit 30 Abb. (Bd. 331.)
Hüttenwesen siehe Eisenhüttenwesen.
Japaner, Die, i. d. Weltwirtschaft. V. Prof. Dr. K. Rathgen. 2. Aufl. (Bd. 72.)
Immunitätslehre siehe Abwehrkräfte des Körpers in Abt. V.
Ingenieurtechnik. Bilder aus der J. Von Baur. K. Merckel. M. 43 Abb. (Bd. 60.)
— **Schöpfungen der Ingenieurtechnik der Neuzeit.** Von Geh. Regierungsrat M. Geitel. Mit 32 Abb. (Bd. 28.)
Jurisprudenz i. häusl. Leben. F. Familie u. Haushalt. V. Rechtsanw. P. Bienengräber. 2 Bde. (Bd. 219. 220.)
— siehe auch Miete.
Kabel. Drähte u. K., i. Anfertigung u. Anwend. i. d. Elektrotechn. V. Telegr.-Insp. H. Brick. M. 43 Abb. (Bd. 285.)
Kaffee, Tee, Kakao u. d. übrigen narkot. Getränke. Von Prof. Dr. A. Wieler. Mit 24 Abb. u. 1 Karte. (Bd. 132.)
Kälte, Die, ihr Wesen, ihre Erzeugung und Verwertung. Von Dr. H. Alt. Mit 45 Abb. (Bd. 311.)
Kaufmann. Das Recht des K. Von Rechtsanwalt Dr. M. Strauß. (Bd. 409.)
Kaufmännische Angestellte. Das Recht der k. A. Von Rechtsanw. Dr. M. Strauß (Bd. 361.)
Kinematographie. Von Dr. H. Lehmann. Mit 69 Abb. (Bd. 358.)
Klein- und Straßenbahnen. Von Oberingenieur a. D. A. Liebmann. Mit 85 Abb. (Bd. 322.)
— s. a. Eisenbahnw., Verkehrsentwickl.
Kohlen, Unsere. V. Bergass. P. Kukuk. Mit 60 Abb. u. 3 Taf. (Bd. 396.)
Kolonialbotanik. Von Prof. Dr. F. Tobler. Mit 21 Abb. (Bd. 184.)
Kolonisation, Innere. Von A. Brenning. (Bd. 261.)
Konservierung siehe Desinfektion.
Konsumgenossenschaft, Die. Von Prof. Dr. F. Staudinger. (Bd. 222.)
— s. auch Mittelstandsbewegung, Wirtschaftliche Organisationen.
Kraftanlagen siehe Feuerungsanlagen und Dampfkessel, Dampfmaschine, Wärmekraftmaschine, Wasserkraftmaschine.
Kraftübertragung, Die elektrische. Von Ing. P. Köhn. Mit 137 Abb. (Bd. 424.)
Krankenpflege in Haus und Beruf. Von Chefarzt Dr. M. Berg. (Bd. 533.)
Krieg. Der K. im Zeitalter des Verkehrs und der Technik. Von Major A. Meyer. Mit 3 Abb. (Bd. 271.)
— **K. und Sieg.** Eine kurze Darstellung moderner Kriegskunst. V. Kais. ottoman. Major a. D. F. C. Endres. (Bd. 519.)
— **Kulturgeschichte des K.** Von Geh. Hofrat Prof. Dr. E. Bethe, Prof. Dr. A. Doren, Prof. D. P. Herre, Prof. Dr. B. Schmeidler, Prof. Dr. K. Weule. (Bd. 561.)
Krieg. Kriegsbeschädigtenfürsorge. V. Dr. S. Kraus u. Mitw. v. Prof. Dr. Ludloff, Dir. d. Städt. Arbeitsamts Dr. Schlotter u. Gewerbeschuldir. Back. (Bd. 523.)
Kriegsschiff, Das. Seine Entstehung und Verwendung. Von Geh. Marinebaurat Krieger. Mit 60 Abb. (Bd. 389.)
Kriminalistik, Moderne. Von Dr. A. Hellwig. Mit 18 Abb. (Bd. 476.)
— s. a. Verbrechen, Verbrecher.
Küche siehe Chemie in Küche und Haus, Physik in Küche und Haus.
Kulturgeschichte des Krieges s. Krieg.
Kulturpflanzen. Unsere wichtigsten K. (Die Getreidegräser). V. Prof. Dr. K. Giesenhagen. 2. Aufl. M. 38 Fig. (Bd. 10.)
Landwirtschaft, D. deutsche. V. Dr. W. Claaßen. M. 15 Abb. u. 1 Karte. (Bd. 215.)
Landwirtschaftl. Maschinenkde. V. Prof. Dr. G. Fischer. M. 62 Abb. (Bd. 316.)
Luftfahrt, Die, ihre wissenschaftlichen Grundlagen und ihre technische Entwicklung. Von Dr. R. Nimführ. 3. Aufl. v. Dr. Fr. Huth. M. 60 Abb. (Bd. 300.)
Luftstickstoff, Der, u. s. Verw. V. Prof. Dr. K. Kaiser. M. 13 Abb. (Bd. 313.)
Lüftung. Heizung und L. Von Ingenieur J. E. Mayer. Mit 40 Abb. (Bd. 241.)
Marx. Von Prof. Dr. R. Wilbrandt. (Bd. 572.)
Maschinen s. Hebezeuge, Dampfmaschine, Wärmekraftmasch., Wasserkraftmasch.
Maschinenelemente. Von Geh. Bergrat Prof. R. Vater. 2. A. M. 175 Abb. (Bd. 301.)
Maschinenkunde siehe Landwirtschaftl. M.
Maße und Messen. Von Dr. W. Block. Mit 34 Abb. (Bd. 385.)
Mechanik. Von Kais. Geh. Reg.-Rat A. v. Ihering. I: Die Mechanik d. festen Körper. M. 61 Abb. II: Die Mechanik d. flüss. K. M. 34 Abb. III: Die Mechanik d. gasförm. K. (Bd. 303/305.)

Mechanik. Aufgaben a. d. technischen M. z. Unterr. an Maschinenbauschulen u. z. Selbstunterr. V. Prof. R. Schmitt. I. Bewegungsl., Statik fester u. flüss. Körper. II. Dynamik. (Bd. 558/559.)

Messen siehe Maße und Messen.

Metalle, Die. Von Prof. Dr. K. Scheid. 3. Aufl. Mit 11 Abb. (Bd. 29.)

Miete, Die, nach dem BGB. Von Rechtsanw. Dr. M. Strauß. (Bd. 194.)

Mikroskop, Das. V. Prof. Dr. W. Scheffer. 2. Aufl. Mit 99 Abb. (Bd. 35.)

Milch, Die, und ihre Produkte. Von Dr A. Reitz. Mit 16 Abb. (Bd. 362.)

Mittelstandsbewegung, Die moderne. Von Dr. L. Müffelmann. (Bd. 417.)

— s. Konsumgenoss., Wirtschaftl. Org.

Naturwissenschaften im Haushalt. V. Dr. J. Bongardt. I. Wie sorgt die Hausfrau f. d. Gesundh. d. Familie? Mit 31 Abb. II. Wie sorgt d. Hausfrau für gute Nahrung? M. 17 Abb. (Bd. 125, 126.)

— s. Chemie, Physik in Küche u. Haus

Naturwissenschaften und Technik. Am sausenden Webstuhl der Zeit. Übersicht über Wirkungen d. N. u. T. auf das gesamte Kulturleben. Von Prof. Dr. W. Launhardt. 3. Aufl. (Bd. 23.)

Nautik. Von Dr. J. Möller. Mit 50 Fig. (Bd. 255.)

Obstbau. Von Dr. E. Voges. M. 13 Abb. (Bd. 107.)

Optischen Instrumente, Die. Von Dr. M. v. Rohr. 2. Aufl. Mit 84 Abb. (Bd. 88.)

Organisationen, Die wirtschaftlichen. Von Privatdoz. Dr. E. Lederer. (Bd. 428.)

Ostmark, Die. Eine Einführung in die Probleme ihrer Wirtschaftsgesch. Hrsg von Dr. W. Mitscherlich. (Bd. 351.)

Patente u. Patentrecht s. Gewerbl. Rechtsch.

Perpetuum mobile, Das. V. Dr. Fr. Ichak Mit 38 Abb. (Bd. 462.)

Photochemie. Von Prof. Dr. G. Kümmell. Mit 23 Abb. (Bd. 227.)

Photographie, Die, ihre wissenschaftlichen Grundlagen u. i. Anwendung. V. Dr. O. Prelinger. Mit 65 Abb. (Bd. 414.)

— **Die künstlerische Photographie.** Von Dr W. Warstat. M. 12 Tafeln. (Bd. 410.)

— **Angewandte Liebhaber-Photographie ihre Technik und ihr Arbeitsfeld.** Von Dr. W. Warstat. (Bd. 535.)

Physik in Küche und Haus. Von Prof. Dr H. Speitkamp. Mit 51 Abb. (Bd. 478.)

— s. auch Physik in Abt. V.

Postwesen, Das, Entwicklung und Bedeutg Von Postrat J. Bruns. (Bd. 165.)

Rechenmaschinen, Die, und das Maschinenrechnen. Von Reg.-Rat Dipl.-Ing. K. Lenz. Mit 43 Abb. (Bd. 490.)

Recht siehe Eherecht, Erbrecht, Gewerbl Rechtsschutz, Jurispr., Kaufm., Kaufm Angest., Urheberr., Verbrechen, Kriminalistik, Verfssgsr., Wahlr., Zivilprozeßr.

Rechtsprobleme, Moderne. Von Prof. Dr. J. Kohler. 3. Aufl. (Bd. 128.)

Reichsversicherung, Die. Von Landesversich.-Assessor H. Seelmann. (Bd. 380.)

Rußlands wirtschaftliche Kultur. V. Syndikus Dr. Wallroth. (Bd. 562.)

— s. auch Rußland Abt. IV.

Salzlagerstätten, Die deutschen. Von Dr. C. Riemann. Mit 27 Abb. (Bd. 407.)

— s. a. Geologie Abt. V.

Säuglingsfürsorge. V. Dr. Rott. (Bd. 509.)

Schiffahrt, Deutsche, u. Schiffahrtspol. d. Gegenw. V. Prof. Dr. K. Thieß. (Bd. 169.)

Schiffbau siehe Kriegsschiff.

Schmuckst., Die, u. d. Schmucksteinindustr. V. Dr. A. Eppler. M. 64 Abb. (Bd. 376.)

Selbstkostenbestimmung. Fabrikorganisation u. S. V. Prof. R. Rinkel. (Bd. 517.)

Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung. Von G. Maier. 4. Aufl. (Bd. 2.)

— s. a. Arbeiterschutz u. Arbeiterversicher.

Sozialismus. Gesch. der sozialist. Ideen i. 19. Jrh. V. Privatdoz. Dr. Fr. Muckle. I: D. ration. Soz. II: Proudhon u. d. entwicklungsgeschichtl. Soz. (Bd. 269, 270.)

— **s. auch Marx.**

Spinnerei. Von **Dir. Prof. M. Lehmann.** Mit 35 Abb. (Bd. 338.)

Sprengstoffe. Chemie u. Technol. d. Spr. V. Prof. Dr. R. Biedermann. Mit 15 Fig. (Bd. 286.)

Staat und Kirche in ihrem gegens. Verhältnis s. d. Reformation. V. Pfarrer Dr. phil. A. Pfannkuche. (Bd. 485.)

— **Der deutsche Staat.** Von Geh. Justizrat Prof. Dr. Fr. v. Liszt. (Bd. 600.)

Statik. Mit Einschluß der Festigkeitslehre. Von Reg.-Baum. A. Schau. Mit 149 Fig. im Text. (Bd. 497.)

— s. auch Mechanik, Aufg. a. d. M. I.

— **Der deutsche Staat.** Von Geh. Justizrat Prof. Dr. Fr. v. Liszt. (Bd. 600.)

Statistik. V. Pr. Dr. S. Schott. (Bd. 442.)

Stenographiesysteme, Die deutschen, ihre Entwicklg. u. ihre Anwendg. V. R. Weinmeister, Lektor f. Stenogr. (Bd. 536.)

Strafe und Verbrechen. Von Dr. P. Pollitz. (Bd. 323.)

Straßenbahnen. D. Klein- u. Strb. Von Obering. a. D. A. Liebmann. Mit 82 Abb. (Bd. 322.)

Tabak. Der Anbau, Handel u. Verarbeit. V. Jac. Wolf. M. 17 Abb. (Bd. 416.)

Technik, Die chemische. Bd. I. Von Dr. A. Müller. Mit 24 Abb. (Bd. 191.)

Tee s. Kaffee.

Telegraphie, Die, i. i. Entwicklg. u. Bedeutg. V. Postrat J. Bruns. M. Fig. (Bd. 183.)

— **Telegraphen- und Fernsprechtechnik in ihrer Entwicklung.** Von Telegr.-Insp. H. Brick. Mit 58 Abb. (Bd. 235.)

— **Die Funkentelegr.** V. Telegr.-Insp. H. Thurn. M. 51 Abb. 3. A. (Bd. [illegible])

— siehe auch Drähte und Ka[illegible]

Testamentserrichtung und Erbrecht. Von Prof. Dr. F. Leonhard. (Bd. 429.)
Thermodynamik siehe Wärmelehre.
Tierzüchtung. Von Dr. G. Wilsdorf. Mit 30 Abb. auf 12 Tafeln. (Bd. 369.)
Uhr, Die. Von Reg.-Bauführer a. D. H. Bock. Mit 47 Abb. (Bd. 216.)
Urheberrecht. D. Recht an Schrift- und Kunstwerken. V. Rechtsanw. Dr. R. Mothes. (Bd. 435.)
— siehe auch gewerblich. Rechtsschutz.
Verbrechen. Strafe und V. Geschichte und Organisation des Gefängniswesens. Von Dr. P. Pollitz. (Bd. 323.)
— **Verbrechen und Aberglaube.** Skizzen aus der volkskundlichen Kriminalistik. Von Dr. A. Hellwig. (Bd. 212.)
— **Moderne Kriminalistik.** Von Dr. A. Hellwig. Mit 18 Abb. (Bd. 476.)
Verbrecher, Die Psychologie des V. Von Dr. P. Pollitz. M. 5 Diagr. (Bd. 248.)
Verfassg. Grundz. d. V. d. Deutsch. Reiches. V. Pr. Dr. E. Loening. 4. A. (Bd. 34.)
— **V. u. Verwalt. der deutschen Städte.** Von Dr. Matth. Schmid. (Bd. 466.)
— Deutsch. Verfassgsr. i. geschichtl. Entwickl. V. Pr. Dr. E. Hubrich. 2. A. (Bd. 80.)
Verkehrsentwicklung i. Deutschl. 1800 b. z. Gw. V. Prof. Dr. W. Lotz. 2. A. (Bd. 15.)
Versicherungswesen. Grundzüge d. V. V. Prof. Dr. A. Manes. 2. A. (Bd. 105.)
— siehe Arbeiterschutz, Reichsversicherung.
Volksnahrungsmittel siehe Ernährung u. V.
Waffentechnik s. Geschütze, Handfeuerwaffen.
Wahlrecht, Das. Von Reg.-Rat Dr. O. Poensgen. (Bd. 249.)
Wald, Der deutsche. V. Prof. Dr. Hausrath. 2. Aufl. Bilderanh. u. Kart. (Bd. 153.)
Wärmekraftmaschinen, Die neueren. Von Geh. Bergrat Prof. R. Vater. 2 Bde. I: Einführung in die Theorie u. d. Bau d. Maschinen für gasförmige u. flüssige Brennstoffe. 4. A. M. 42 Abb. (Bd. 21.) II: Gasmaschinen. Gas- und Dampfturbinen. 3. Aufl. Mit 45 Abb. (Bd. 86.)
— siehe auch Kraftanlagen.
Wärmelehre. Einführ. i. d. techn. (Thermodynamik). V. n. Geh. Bergrat Prof. R. Vater. M. 40 Abb. i. Text. (Bd. 516.)
Wasser, Das. Von Privatdozent Dr. O. Anselmino. Mit 44 Abb. (Bd. 291.)
— siehe Abt. V (Luft, Wass., Licht, Wärme).
Wasserkraftmaschinen u. d. Ausnützung d. Wasserkräfte. V. Geh. Reg.-Rat A. v. Ihering. 2. Aufl. M. 57 Fig. (Bd. 228.)
Weberei. Von Prof. Baur. (Bd. 468.)
Weidwerk. Das deutsche. Von G. Frh. v. Nordenflycht. (Bd. 436.)
Weinbau und Weinbereitung. Von Dr. F. Schmitthenner. 34 Abb. (Bd. 332.)
Welthandel siehe Handel.
Wirtschaftliche Erdkunde. Von weil. Prof. Dr. Chr. Gruber. 2. Aufl. Bearb. von Prof. Dr. K. Dove. (Bd. 122.)
Wirtschaftsgeschichte siehe Antike W.
Wirtschaftsleben, Deutsch. Auf geograph. Grundl. gesch. v. weil. Prof. Dr. Gruber. 3. A. v. Dr. H. Reinlein. (Bd. 42.)
— **Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert.** V. Prof. Dr. L. Pohle. 3. Aufl. (Bd. 57.)
— Deutschl. Stellung i. d. Weltwirtsch. V. Prof. Dr. P. Arndt. 2. A. (Bd. 179.)
— **Aus d. amerikanischen Wirtschaftsl.** V. Prof. J. L. Laughlin. (Bd. 127.)
— **Rußlands wirtschaftl. Kultur.** V. Syndikus Dr. Wallroth. (Bd. 562.)
Wirtschaftsleben. Die Japaner in d. Weltwirtschaft. V. Prof. Dr. K. Rathgen. 2. Aufl. (Bd. 72.)
Wirtschaftlichen Organisationen, Die. Von Privatdoz. Dr. E. Lederer. (Bd. 428.)
— s. Konsumgenoss., Mittelstandsbeweg.
Wohnungseinrichtung. Von Reg.-Baumeister Bargil. (Bd. 499.)
Zeichnen, techn. V. Reg.- u. Gewerbeschulrat Prof. Dr. Horstmann. (Bd. 548.)
Zeitungswesen. V. Dr. H. Diez. (Bd. 328.)
Zivilprozeßrecht. Das deutsche. Von Rechtsanwalt Dr. M. Strauß. (Bd. 315.)
Zollwes. V. Reg.-Rat Dr. Klein. (Bd. 508.)

Weitere Bände sind in Vorbereitung.

